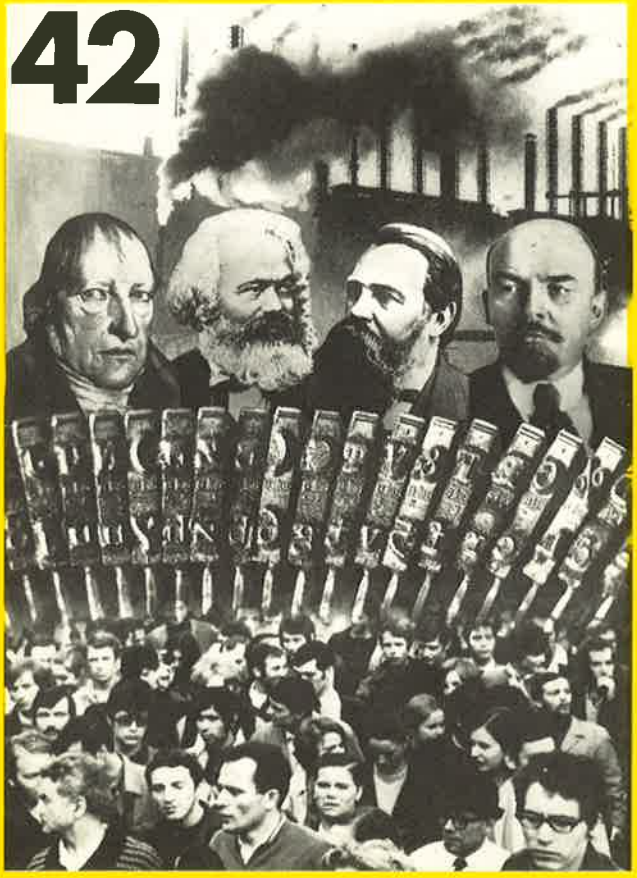
A 4846 FX

SOPO

42

SOZIALISTISCHE POLITIK
DEZ. 1977
9. JAHRG.
HEFT 4
DM 6,–



Dialektik Kapitallogik Ideologie

P. Damerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre - **Materialistische Dialektik** •
P. Ruben - **Kritik der Kapitallogik** • A. Mazzone - **Kapitalfetischismus** •
W. R. Beyer - **Menschenrechte** •

DISKUSSION & KRITIK:
W. Goldschmidt - **Sozialismus für Frankreich** • R. Rilling - **Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der DDR?** • Ökonomie-Literaturberichte

AUTORENVERZEICHNIS

Wilhelm Raimund Beyer
Jg. '02, Prof.Dr., Präsident der Internationalen Hegelgesellschaft, z.Z. in Salzburg

Peter Damerow
Jg. '39, Dr.math., Wiss.Angestellter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin(West)

Peter Furth
Jg. '30, Dr.phil., Prof.f.Sozialphilosophie am Institut für Philosophie der FU Berlin(West)

Werner Goldschmidt
Jg. '40, Dr.phil., Wiss.Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Bernd Güther
Jg. '50, Dr.Dipl.Soz., z.Z. arbeitslos

Bernhard Heidtmann
Jg. '38, Dr.phil.habil., Privatdozent am Institut für Philosophie der FU Berlin(West)

Michael Krätke
Jg. '49, Dipl.Pol., Wiss.Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Wolfgang Lefèvre
Jg. '41, Dr.phil., Wiss.Assistent am Institut für Philosophie der FU Berlin(West)

Alessandro Mazzone
Jg' 32, Dr.phil., Dozent für Geschichte der neueren und neuesten Philosophie an der Universität Messina, Mitglied der phil.Sektion des Gramsci-Instituts in Rom

Rainer Rilling
Jg. '45, Dr.rer.pol., Dozent für Soziologie, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Marburg

Peter Ruben
Jg. '33, Dr.phil.sc., Mitglied des Zentralinstituts für Philosophie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Bereich ‚Dialektischer Materialismus'

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Fotomontage von Roman Sprenger

ISSN 0340-9198

© das europäische buch Literatur Vertrieb GmbH, Westberlin, 1977
Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten
Die Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden

Herausgeber: Die Redaktion (verantwortlich Hella Stern)
Verantwortlich für Werbung: Tell Schwandt 030/832 40 51

Anschrift für Redaktion, Verlag und Werbung:
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Umschlaggestaltung und Layout: Ralph Christians
Satz und Druck: Verlag + Druck Informdienst GmbH, Westberlin
SOPO erscheint 4 mal jährlich
Ab Nr. 43 März 1978 Preis des Einzelheftes: DM 9,80
Abonnement (4 Hefte): DM 36,– incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Anzeigenpreisliste Nr. 6 ist gültig.
Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte der Deutschen Volkszeitung bei.

SOPO 42
SOZIALISTISCHE POLITIK

DEZEMBER 1977
9. JAHRGANG
HEFT 4

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 4

Peter Damerow/Peter Furth/Bernhard Heidtmann/Wolfgang Lefevre
Probleme der materialistischen Dialektik 5

Peter Ruben
Über Methodologie und Weltanschauung der Kapitallogik 40

Alessandro Mazzone
Der Kapitalfetischismus: Über Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie (I) 64

Wilhelm Raimund Beyer
Menschenrechte und konkreter Staat . 93

DISKUSSION & KRITIK

Werner Goldschmidt
Sozialismus und Demokratie 99

Rainer Rilling
Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der DDR? 115

LITERATURBERICHTE

Bernd Güther
Arbeitsmarktpolitik in der Krise 138

James O'Connor: Die Finanzkrise des Staates (Michael Krätke) 148

SOPO 34/35 DM 10.–

Kontroversen um die marxistische Theorie
Institutionen, Verbände und Wissenschaft
Aktuelle Gewerkschaftspolitik

SOPO 36 DM 6.–

Wissenschaft als allgemeine Arbeit
Diktatur des Proletariats?
Wiss.-techn. Fortschritt und individuelle Emanzipation

SOPO 37/38 DM 8.–

Politische Krise und demokratische Bewegung
Philosophie und Politik bei Althusser
Diktatur des Proletariats

SOPO 39

Neue Studentenbewegung?
Protokoll einer Diskussion zwischen UStA, ADSen, JUSO-HSG, SEW-HSG, LHV und anderen

H.J. Sandkühler
Über die logische Basis des Kommunismus oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus

F. Tomberg
Althussers antihumanistische "Kapital"-Lektüre

E. Stölting
Das soziale Bild der Wissenschaft

B. Heidtmann
Materialistische Dialektik und Theorie der Dialektik

M. Blankenburg
Konturen einer „Ideen-Politik"

SOPO 40

Reinhard Kühnl
Demokratische Bewegung in der BRD.

Klaus Holzkamp
Bekämpfung der Berufsverbote

Peter M. Kaiser, Dieter Keiner, Hans Jürgen Krysmanski
Leitvorstellungen der Hochschulformierung (Ein Szenario)

Peter Adamski
Die Schul- und Hochschulpolitik der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA)

Karl Herrmann Tjaden
Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie?

Wolfgang Lefèvre
Zur Kuhn-Debatte

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)
Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38)

Christoph Kievenheim
„Eurokommunismus" und „realer Sozialismus" (Thesen)

Bernhard Heidtmann
„Eurokommunismus" als Ideologie?

Rezensionen

Vierteljährlich herausgegeben in Westberlin,

ab Heft 43 (1/78)
Preis des Einzelheftes DM 9,80
Jahresabo (4 Hefte) DM 36,–
(incl. Porto und MwST.)

Verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

MITTEILUNG DES VERLAGES

Betr.: Preiserhöhung 1978

Lieber SOPO Leser!

Der Verlag das europäische buch hat die Zeitschrift SOPO mit dem ersten Heft dieses Jahres (SOPO 39) in sein Produktionsprogramm übernommen. Dies war für die Fortführung der SOPO von existentieller Bedeutung. Der Einzelpreis des Heftes wurde dabei nicht geändert. Im Laufe des Jahres stellte sich aber heraus, daß, obwohl der Verlag alle Möglichkeiten der billigen Produktion nutzte, eine kostendeckende Kalkulation auf dieser Grundlage nicht gefunden werden konnte. Dazu hat vor allem auch beigetragen, daß die Hefte gegenüber der ursprünglichen Planung erheblich mehr Seiten haben. Gleichzeitig wollen wir der Anregung zahlreicher Leser folgen und die SOPO besser ausstatten und die Lesbarkeit verbessern, d.h. besseres Papier und Randausgleich.

Wir bitten daher um Ihr Verständnis, wenn die SOPO ab Heft 43 (1/78) nun DM 9,80 kosten wird. Das Abonnement kostet dann für einen Jahrgang DM 36,—. Das ist der Endpreis — das Porto für 4 Hefte ist darin bereits enthalten. Sie können die SOPO auch akalendrisch bestellen, das heißt, Sie abonnieren 4 Hefte und teilen uns mit, mit welchem Heft Sie beginnen wollen. Zahlen Sie Ihr Abonnement bitte immer erst nach Erhalt unserer Rechnung.

Die Verbreitung der SOPO halten wir für wichtig; deshalb haben wir uns entschlossen, auch 1978 für Leser, die neue Abonnenten werben, Prämien auszusetzen. Unser Angebot bis einschließlich Mai 78: Für einen neuen Abonnenten erhalten Sie wahlweise beide Bände des „Philosophischen Wörterbuches", herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr, oder die „Geschichte der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" von Heinz Willmann. Füllen Sie dazu bitte den Abschnitt am Ende der Seite aus (oder schreiben Sie die entsprechenden Angaben auf eine Postkarte), und vergessen Sie nicht den Absender, damit wir Ihnen die Prämie zusenden können, sobald der neue Abonnent seine Rechnung bezahlt hat.

Wir hoffen auf neue Abonnenten und grüßen freundlich.

Berlin, 21. November 1977 Verlag das europäische buch

Anschrift des neuen Abonnenten:

Name:

Straße: PLZ/Ort:

Hiermit bestelle ich ein Abonnement der SOPO (4 Hefte), beginnend mit der Nummer:

Datum / Unterschrift des Abonnenten

Ich habe obenstehenden Abonnenten geworben. Bitte senden Sie mir nach Eingang der Zahlung für das Abo die Werbeprämie:

☐ Klaus / Buhr
Philosophisches Wörterbuch 1+2

☐ Heinz Willmann
Geschichte der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung

Name:

Straße: PLZ/Ort:

das europäische buch, Thielallee 34, 1 Berlin 33

EDITORIAL

Bei aller Wiederentdeckung und Aneignung, bei allen Versuchen zur selbständigen Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, die während der letzten 10-15 Jahre die theoretisch-politische Diskussion innerhalb der demokratischen Bewegung in Westberlin und in der BRD beeinflußt haben (und dabei das Bedürfnis zum Ausdruck brachten, die Verbindung von Intelligenz und Arbeiterklasse herzustellen), ist es auffallend, daß um den dialektischen Materialismus im großen und ganzen ein Bogen gemacht wurde. Das ist zu einem guten Teil jener antikommunistischen Marx-Rezeption zuzurechnen, die die „Pariser Manuskripte" gegen den „späten" Marx oder die „Grundrisse" gegen das „Kapital" oder Marx gegen Engels oder Marx und Engels gegen Lenin oder Marx, Engels und Lenin gegen den „Sowjetmarxismus" etc. auszuspielen versuchte und versucht. Als „Rückfall" in die alte Metaphysik deutete man in der „Frankfurter Schule" die materialistische Dialektik, als Restauration und nicht als die von Marx geforderte „Aufhebung" der traditionellen Philosophie erkannten sie junge Philosophen, wobei nicht zu übersehen ist, daß es Ausarbeitungen der materialistischen Dialektik gab und gibt, die solche Urteile geradezu herausfordern.

Die Wiederentdeckung und Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus war und ist Bestandteil einer politischen Bewegung der Intelligenz, in deren Zentrum die institutionelle wie wissenschaftliche Kritik an der „bürgerlichen Wissenschaft" und Ideologie steht. Wie die vielfältigen Versuche zeigen, die von Marx im „Kapital" angewandte Methode zu rekonstruieren — darunter auch die in diesem Heft der SOPO kritisch untersuchten, welche im Namen der „*Kapitallogik*" Schulen gebildet haben —, herrscht weitgehend Klarheit darüber, daß die Kritik der „bürgerlichen Wissenschaft" nicht einfach negativ sein kann, sondern auf der Grundlage einer ausgearbeiteten Wissenschaftskonzeption geführt werden muß. (Anderenfalls führte die Kritik zu einer unkritischen Abwendung von der Wissenschaft überhaupt, d.h. von einem wesentlichen Moment der zum Sozialismus drängenden gesellschaftlichen Kräfte und damit zu einer links drapierten privatistischen Kulturkritik, deren Bedeutung allenfalls darin bestünde, den Zerrüttungsgrad dieser Gesellschaft auszudrücken).

Die politische Rolle von Teilen der Intelligenz in der Arbeiterbewegung war und ist aber auch dadurch bestimmt, daß sie durch die Kritik der ideologischen Formen der kapitalistischen Gesellschaft zur Analyse von deren ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten beiträgt. So versucht auch der in diesem Heft der SOPO veröffentlichte erste Teil eines Beitrags zur materialistischen *Ideologietheorie* im Rückgriff auf die „Klassiker" und auf dem Hintergrund einer in Italien besonders ausführlich geführten Diskussion zu zeigen, welchen theoretischen Anforderungen genügt werden muß, soll in der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzung über die unkritische Verneinung der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie hinausgegangen werden.

Was nun überhaupt Aneignung und Ausarbeitung einer marxistischen Wissenschaftskonzeption hierzulande angeht, so scheint es uns auffallend, daß die dabei im Mittelpunkt stehende Problematik der materialistischen *Dialektik* nicht bei den Hörnern gepackt, sondern — wo sie nicht gerade tabuisiert ist — allenfalls wie ein heißer Brei umgangen wird. Subjektivismus und Idealismus in der Ausarbeitung einer marxistischen Wissenschaftskonzeption und so die Wirkungslosigkeit der wissenschaftlichen Kritik an der „bürgerlichen Wissenschaft" und Ideologie sind aber unvermeidlich, solange sich diese Kritiker und nicht nur sie, hinsichtlich der materialistischen Dialektik mit Vermutungen,

Vorurteilen und Verdächtigungen begnügen, anstatt die Problematik aufzuklären und ein fundiertes Urteil darüber zu erarbeiten. Mit der Veröffentlichung des Beitrags zu Problemen der materialistischen Dialektik soll in der SOPO ein Schritt in dieser Richtung gegangen werden. Es versteht sich dabei von selbst, daß hinsichtlich der materialistischen Dialektik keine Wahrheiten zu dekretieren sind; ihre Erarbeitung erfordert die Form wissenschaftlicher Kontroverse, die die SOPO durch Veröffentlichung entsprechender Artikel seit je anzuregen versucht und für die sie als Forum zur Verfügung steht.

Peter Damerow, Peter Furth, Bernhard Heidtmann, Wolfgang Lefèvre

PROBLEME DER MATERIALISTISCHEN DIALEKTIK

I. MATERIALISTISCHE DIALEKTIK UND ARBEIT

1.

Die Dialektik ist nach F. Engels die „Wissenschaft des Gesamtzusammenhanges" (1). Das bedeutet, daß sich hier Wissenschaft und Gesamtzusammenhang nicht wie selbständige Methode und vorgefundener Gegenstand, nicht in der Trennung von Form und Inhalt des Erkennens äußerlich gegenüberstehen. Sondern Wissenschaft ist selber Moment des von ihr untersuchten Zusammenhanges, und erst von daher ist die spezifische Erkenntnisleistung der Dialektik zu bestimmen. Oder anders: Da ‚Zusammenhang' erst aus dem Gegensatz zu ‚Isolierung' vollständig verstanden ist, ‚Zusammenhang' also die Negation einer ‚Isolierung' ist, kann der Gegenstand der Dialektik nicht durch Isolierung eines Teilbereichs des Gesamtzusammenhanges bestimmt werden. Er kann also kein unmittelbar Gegebenes der sinnlichen Anschauung sein, und er kann nicht aus Grundprinzipien der Erkenntnis hergeleitet werden. Er ist als die objektive Realität ein empirisch-historischer Zusammenhang, dessen Entwicklung seine Erkenntnis einschließt. Die Theorie der Dialektik kann also Begriff und Gesetze der Dialektik nicht wie eine voraussetzungslose Erkenntnistheorie aus der Reflexion auf die Natur eines in sich ruhenden Denkens gewinnen, sie muß vielmehr ausgehen von den Voraussetzungen für das Denken, in denen sich die Vermittlung des Zusammenhanges von Natur, Gesellschaft und Denken praktisch vollzieht. Diese Vermittlung geschieht in der Aneignung der Natur durch den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Er muß deshalb Ausgangspunkt und ständiger Bezugspunkt für alle Überlegungen sein, die der Überlieferung und dem weiteren Ausbau der theoretischen Dialektik gelten.

Es scheint so, als ob dieser Ausgangspunkt den materialistischen Charakter der Dialektik zur unausweichlichen Konsequenz hat. Dagegen aber spricht die

1 Marx Engels Werke (MEW), Berlin(DDR) 1957., Bd. 20, S. 307.

linkshegelianische Tradition, in der Hegels Gleichsetzung von Geist und Arbeit weiterhin wirkt. Sicher ist die materialistische Konsequenz erst dann, wenn der gesellschaftliche Arbeitsprozeß als Ausgangspunkt adäquat aufgefaßt wird, d.h. nur dann, wenn von der realen Arbeit ausgegangen wird, von gegenständlicher Tätigkeit und nicht bloß von ihren subjektiven Bedingungen und nur dann, wenn ‚Ausgangspunkt' nicht als Reduktionspunkt mißverstanden wird, aus dem die „wesentliche Verschiedenheit" (2) des Besonderen der historischen Entwicklung abzuleiten wäre.

Die wirkliche Arbeit, die allem weiteren menschlichen Geschehen zugrundeliegt und aller metaphorischen Übertragung vorausliegt, ist ein Naturprozeß, in dem der Mensch dem „Naturstoff selbst als eine Naturmacht" (3) gegenübertritt. Zwar vollzieht sich dieser Naturprozeß nur durch die eigene Tätigkeit des Menschen, diese Tätigkeit aber ist wiederum selber naturbedingt und deshalb in ihrem Vollzug wie in ihrer Zielsetzung gegenständlich bestimmt. Sie ist wirkliche Arbeit nur als die Einheit ihrer subjektiven und objektiven Bedingungen.

Diese Einheit vollzieht sich in der Arbeit und wird nicht von der Arbeit als selber noch der Einheit vorausliegend erst erzeugt. Denn das hieße, die Arbeit gegenüber der Natur zu verselbständigen und ihr übernatürliche Schöpfungskraft beizulegen. Im wirklichen Arbeitsprozeß aber tritt zutage, daß die menschliche Arbeitskraft nur im Zusammenhange mit der (äußeren) Natur, als der „ersten Quelle aller Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände" (4), Gebrauchswerte schaffen kann. Das scheint eine triviale Feststellung zu sein, sie ist aber äußerst folgenreich. Denn nur dann, wenn vom Arbeitsprozeß als Einheit seiner subjektiven und objektiven Bedingungen ausgegangen wird, wenn also von der Naturbedingtheit der Arbeit nicht abstrahiert und wenn Arbeit nicht auf die Verausgabung von Arbeitskraft reduziert wird, kann überhaupt wahrgenommen werden, daß das Eigentum an den gegenständlichen Arbeitsbedingungen eine Bedingung der Arbeit ist und daß die gesellschaftliche Form der Arbeit von dieser Bedingung abhängt. Soll also die Gesellschaftlichkeit der Arbeit nicht verkannt werden, so kommt alles darauf an, daß von der Naturbedingtheit der Arbeit ausgegangen wird.

Wird dagegen die Arbeit von ihren objektiven Bedingungen getrennt und aus dieser Trennung begriffen, so wird damit die Trennung von Natur und Gesellschaft implizit unterstellt und die Arbeit als ein rein menschliches, außernatürliches Phänomen gedacht. Das aber bedeutet den theoretischen Nachvollzug dessen, was im kapitalistischen Produktionsprozeß praktisch geschieht — und zwar in doppelter Hinsicht, einmal in bezug auf die Natur als Arbeitsgegenstand und zum anderen auf die Arbeit selbst.

Wird die Arbeit auf ihre subjektive Form als Tätigkeit reduziert, dann ist die Natur als Gegenstand der Arbeit nur durch das zu bestimmen, was die menschliche Tätigkeit aus ihr macht; an sich ist sie unbestimmt, bloße Möglichkeit der Bearbeitung, d.h. passiver Rohstoff. Und genau diese Bedeutung hat die Natur in der kapitalistischen Produktionsweise. Sie dient in ihr als unbestimmtes Substrat für diejenige Bestimmung, die den kapitalistischen Produktionsprozeß in Gang setzt, für den Tauschwert, der allerdings keine Eigenschaft der Naturgegenstände als solcher ist. Die Naturalform der Gegenstände, die als Tauschwertträger fungieren, ist vom Standpunkt des kapitalistischen Produktionsprozesses aus gleichgültig, was allein zählt, ist ihre Sozialform, der Wert. Wird also in der

2 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin(DDR) 1953, S. 7.
3 MEW Bd. 23, S. 192.
4 MEW Bd. 19, S. 15.

Arbeit nur die menschliche Subjektivität gesehen, dann erscheinen die Naturbedingungen der Arbeit als durch die Arbeit selbst konstituiert, d.h. sie kommen nur mehr in ihrer Sozialform in den Blick. Ihre Naturalform ist praktisch nichtig wie der Gebrauchswert (menschlich umgebildete Naturalform) für das kapitalistische Kalkül.

Was für den Arbeitsgegenstand gilt, gilt auch für die Arbeit selbst, wenn sie getrennt von ihren objektiven Bedingungen aufgefaßt wird. Die auf Subjektivität reduzierte Arbeit kann von sich aus nichts schaffen, dazu muß sie in Berührung mit gegenständlichen Bedingungen kommen. Darüber entscheidet im kapitalistischen Produktionsprozeß aber nicht sie. Denn im kapitalistischen Produktionsprozeß kommt die Arbeit in Zusammenhang mit ihren gegenständlichen Bedingungen nur nach Maßgabe der Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Die Arbeit durch die Abstraktion von ihrer Naturbedingtheit als bloß subjektive Tätigkeit zu begreifen, bildet nur die reale Abstraktion ab, der die Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß unterliegt.

Von der Arbeit in ihrer subjektiven Form als Tätigkeit auszugehen, heißt also, eine bestimmte gesellschaftliche Form der Arbeit, die abstrakte Arbeit, zu der Arbeit überhaupt, die allen ihren geschichtlichen Formen gemeinsam ist, zu verallgemeinern. Davon auszugehen, daß die Arbeit ein rein soziales Phänomen ist, hat die paradoxe Konsequenz, daß einerseits die Naturalform des Arbeitsgegenstandes als Sozialform erscheint und daß andererseits die Sozialform der Arbeit in eine Naturform verkehrt wird (mit der weiteren Folge, daß die bestimmten historischen Formen der Arbeit ahistorisch nivelliert werden).

2.

Um diese Konsequenzen zu vermeiden, ist es notwendig, von der Arbeit als speziellem Naturprozeß auszugehen, wobei es aber nun darauf ankommt, das Spezifische des Naturprozesses Arbeit richtig zu erfassen.

Der Arbeitsvorgang teilt mit den Vorgängen des außermenschlichen Lebens, daß er ein Akt unmittelbarer Einheit von Produktion und Konsumtion ist. „Die Konsumtion ist unmittelbar auch Produktion, wie in der Natur die Konsumtion der Elemente und der chemischen Stoffe Produktion der Pflanze ist. Daß in der Nahrung z.B., einer Form der Konsumtion, der Mensch seinen eigenen Leib produziert, ist klar." (5) Marx charakterisiert die Identität von Produktion und Konsumtion durch Spinozas Satz: Determinatio est negatio. (6) Das besagt, daß elementare Produktions- und Konsumtionsvorgänge Bewegungsabläufe sind, die dem Begriff der dialektischen Negation zugrundeliegen. Die in allen Produktions- und Konsumtionsvorgängen tätige Negation ist deshalb dialektisch, weil sie bestimmte Negation ist, nämlich die Einheit von Identifikation und Verbrauch.

Geht es in Produktion und Konsumtion um physische Selbsterhaltung, so müssen unabhängig von uns bestehende Gegenstände zunächst als bedürfnisadäquat identifiziert werden. Bei dieser Identifikation ist aber nicht halt zu machen, da sie nur auf der Ebene der Möglichkeit verbleibt. Deshalb ist die Identifikation durch die Konsumtion der Gegenstände im Hinblick auf die an ihnen identifizierten Eigenschaften zu realisieren. Die Konsumtion aber hebt die fixierten Eigenschaften gerade auf, und die als Resultat der Konsumtion entstehenden Gegenstände stellen die Negation der an ihnen identifizierten Eigenschaften dar. „Die dialektische Negation ist also eine Aktion (oder Aktionsfolge), die unter der Bedingung der Bejahung einer bestimmten Eigenschaft oder

5 Grundrisse, a.a.O., S. 12.
6 Ebenda.

Beziehung an vorgegebenen Gegenständen in einer mehr oder weniger großen Zeitdauer zur Konsequenz der Verneinung genau der bestimmten Eigenschaft oder Beziehung an diesen Gegenständen führt. (...) Die dialektische Negation ist — kurz gesagt — eine Aktion, die eine Bejahung in eine Verneinung überführt." (7)

Insofern der Verbrauch einer an materiellen Gegenständen identifizierten Eigenschaft aber selber nur endlich sein kann, nicht in dem Sinn des einfachen Verzehrens des Stofflichen, sondern als Verzehren des Verzehrens selbst, ist die dialektische Negation zugleich Negation der Negation. So ist auch die Anwendung der Arbeitskraft auf objektive Arbeitsbedingungen zugleich die Erschöpfung und Verausgabung der Arbeitskraft und damit Negation der Negation. Das Resultat der Negation der Negation aber ist ein Produkt, „durch dessen Konsumtion (das Individuum) wieder in sich (zurückkehrt), aber als produktives Individuum, und sich selbst reproduzierendes." (8) Das besagt, der Begriff der Negation der Negation ist Ausdruck des Prozesses der Reproduktion durch Produktion, d.h. „der Veränderung bestehender Zustände bei Erhaltung ihrer gegenständlichen Träger", (9) er bezeichnet also in allgemeiner Weise den Inhalt des Begriffs der materiellen Selbstbewegung, unter den auch die Arbeit fällt. (Arbeit ist also Fall eines dialektischen Zusammenhanges, konstituiert ihn aber nicht!)

Das Spezifische der menschlichen Arbeit ist nun, daß das Resultat des Prozesses, der als Zusammenhang von dialektischer Negation und Negation der Negation beschrieben werden kann, nicht mit der Reproduktion der Physis des Arbeitssubjekts einerseits und Abfallprodukten andererseits erschöpft ist. Der Arbeitsprozeß führt darüber hinaus zu Produkten, die nicht unmittelbar in die Selbstreproduktion des Arbeitssubjekts eingehen, sondern die außerhalb seiner verbleiben und die vergegenständlichten Bedingungen weiterer Produktion bilden (Arbeitsmittel u. Lebensmittelfonds). Von ihnen kann der Arbeitsprozeß jeweils neu ausgehen, und zwar derart, daß er nicht nur die Wiederholung des gleichen Vorgangs, sondern Wiederholung auf der Grundlage veränderter, d.h. selbst hergestellter und erweiterter Ausgangsbedingungen ist. Insofern kann gesagt werden, die Produktion greift über die Konsumtion über, und das heißt im Hinblick auf das Spezifische des menschlichen Arbeitsprozesses, daß er ein Prozeß tendenziell erweiterter Reproduktion ist.

Die entscheidende Rolle spielt dabei das Arbeitsmittel. Denn dadurch, daß die Arbeit auch in Arbeitsmitteln resultiert, wird sie zu einem Vorgang, der nicht nur die physische Regeneration der Arbeitskraft und damit weitere Arbeitsvorgänge ermöglicht, sondern der darüber hinaus durch sein Produkt ‚Arbeitsmittel' die weiteren Arbeitsvorgänge determiniert und lenkt. Das entscheidende Merkmal, das die Arbeit als menschliche Lebensäußerung von außermenschlichen Lebensäußerungen unterscheidet, ist also die Werkzeugproduktion, d.h. die Herstellung und der Gebrauch von Arbeitsmitteln.

Die ausgezeichnete Bedeutung des Arbeitsmittels zeigt sich auch an der spezifischen Stellung, die das Arbeitsmittel neben den anderen Momenten des Arbeitsprozesses einnimmt.

Als geformter Gegenstand und materialisierte Tätigkeit, bestimmt durch den ideellen Zweck wie durch den materiellen Gegenstand der Arbeit, ist das Ar-

7 P. Ruben: Von der ‚Wissenschaft der Logik' und dem Verhältnis der Dialektik zur Logik, in: H. Ley (Hrsg.): Zum Hegelverständnis unserer Zeit, Berlin(DDR) 1972, S. 89.
8 Grundrisse, a.a.O., S. 15.
9 P. Ruben: Von der ‚Wissenschaft der Logik' ..., a.a.O., S. 91.

beitsmittel die vergegenständlichte Einheit der subjektiven und der objektiven Bedingungen der Arbeit und vermag deshalb, Subjekt und Objekt der Arbeit zusammenzuschließen. Entfernt man das Arbeitsmittel aus seinem Zusammenhang mit der zweckmäßigen Tätigkeit einerseits und dem Arbeitsgegenstand andererseits, so stehen sich Subjekt und Objekt der Arbeit einander äußerlich und unvermittelt gegenüber. Sie stehen sich dann in der Form des traditionellen Subjekt-Objekt-Schemas der Erkenntnistheorie gegenüber, mit dem Problem, wie das Subjekt zum Objekt gelangen könne. Denn es ist das Charakteristikum dieser Problemstellung, daß in ihr das Subjekt als Vermittlungsinstanz gesetzt ist, aber als mittelloses. Das allen gegenständlichen Beziehungen vorausgedachte Subjekt kann die Fähigkeit der Vermittlung nur an sich selber haben; es ist die Einheit seines Bewußtseins, die die Einheit mit dem Objekt begründet.

Für die Arbeit heißt das, daß es die vorangehende Zwecksetzung ist, die den Gegenstand des Zweckes und die Art und Weise der Zweckausführung konstituiert und den Arbeitsprozeß als Ausführung des Zweckes determiniert. Mit der Zurückführung der Arbeit auf „teleologische Setzung" kann Vermittlung nur mehr im Sinne von Konstitution begriffen werden, und in der Folge wird das Wesentliche der Arbeit in der Erzeugung von gedanklichen Antizipationen, von Plänen und Entwürfen gesehen, werden Arbeit und geistige Tätigkeit in letzter Instanz gleichgesetzt. Damit aber wird die Erfahrung, daß die wirkliche Arbeit ihr Wesen gerade darin hat, antizipierte Determinationen zu korrigieren, unerheblich. Und es wird vor allem die Frage, woher die Erkenntnis kommt, derer die ideellen Antizipationen bedürfen, um den Arbeitsprozeß determinieren zu können, unbeantwortbar, wenn die Erkenntnis als Faktor der ideellen Antizipationen der Arbeit vorangehen soll.

Wie wichtig es demgegenüber ist, das Arbeitsmittel als materielle Vermittlung zwischen Subjekt und Objekt der Arbeit hervorzuheben, lehren die empirischen erkenntnisgenetischen Untersuchungen der frühen menschlichen Stammesgeschichte. Sie zeigen, daß die menschliche Arbeit als nur zufällige Werkzeugproduktion beginnt und daß sich erst mit dem Übergang zu einer institutionalisierten Werkzeugproduktion durch die Kontrolle der Herstellung und Überlieferung der Werkzeuge eine reflexive Verstandestätigkeit ausbildet. D.h. an dem, was die Situationen von Bedürfnis und Verzehr zusammenschließt und ihren Wechsel überdauert und zugleich im Zusammenhang mit der eigenen Tätigkeit fungiert, lernen die Menschen die fundamentalen Unterscheidungen, die den weiteren Aufbau des Verstandes ermöglichen. Die These, die sich hieraus ergibt, besagt: Nicht an seinen Zwecken und nicht an den Gegenständen des Verzehrs gewinnt der Mensch Verstand, sondern an den Mitteln seiner Produktion, die als hergestellte, wiederhergestellte und überlieferte ihm Identität gegenständlich repräsentieren und die er, weil er sie im Zusammenhang mit seiner eigenen Tätigkeit erfährt, auch identisch halten kann und will.

Die Arbeit und ihre bleibenden, die Arbeit selber wieder determinierenden Resultate sind also die Voraussetzung für die Ausbildung des Verstandes. Einmal entstanden ist der Verstand eine notwendige Bedingung der entwickelten Arbeit. Er ist das Resultat ihrer eigenen Verwirklichung und als solches Bedingung ihrer Reproduktion. Reproduktionsbedingungen — Marx nennt sie auch „logische Bedingungen" — unmittelbar auch als genetische zu unterstellen, ist aber unzulässig, weil darüber erst die historische Untersuchung entscheiden kann. Werden gleichwohl die Reproduktionsbedingungen eines entwickelten Zusammenhanges im Sinne von historischen Voraussetzungen verstanden, führt die Vermengung von genetischer Determination und logischer Geltung zu aprio-

ristischen Konstruktionen, wie eben zu der: ‚Verstand als Bedingung der Möglichkeit von Arbeit'; in allgemeiner Hinsicht bedeutet das die konstitutionstheoretische Trennung von Denken und Sein, Geschichte und Natur. Und am Ende steht dann die Unmöglichkeit, Arbeit und Erkenntnis aus ihrem Zusammenhang mit dem natürlichen Entwicklungsprozeß zu erklären.

Dasselbe gilt für die Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Sie ist zunächst natürliche Voraussetzung der Arbeit. Die Arbeit mit ihrer Tendenz zu erweiterter Reproduktion, die sich in der Tradierung, Differenzierung und Akkumulation der Arbeitsmittel und Arbeitsarten zeigt, wandelt die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als deren natürliche Voraussetzung in eine Bedingung um, die zunehmend von der Arbeit abhängt. Diese Entwicklung, bestimmt von der Tradierung der Arbeitsmittel und der Differenzierung der Arbeitsarten, vollzieht sich nicht kontinuierlich, gleichförmig und gegensatzlos, denn die Arbeit ist in sich gegensätzlich.

Die Arbeit ist materielle Tätigkeit und existiert deswegen immer nur in besonderen Arbeitsarten, die aber im Verhältnis zueinander stehen. Allgemeine Produktion ist, wenn nicht bloß eine verständige Abstraktion, Totalität, das heißt das Verhältnis der besonderen Produktionsarten untereinander. Damit stehen die einzelnen Produktionsarten nicht nur untereinander in Beziehung, sondern jede Produktionsart steht im Verhältnis zu diesen Beziehungen als Ganzem, und dies Verhältnis ist eins des Gegensatzes.

Soll die Reproduktion des gesellschaftlichen Subjekts der Arbeit gelingen, muß eine dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktion angemessene Verhältnismäßigkeit der Produktionsarten untereinander durchgesetzt werden. Umgekehrt aber determinieren die Produktionsarten ihrerseits das Verhältnis der Produktionsarten untereinander dadurch, daß mit ihrer Entwicklung die Verhältnismäßigkeit der Arbeitsarten untereinander jeweils neu hergestellt werden muß. Die Verhältnismäßigkeit der Arbeitsarten ist aber nicht nur inhaltlich durch die Entwicklung der Arbeitsmittel, Arbeitsarten und Bedürfnisse bestimmt, sondern auch formell durch die Notwendigkeit, daß nur begrenzt verfügbare Zeit auf die einzelnen Arbeitsarten verteilt werden muß, durch das Gesetz der Ökonomie der Zeit. So ist die Arbeit in doppelter Weise in sich gegensätzlich: einmal im Verhältnis der besonderen Arbeit zu sich als Moment der konkret allgemeinen Arbeit, nämlich der Totalität der Arbeitsarten; zum anderen steht die besondere Arbeit mit sich selbst im Widerspruch dadurch, daß sie als konkret einzelne Arbeit zugleich Repräsentant — nämlich bestimmtes Quantum — von Arbeit überhaupt, von abstrakt allgemeiner Arbeit ist. Die gesellschaftliche Form der Arbeit ist die Form, in der sich der Widerspruch zwischen einzelner und allgemeiner Arbeit bewegt. Daraus folgt aber: 1. Die Arbeit ist unabhängig von ihrer *bestimmten* gesellschaftlichen Form Einheit dialektischer Gegensätze. 2. Die gesellschaftliche Form der Arbeit tritt nicht von außen zur Arbeit hinzu; die Arbeit enthält vielmehr die Distribution der Produktionsagenten auf die verschiedenen Produktionsarten als ihr Moment und hat damit die Gesellschaftlichkeit zu ihrer eigenen Formbestimmung.

Die Versuche, die Gesellschaftlichkeit der Arbeit abgetrennt von ihrer Naturbedingtheit verstehen zu wollen, setzen an die Stelle des Idealismus des Geistes den Idealismus der Gesellschaft; ihr Kern besteht wiederum im Verkennen des materiellen Charakters der Arbeit, welches hier dazu führt, den mit der Naturbedingtheit der Arbeit selbst gegebenen Gegensatz zwischen Einzelnem und Allgemeinem der Arbeit nicht als Einheit aufzufassen, sondern die Allgemeinheit als gesellschaftlich bedingt der in ihrer Naturbedingtheit nur als einzelne ver-

standenen Arbeit metaphysisch gegenüberzustellen. Ebenso unhaltbar sind andererseits die Versuche, Dialektik als Reflex bloß der kapitalistischen Form der Arbeit anzusehen: der Historische Materialismus ist nicht auf ein „System" der Kritik der Politischen Ökonomie zu reduzieren.

3.

Eine kategoriale Erörterung der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem an der Arbeit ist schließlich für die Erkenntnisauffassung des dialektischen Materialismus fortzuführen, und zwar am Arbeitsmittel, nämlich an der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem im Zweck-Mittel-Verhältnis.

Zunächst ist das Mittel dem Zweck untergeordnet, weil seine Bestimmung sich aus dem Zweck ergibt. Damit teilt das Mittel die Einzelheit des Zweckes. Insofern das Mittel aber vielen gleichartigen Zwecken dienen kann, betätigt sich das Mittel als bleibendes Allgemeines und steht so über dem Zweck. Nun sind aber die Zwecke nicht auf ihre Existenz in der Form der Einzelheit zu reduzieren, sie sind zugleich auch immer allgemein. Auch als einzelne Zwecke sind sie vielen gemeinsam und repräsentieren gleiche Beziehungen zur Wirklichkeit. Da die Zwecke nicht autonom der Wirklichkeit gegenüberstehen, sondern durch sie erzeugt sind, drücken sie objektive Gesetzmäßigkeiten aus und sind insofern allgemein. Dasselbe gilt für das Mittel schon dadurch, daß es eine Vergegenständlichung des Zweckes ist.

Zweck und Mittel sind also beide Einheit der Momente des Allgemeinen und des Besonderen. Betrachtet man aber Zweck und Mittel im Zusammenwirken, so verteilen sich die Momente des Allgemeinen und die des Besonderen verschieden auf die Seiten. Die Allgemeinheit der Zwecke fixiert sich in der allgemeinen Funktionsfähigkeit des Mittels, während die Zwecke in ihrer jeweils partikularen Existenz aufgehoben werden. Die Indienstnahme des Mittels zu immer neuen partikularen Zwecken vertieft jedoch gerade die Allgemeinheit des Mittels. Begreift man Zweck und Mittel als Seiten einer Einheit, so zeigt sich, daß das Allgemeine sich auf der Seite des Mittels festsetzt und im Verhältnis zum Besonderen dominiert, während das Besondere zum Akzent auf der Seite des Zweckes wird. Sowohl das Allgemeine als auch das Besondere des Zweckes befördern die Allgemeinheit des Mittels, und auch die Besonderheit des Mittels ist noch Vehikel (Medium) des Allgemeinen. Insofern läßt sich sagen, daß im Mittel die menschliche Fähigkeit zur Erfassung der allgemeinen Gesetze der Wirklichkeit selbständige und sich erweiternde Gestalt gewonnen hat. Die Zwecke repräsentieren Aufgaben und Probleme, wohingegen im Mittel die Fähigkeit zu ihrer Lösung vergegenständlicht ist.

Zwar existieren die Mittel wie andere Dinge als Einzelnes, aber nur in ihrem uneigentlichen Zustand: außerhalb ihrer Tätigkeit. Dann erscheinen sie als bloße Elemente einer Menge, als abstrakt Einzelne eines abstrakt Allgemeinen. In Wirklichkeit, d.h. in Bewegung, sind sie konkret Einzelnes, d.h. Gegenstände, die auf andere Gegenstände einwirken, Einheit von Möglichem und Wirklichem, Momente eines Zusammenhanges, der aus der Aufhebung von vorangegangenen Isolierungen entstanden ist und in dem die Teile in Wechselwirkung miteinander stehen. Das zeigt sich daran, daß die Mittel als besondere Sachverhalte die allgemeinen Gesetze der Wirklichkeit widerspiegeln und bei der Realisierung der Zwecke bewahrheiten, die eben dadurch ihre subjektive Beschränkung verlieren und verallgemeinerungsfähig werden. Und es ist eben der Widerspiegelungscharakter der Arbeitsmittel, der dazu führt, die im Arbeitsmittel vergegenständlichte Arbeit der „Umbildung natürlicher Sachverhalte in Vertreter von Allgemei-

nem" (10) zum Ausgangspunkt (im engeren Sinne) zu nehmen, wenn es darum geht, den Zusammenhang von Arbeit und Erkenntnis zu untersuchen. Denn von hier aus gelingt es, das Gemeinsame von Arbeit und Erkenntnis zu bestimmen, ohne daß dadurch ihr Unterschied verdeckt würde.

Arbeitsmittel führen an den Gegenständen Veränderungen herbei, weil sie Naturkräfte repräsentieren, denen auch die Gegenstände, deren Gebrauchsfähigkeit bewirkt werden soll, unterliegen. Damit jedoch Dinge oder Sachverhalte als Arbeitsmittel eingesetzt werden können, müssen sie aus ihrer natürlichen Umwelt herausgelöst und als Träger nützlicher Eigenschaften und Verhaltensweisen identifiziert werden. Und diese Identifizierung vollzieht sich in zwei Vergleichsrichtungen: durch den Vergleich von verfügbaren Naturgegenständen mit den Gegenständen, die noch mit ihrer natürlichen Umgebung in Wechselwirkung stehen, und durch den Vergleich von Arbeitsmitteln untereinander, in dem das Arbeitsmittel als gegenständliches Abbild einer Klasse gleichartiger Gegenstände dient.

Die in den Arbeitsprozeß einbeschlossene Erkenntnis, die sich an den objektiven Widerspiegelungsleistungen des Arbeitsmittels ausbildet und schließlich seinen Gebrauch leitet, bleibt auch für die aus dem Arbeitsprozeß herausgetretene und ihm gegenüber verselbständigte Erkenntnis von elementarer Bedeutung. Der zum Arbeitsmittel gehörende Charakter, als gegenständliches Abbild Sachverhalte widerzuspiegeln, durch die es ersetzt werden kann, wie es sie vertritt, ist auch den Mustern, Modellen, Vorstellungsmitteln und Maßeinheiten eigen, mit denen die wissenschaftliche Erkenntnis ihre Klassifikationen und Meßsysteme aufbaut. Das heißt, die Erkenntnis ist ebenso wie die Arbeit eine Tätigkeit, in der Subjekt und Objekt durch gegenständliche Mittel vereinigt werden, ein Vermittlungsprozeß. Und sie ist ebenso wie das theoretische Moment im Arbeitsprozeß Widerspiegelungstätigkeit. Die Erkenntnis, als Widerspiegelungstätigkeit gefaßt, ist also gegenständliche Tätigkeit, die Mittel, vermöge derer sie sich vollzieht, die Modelle und Standards, sind materielle Bilder, hergestellte Zeichen. An ihnen beantwortet sich die Frage der Erkenntnistheorie nach der Identität des Subjekts mit dem Objekt. Sie stellen die gesuchte Einheit dar, denn sie sind ebenso wie das Arbeitsmittel „Einheiten menschlicher und außermenschlicher Fähigkeiten". (11)

Es kommt für den Dialektischen Materialismus also alles darauf an, Arbeit und Erkenntnis nicht als von vornherein getrennte Prozesse zu betrachten, sondern die Erkenntnis von der Arbeit her zu begreifen. Und der Arbeitscharakter der Erkenntnis ist nur dann richtig zu begreifen, wenn die Stellung des Arbeitsmittels im Arbeitsprozeß erkannt ist. Nur dann ist die wirkliche Bedeutung des „Mittels" für die Erkenntnis festzustellen, wird das Mittel nicht unter die Gegenstände überhaupt nivelliert oder in das Bewußtsein zurückgenommen.

Das ist 1. wichtig für einen materialistischen Begriff der Erkenntnis als Widerspiegelung. Denn nur unter dieser Voraussetzung ist das psychologische Mißverständnis der Widerspiegelung, die Reduzierung der Widerspiegelung auf psychische Abläufe, zu vermeiden.

Das ist 2. wichtig dafür, daß die Arbeitstätigkeit nicht auf vermittelnde Aktivität reduziert wird und in der Folge nicht ein Reflexionsbegriff die Erkenntnistheorie beherrscht, der die inneren Bedingungen der Koordination von Verhaltensakten absolut setzt. Wird demgegenüber der Handlungsbezug der Erkenntnis vom Arbeitsmittel her verstanden, führt die Unterscheidung der Erkenntnisinhalte in sinnlich Gegebenes und vermittelnde Aktivität nicht in eine vollständige Aufspaltung, aus der zwei eigenständige, unvermittelbare Erkenntnisweisen mit eigener Prozeßstruktur hervorgehen, objektbezogene und handlungsbezogene Erkenntnis, was letztlich die Trennung von Erkenntnis und Handlung bedeutet. Zwar ist gerade am Arbeitsmittel diese Unterscheidung zu gewinnen, jedoch nur auf der Grundlage der Einheit des Unterschiedenen, so daß ein materialistischer Reflexionsbegriff erst dann angemessen zu formulieren ist, wenn mit ihm die prozedierende Einheit von sinnlich Gegebenem und vermittelnder Aktivität gemeint wird.

10 P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit, in: SOPO Nr. 36, S. 25.
11 Ebenda.

Und das ist schließlich 3. dafür wichtig, daß der Arbeitscharakter der Erkenntnis nicht mit einer Gleichsetzung von Arbeit und Erkenntnis oder gar einer Zurückführung der Arbeit auf Erkenntnis verwechselt wird. Denn gerade vom Arbeitsmittel her ist auch die Differenz von Arbeit und Erkenntnis am sichersten festzuhalten. Das Arbeitsmittel ist zusammen mit seiner Widerspiegelungsfunktion auf die physische Umwandlung des Gegenstandes gerichtet, das Vergleichsmittel der Erkenntnis ist dagegen auf die Umwandlung der Bedeutung des Gegenstandes gerichtet. Das ist darin begründet, daß die Arbeit auf die Einheit des Möglichen mit dem Wirklichen gerichtet ist, während die Erkenntnis auf die Möglichkeitsebene der Wirklichkeit verwiesen ist, was letztlich darauf hindeutet, daß auch die aus dem Arbeitsprozeß ausdifferenzierte, als Wissenschaft institutionalisierte Erkenntnis als Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses begriffen werden muß.

II. EXKURS: MATERIALISTISCHE UND IDEALISTISCHE DIALEKTIK

4.

Will man die Marxschen Aussagen zur Methode der materialistischen Dialektik in ihrem fundamentalen Gegensatz zur idealistischen Ausarbeitung der Dialektik in Hegels ‚Wissenschaft der Logik' verstehen, dann muß deutlich gemacht werden, wie jener Gegensatz aus einer der jeweiligen Methodenauffassung eigentümlichen Deutung des Verhältnisses der Dialektik zu den Einzel- oder Erfahrungswissenschaften entspringt. Aus diesem Grunde hat die in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" und in der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts" von Marx vorliegende grundsätzliche Kritik der Hegelschen Dialektik ihren Orientierungspunkt in der Demonstration der Art und Weise, wie Hegel in der Absicht, Dialektik als absolute Wissenschaft systematisch darzustellen, das Verhältnis von wissenschaftlicher Abstraktion zu den Gegenständen der Abstraktion, von abstrahierender und konkretisierender Verallgemeinerung, insbesondere von analytischer und synthetischer Methode sieht. Im folgenden konzentrieren wir uns auf die Untersuchung dieser Frage, weil in ihr wohl eine wichtige Voraussetzung dafür angelegt ist, daß „Rationalität" und „Mystizismus" (Marx), der „Konservatismus" und der „revolutionäre" Charakter (Engels), der materialistische und der idealistische Gehalt der Hegelschen Dialektik (Lenin) unterscheidbar und bei der Kritik des Idealismus auch die bedeutenden Vorgaben Hegels für die Herausbildung der materialistischen Dialektik sichtbar werden.

Die von Marx in seiner „Einleitung" zur Kritik der Politischen Ökonomie von 1857 skizzierte Methode des „Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten" (12) ist als Begründung *materialistischer* Dialektik nur zu verstehen, wenn man die Marxsche Entdeckung des Doppelcharakters der Arbeit voraussetzt und

12 Vgl. zum folgenden: Grundrisse, a.a.O., S. 21 ff.

im Nachvollzug der Marxschen Überlegungen nicht aus dem Blick verliert. Wir gehen davon aus, daß das der „Methode der politischen Ökonomie" gewidmete Kapitel der „Einleitung" eine wegweisende Weiterentwicklung der wissenschaftstheoretischen Auffassung des Verhältnisses von Analyse und Synthese, wie sie in den Erfahrungswissenschaften geläufig sind, darstellt. Durch historische und systematische Erklärung von Kategorien, wie sie in der politischen Ökonomie des 17. und 18. Jahrhunderts vorlagen, entwickelt Marx ein Methodenverständnis materialistischer Dialektik, die ihren Gegenstand, z.B. die bürgerliche Gesellschaft, als einen „konkreten" und „allgemeinen" Zusammenhang begreift, wobei sie sich durchaus der in den historisch vorhandenen Gesellschaftswissenschaften, z.B. der politischen Ökonomie, gegebenen Mittel wissenschaftlicher Erkenntnis, der analytischen Abstraktion und der Synthese, bedient. Unter Voraussetzung der abstrahierenden Wissenschaften also ist Dialektik die Methode der „Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens", die einzige Art für die Wissenschaft, sich die Wirklichkeit, das „Reale" als ein Konkretes anzueignen. Für die dialektische Begriffsbildung sind so selbstverständlich auch die „Denkbestimmungen" (Kategorien wie Tauschwert, Arbeit, Geld usw.), welche durch analytische Abstraktion gewonnen wurden, ebenso Voraussetzung wie die von Marx als „richtige wissenschaftliche Methode" bezeichnete Herstellung abstrakt allgemeiner Zusammenhänge (auch „Verhältnisse" oder „Beziehungen"), in denen die gewonnenen Ausgangsabstrakta zu Momenten eines Systems von Beziehungen zusammengefaßt werden (wie z.B. Austausch, Weltmarkt, Handel usw.). Isolierung durch Abstraktion, Zusammenfassung oder Bildung der „Einheit" der durch die Abstraktion in ihre Bestandteile zerlegten, zunächst „chaotischen" Vorstellung von Mannigfaltigkeit sind also für das Begreifen dieser Mannigfaltigkeit vermittels der Dialektik als Wissenschaft des konkreten Allgemeinen unabdingbare Voraussetzungen und fungieren weiterhin als Momente der Dialektik als Wissenschaft. Man kann auch sagen, daß es der materialistischen Dialektik darum gehe, ihre Gegenstände als durch die Analyse und Synthese der empirischen Wissenschaften bereits verarbeitete Gegenstände des Wissens zu verstehen.

Daß die Dialektik von der Abstraktion und nicht etwa von der sinnlichen Unmittelbarkeit ihres Erkenntnisgegenstandes ausgeht, um diesen Gegenstand als konkreten bestimmen zu können, zeigt u.a. auch ein Blick auf die Marxsche Analyse der Ware bzw. des Doppelcharakters der Arbeit. Im Tauschwert der Ware existiert die Arbeit in der Form abstrakter Allgemeinheit, im Gebrauchswert einer einzelnen Ware als bestimmte oder konkret einzelne Arbeit. Das Verhältnis (oder der Zusammenhang) von Tauschwert und Gebrauchswert ist dann als ein konkret Allgemeines, als genuiner Gegenstand der Dialektik begriffen, wenn das einem abstrakt Allgemeinen zugehörige konkret Einzelne als materieller Repräsentant der Abstraktion ausfindig gemacht wird und somit das widersprüchliche Verhältnis zwischen dem Ding als Exemplar der abstrakten Allgemeinheit und dem Ding als konkretem, bestimmtem Einzelnen; wenn also gesehen wird, daß eine einzelne konkrete Arbeit, die sich in einem bestimmten Gebrauchswert vergegenständlicht, zugleich das Verhältnis der verschiedenen Arbeiten insgesamt, die Arbeit überhaupt, zu repräsentieren hat. Dieses konkret Allgemeine ist als spezifischer Gegenstand der Dialektik natürlich sowenig ein Gegenstand der sinnlichen Anschauung wie ein durch die gedankliche Operation des Konkretisierens erst Erzeugtes.

Mit dem Tauschwert der Waren hat die klassische politische Ökonomie ein abstrakt allgemeines Moment der Gebrauchswerte produzierenden konkreten

Arbeit zum Erkenntnisgegenstand: diejenige Kategorie oder Gedankenform, die unter Bedingung der Warenproduktion gesellschaftliche Allgemeingültigkeit besitzt, denn über den Tauschwert wird der gesellschaftliche Charakter der jeweils spezifischen einzelnen oder besonderen Arbeitsarten in der Form abstrakt allgemeiner Arbeit realisiert. Die analytische Bildung solcher abstrakt allgemeinen Begriffe wie des Begriffs des Tauschwerts ist natürlich keine Eigentümlichkeit der politischen Ökonomie. Z.B. wird in den Naturwissenschaften gleichfalls ein abstrakt allgemeines Moment des jeweiligen Gegenstandes durch Analyse begrifflich fixiert — wie etwa die Schwere. Allerdings geben sich die analytisch-synthetisch arbeitenden Wissenschaften keine methodische Rechenschaft über den erörterten Zusammenhang zwischen den abstrakt allgemeinen Begriffen und dem konkret Einzelnen. Wenn sie dennoch — wie im Falle der Naturwissenschaften offensichtlich — zu brauchbaren Resultaten kommen, dann liegt das daran, daß der von ihnen *ignorierte Zusammenhang* von abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem in ihren Verfahren *praktisch realisiert* wird — man denke z.B. an das Experiment. Das bedeutet ganz generell: Als allgemeines Moment der materiellen Produktion *unterstellen* die analytisch-synthetischen Wissenschaften die materielle Tätigkeit (13) und damit den von ihnen *ignorierten* Zusammenhang zwischen dem abstrakt Allgemeinen und dem konkret Einzelnen (vgl. dazu ausführlich Abschnitt 9 und 10).

Dieser Zusammenhang der wissenschaftlichen Abstraktion mit der materiellen Produktion muß an dieser Stelle deshalb betont werden, weil es geradezu eine die Dialektik Hegels kennzeichnende Bemühung ist, ihn sowohl zu unterstellen als auch aufzulösen. Es handelt sich um die Bemühung, die Hegel selbst durch die Definition der Denktätigkeit als Produktion oder Arbeit des Geistes zum Ausdruck brachte: „Die unendliche Natur des Geistes ist der Prozeß seiner in sich, nicht zu ruhen, wesentlich zu produzieren und zu existieren durch seine Produktion." (14) Versucht man das als einen ebenso ernst zu nehmenden wie sein Ziel verfehlenden Anspruch zu verstehen, kann der von Marx im Kontext seines Methodenkapitels hervorgehobene fundamentale Irrtum der Hegelschen Dialektik nicht als eine Bemerkung angesehen werden, die die immanente Durchführung der Dialektik Hegels verfehlte. Marx trifft mit dieser Bemerkung eine für den Idealismus tatsächlich entscheidende Illusion (die allerdings auch Gegenstand ‚immanenter' Untersuchung der „Wissenschaft der Logik" sein muß). Es ist die „Illusion das Reale als Resultat des sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden, und aus sich selbst sich bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst." (15)

Für die Beschäftigung mit den Ursachen dieser „Illusion", deren Wirkung in Hegels „Wissenschaft der Logik" verfolgt werden muß, ist zweifellos die für die Entstehung des dialektischen Denkens bedeutsame Tatsache festzuhalten, daß Hegels Philosophie — auf der Grundlage des Idealismus — als erste konsequente Theorie der Arbeit anzusehen ist. Marx verwies darauf, daß Hegel den „Standpunkt der modernen Nationalökonomie" insofern geteilt und theoretisch verarbeitet habe, als er die Arbeit als das „Wesen, als das sich bewährende (Gattungs-) Wesen des Menschen (erfaßt)", daß er die Arbeit aber auch und ausschließlich

13 P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit, a.a.O., S. 15.
14 G.W.F. Hegel: Einleitung in die Geschichte der Philosophie, Hamburg 1966, S. 100/1.
15 Grundrisse, a.a.O., S. 22.

als „abstrakt geistige" Arbeit verstanden und „anerkannt" hätte (16). Die Kennzeichnung von Hegels „Arbeit des Geistes" oder „Tätigkeit des Gedankens" als „abstrakt geistiger" verstehen wir nun aber nicht so, daß Hegel von der „abstrakten" Arbeit im Unterschied zur „konkreten" Arbeit, d.h. der besonderen, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen gesellschaftlichen Form der Arbeit ausgegangen wäre. Wir verstehen diesen Hinweis vielmehr so, daß Hegel mit seiner Begründung der Dialektik aus den empirischen Wissenschaften und subjektiven Erkenntnistheorien an den Wissenschaften als allgemeinem Moment der Arbeit anknüpfte, freilich so, daß er sie verabsolutierte und sie damit gerade nicht als *Moment* der Arbeit faßt. Daraus ergeben sich für die materialistische Kritik und Rekonstruktion von Hegels „Wissenschaft der Logik" folgende Fragen, denen nachzugehen ist: Ist es die philosophische Aufnahme des theoretischen Konzepts der klassischen politischen Ökonomie, die es Hegel ermöglichte, die ‚rationelle' Seite seiner Dialektik zu erarbeiten (wurde dadurch die Kritik der Metaphysik sowie der transzendentalistischen Erkenntnistheorien Kantischer und Fichtescher Prägung möglich)? Ist der ‚Mystizismus', die ‚mystische Hülle' des ‚rationellen Kerns' der Hegelschen Dialektik aus der Verabsolutierung der Wissenschaften als allgemeinem Moment der Arbeit erklärbar (diese Verabsolutierung stellt sich allgemein gesprochen als die Identifizierung der gedanklichen Transformation und Reproduktion des Konkreten mit seiner physischen Umwandlung in der Arbeit dar)? Ergibt sich daraus, daß in Hegels Idealismus die theoretischen Voraussetzungen des Übergangs zur materialistischen Dialektik angelegt sind? Wie auch immer — dieser Übergang kann jedenfalls nicht durch immanente Rekonstruktion des Aufbaus der „Wissenschaft der Logik", sondern allein auf der Grundlage der materialistischen Auffassung der Arbeit vollzogen werden.

5.

Hegels Auseinandersetzung mit der analytischen und synthetischen Methode kann als ein Exempel für die Durchführung des Programms der „Wissenschaft der Logik" angesehen werden, die Gegenstände des Wissens aus ihrem „Begriff" dialektisch zu „entwickeln". In dieser Auseinandersetzung ist die idealistische Theorie des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten begründet. Man kann übrigens die Auffassung vertreten, daß der interne Aufbau der „Logik" ebenso wie ihre Übergänge unter der Perspektive dieses Aufsteigens interpretierbar sind. Hier konzentrieren wir uns auf den von Hegel dargestellten Übergang von der vorgefundenen analytisch-synthetischen Methode zur Dialektik, weil aus ihm ein Begriff des Konkreten entsteht, welcher Hegels Identifizierung der Bestimmungen des Denkens und derjenigen der materiellen Tätigkeit (Arbeit) voraussetzt.

Auf den ersten Blick ist der Übergang von der analytisch-synthetischen Methode zur Dialektik dem oben erörterten Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten in der materialistischen Dialektik analog. In der Absicht, das Verhältnis der empirischen, „endlichen" Wissenschaften zur Philosophie als „absoluter Wissenschaft" oder „absoluter Methode" bestimmen zu wollen, besteht das Fortschreiten zur Dialektik in einem „Aufheben" der historischen Formen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion. Die historische Entwicklung hat ihre Entsprechung in der systematischen Abfolge des Übergehens von den abstrahierenden Wissenschaften in die Dialektik. Die Analyse, welche von sinnlich wahrnehmbaren Dingen ausgeht, gibt diesen die „Form abstrakter Allgemeinheit"

16 MEW Erg.Bd. 1. Teil, S. 574, Anm. 7/2.

(17) so, daß die „Bestimmungen, welche der analysierte Gegenstand in sich vereinigt (die von Marx konstatierte „chaotische Vorstellung eines Ganzen" — d.V.), dadurch, daß sie getrennt werden, die Form der Allgemeinheit erhalten" (18). Als zweite Stufe ist die Synthese der Übergang zur Dialektik (der Theorie des konkret Allgemeinen) insofern, als sie das in der analytischen Methode „durch den Verstand gesetzte Allgemeine" (19), die „abstrakte Identität zum Unterschiede" fortentwickelt, indem sie das Einzelne ausfindig macht, von dem die Abstraktion ausging, und damit realisiert, daß jede Abstraktion sich auf ein ihr „Anderes" bezieht (20). Der Übergang zur Dialektik ist schließlich dann vollzogen, wenn die Einheit des abstrakt Allgemeinen und des Einzelnen als konkrete Allgemeinheit auf den Begriff gebracht wurde: „auf das *Begreifen* dessen, was *ist*, d.h. (auf) die Mannigfaltigkeit von Bestimmungen in ihrer Einheit" (21). Die Abstrakta, von denen die Synthese ausging, werden so zu „Momenten" eines als „Identität" von „Begriff" und „Sache selbst" erklärten konkret Allgemeinen (22).

Dieses für Hegels „Logik" programmatische Vorgehen auf seine ‚mystischen' und ‚rationellen' Bestandteile zu untersuchen, wird erleichtert, wenn man auf zwei die ‚Mystifikationen' herbeiführende Umstände achtet. Marx hat sie als die *Verselbständigung von Abstraktionen* und die *Verkehrung von Subjekt und Prädikat* (Ding und Eigenschaft) gekennzeichnet (23).

Die Notwendigkeit des Übergangs von der empirischen Wissenschaft zur Dialektik begründet Hegel damit, daß mit der analytisch-synthetischen Methode der Gegenstand der Wissenschaften „an sich selbst" nicht gedacht werden könnte. Das zeigt sich als prinzipieller Mangel dieser Methode. Dieser wird darin gesehen, daß die abstrakten Begriffe dem Gegenstand gegenüber „äußerlich" bleiben (24). Mit der Begriffslogik, in deren Zusammenhang diese Kritik gehört, haben wir das als Aufforderung zu verstehen, das gegenständlich Andere des Denkens (welches in der vorausgehenden Wesenslogik das zentrale Problem war) zugunsten seiner Bestimmbarkeit durch den Begriff als ein ungegenständlich Anderes gedanklich zu reproduzieren. Indem wir in aller Kürze skizzieren, wie Hegel dieser Forderung genügt, wird vielleicht in Beschränkung auf das Problem des Übergangs von der Synthese zur Dialektik deutlich, wie sich Mystifikationen und Rationalität im Zusammenhang der Hegelschen Dialektik theoretisch äußern.

Indem Hegel die synthetische Methode als das „Umgekehrte" der analytischen versteht (25), macht er einen Unterschied geltend zwischen denjenigen Abstrakta, von denen die Synthese ausgeht, und denen, die die Resultate der Analyse bilden. Hegel zeigt, daß durch analytische Abstraktion das „Wesentliche" eines Dinges fixiert wird (26), schließt aber das *Ding* oder den Gegenstand, von dem die Analyse ausging, sozusagen als sinnlichen Rest aus der weiteren theoretischen Erörterung seiner in der Abstraktion fixierten *Eigenschaften* aus.

17 G.W.F. Hegel: Werke (HW), Frankfurt/M. 1969 ff., Bd. 8, S. 380.
18 Ebenda, S. 109.
19 Ebenda, S. 169.
20 Ebenda, Bd. 6, S. 510.
21 Ebenda, S. 511.
22 Ebenda, S. 548 ff., bes. S. 551 u. S. 565/6.
23 MEW Erg.Bd. 1. Teil, S. 584; MEW Band 1, S. 213.
24 HW Band 6, S. 489 ff. u. S. 527.
25 Ebenda, Bd. 8, S. 381.
26 Ebenda, Bd. 6, S. 259.

Dieser Ausschluß macht es darüber hinaus möglich, daß Hegel davon absehen kann, daß analytisch gewonnene Abstrakta Eigenschaften der aus der Betrachtung ausgeschlossenen Dinge fixieren. Genau dies aber kennzeichnet Marx als einen Vorgang, den wir der Kürze wegen eine *Abstraktion von der Abstraktion* nennen wollen (27). Die Folge dieser Abstraktion von der Abstraktion ist dann, daß die analytisch gewonnenen Abstrakta ‚verselbständigt' werden, daß sie nicht als Fixierung von Eigenschaften konkret einzelner Dinge, sondern wie konkret Einzelnes behandelt werden. Wir können das an Marx' Untersuchung dieses Umstands anschließend als eine *Aufhebung der Abstraktion innerhalb oder unter Voraussetzung der Abstraktion* bezeichnen (28). Auf dieser Grundlage ist Hegel dann in der Lage, die analytisch-synthetische Methode der Erfahrungswissenschaften zu ‚überwinden' und zur Dialektik fortzuentwickeln: Die Synthese kann nämlich zur dialektischen ‚Konkretisierung' deshalb entwickelt werden, weil auf der Grundlage der Abstraktion von der Abstraktion und der so ‚mystisch' eröffneten Aufhebung der Abstraktion innerhalb der Abstraktion die verselbständigten Abstrakta an sich selbst die Einheit von abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem darstellen. Hegel beansprucht, damit die Unterscheidung des konkret Einzelnen und des abstrakt Allgemeinen ‚gesetzt', d.h. aus dem Denken entwickelt zu haben. Während es sich nun aber in den Wissenschaften so verhält, daß die Momente eines analytisch-synthetisch gewonnenen Zusammenhangs (der z.B. als gesetzmäßiger dargestellt ist) einander widerspruchsfrei zugeordnet werden, weil alle (als jenem gesetzmäßigen Zusammenhang zugehörige Eigenschaften von Dingen) den Status von abstrakt Allgemeinem haben, kann Hegel das Verhältnis der Abstrakta, weil diese als verselbständigte die an sich selbst widersprüchliche Einheit von konkret Einzelnem und abstrakt Allgemeinem darstellen sollen, als ein widersprüchliches Verhältnis von abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem fassen. So gelangt er aber bloß zum Schein eines konkret Allgemeinen (29). Denn damit wurde in der Tat davon abstrahiert (‚mystifiziert'), daß Eigenschaften, um wirken zu können, einen gegenständlichen Repräsentanten brauchen; so ist die Eigenschaft ‚Schwere' ebensowenig ohne materiellen Träger darstellbar wie der Tauschwert von Waren ohne den Gebrauchswert. Während in Wirklichkeit die Wissenschaften nur aus dem Grunde als allgemeines Moment der Produktion fungieren können, weil eben konkret einzelne Dinge die in ihrem gesetzmäßigen Zusammenhang erkannten Momente als ihre Eigenschaften haben, haben die Hegelschen Abstrakta die Gabe, als widersprüchliche Einheit von konkret Einzelnem und abstrakt Allgemeinem die Wirklichkeit hervorzubringen. Hegels Wissenschaft als allgemeine Arbeit bedarf der materiellen Arbeit als ihrer Grundlage nicht mehr, um zu produzieren.

Man kommt schließlich zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn man beachtet, wie Hegel durch die Verkehrung von Subjekt und Prädikat (Ding und Eigenschaft) von der den empirischen Wissenschaften selbstverständlichen Tatsache absieht, daß wissenschaftliche Abstraktionen stets Eigenschaften von Dingen darstellen. Hegels Verkehrung, welche Marx besonders im Falle der ‚Anwendung' der Hegelschen Dialektik in dessen Rechtsphilosophie analysiert, besteht darin, daß unter der Voraussetzung der verselbständigten Abstrakta die jeweils einzelnen Dinge als Eigenschaften ihrer Eigenschaften erscheinen (30). Ist in

27 MEW Erg.Bd. 1. Teil, S. 585.
28 Ebenda, S. 584 f.
29 Vgl. MEW Bd. 1, S. 267 u. S. 212.
30 Ebenda, u.a., S. 286 f.

den „verständigen" Wissenschaften das jeweils einzelne Ding auch als „Subjekt" zu bezeichnen, dessen materielle Zugehörigkeit zu einem bestimmten gesetzmäßigen Zusammenhang sich in dessen Prädikaten (nämlich Eigenschaften) äußert, so ist bei Hegel der Zusammenhang, den die Wissenschaft als Verhältnis der in abstrakt allgemeinen Begriffen fixierten Eigenschaften faßt, in ein konkret Allgemeines verwandelt, welches nun als Subjekt verstanden werden kann, zu dem sich die konkret einzelnen Dinge wie dessen Prädikate verhalten (31).

Die ‚Rationalität' der Hegelschen Dialektik ist nun andererseits im skizzierten Zusammenhang darin zu sehen, daß er auf der Basis des Idealismus es vermochte, die allgemeine Logik des konkret Allgemeinen auf den Begriff zu bringen. Aus der Abstraktion von der Abstraktion folgt ja nicht nur die ‚mystische' Konstruktion des Konkreten, vielmehr folgt auch — eben weil Hegel die Abstraktion innerhalb der Abstraktion aufhebt —, daß er die Beziehung von abstrakter Allgemeinheit und konkreter Einzelheit als Widerspruch und damit die Logik des konkret Allgemeinen in prinzipieller Form zum Ausdruck bringt und wissenschaftlich bearbeitet.

Soll der Übergang von der idealistischen in die materialistische Dialektik als Übergang von der vorwissenschaftlichen in die wissenschaftliche Dialektik verstanden (32) und der Übergang in die materialistische Dialektik als „Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens" (33) vollzogen werden, so kommt es darauf an, dabei die von Lenin wiederholt erörterte, für die Dialektik überhaupt entscheidende Entdeckung Hegels festzuhalten, daß die Einheit des konkret Einzelnen und des abstrakt Allgemeinen als Widerspruch zu behaupten, nichts anderes bedeutet, als das konkret Allgemeine als Entwicklung, als Selbstbewegung (34) aufzufassen. Das rationelle Moment dieser Entdeckung hat der dialektisch-historische Materialismus unter Beweis zu stellen.

III. MATERIALISTISCHE DIALEKTIK UND THEORIE DER GESELLSCHAFTLICH-HISTORISCHEN ENTWICKLUNG

6.

Der historische Materialismus ist eine Theorie der allgemeinsten Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Grundlage des historischen Materialismus ist der dialektische Materialismus: die Entwicklung der Gesellschaft wird unter der Voraussetzung der materiellen Einheit von Natur und Gesellschaft begriffen und als bestimmt gedacht durch den materiellen Lebensprozeß der Gesellschaft, das heißt durch die Entwicklung der Produktionsweise, in der sich der Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft vollzieht. Die Produktionsweise einer bestimmten Gesellschaftsform umfaßt die Beziehungen zwischen Mensch und Natur im Produktionsprozeß, die Produktivkräfte, und die Beziehungen der Menschen untereinander im Produktionsprozeß, die Produktionsverhältnisse. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bilden eine widersprüchliche, sich entwickelnde Einheit, in der vor allem die Produktivkräfte das revolutionäre Moment bilden. Der historische Materialismus sieht also in erster Linie

31 Ebenda.
32 Vgl. P. Ruben: Die materialistische Dialektik und ihre Grundgesetze, in: Gesetz-Erkenntnis-Handeln, Berlin(DDR) 1972, S. 158 ff.
33 F. Engels: MEW Bd. 20, S. 131/2.
34 W.I. Lenin: Konspekte zur ‚Wissenschaft der Logik', in: Werke (LW), Bd. 38, S. 131.

in der Entwicklung der Produktivkräfte das treibende Moment der gesellschaftlich-historischen Entwicklung.

Diese theoretische Grundstruktur des historischen Materialismus verleiht dem Arbeitsbegriff eine ausgezeichnete Bedeutung. Die Beziehungen zwischen Mensch und Natur werden in der Arbeit hergestellt. Von der Arbeit nimmt gemäß dem historischen Materialismus die gesellschaftlich-historische Entwicklung ihren Ausgang und durch die Arbeit wird diese Entwicklung vorangetrieben. In einer materialistischen Theorie muß der Begriff der materiellen Wirklichkeit entsprechen, im historischen Materialismus also der Arbeitsbegriff der wirklichen Stellung der Arbeit in der Entwicklung der Gesellschaft. Die theoretische Entwicklung der allgemeinsten Gesetze der Geschichte nimmt im historischen Materialismus vom Arbeitsbegriff ihren Ausgang. Eine korrekte Fassung des Arbeitsbegriffs auf der Grundlage des dialektischen Materialismus ist daher für die theoretische Stringenz des historischen Materialismus von konstitutiver Bedeutung.

Der Begriff der Arbeit ist nicht erst vom historischen Materialismus geprägt worden, er findet diesen Begriff als ‚verständige Abstraktion' aus der menschlichen Geschichte bereits vor. Als verständige Abstraktion hebt der Begriff Arbeit an der Beziehung zwischen Mensch und Natur dasjenige hervor, was ihr in allen Epochen der menschlichen Geschichte gemeinsam ist.

Dieser abstrakte Arbeitsbegriff der verständigen Abstraktion jedoch spiegelt nicht die wirkliche Arbeit wider, weil er nur das herausgesonderte Allgemeine faßt. Die wirkliche Arbeit ist konkret, das heißt sie ist immer zugleich auch besondere Arbeit und einzelner Arbeitsvollzug. Die wirkliche Arbeit existiert zudem in verschiedenen Besonderungen. Wenn der Begriff Arbeit die wirkliche Arbeit fassen soll, so muß die konkrete ‚Totalität' aller ihrer Bestimmungen in dem Begriff mitgedacht werden. Der historische Materialismus muß daher den abstrakten Arbeitsbegriff, der ihm als verständige Abstraktion vorgegeben ist, zur konkreten Totalität fortentwickeln, die ihm durch die wirklichen Arbeitsarten und ihre Beziehungen zueinander als Erkenntnisobjekt vorgegeben ist. (35)

Diese gedankliche Reproduktion der wirklichen Arbeit, der Weg des Aufsteigens vom abstrakten zum konkreten Begriff der Arbeit, darf nicht mit der wirklichen Entwicklung der Arbeit in der menschlichen Geschichte verwechselt werden. Wie jeder abstrakte Begriff so ist auch der dem historischen Materialismus vorgegebene abstrakte Begriff der Arbeit nicht nur allgemein, als verständige Abstraktion, das Resultat eines unvollständigen Erkenntnisaktes, sondern diese verständige Abstraktion ist selbst in spezifischer Weise im sich entwickelnden Verhältnis des erkennenden Subjekts zu seinem Gegenstand begründet und erhält dadurch in seinem Verhältnis zur wirklichen Arbeit noch einen spezifischen Sinn. Dem abstrakten Begriff der Arbeit entspricht eine bestimmte Form der konkreten Arbeit, in der die Arbeit durch ihre allgemeinen Bestimmungen auch wirklich weitgehend bestimmt und nicht mehr mit ihrer Besonderheit und von dieser beherrscht ist. Dies aber gilt erst unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft, in der die Arbeit die Form der entwickelten Totalität wirklicher Arbeitsarten angenommen hat und die Individuen mit Leichtigkeit von einer Arbeit in die andere übergehen. Unter diesen Bedingungen erwächst die Möglichkeit, daß die Arbeit als wirkliche Arbeit nicht mehr nur in ihrer besonderen Form gedacht werden kann. Erst in dieser Gesellschaft wird die ‚Arbeit überhaupt' als alleinige Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung ‚praktisch wahr'. Der denkende Weg der Erkenntnis, das Aufsteigen vom abstrakten zum

35 Vgl. Grundrisse, a.a.O., S. 21-31.

konkreten Begriff der Arbeit, ist — in diesem Sinne interpretiert — der wirklichen Entwicklung der Arbeit in der menschlichen Geschichte gerade entgegengerichtet.

In dieser Umkehrung zeigt sich ein allgemeines Prinzip des dialektischen Materialismus: Das höher Entwickelte liefert den Schlüssel für das Verständnis der vorangegangenen Entwicklungsstufen. Die Entwicklung der niederen Tierart kann von der höheren Tierart her begriffen werden, entsprechend die frühen Formen der Gesellschaft von den späteren, entwickelteren her. Indem der historische Materialismus auf der Grundlage der Kenntnis der entwickelten Form der Gesellschaft den abstrakten Begriff der Arbeit, der ihm als verständige Abstraktion vorgegeben ist, zur konkreten Totalität des dialektischen Arbeitsbegriffs gedanklich fortentwickelt, liefert er den Schlüssel zum Verständnis der wirklichen Geschichte, indem er die Triebkräfte ihrer Entwicklung aufdeckt. Andererseits jedoch kann diese Bewegung des Denkens das Studium der wirklichen Geschichte nicht ersetzen. Der historische Materialismus ist seinerseits an das Studium der wirklichen Geschichte gebunden, weil nur diese die Kriterien liefern kann für die Fortentwicklung des abstrakten Begriffs der Arbeit zur konkreten Totalität. Diese wechselseitige Bedingtheit von Geschichtstheorie und wirklicher Geschichte, die im historisch-materialistischen Arbeitsbegriff mitgedacht werden muß, spiegelt sich theorieintern im Verhältnis historischer und logischer Bedingungen wider, und zwar wegen dem diesem Verhältnis innewohnenden Selbstbezug in doppelter Weise: als Verhältnis von empirischer Erfahrung und wissenschaftlichem Denken im Prozeß der Erkenntnis und als Verhältnis von historischen und logischen Bedingungen in dem vom Denken reproduzierten konkreten Gegenstand der Erkenntnis.

Das abstrakte Denken kann dieses Verhältnis nicht adäquat fassen. Die verständigen Abstraktionen, an denen das wissenschaftliche Denken ansetzt und in denen die empirische Erfahrung als nur erst ‚chaotische Vorstellung von einem Ganzen' in das wissenschaftliche Denken Eingang findet, sind starre, unbewegliche Denkformen. Bezogen auf einen gegebenen, sich wirklich reproduzierenden und damit mit sich identischen Zustand der Gesellschaft erscheinen diese Formen in festen Beziehungen zueinander stehend, Beziehungen, die analytisch am Gegenstand abgelesen werden können. Oder umgekehrt: die Gesellschaft erscheint als abstrakter Zusammenhang der durch verständige Abstraktionen gewonnenen Begriffe, als durch formelle Beziehungen konstituiertes System. Ein Denken, das auf dieser Stufe stehen bleibt und die abstrakten Gedankenformen mit der Realität identifiziert, verfehlt ersichtlich den spezifischen Charakter des historischen Gegenstandes. Geschichtliche Veränderungen stellen sich diesem Denken als Veränderungen der zwischen den abstrakten Begriffen bestehenden Beziehungen dar, die ebenso wie die Beziehungen und ihr Bestehen selbst aus den Begriffen nicht begründet werden können. Historische Veränderungen erscheinen als abstrakte Negation logischer Beziehungen und nicht als Resultat einer eigentümlichen Logik des Gegenstandes.

Den abstrakten Begriff eines historischen Gegenstandes zur konkreten Totalität fortentwickeln bedeutet demgegenüber, die wechselnden Beziehungen des konkreten Zusammenhangs, die dem abstrakten Begriff äußerlich hinzugefügt erscheinen, als interne Momente des Begriffes selbst zu fassen. Der konkrete Begriff ist die sich entwickelnde, widersprüchliche Einheit von Allgemeinem und Besonderem. Das Allgemeine reproduziert sich unter den besonderen Bedingungen einer historischen Epoche in jeweils besonderer Weise. Insofern haben die logischen Bedingungen die historischen Bedingungen der Epoche zur Grundlage.

Die Reproduktion des Allgemeinen verändert jedoch die besonderen Bedingungen und insofern sind die logischen Bedingungen von den historischen relativ unabhängig und auf diese nicht zu reduzieren. In diesem Sinne unterscheidet Marx zwischen den „historischen Voraussetzungen" eines sich selbst reproduzierenden historischen Gegenstandes, die „der Geschichte seiner Bildung" angehören, und Bedingungen seiner Reproduktion, die die gleichen Bedingungen sind, aber „jetzt als Resultate seiner eignen Verwirklichung, Wirklichkeit, als gesetzt von ihm — nicht als Bedingungen seines Entstehens, sondern als Resultate seines Daseins." (36) In dieser Einheit von Allgemeinem und Besonderem, von logischen und historischen Bedingungen gründet die Möglichkeit, den Gegenstand des Denkens als historischen zu begreifen, aus der Logik seiner Reproduktion auf sein Entstehen und sein Vergehen zu schließen. Die logischen Bedingungen bieten „den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit", weil in ihnen die historischen Bedingungen ihres Werdens „als nur historische, i.e. aufgehobne Voraussetzungen" erscheinen. Zugleich erscheinen die logischen Bedingungen „als sich selbst aufhebende und daher als historische Voraussetzungen für einen neuen Gesellschaftszustand setzende" Bedingungen (37).

Angewendet auf den Arbeitsbegriff des historischen Materialismus bedeutet dies: Auch wenn dieser die Arbeit als Triebkraft der menschlichen Geschichte, die Geschichte als Prozeß der Selbsterzeugung des Menschen in der Arbeit faßt, so ist damit nicht gesagt, daß die Geschichte aus dem Begriff der Arbeit, und schon gar nicht, daß sie aus dem abstrakten Begriff der Arbeit, der ein Produkt der abstrakten Arbeit der bürgerlichen Gesellschaft ist, abgeleitet werden kann. Die Arbeit ist in jeder Geschichtsepoche als Einheit von allgemeiner und besonderer Arbeit zu begreifen. „In allen Gesellschaftsformen", schreibt Marx, „ist es eine bestimmte Produktion, die allen übrigen, und deren Verhältnisse daher auch allen übrigen, Rang und Einfluß anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worein alle übrigen Farben getaucht sind und welche sie in ihrer Besonderheit modifiziert. Es ist ein besondrer Äther, der das spezifische Gewicht alles in ihm hervorstechenden Daseins bestimmt." (38) Die Arbeit als Totalität zu begreifen heißt, die Dialektik des Arbeitsprozesses aus den Widersprüchen zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen der Produktion einer jeden Gesellschaftsform zu entfalten und die Triebkräfte des historischen Prozesses aus dem wechselseitigen Umschlagen von historischen und logischen Bedingungen ineinander zu entwickeln.

7.

Der Ertrag dieser Überlegungen für das Verständnis des wirklichen Geschichtsprozesses sei an einem Beispiel erläutert, das in besonderem Maße die Unzulänglichkeit methodologischer Konzeptionen erweist, die von einer nur äußerlichen, durch den Erkenntnisprozeß konstituierten Verbindung des Allgemeinen und des Besonderen im historischen Prozeß ausgehen, nämlich am Beispiel des Beginns menschlicher Geschichte überhaupt, der Entwicklung des Menschen aus dem Naturzusammenhang (39). Jede Konzeption, die das Besondere der Geschichte aus dem allgemeinen menschlichen Wesen, wie immer dies gefaßt sein mag, zu deduzieren trachtet, gerät in das theoretische Dilemma, dieses Allgemeine selbst nicht mehr geschichtlich greifen zu können. Der Übergang vom Tier zum Menschen wird zum übernatürlichen Schöpfungsakt, der eine transzendentale Bedingung der Arbeit als Triebkraft der menschlichen Geschichte bildet. Natur und Geschichte stehen sich hier als zwei endgültig geschiedene und nur äußerlich aufeinander bezogene Welten gegenüber. Jede Konzeption, die umgekehrt das allgemeine Wesen des Menschen durch Induktion aus seiner besonderen Geschichte herzuleiten trachtet, verwischt die qualitative Differenz zwischen biologischer und gesellschaftlich-historischer Entwicklung. Die Abgrenzung zwischen Tier und Mensch im entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang wird zum Definitionsproblem. Natur und Geschichte erscheinen als nicht theoretisch gegeneinander abgrenzbar.

36 Ebenda, S. 364.
37 Ebenda, S. 365.
38 Ebenda, S. 27.
39 Vgl. zum folgenden insbesondere: K. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis, Frankfurt/M. 1973; A.N. Leontjew: Probleme der Entwicklung des Psychischen, Frankfurt/M. 1973; V. Schurig: Naturgeschichte des Psychischen 2, Frankfurt/M. 1975; ders.: Die Entstehung des Bewußtseins, Frankfurt/M. 1976.

Auf den ersten Blick erscheint die begriffliche Abgrenzung zwischen Tier und Mensch als unproblematisch. Niemand wird ernsthaft Mensch und Tier miteinander verwechseln. Durch die Gesetze der Fortpflanzung reproduzieren sich die Tierarten biologisch als natürlich gegebene, disjunkte Klassen von Individuen, grenzen sie sich gegeneinander ab und speziell auch gegenüber der besonderen Tierart Mensch. Hebt man durch verständige Abstraktion die gemeinsamen Merkmale der Individuen einer Tierart und die unterscheidenden Merkmale zu den Individuen anderer Tierarten hervor, so erhält man brauchbare Definitionen der Tierarten, die gelegentlich zwar noch Zweifel offenlassen, ob ein gegebenes Individuum einer bestimmten Tierart zugehört oder nicht, die jedoch speziell für die Unterscheidung der lebenden Tiere und Menschen absolut sichere Kriterien liefern. So sind als spezifische Merkmale der Tierart Mensch hervorgehoben worden: der aufrechte Gang, der Gebrauch und die Herstellung von Werkzeugen, das Bewußtsein und die planvoll bewußte Tätigkeit, die Kommunikation mit Hilfe der Sprache, die arbeitsteilige Kooperation.

Obwohl jedoch die abstrakte Definition des Menschen als Tierart mit den genannten spezifischen Merkmalen für die Unterscheidung von Mensch und Tier im täglichen Leben völlig hinreicht und im Grunde nur begrifflich fixiert, wie wir in der sinnlichen Wahrnehmung Mensch und Tier unterscheiden, weist diese Definition bei näherem Hinsehen beträchtliche Mängel auf.

Erstens sind die Merkmale für sich genommen gar nicht trennscharf und kennzeichnen allenfalls graduelle Unterschiede zwischen Mensch und Tier. Stellt nicht auch die Spinne in ihrem Netz sich ein Werkzeug her? Schleicht nicht auch der Löwe sich außerordentlich planvoll an die Zebraherde, wenn auch, zugegeben, nicht im gleichen Maße sich seines Planes bewußt wie der Mensch? Daß Tiere miteinander mit Hilfe von Lauten und Gebärden kommunizieren, wenn auch die Gegenstände der Kommunikation beschränkt sind, steht außer Zweifel. Hochentwickelte Tiere weisen ferner oftmals entwickelte Sozialstrukturen auf; was aber unterscheidet die von diesen Strukturen induzierten Verhaltensunterschiede beim Verfolgen eines kollektiven Ziels der Tiergruppe von der arbeitsteiligen Kooperation des Menschen? Und aufrecht gehen schließlich auch die Hühner! Das hohe Maß an Urteilssicherheit bei der Unterscheidung von Mensch und Tier resultiert also nicht aus der Trennschärfe der durch verständige Abstraktion zu gewinnenden Unterscheidungskriterien, sondern erst aus ihrem Zusammenhang. Damit wird notwendigerweise der Status dieses Zusammenhangs, sein Verhältnis zu den durch verständige Abstraktionen gewonnenen einzelnen Merkmalen, zum Problem. Es zeigt sich, daß die zu kurz greifenden Versuche, das Besondere durch Deduktion auf das Allgemeine und

das Allgemeine durch Induktion auf das Besondere zurückzuführen, aus der methodischen Unzulänglichkeit des auf Abstraktion beschränkten Denkens erwachsen.

Zweitens ist die Unterscheidung von Mensch und Tier nur darum unproblematisch, weil die entwicklungsgeschichtlichen Zwischenglieder der Artenentwicklung vom Tier zum Menschen, die Hominiden, ausgestorben sind. Im Tier-Mensch-Übergangsfeld versagen die im Vergleich des entwickelten Menschen mit den Tieren gewonnenen Abgrenzungskriterien, denn sie treten hier nicht notwendig gemeinsam auf. Zudem zeigen sie sich in einer eigentümlichen Verkehrung ihrer Logik, einer Verkehrung, die einen Hinweis auf die Gründe für die mangelnde Trennschärfe einzelner Kriterien in ihrer Isolierung gibt. Ist beispielsweise das Werkzeug als Mittel instrumentellen Handelns beim Menschen geradezu dadurch definiert, daß es zunächst hergestellt wird, um dann seinen Zwecken entsprechend gebraucht zu werden, so scheint für die ersten „Werkzeuge" des Tier-Mensch-Übergangsfeldes zu gelten, daß sie lange Zeit als Fundgegenstände mit zufälliger Zweckmäßigkeit systematisch gesammelt und als Werkzeuge gebraucht wurden, ehe sie durch Bearbeitung von Rohstoffen zielgerichtet hergestellt wurden. Die archäologischen Funde deuten auf einen kontinuierlichen Übergang von Naturgegenständen zum menschlichen Werkzeug. Die ‚Geröllgeräte-Industrie' der Australopithecinen beispielsweise besteht aus Steinknollen mit groben Abschlagkanten, die äußerlich von zufällig entstandenen Steinbruchstücken nicht zu unterscheiden sind. Die Annahme, sie seien systematisch als Werkzeuge verwendet worden, stützt sich auf ihre Anhäufung als Begleitfunde zu Fossilien, es ist jedoch nicht erwiesen und äußerst fraglich, ob diese frühen Stein-‚Werkzeuge' überhaupt Spuren einer zielgerichteten Bearbeitung aufweisen. Diese Verkehrung der Logik spezifischer Merkmale der menschlichen Gattung im Tier-Mensch-Übergangsfeld zeigt sich ähnlich bei allen genannten Merkmalen. Die spezifisch menschliche Kommunikation erfolgt mit Hilfe der Sprache, im Tier-Mensch-Übergangsfeld jedoch entwickelt sich die Sprache als Folge von Kommunikationsprozessen. Die Vergesellschaftung des Menschen erfolgt in der Arbeit, im Tier-Mensch-Übergangsfeld dagegen entwickelt sich die Arbeit allem Anschein nach auf der Grundlage vorgängiger Sozialstrukturen, die arbeitsteilige Kooperation möglich machen. Die mangelnde Trennschärfe der Abgrenzungskriterien zwischen Mensch und Tier, wenn sie als isolierte Merkmale betrachtet werden, hat ihre Ursache also darin, daß sie keineswegs im Übergang vom Tier zum Menschen erst entstehen, sondern nur eine spezifische Umwandlung erfahren, die mit einer Verkehrung ihrer inneren Logik verbunden ist: Bedingungen ihres Entstehens verwandeln sich in Resultate ihres Daseins.

Drittens schließlich liefert die definitorische Abgrenzung von Tier und Mensch aufgrund verständiger Abstraktion spezifischer Merkmale und Merkmalsunterschiede keine Rekonstruktion des Selbstunterscheidungsprozesses der phylogenetischen Entwicklung. Wie unterschiedlich der Stellenwert eines Merkmals im Prozeß der Entwicklung auch sein mag, die Abstraktion von eben dieser Entwicklung im äußerlichen Vergleich ebnet diese Unterschiede ein und verschafft jedem Merkmal den gleichen Status, äußeres Merkmal zu sein. Werden die den Menschen vom Tier unterscheidenden Merkmale wie aufrechter Gang, Werkzeuggebrauch und Werkzeugherstellung, arbeitsteilige Kooperation, planvoll bewußte Tätigkeit, soziale Organisation und sprachliche Kommunikation von ihrem Entwicklungszusammenhang abstrahiert, so sind auch die ihnen immanenten Entwicklungen nur als Besonderungen zu begreifen. Ihre abstrakt allgemeine Definition bleibt unberührt und kann daher die ihnen eigenen Entwicklungspotentiale nicht begrifflich explizieren. Die Entwicklung vom Tier zum Menschen wird auf ihre äußere Erscheinung reduziert, als Übergang zu neuen Merkmalen.

Der historische Materialismus begreift den Übergang vom Tier zum Menschen als Selbsterzeugung des Menschen in der konkreten Arbeit und die differenzierenden Merkmale als Momente einer sich entwickelnden Totalität von Bestimmungen. Der Mensch wird im Entwicklungszuammenhang begriffen als Tier und Mensch zugleich, aber nicht im Sinne einer Besonderung, sondern im Sinne der Entwicklung; die tierische Existenz des Menschen ist in seiner menschlichen Existenz aufgehoben, in der Arbeit reproduziert er den spezifisch menschlichen Charakter seiner tierischen Merkmale. Isoliert man den Menschen aus dem spezifischen Zusammenhang der gesellschaftlichen Reproduktion — dies ist die Wahrheit an den legendären Berichten über Schicksale wie die des Kaspar Hauser —, so reproduziert er sich selbst auch nur in seiner tierischen Existenz. In der gesellschaftlichen Arbeit dagegen nimmt auch die individuelle Reproduktion des Menschen jene Form an, die die spezifischen Merkmale des Menschen hervorbringt, die die verständige Abstraktion nur konstatierend zur Kenntnis nehmen kann. Will man den Erklärungsanspruch des historischen Materialismus am Beispiel des Übergangs vom Tier zum Menschen einlösen, so ist es die Aufgabe, dieses konkret nachzuweisen.

Die Leitfrage einer solchen Untersuchung ist die nach dem Übergang von der biologischen Höherentwicklung zur gesellschaftlich historischen. Auch das Tier muß bereits als sich entwickelnde konkrete Totalität begriffen werden, wenn der Übergang zur Entwicklung im Arbeitsprozeß nicht als übernatürlicher Schöpfungsakt erscheinen soll. Auch das Tier darf nicht nur abstrakt definitorisch und durch äußere Merkmale in die Tierarten gesondert betrachtet werden, sondern in der realen Vermittlung, durch die es sich auf sich und auf anderes bezieht, das heißt im Zusammenhang seiner individuellen Reproduktion und seiner Reproduktion der Art, in seiner individuellen Fortentwicklung und in seiner Höherentwicklung als Art. Das Tier als konkrete Totalität ist in diesem Sinne Einheit von konkret Allgemeinem und konkret Einzelnen, und die spezifische Form der Entwicklung, die für das Tier kennzeichnend ist, wird bestimmt durch die spezifische Form der Vermittlung zwischen dem konkret Allgemeinen der biologischen Organisation und Reproduktion des Individuums und der Art einerseits und den konkret einzelnen Individuen und ihrer je spezifischen Geschichte unter den jeweils individuellen Lebensbedingungen andererseits.

Die für das Tier spezifische Form der Vermittlung zwischen dem konkret Allgemeinen und dem konkret Einzelnen ist nun durch zwei Bedingungen bestimmt: durch die genetische Determination der Artmerkmale im Individuum — die genetische Reproduktion des Genotypus — und durch die Fähigkeit, das Überleben des Individuums durch individuelle Anpassung an die Umwelt zu ermöglichen — die Variation des Phänotypus —. Das konkret Allgemeine der Art ist im Individuum als Determination durch den Genotypus enthalten. Es existiert zwar nur in der konkret einzelnen Form des Phänotypus, ist jedoch von diesem weitgehend unabhängig. Das Einzelne bestimmt das Allgemeine nur auf zwei Weisen: durch Mutation und durch Selektion. Wird das genetische Material durch individuelle Bedingungen verändert, so ändert sich abrupt und unabhängig von sonstigen Bedingungen der Genotypus des betroffenen Individuums (Mutation). Verhindert die Determination durch den Genotypus die individuelle Anpassung, die für ein Überleben der Individuen erforderlich ist, so geht mit den Individuen auch die Art zugrunde (Selektion). Die biologische Höherentwicklung ist somit bestimmt durch die Mutanten mit Selektionsvorteil. Ihr fehlt jene erweiterte

Reproduktion des Allgemeinen, die für die gesellschaftlich-historische Entwicklung kennzeichnend ist, in der gesellschaftlichen Arbeit sich vollzieht und die Dynamik dieser Entwicklung bestimmt.

Die Aufgabe, den Prozeß der Menschwerdung auf der Grundlage der historisch-materialistischen These zu rekonstruieren, die Menschwerdung sei das Ergebnis der Selbsterzeugung in der konkreten Arbeit, läßt sich nun folgendermaßen formulieren: Erstens muß die reale Möglichkeit nachgewiesen werden, daß im biologischen Entwicklungszusammenhang die Momente des Arbeitsprozesses als historische Voraussetzungen der Menschwerdung entstehen konnten; zweitens muß gezeigt werden, wie sich unter den biologischen Entwicklungsbedingungen des Tier-Mensch-Übergangsfeldes die historischen Voraussetzungen der Menschwerdung in logische Setzungen des Arbeitsprozesses verwandeln und so der Entwicklungsprozeß revolutioniert wird und die charakteristischen Merkmale des Menschen sich zum logischen Verhältnis zusammenschließen, in dem sie sich wechselseitig wie die Henne und das Ei bedingen.

Im Lichte dieser Problemstellung erweist sich die oben konstatierte mangelnde Trennschärfe der den Menschen vom Tier unterscheidenden Merkmale als Hinweis auf die unter biologischen Entwicklungsgesetzen entstandenen Bedingungen für den menschlichen Arbeitsprozeß. Genauer: Tierische Kommunikation und Kooperation, die tierischen Fähigkeiten zu individuellem Lernen und zu instrumentellem Handeln und vor allem die durch die Kommunikation in entwickelten tierischen Sozialverbänden möglichen Ansätze zur Bildung von Traditionen im zweckmäßigen instrumentellen Handeln bilden die Voraussetzungen für die Entwicklung von Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion unter biologischen Entwicklungsbedingungen. Die Annahme, eine derartige (biologisch bedingte) Form des Werkzeuggebrauchs und der Werkzeugproduktion sei Voraussetzung der Menschwerdung und nicht ihr Resultat, wird durch die Tatsache empirisch erhärtet, daß sich Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion in primitiven Formen bereits bei den Hominiden finden, also lange bevor die biologische Entwicklung zum homo sapiens abgeschlossen war. Damit erscheint die Hypothese als zulässig und plausibel, daß sich im Tier-Mensch-Übergangsfeld, dem die Hominiden zuzurechnen sind, wegen des Werkzeuggebrauchs und der Werkzeugproduktion, die infolge der Dominanz biologischer Bedingungen nur erst ein geringes Entwicklungspotential besaßen und deren Formen sich oftmals über viele Jahrtausende hinweg konstant erhielten, die Vergrößerung des Gehirns, das charakteristische Merkmal des Übergangs zum homo sapiens, als Mutante mit Selektionsvorteil erwies, die ihrerseits erst das in Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion tendenziell enthaltene Entwicklungspotential zur realen Möglichkeit werden ließ. Dies ist unseres Erachtens für das hier gestellte Problem einer historisch-materialistischen Rekonstruktion des Beginns von Geschichte überhaupt der wichtigste Ertrag eines Ausgehens von dem in der Marxschen Analyse des Arbeitsprozesses aufgedeckten Zusammenhang zwischen Gesellschaftlichkeit und Naturbedingtheit der Arbeit.

Die Urgesellschaft, die sich unter den biologischen Entwicklungsbedingungen herausbildete, war dadurch gekennzeichnet, daß die Vermittlung des Individuums mit dem noch rudimentären gesellschaftlich Allgemeinen des Arbeitsprozesses durch Kommunikation und Kooperation im Sozialverband nicht Resultat, sondern Voraussetzung des Arbeitsprozesses war. In der Hegel entlehnten, von Marx verwendeten Terminologie: Die Vermittlung der Momente des Arbeitsprozesses ist noch nicht von der gesellschaftlichen Reproduktion gesetzt und damit logisches Verhältnis dieses Prozesses, sondern nur erst vorausgesetzt. „Diese

Voraussetzung (ist) selbst vermittelt; d.h. eine gemeinschaftliche Produktion, die Gemeinschaftlichkeit als Grundlage der Produktion, ist vorausgesetzt. Die Arbeit des Einzelnen ist von vorn herein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt." (40) „Je tiefer wir in der Geschichte zurückgehen, je mehr erscheint das Individuum, daher auch das produzierende Individuum, als unselbständig, einem größeren Ganzen angehörig: erst noch in ganz natürlicher Weise in der Familie; später in dem aus dem Gegensatz und Verschmelzung der Stämme hervorgehenden Gemeinwesen in seinen verschiedenen Formen." (41)

Wir können diesen Gedanken ins Tier-Mensch-Übergangsfeld zurückverlängern. Das Gattungswesen des Hominiden war noch ausschließlich biologisch bestimmt und die Entwicklung des Individuums weitaus stärker von den Reproduktionsbedingungen der biologisch definierten Gattung geprägt als durch die im Arbeitsprozeß angelegten Formen der erweiterten Reproduktion und der von dieser induzierten Vergesellschaftung. Die Traditionsbildung im tierischen Sozialverband bildete die vermittelnde Voraussetzung für Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion, durch die sich in der individuellen Arbeit des Hominiden die allgemeine Arbeit in der für die jeweilige Entwicklungsstufe determinierten besondern Form reproduzierte. Diese Vermittlung mußte sicherstellen, daß auch ohne genetische Fixierung im Genotyp der biologisch definierten Gattung die phylogenetisch erworbenen Arbeitstechniken und primitiven Formen der Arbeitsteilung und -organisation ontogenetisch reproduziert werden; denn nur so konnten Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion, ohne genetisch fixiert zu sein, zum Gattungsmerkmal des Hominiden werden. Eben dadurch aber unterscheidet sich der Hominide vom Tier, bei dem der Werkzeuggebrauch in einer besonderen Form nur dann als Gattungsmerkmal auftritt, wenn er in dieser Form genetisch fixiert und damit keiner historischen Entwicklung fähig ist.

Wie wird nun im Tier-Mensch-Übergangsfeld der Entwicklungsprozeß der menschlichen Gattung revolutioniert, so daß neben den biologischen Entwicklungszusammenhang ein gesellschaftlich-historischer Entwicklungsprozeß tritt, der zunehmend das Gattungswesen bestimmt? Die Reproduktion des Tieres ist gekennzeichnet durch die Entwicklung des Individuums von der Geburt bis zum Tode durch seine physische Reproduktion im Stoffwechsel mit der Natur und durch die in der Regel identische Reproduktion des Gattungswesens in den Individuen durch die Fortpflanzung und deren genetische Determination. Das Besondere des durch Werkzeuggebrauch und Werkzeugproduktion gekennzeichneten Arbeitsprozesses ist es demgegenüber, daß er in den produzierten Produktionsmitteln, in den Arbeitsmitteln, für die das Werkzeug prototypisch steht, ein dem Zyklus der identischen Reproduktion des Gattungswesens im Individuum enthobenes materielles Resultat besitzt, daß sich in einer Geräte-Umwelt akkumuliert und so die Grundlage für die erweiterte Reproduktion der gesellschaftlich-historischen Entwicklung bildet. Insofern, als die sich erweiternde Geräte-Umwelt dem Arbeitsprozeß, dem sie ihre Entstehung verdankt, nicht äußerlich bleibt, sondern selbst wieder dessen tendenzielle Möglichkeiten freisetzt, ist der Akkumulationsprozeß kein linearer, sondern ein sich exponentiell erweiternder und beschleunigender Prozeß; dies wird beispielsweise drastisch demonstriert, wenn man den mehrere Millionen Jahre umfassenden Entwicklungsprozeß der Geröllgeräte-Industrie der Hominiden mit dem nur wenige tausend Jahre dauernden Prozeß der Entwicklung von den ersten Hochkulturen zur

40 Grundrisse, a.a.O., S. 88.
41 Ebenda, S. 6.

modernen Industriegesellschaft vergleicht. Diese Akzeleration der Akkumulation ist nicht nur quantitativ zu begreifen, sondern sie schließt wesentliche qualitative Veränderungen ein, die im Widerspiegelungscharakter des Arbeitsmittels begründet sind. Insofern nämlich, als das Arbeitsmittel als vergegenständlichte Arbeit Repräsentant von Allgemeinem ist, und zwar sowohl des Allgemeinen des Objekts der Arbeit, der bearbeiteten Natur, als auch des Allgemeinen des Subjekts des Arbeitsprozesses, der zum Gattungsmerkmal gewordenen Formen der Arbeitstechnik, Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation, verläuft die individuelle Entwicklung in der Geräte-Umwelt unter sich ständig wandelnden Ausgangsbedingungen. Die ontogenetische Reproduktion des Gattungswesens im Individuum ist nicht länger identische Reproduktion, sondern wird zur Erziehung. Das bedeutet: Soweit die ontogenetische Reproduktion sich auf das Gattungsmerkmal des Werkzeuggebrauchs und der Werkzeugproduktion bezieht, ist sie von vorn herein wesentliches Moment der gesellschaftlich-historischen Entwicklung und zugleich dieser selbst unterworfen. Für die frühen Formen der Erziehung ist dabei die Identität von Arbeitsmittel und Erziehungsmittel kennzeichnend; Erziehung und Teilnahme am Arbeitsprozeß sind identisch. Diese „ursprüngliche Einheit von Arbeit und Erziehung" (42) verwandelt die individuellen Resultate des Arbeitsprozesses in Momente des Gattungswesens und verwandelt damit historische Voraussetzungen in logische Momente eines Reproduktionszusammenhangs, der eine neue, sich selbst revolutionierende Form der Vermittlung zwischen dem konkret einzelnen Gattungsexemplar und dem konkret Allgemeinen der Gattung darstellt, die für den Menschen charakteristisch ist und die wir als gesellschaftlich-historische Entwicklung bezeichnen.

Dies ist der Ertrag eines Ausgehens von der Spezifik des menschlichen Arbeitsprozesses als eines Prozesses erweiterter Reproduktion für das hier gestellte Problem einer materialistischen Rekonstruktion des Beginns von Geschichte überhaupt: Die Entwicklung zum Menschen als konkreter Totalität, als Einheit von Gattungswesen und Individuum, läßt sich begreifen als Prozeß der Selbsterzeugung des Menschen in der Arbeit.

IV. MATERIALISTISCHE DIALEKTIK UND WISSENSCHAFTEN

8.

F. Engels kennzeichnet die Dialektik, um die es hier geht, nämlich die theoretische Dialektik oder die Dialektik als Wissenschaft — wir sprechen im folgenden von der dialektisch materialistischen Theorie —, als historisches Entwicklungsresultat, insbesondere als Resultat der Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens. (43) Sie ist ihrer materialistischen wie ihrer dialektischen Seite nach als eine Negation der Negation zu begreifen, ist vermittelt über den Idealismus wie — in unserem Zusammenhang fast wichtiger — über die metaphysische Denkweise, die für die neuzeitlichen Wissenschaften und zumal die Naturwissenschaften charakteristisch war und weitgehend noch ist. Wenn Lenin „Spaltung des Einheitlichen und Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile" als „das Wesen (eine der ‚Wesenheiten', eine der grundlegenden, wenn nicht die grundlegende Besonderheit oder Seite) der Dialektik" hervorhebt, (44) dann verweist er

42 R. Alt: Vorlesungen über die Erziehung auf frühen Stufen der Menschheitsentwicklung, Berlin(DDR) 1956, S. 26.
43 MEW Bd. 20, S. 20 ff., S. 129 u.a.O.m.
44 LW Bd. 38, S. 338.

darauf, daß die metaphysische Abstraktion vom Zusammenhang als internes Moment in der Dialektik aufgehoben ist. Die dialektisch materialistische Theorie ist nicht eine naive Erfassung „des Gesamtzusammenhangs", sondern „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs"; (45) sie setzt die wissenschaftliche Zergliederung der Totalität, die Untersuchung ihrer einzelnen Bestandteile, sie setzt die arbeitsteilige Totalität der Wissenschaften voraus und so historisch einen bestimmten Entwicklungsstand dieser Wissenschaften. Dies gilt nicht nur in einem ideengeschichtlichen Sinne. Die dialektisch materialistische Theorie hat die industrielle Produktionsstufe zur Voraussetzung, die Arbeiterklasse wie die Entwicklung des intellektuellen Moments der Produktion zu seiner wissenschaftlichen Form, worin erst die Wissenschaft als „allgemeine Arbeit" (46) sich zur Totalität, zum allgemeinen Moment des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters entwickelt.

Aber nicht allein aufgrund ihrer bestimmten historischen Vermitteltheit steht die dialektisch materialistische Theorie in einem wesentlichen Verhältnis zu den Wissenschaften. Das Verhältnis zu den Wissenschaften bezeichnet auch einen, wenn nicht den neuralgischen Punkt des Verständnisses und so der Entwicklung der dialektisch materialistischen Theorie selbst. Aus der Definition Engels', nach der die Dialektik „die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens" ist, (47) ist zwar zu folgern, daß die dialektisch materialistische Theorie zum einen selbst eine Wissenschaft ist, die sich zum anderen darin von den anderen Wissenschaften unterscheidet, daß sie es nicht mit den besonderen, spezifischen Sachverhalten eigenen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen zu tun hat, sondern eben mit den allgemeinen, die für die Bewegungen und Entwicklungen in Natur, Menschengesellschaft und Denken gleichermaßen gelten; aber niemand wird ernsthaft behaupten, durch diese Gebietsabsteckung das Verhältnis der dialektisch materialistischen Theorie zu den Wissenschaften überhaupt als ein Verhältnis gefaßt zu haben, geschweige als eines, das dialektisch begriffen werden müßte.

Um welch ein Grundproblem der dialektisch materialistischen Theorie es sich bei diesem Verhältnis handelt, ist schon daraus zu ersehen, daß zusammen mit der Verneinung des kontemplativen Charakters der traditionellen Philosophie (11. Feuerbach-These) es eben das Verhältnis zu den Wissenschaften ist, was die dialektisch materialistische Theorie von einer traditionellen philosophischen Theorie unterscheidet, worin sie Aufhebung der Philosophie im Sinne von Überwindung ist. Anders als die traditionelle Philosophie kann sie sich zu den Wissenschaften weder als eine Universalwissenschaft, als Grundlagenwissenschaft, als Wissenschaft von der wissenschaftlichen Methodik oder als wissenschaftliches Denken fundierende Erkenntnistheorie in dem Sinne verhalten, als seien diese ontologischen und/oder gnoseologischen Fundamente metatheoretisch, unabhängig und ‚vor' den Wissenschaften durch autonome philosophische Erkenntnis zu sichern. Sie hat nicht allein die Wissenschaften auf ihrem jeweiligen historischen Entwicklungsstand zu ihrer Voraussetzung, sondern verfügt als eine (wenn auch besondere) Wissenschaft prinzipiell über keine von den anderen Wissenschaften aparte Erkenntnisweise; sie erkennt vielmehr nach Art einer Wissenschaft, was nicht zuletzt heißt, daß sie die Erkenntnis ihrer Gegenstände wohl als Umformung, nicht aber als deren Konstitution oder Setzung und eben-

45 MEW Bd. 20, S. 307.
46 MEW Bd. 25, S. 113.
47 MEW Bd. 20, S. 131 f.

falls nicht als ein intuitives oder sonst wie erfolgendes Einswerden mit ihnen begreifen kann.

Auf der anderen Seite ist sie nicht Aufhebung der traditionellen Philosophie nach Art der Wissenschaftstheorie analytischen oder konstruktivistischen Musters, also nicht die müßige, bloß verdoppelnde Extrapolation der allgemeinsten methodischen oder logischen Verfahrensweisen der Wissenschaften. Wenn Engels betont, daß sich die dialektisch materialistische Theorie „nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen hat", (48) und ihr zugleich vorläufig noch eine von den wirklichen Wissenschaften gesonderte Aufgabe zuspricht, bis zu der Zeit nämlich, da „an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen sich klarzuwerden", (49) so ist unschwer zu sehen, daß sie dieser Aufgabe gerade nicht in jener wissenschaftstheoretischen Manier gerecht werden kann. Die Heraushebung allgemeinster Gemeinsamkeiten in Methodik und Logik der Wissenschaften verfehlt schon durch den Zugang das Ziel, den „Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen" aufzuklären.

Für diese wissenschaftstheoretischen Ansätze existiert der Singular ‚Wissenschaft' nur als verständige Abstraktion, die anhand einiger Merkmale Identität und Unterschied der unter das Abstraktum ‚Wissenschaft' fallenden Exemplare fixiert; sie stehen auf dem methodischen Standpunkt der klassifizierenden Biologie vor der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Wie aber eine Tierart nicht durch das Vorhandensein zum Beispiel bestimmter Zahntypen und das Fehlen zum Beispiel bestimmter Behaarung Art ist, sondern sich durch die wirklichen Beziehungen der Artvertreter zu anderen Artvertretern und zu Nichtmitgliedern der Art als Art vermittelt, die ihrerseits, z.B. durch die Erbinformationen, das zusammen- und ausschließende Verhalten der individuellen Artexistenz bestimmt, so käme dem Singular ‚Wissenschaft' überhaupt keine Bedeutung zu, gälte es, wie der Zugang jener Wissenschaftstheorien unterstellt, an ganz und gar selbständigen, sich nicht von sich aus aufeinander beziehenden Wissenschaften durch äußere Reflexion einige allgemeine Gemeinsamkeiten zu fixieren. Der nächste Schritt, nämlich die Erklärung dieser herausgehobenen Gemeinsamkeiten zum Kern oder Wesen der Wissenschaften, demgegenüber die Unterschiede bloß den Gegenständen, und d.h. der so im Grunde zufällig gefaßten Wirklichkeits-Mannigfaltigkeit gedankt sind, stellt einen Reduktionismus und eine Verabsolutierung der Abstraktion dar, durch die nicht allein der „Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen" ausgeklammert ist, sondern durch die die scheinbar überwundene traditionelle Philosophie Resurrektion feiert, allerdings als Farce, als ein Apriorismus nämlich, der opportunistisch die jeweiligen wissenschaften Verfahrensweisen als absolute heiligspricht.

Schon diese grundsätzliche Abgrenzung verdeutlicht wohl, daß das Verhältnis zu den Wissenschaften den Kern der dialektisch materialistischen Theorie betrifft. Ergänzend kann noch darauf verwiesen werden, daß von diesem Verhältnis auch ihr nicht-kontemplativer Charakter abhängt, ihr Anspruch, die Welt nicht bloß anders zu interpretieren, sondern Moment ihrer Veränderung zu sein. Der Bezug der dialektisch materialistischen Theorie zur Praxis kann nicht unmittelbar sein, eben weil sie Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen ist. Sie kann zur Praxis nur vermittelt über die Wis-

48 Ebenda, S. 129.
49 Ebenda, S. 24.

senschaften beitragen, die es mit den besonderen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen zu tun haben und die auf dem heutigen Entwicklungsstand der Arbeit wie der gesellschaftlichen Praxis (dies gilt im Kapitalismus allerdings nur für den Kampf der Arbeiterklasse) das dominante intellektuelle Moment der Arbeit darstellen. Es gibt immer nur bestimmte, auf besondere Sachverhalte gerichtete Praxis. Hier zeigt sich der unauflösliche Zusammenhang zwischen den beiden Momenten, durch die sich die dialektisch materialistische Theorie von der herkömmlichen Philosophie unterscheidet, der Zusammenhang zwischen ihrem nicht-kontemplativen Charakter und ihrem Verhältnis zu den Wissenschaften; im Verhältnis zu den Wissenschaften realisiert sie ihren nicht kontemplativen Charakter, worin übrigens allein gewährleistet, daß sie als ‚praktische Philosophie' nicht dem Irrationalismus verfällt, der der bürgerlichen ‚praktischen Philosophie' eigen ist.

Die fundamentale Bedeutung des Verhältnisses zu den Wissenschaften für die dialektisch materialistische Theorie ist so wohl unschwer einzusehen und ebenso, daß dies Verhältnis nicht unkompliziert zu denken ist. Dabei geht es nicht darum, dies Verhältnis nach Art schlechter Philosophie komplizierter darzustellen als es in der Praxis ist. Vielmehr ist von den Problemen auszugehen, die in dieser Praxis, nämlich im wirklichen Verhältnis zwischen den Wissenschaften und der dialektisch materialistischen Theorie existieren.

9.

Im Zentrum dieser Probleme steht die Frage, ob die einzelnen Wissenschaften dialektisch sind. Obgleich diese Frage auch für die spezifisch historischen Wissenschaften durchaus Relevanz hat, sobald über die Versicherung, daß Entwicklungsprozesse eo ipso dialektisch zu begreifen sind, hinausgegangen wird, wollen wir sie gerade hinsichtlich der nicht-historischen Disziplinen der Naturwissenschaft stellen. Diese Frage hat gewöhnlich den spezielleren Sinn, ob die dialektische Methode Methode solcher Disziplinen sein kann.

Nach den Erfahrungen, die sich mit dem Namen Lyssenkos verbinden, besteht Einigkeit darüber, daß die dialektisch materialistische Theorie gerade nicht nach Art eines materialistisch drapierten Hegelianismus dergestalt die allgemeine wissenschaftliche Methode sein kann, daß die Wissenschaften allesamt sich ihrer so, wie sie auf dem jeweiligen Entwicklungsstand der dialektisch materialistischen Theorie vorliegt, bedienen und sie als von ihr übernommene anwenden, also ohne Berücksichtigung der Spezifik des jeweiligen Fachgegenstandes und so ohne Berücksichtigung des Ausgangspunkts jeder Wissenschaft, der Tatsachen. Das gelegentlich zu beobachtende andere Extrem ist nicht weniger bedenklich und führt zur völligen Konfusion, nämlich die Manier, die Methodik der einzelnen Wissenschaften, so wie sie gerade vorliegt, für dialektisch zu erklären.

Nicht nur unfruchtbar, sondern den wirklichen Zugang blockierend, ist auch eine sich dialektisch dünkende Wissenschaftstheorie, die bestimmte Momente der wissenschaftlichen Methodik — z.B. Analyse und Synthese — heraushebt, um diese Momente entweder selbst als dialektisch oder undialektisch zu klassifizieren (etwa die Analyse als undialektisch, weil sie zum abstrakt Allgemeinen führt) oder beide Momente zusammen, in ihrer wechselseitigen Vermittlung, als eine ‚dialektische Einheit' zu deklarieren. Es ist unschwer zu sehen, daß das Herausheben solcher Momente selbst eine gewöhnliche analytische Operation ist, deren Resultat die Form des abstrakt Allgemeinen hat, durch Abstraktion die „Form der Identität" erhält (Hegel). (50) An ihm kann es nichts geben, was

50 HW Bd. 8, S. 282.

dialektisches Begreifen erforderte. Mit der wechselseitigen Vermittlung solcher Momente steht es nicht anders; es handelt sich gerade nicht um eine dialektisch zu begreifende Einheit. Im Verhältnis solcher Momente ist zwar — unter Umständen — das Wesen der Sache erfaßt, aber in der Form der „bloßen Möglichkeit", (51) d.h. in der Sphäre des ausgeschlossenen Widerspruchs. Es gilt hierbei zu sehen, daß in dieser Weise vorgehende Wissenschaftstheorie oder Methodologie selbst nicht dialektisch verfährt, sondern vielmehr so, wie die nicht-historischen Disziplinen selbst zu verfahren scheinen; es handelt sich um eine Widerspiegelung des methodischen Scheins dieser nicht-historischen Disziplinen. Dies läßt sich (exemplarisch) daran verdeutlichen, daß Wissenschaftstheorie dieser Art das Wesen der Wissenschaft in der Form der bloßen Möglichkeit faßt und so den Schein reproduziert, als sei Wissenschaft das geistige Geschäft der Bildung und in-Beziehung-Setzung von Abstrakta.

Bei Hegel kann man sich den Fingerzeig holen, wieso auf diese Weise niemals zum wissenschaftlichen Erklären, d.h. zum Begreifen der Notwendigkeit einer Sache zu kommen ist: das „real Mögliche" ist ausgeklammert. (52) Um dies an der Synthese klar zu machen: Es gibt keine Synthese, ohne daß die analytisch gewonnenen Momente eben als Momente, also in ihrem Verhältnis zueinander erfaßt werden. Aber dieses Erfassen der Verhältnisse zwischen den Momenten ist noch nicht die Synthese; aus diesen Verhältnissen soll vielmehr ein Konkretes gedanklich entwickelt werden. Wie aber soll das möglich sein, ohne in den von Hegel wie Marx kritisierten Fehler zu verfallen, „daß der Anfang (der Synthese — d.V.) zwar von einem Allgemeinen gemacht wird, die Vereinzelung und Konkretion desselben aber nur eine Anwendung des Allgemeinen auf anderswoher hereinkommenden Stoff ist". (53) Es ist in der Tat nicht zu sehen, wie dies vermieden werden kann, wenn das Allgemeine, von dem die Synthese ausgeht, nur abstrakt Allgemeines ist. (Von k=mb — vgl. die 2. und 4. Definition der ‚Principia' Newton's — ist in der Tat nur in der kritisierten Weise zu irgendeinem konkreten Phänomen der Dynamik zu gelangen; dasselbe gilt übrigens für den Versuch, aus einem der Grundgesetze der Dialektik irgendeinen wirklichen Prozeß ableiten zu wollen; es ist daher kein Zufall, wenn diese Grundgesetze immer nur durch Exempel verdeutlicht werden können.)

Diese Sackgasse entsteht durch das, was als methodischer Schein bezeichnet wurde; dieser besteht logisch in folgendem. In der wissenschaftlichen Analyse — dies unterscheidet sie von der vorwissenschaftlichen — werden die untersuchten Eigenschaften bestimmter Dinge gedanklich so transformiert, daß sie sich nicht länger als Momente dieser Dinge, sondern als Momente eines wesentlichen Zusammenhangs solcher Momente darstellen; sie *erscheinen* im Resultat der Analyse nicht als Dingeigenschaften, sondern als Momente eines gesetzmäßigen Wirkzusammenhangs (so etwa die Gewichts- oder Schwereeigenschaft eines körperlichen Dings in jenem k=mb als Moment eines gesetzmäßigen Zusammenhangs mit den Momenten Kraft und Beschleunigung). Diese Erscheinungsweise des Analyseresultats ermöglicht den Schein, als könne auch davon abstrahiert werden, daß jene Momente eines gesetzmäßigen Wirkzusammenhangs tatsächlich nur als Wirkeigenschaften von Dingen wirksam sind (die Verwechslung, um die es sich logisch handelt, besteht also darin, daß die Abstraktion davon, daß die untersuchten Momente Eigenschaften *bestimmter* Dinge sind, für die Abstraktion vom Eigenschaftscharakter überhaupt genommen wird). Natürlich kann

51 Ebenda, S. 287.
52 Ebenda, S. 147.
53 HW Bd. 6, S. 532; für Marx vgl. z.B. Grundrisse, a.a.O., S. 161.

man davon abstrahieren, daß jene Momente nur als Eigenschaften von Dingen überhaupt wirken; bloß eine an wirklicher Erklärung interessierte Wissenschaft, die nicht beim bloß Möglichen stehen bleiben, sondern zur synthetischen Entwicklung eines Konkreten fortschreiten will, kann nicht davon abstrahieren. Sie hat gerade darin, daß die Momente nur als Dingeigenschaften wirken, das ‚real Mögliche', das zur Notwendigkeit einer Sache, zum gedanklich rekonstruierten Konkreten als Einheit von Möglichem und Wirklichem führt. Wenn die einzelnen Wissenschaften, deren methodisches Bewußtsein im allgemeinen nicht entwickelter ist als das der hier kritisierten Methodologie oder Wissenschaftstheorie, an diesem Punkt ihrer Praxis nicht in die Irre gehen, so liegt das an einem gewöhnlichen Umstand, der indes an jedem Experiment unschwer zu entdecken ist: Die analysierten Momente sind nur als Dingeigenschaften darstellbar, und zwar so, daß ein Ding, das das zu untersuchende Moment als seine Eigenschaft aufweist, als Repräsentant des Moments steht; das abstrakt Allgemeine wird also durch ein konkret Einzelnes vertreten.

Dieser Zusammenhang zwischen abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem ist für wissenschaftliches Denken insgesamt kennzeichnend. Man kann ihn sich daran verdeutlichen, daß die Bedeutung von ganz und gar formalisierten Aussagen z.B. der theoretischen Physik nur über den Rückbezug der Aussagenelemente auf die vorausgesetzten Meßoperationen bzw. Experimentalanordnungen eingesehen werden kann. Elementar tritt — wie Hegel zeigte — dieser Zusammenhang in der Grundform des Urteils zu tage, die besagt, daß Einzelnes Allgemeines sei. Der Zusammenhang zwischen abstrakt Allgemeinen und konkret Einzelnem, der als das konkret Allgemeine bezeichnet werden soll, tritt uns im Urteil in der Form des Widerspruchs entgegen. Im Unterschied zum abstrakt Allgemeinen schließt das konkret Allgemeine den Widerspruch nicht aus, sondern ein (es ist aus der Sphäre des bloß Möglichen herausgetreten).

Dieser wissenschaftlichem Denken elementar inhärente Widerspruch bleibt ein Mysterium des Geistes und könnte einem aparten Idealismus als Ausgangspunkt dienen, solange die Wissenschaft als Äußerung des reinen Geistes begriffen wird; es ist verständlich, wenn von diesem Standpunkt aus dieser Widerspruch einfach ignoriert wird. Er verliert alles Geheimnisvolle und wird im Gegenteil zu einem außerordentlich wichtigen Leitfaden des Wissenschaftsverständnisses, sobald die Wissenschaft der Wirklichkeit entsprechend als gegenständliche Tätigkeit und als Moment der gesellschaftlichen Arbeit, wenn sie als ‚allgemeine Arbeit' begriffen wird. In diesem Widerspruch tritt nämlich nichts anderes als eben der gegenständliche Charakter dieser ‚allgemeinen Arbeit' in Erscheinung. Dies erweist die Repräsentation eines abstrakt Allgemeinen durch ein konkret Einzelnes: Das Repräsentierende ist konkret allgemein, nämlich Einheit von abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem, in genau der Weise, wie das Werkzeug Einheit von Subjektivem und Objektivem ist; das Repräsentierende ist Arbeitsmittel der ‚allgemeinen Arbeit' und stellt die ihm als Arbeitsmittel eigene Einheit von Subjektivem und Objektivem als Einheit von abstrakt Allgemeinem und konkret Einzelnem dar, — woraus nun gerade nicht der Schluß zu ziehen ist, daß also das Objektive als konkret Einzelnes zu charakterisieren ist, während das Allgemeine dem Subjekt vorbehalten sei. Das konkret Einzelne kann nur ein Allgemeines repräsentieren, weil es als eine seiner Eigenschaften hat, was durch die Analyse als allgemeines Moment fixiert wird, repräsentierend erweist es die Objektivität und Wirklichkeit des abstrakt Allgemeinen, aber so, daß es zugleich zeigt, daß dies abstrakt Allgemeine nur als Moment eines konkret Einzelnen wirklich ist.

Kommen wir von hier aus auf die Frage zurück, ob die nicht-historischen Wissenschaften dialektisch sind, so können wir darauf zunächst die Antwort geben, daß es eine sinnlose Frage ist, solange diese Wissenschaften nicht in ihrem gegenständlichen Charakter erfaßt werden. Betrachtet man sie als Äußerungen des reinen Geistes, so hat man gerade eine Abstraktion vollzogen, aufgrund derer sie in der Form der „bloßen Möglichkeit" erscheinen, und d.h. unter Ausschluß des Widerspruchs, also undialektisch. Die dialektischen Widersprüche, die sich dann dennoch zeigen können, etwa in der Elementarform des Urteils, müssen auf dieser Grundlage als Mysterium gelten. Die Auffassung der Wissenschaft als ‚allgemeine Arbeit' ist die Grundlage, um die Wissenschaften als einen Prozeß überhaupt zu thematisieren, der dialektisch zu begreifen ist.

10.

Die Ausarbeitung der von Marx — trotz des von Jungnickel veröffentlichten Manuskripts — ja nur umrissenen Auffassung der Wissenschaft als ‚allgemeiner Arbeit' ist ein Desiderat, auf das auch hier nur als eine wichtige Aufgabe hingewiesen werden kann. Die Erträge, die davon für die dialektisch materialistische Theorie zu erwarten sind, lassen sich schon an der Relevanz dieser Auffassung für die materialistische Widerspiegelungstheorie ersehen. Ist die Repräsentation eines Allgemeinen durch ein konkret Einzelnes als ein *materielles* Abbild zu begreifen, das als Arbeitsmittel der ‚allgemeinen Arbeit' Einheit von Subjektivem und Objektivem ist, so läßt sich auf dieser Grundlage nicht nur jede mechanische Verkürzung der Widerspiegelungstheorie abwehren, sondern auch über die Versicherung wirklich hinauskommen, daß die Widerspiegelung als Einheit von aktiven und passiven Momenten zu begreifen sei; der Freundeskreis zur Vernichtung der Widerspiegelungstheorie erhält aber die Aufgabe, seinen Feldzug gegen die wissenschaftlichen Etalons zu richten.

Diese Ausarbeitung (54) kann sich natürlich nicht damit begnügen, die für Arbeit überhaupt charakteristische Trias Arbeitsgegenstand — Arbeitsmittel — Tätigkeit auch für die wissenschaftliche Tätigkeit nachzuweisen und im übrigen die differentia specifica gegenüber der nicht-allgemeinen Arbeit herauszuarbeiten. So wichtig dies ist, insbesondere die Klarstellung, daß die Wissenschaft als konkret allgemeine Arbeit vom Tauschwert als abstrakt allgemeiner zu unterscheiden ist und daß sie sich dementsprechend von den anderen Arbeiten nicht als von abstrakt einzelnen, sondern als von konkret einzelnen unterscheidet, so präliminaren Status haben solche Klarstellungen doch zugleich. Als dialektisch zu begreifender Prozeß kommt die Wissenschaft erst wirklich in den Blick, wenn die ‚allgemeine Arbeit' Wissenschaft in ihrem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Arbeit, wenn sie als das konkret allgemeine Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses gesehen wird. Sie ist als eine besondere Form des intellektuellen Moments der Arbeit zu begreifen.

Damit, nämlich mit der besonderen Weise, in der die Wissenschaft intellektuelles Moment der Arbeit ist, tritt der historische Charakter der Wissenschaft ins Blickfeld, wird die Wissenschaft erst in umfassender Weise als dialektisch zu begreifender Prozeß Thema. Wissenschaft tritt als intellektuelles Moment der Arbeit zur Erfahrung hinzu und überwiegt allmählich, wenn die Produktion auf der Grundlage der Erfahrung als ihr intellektuelles Moment die sachlichen wie gesellschaften Bedingungen hervorgebracht hat, Naturkräfte in allgemeiner Form in Produktionsagenten zu verwandeln. Die Industrialisierung ist der Prozeß, in

54 Vgl. hierzu P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit, a.a.O.

dem die Wissenschaft intellektuelles Moment der Arbeit wird. (55) In der allgemeinen Form, in der Naturkräfte auf der Grundlage der Wissenschaft als intellektuelles Moment der Arbeit zu Produktionsagenten werden, ist der historische Charakter des Wissenschaftsprozesses zunächst in seiner spezifischen Weise zu begreifen.

Es ist die der Produktion nutzbar gemachte Erkenntnis, wie Naturkräfte allgemein wirken, d.h. nicht nur in ihrer Erscheinungsweise als einzelne Wirkverhältnisse zwischen bestimmten Dingen, was davon sprechen läßt, daß die industrielle Produktion Naturkräfte in allgemeiner Form zu Produktionsagenten macht. Die Unterscheidung zwischen Erfahrung und Wissenschaft als Formen des intellektuellen Moments der Arbeit ist so zwar präzise zu treffen: immer wenn Eigenschaften isoliert von ihrem „natürlichen" Zusammenhang an einem bestimmten Ding betrachtet und gedanklich in Momente eines Wirkzusammenhangs transformiert werden, der ihre Wirkverhältnisse allgemein darstellt, nämlich nicht fixiert an der konkret einzelnen Wirkweise, die diese Momente als Eigenschaften bestimmter Dinge zeigen, hat das intellektuelle Moment der Arbeit die Form der Erfahrung überschritten; aber es wird doch auf der anderen Seite sofort sichtbar, wie historisch relativ die Allgemeinheit dieser Nutzung von Naturkräften ist.

Von der konkret einzelnen Wirkweise absehen zu können, die die jeweils untersuchten Momente als Eigenschaften bestimmter Dinge zeigen, das setzt ja weniger scholastische Distinktionskraft und Subtilität als vielmehr die praktische Fähigkeit voraus, die betreffenden Momente als Eigenschaften möglichst vieler verschiedner bestimmter Dinge realiter darstellen zu können. Wenn z.B. die Menschen in der Produktion im wesentlichen nur tierische und menschliche Leibeskräfte als Antrieb zu nutzen vermögen, besagt das Wort Kraft nicht nur etwas anderes als etwa heute, da Wind-, Wasser-, Wärme-, Atomkraft etc. genutzt werden; unter jenen Bedingungen ist Kraft auch keiner wissenschaftlichen Erfassung zugänglich. Das mit dem Wort Kraft Gemeinte läßt sich unter diesen Bedingungen nicht unabhängig von seiner Erscheinung als Eigenschaft animalischer Wesen fassen, und jede Bezeichnung sonstiger Bewegungsursachen als Kraft ist — wie an der Impetusphysik zu studieren — notwendig metaphorisch. Die selbstverständlich immer historisch-relative, d.h. nie abgeschlossene reale, nämlich praktische Fähigkeit, denselben Effekt aus immer weiteren verschiedenen dinglichen Wirkzusammenhängen ziehen zu können, diese praktische Substitutionsfähigkeit bestimmt als Realvoraussetzung der wissenschaftlichen Analyse in ihrer historischen Entwicklung die der wissenschaftlichen Erkenntnis. Wie die Geschichte der Physik hinsichtlich des Kraft-Begriffs weiterhin zeigt, setzt die Bildung eines Begriffs, der nicht nur die Äquivalenz der verschiedenen Kräfte, sondern sie als Formen eines Identischen darstellt, voraus, daß die verschiedenen Kräfte nicht nur wechselseitig substituiert, sondern ineinander verwandelt werden können (der Energiebegriff auf der Grundlage der Thermodynamik). Marx hat hinsichtlich der Politischen Ökonomie den gleichen Sachverhalt an den historischen Bedingungen für die Bildung eines konkret allgemeinen Begriffs der Arbeit vorgeführt. (56)

Von der Historizität der Wissenschaft als besondere Form des intellektuellen Moments der Arbeit aus ist die Wissenschaft als dialektisch zu begreifender Prozeß also nicht nur in der Weise zu erschließen, daß man sie ganz allgemein und unspezifisch als Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses begreift und sie

55 Vgl. MEW Bd. 23, Kap. 13.
56 Grundrisse, a.a.O., S. 24 f.

so an der dialektisch zu rekonstruierenden Entwicklung dieses Arbeitsprozesses gewissermaßen teilhaben läßt. Von dieser historischen Dimension her zeigen sich vielmehr gerade auch die spezifisch wissenschaftlichen Entwicklungen, die Begriffs- und Theoriebildung, als dialektisch zu begreifende Prozesse. Die so in den Blick kommende Historizität wissenschaftlicher Theorie- und Begriffsbildung, von der in den gewöhnlichen methodologischen Untersuchungen abgesehen wird, muß von denen als ein primäres Untersuchungsgebiet angesehen werden, die etwas über den dialektischen Charakter der Wissenschaften ausmachen wollen. Und dies gilt nicht nur hinsichtlich der Bildung wissenschaftlicher Begriffe, Hypothesen, Theorien etc., sondern für die wissenschaftliche Methodik selbst. Die Frage, ob die Wissenschaften ihren Gegenstand dialektisch zu begreifen haben, erhält in der historischen Dimension, die in der Erfassung der Wissenschaft als besonderer Form des intellektuellen Moments der Arbeit zu gewinnen ist, die Grundlage ihrer Beantwortung.

11.

Die Frage, ob die Wissenschaften ihren Gegenstand dialektisch zu begreifen haben, ist zum einen identisch mit der Frage, ob sie ihn als historischen zu begreifen haben; hinsichtlich der hier in den Vordergrund gestellten nicht-historischen Naturwissenschaften bedeutet diese Frage also, ob diese sich zu historischen Wissenschaften entwickeln müssen. Da dies selbstverständlich keine normative Forderung sein kann, keine Frage des Sollens, richtet sich die Frage auf die immanenten Entwicklungstendenzen dieser Wissenschaften, und zwar in materialistischer Weise, d.h. auf ihre Entwicklungstendenzen als intellektuelles Moment der industriellen Produktion.

Angesichts der unleugbaren Tatsache, daß die nicht-historischen Naturwissenschaften als intellektuelles Moment der Arbeit in den vergangenen 250-300 Jahren die welthistorisch wohl einschneidendste Revolutionierung der Produktivkräfte ermöglichten, scheint es ratsam, sich zunächst darüber zu verständigen, wie sie dies gerade als nicht-historische vermochten.

Die industrielle Produktion kommt, dies ist hier zunächst ins Auge zu fassen, in einem Moment mit der handwerklichen überein, in einem Moment, das beide gleichermaßen von der agrarischen Produktion (Tier- und Pflanzenzucht) auf vorindustrieller Stufe unterscheidet. Die agrarische Produktion nützt und modifiziert natürliche Produktionsvorgänge, die von Natur aus, also nicht erst aufgrund der menschlichen Tat stattfinden. Demgegenüber sind die handwerklichen und industriellen Produktionsprozesse künstlich; auf so natürliche Weise sie vonstattengehen, so wenig sind es Naturprozesse in dem Sinne, daß sie auch (nicht bloß einmal zufällig) von Natur aus, ohne initiierende und erhaltende Tat des Menschen stattfinden. Muß sich dementsprechend die agrarische Produktion zu den von ihr genutzten Naturpotenzen pflegend verhalten, d.h. ihr natürliches Werden zumindest nicht beeinträchtigen und womöglich zu fördern versuchen und kann sie so von der natürlichen Genese ihrer objektiven Bedingungen nicht abstrahieren (sowenig sie auf vorindustrieller Stufe zur wissenschaftlichen Erfassung der Genese dieser Bedingungen in der Lage ist), beruhen andererseits handwerkliche und industrielle Produktion gerade auf dieser Abstraktion. Sie negieren, d.h. zerreißen nicht allein den natürlichen Entstehungs- und Erhaltungszusammenhang ihrer Materialien bei deren Aneignung für die Produktion; auch ihre ideelle Erfassung der zu nutzenden natürlichen Wirkzusammenhänge beruht auf dieser Negation. Zwar ist diese denkende Erfassung einer Sache ebenfalls genetisch, nur, sie reproduziert nicht die natürliche Genese einer Sache, sondern

ihre Entstehung im Arbeitsprozeß. Eine Sache erklären ist gleichbedeutend mit der ideellen Rekapitulierung ihrer Herstellung in Arbeit. Wie am fundamentalen, mit dem Namen des Prometeus, dem „vornehmsten Heiligen und Märtyrer im philosophischen Kalender" (Marx), (57) verbundenen Übergang von der Nutzung natürlich entstandenen Feuers zu seiner Erzeugung durch menschliche Arbeit ersichtlich, richtet sich das intellektuelle Moment der nicht-agrarischen Produktion nicht auf die natürliche Entstehung von Sachen, sondern auf die Bedingungen ihrer Herstellung.

Diese Bedingungen sind selbstverständlich nicht unnatürlich; aber sie sind nicht identisch mit denen, unter denen die Sache auch von Natur aus entsteht. Sind es anfangs nur andere, vom Menschen beherrschbare Bedingungen, unter denen die Sache neben ihrer natürlichen Entstehung ‚auch' entsteht, nämlich hergestellt wird, so ist darin bereits der Keim einer Verallgemeinerung enthalten, von der her die natürliche Genese von Sachen als besonderer Fall ihrer Herstellung aus ihren allgemeinen Bedingungen erscheinen wird; d.h. aber, der Keim für die wissenschaftliche Erfassung der natürlichen Genese. Es ist also gerade die der handwerklichen und industriellen Produktion eigentümliche Abstraktion von der natürlichen Genese der Naturdinge die Voraussetzung und Grundlage, diese Genese wissenschaftlich erfassen zu können. Diese Grundlage ist freilich erst realisiert, wenn das intellektuelle Moment der Produktion wissenschaftliche Form erreicht hat, d.h. auf der Stufe industrieller Produktion. Die wissenschaftliche Erfassung natürlicher Genesen spielt jedoch für die industrielle Produktion zunächst eine untergeordnete Rolle. Sie beginnt damit, wie die handwerkliche Produktion in ihren Materialien Resultate von Naturprozessen zu nutzen, ohne sich um deren Genese viel zu kümmern; aufgrund ihrer wachsenden Einsicht in die allgemeine Form von natürlichen Wirkzusammenhängen gestaltet sie Produktionsprozesse, in denen eine zweite, durch die Tat des Menschen bedingte Naturproduktion entsteht. Natürliche Produktion im Sinne eines von Natur aus stattfindenden Vorgangs wird neben dieser zweiten Naturproduktion zunehmend „antiquiert" (G. Anders) und vernachlässigbar. Die Historie der Natur scheint in den entsprechenden Abteilungen von Astrophysik, Geologie und Biologie nicht nur hinreichend berücksichtigt, sondern auch die sonstige Naturwissenschaft durch diese Abteilungen von ihr entlastet.

Die Ausbeutung der Erde auf industrieller Produktionsstufe und die Errichtung jener zweiten Naturproduktion drängt jedoch die erste nicht nur in den Hintergrund; beides zusammen stellt vielmehr einen Eingriff in jene erste Naturproduktion dar, der sie modifiziert, und zwar in zunehmender Weise so, daß sie die Resultate nicht mehr hervorzubringen droht, die elementare Bedingungen des menschlichen Organismus wie der von ihm errichteten zweiten Naturproduktion sind und die unter der Drohung ihres Versiegens als solche Bedingungen ins Bewußtsein treten.

Wenn so die Natur erneut als „erste Quelle" (Marx) (58) des Lebens und der Arbeit hervortritt, so zugleich in einer von allen früheren geschichtlichen Stufen qualitativ unterschiedenen Weise. Sie ist „erste Quelle" nicht mehr im Sinne der Lebensspenderin, deren geheimnisvolles Erzeugen mit frommer Scheu gefördert, nicht aber durch vorwitzigen Eingriff beeinträchtigt werden darf, und sie ist es nicht mehr allein als Arsenal von Materialien und als Reich zu nutzender gesetzmäßiger Wirkzusammenhänge; es zeigen sich vielmehr auf dieser Stufe bestimmte Charaktere ihrer terristischen Gestaltung (z.B. Temperatur, chemische Zu-

57 MEW Erg.Bd. I, S. 263.
58 MEW Bd. 19, S. 15.

sammensetzung der Atmosphäre etc.) als *besondere* Bedingungen von insofern *allgemeinem* Status, als die Anwendung der Naturkräfte in allgemeiner Form von ihnen in der Praxis nur unter Bedrohung der Gattungsexistenz abstrahieren kann. Was hier der Verallgemeinerung (in der Praxis) scheinbar eine Grenze setzt, ist nicht die Beschränktheit des Planeten Erde; es ist vielmehr der Mensch selbst, der von sich als Naturwesen nicht abstrahieren kann (man braucht nur an die Geschichte der christlichen Religion oder an die Methoden der Erzielung des absoluten Mehrwerts zu denken, um zu wissen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die natürliche Existenz des Menschen ‚dem' Menschen als eine Grenze erscheint). Die metaphysische Trennung von Natur- und Humanwissenschaften ist nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Wir sagten, daß die Wissenschaften in ihrem wirklichen Vollzug — anders als in den Augen bestimmter Wissenschaftstheorien — Allgemeines nur in Einheit mit konkret Einzelnem darzustellen vermögen und nur aufgrund dessen zur (gedanklichen) Entwicklung eines Konkreten aus allgemeinen Wirkzusammenhängen gelangen. Wir sagten weiterhin, daß die wissenschaftliche Erfassung solcher allgemeinen Wirkzusammenhänge ein historischer Prozeß ist, der von der praktischen Substituierbarkeit der die Momente der allgemeinen Wirkzusammenhänge repräsentierenden einzelnen Konkreta und schließlich von deren Umwandlung ineinander bedingt ist. Die natürlichen Genesen konkreter Sachverhalte werden auf diese Weise zu einem speziellen Fall der Entwicklung eines Konkreten aus seinen allgemeinen Bedingungen; d.h., der historische Prozeß der wissenschaftlichen Erfassung allgemeiner Wirkzusammenhänge beruht auf der Abstraktion von solchen natürlichen Genesen als Entwicklungen, deren besondere Bedingungen nicht durch andere, und die insofern selbst nicht durch andere substituiert werden können. — Unauflöslich ist also in dieser Wissenschaftsentwicklung der Zusammenhang zwischen abstrakt Allgemeinem und seiner Repräsentation durch konkret Einzelnes; die Entwicklungsrichtung bestand darin, wirkliche Allgemeinheit durch universelle Substituierbarkeit der Repräsentanten zu erreichen, nicht an besondere konkret Einzelne als Repräsentanten gebunden zu sein. In der eben skizzierten Situation der industriellen Produktion treten nun aber gerade besondere, bestimmte konkret einzelne Bedingungen in den Blick, deren Substituierbarkeit zwar theoretisch möglich ist, aber nur unter Abstraktion vom Menschen als Naturwesen, also unter Bedrohung seiner Existenz. Hier zeigt sich also ein Maß- und Knotenpunkt der Entwicklungsrichtung der wissenschaftlichen Verallgemeinerung. Die *natürlichen* Entstehungs- und Erhaltungsbedingungen des Naturwesens Mensch, dessen Äußerung die Wissenschaft ist, bilden in ihrer unsubstituierbaren Besonderheit, bilden als *bestimmte* einzelne Konkreta einen unauflöslichen Zusammenhang mit dem Allgemeinen.

Greifen wir auf unsere Unterscheidung zwischen erster und zweiter Naturproduktion zurück, so bedeutet dies, daß die erste Natur als Produzentin bestimmter Existenzbedingungen des Naturwesens Mensch durch die Gestaltung der zweiten Natur erhalten und gefördert werden muß; die erste Natur ist aus einer externen Bedingung des Menschen und der von ihm ins Werk gesetzten zweiten Natur in eine Voraus-*setzung* zu verwandeln; sie ist durch eine ihre Reproduktion gewährleistende Gestaltung der zweiten Natur zu einem dieser internen Moment zu machen. Der Gegenstand der Naturwissenschaften kommt als historischer insofern in den Blick, als die Naturwissenschaft als intellektuelles Moment der gesellschaftlichen Produktion auf dieser Entwicklungsstufe von den natürlichen Entstehungs- und Erhaltungsbedingungen bestimmter Existenzmomente der Menschengattung nicht nur nicht abstrahieren darf, sondern deren

natürliche Reproduktion gewährleisten muß.

12.

Wie schon die Aufhebung der metaphysischen Trennung zwischen Natur- und Humanwissenschaften, deren Notwendigkeit sich in dieser Entwicklung abzeichnet, indiziert, ist die skizzierte immanente Tendenz der Wissenschaften, ihren Gegenstand dialektisch zu begreifen, eine Tendenz der arbeitsteiligen Totalität der Wissenschaften als intellektuelles Moment der industriellen Produktion auf der heutigen Entwicklungsstufe. Die Realisation dieser Tendenz ist unauflöslich mit der Überführung dieses intellektuellen Moment aus einer naturwüchsigen in eine bewußte und beherrschte Totalität verbunden. Von hieraus wird erst voll ersichtlich, daß es Engels nicht um ein kontemplatives Resumée jeweils post festum geht, wenn er die „Dialektik als Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang" definiert. Genau im Hinblick auf diese Realisation kommt der dialektisch materialistischen Theorie ihre temporäre besondere Rolle zu. „Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen sich klar zu werden, ist jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang überflüssig." (59) Sie ist aber gerade nicht überflüssig zur Erreichung dieses „sobald".

Nun ist nicht länger davon zu abstrahieren, daß die Realisation des intellektuellen Moments der gesellschaftlichen Produktion als bewußte und beherrschte Totalität nichts geringeres voraussetzt als die Realisation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters als sich selbst bestimmende Totalität, d.h. als sozialistisches Gemeinwesen. So wird auch klar, daß bei dieser Realisation das Verhältnis der dialektisch materialistischen Theorie zu den Wissenschaften nicht dasselbe sein kann in industriellen Gesellschaften, von denen die eine noch vom Privateigentum an den Produktionsmitteln und die andere bereits durch das Gemeineigentum an ihnen bestimmt ist. Während im zweiten Fall der Beitrag der dialektisch materialistischen Theorie zur Realisation des intellektuellen Moments der Arbeit in seiner Totalität als beherrschtes allgemeines Moment der Arbeit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln gewissermaßen konstruktiv, im Rahmen der planmäßigen Entwicklung der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens erfolgen kann (womit er selbstverständlich nicht auch gleich ein Kinderspiel wird), muß er in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig Züge einer Wissenschafts-Kritik haben.

Es ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, wenn Lenin das Verhältnis der dialektisch materialistischen Theorie zur modernen Naturwissenschaft als ein „Bündnis" charakterisierte. (60) Es handelt sich bei der geforderten Wissenschafts-Kritik nicht um Ideologiekritik im Sinne der Frankfurter Schule oder des Wahren Deutschen Sozialismus, als hätten sich die Wissenschaften irgendetwas „aus dem Kopf zu schlagen" oder als seien sie auf irgendeine philosophische Lehre einzuschwören. Es geht vielmehr um insofern immanente Kritik, als es Charakter und Tendenz der Wissenschaften als intellektuelles Moment der industriellen Produktion auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe selbst sind, von wo aus die Naturwüchsigkeit zu kritisieren ist, die den Zusammenhang der Wissenschaften mit der materiellen Produktion wie der Wissenschaften untereinander auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln auszeichnet. Es geht also in dieser Kritik um die Mobilisation des Widerspruchs-

59 MEW Bd. 20, S. 24.
60 LW Bd. 33, S. 218 f.

potentials der Wissenschaften als Moment der gesellschaftlichen Produktivkräfte gegen die sie und ihre Entfaltung fesselnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und in diesem Sinne um die Realisation eines Bündnisses.

Als diese immanente Kritik ist die dialektisch materialistische Theorie gehalten, den ideellen Niederschlag jener Naturwüchsigkeit in Begriffsbildungen, Methodenreflexionen, Wissenschaftstheorie etc. aufzudecken und den von dieser Naturwüchsigkeit und ihrem Reflex überdeckten konkreten Gesamtzusammenhang zwischen der materiellen Produktion und ihrem intellektuellen Moment wie zwischen den Gliedern dieses Moments, den Wissenschaften, positiv aufzuzeigen, und zwar gerade auch in der Herausarbeitung der diesem Zusammenhang angemessenen theoretischen Formen. Diese vielleicht dem ersten Blick wie traditionelle Philosophie oder Wissenschaftstheorie erscheinende Aufgabe steht nicht als eine Alternative zum politischen Charakter der dialektisch materialistischen Theorie in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ist vielmehr ein, wenn nicht sogar das hauptsächliche Feld der Bewährung dieses Kampfcharakters. Dafür, daß diese Aufgabe nicht nach Art traditioneller Philosophie oder Wissenschaftstheorie erfüllt wird, ist die Auffassung der Wissenschaften als allgemeines Moment der gesellschaftlichen Arbeit auf industrieller Stufe die Grundlage; diese Grundlage ist freilich konkret auszuarbeiten, um jene immanente Kritik wirklich führen zu können.

Peter Ruben

ÜBER METHODOLOGIE UND WELTANSCHAUUNG DER KAPITALLOGIK

Seit Beginn der sechziger Jahre in Ansätzen, seit Beginn der siebziger in voller Ausbildung und mit dem bemerkenswerten Anspruch, die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus im allgemeinen und der Kritik der politischen Ökonomie im besonderen zu „rekonstruieren", hat sich eine philosophische Strömung entwickelt, die im folgenden nach ihren wesentlichen methodologischen und weltanschaulichen Voraussetzungen untersucht werden soll, die sogenannte Kapitallogik. Mit dieser Analyse wird zu zeigen sein, in welchem Maße „sich die Sozialismusdiskussion derzeit noch im Vorfeld einer Klärung ihrer theoretischen Voraussetzungen bewegt", welch „Ungleichgewicht von ideologisch-politischer Meinungsbildung ... und der theoretisch-methodischen Reflexion" (1) der vermeinten „Rekonstruktion" des wissenschaftlichen Sozialismus in der Tat zugrunde liegt.

Zuvor sei noch bemerkt: 1. müssen wir im folgenden die Kenntnis der wesentlichen Literatur voraussetzen, um nicht das eigene Anliegen durch Zitatitis zu ertränken; 2. versteht es sich, daß die zu erörternden Probleme nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit der kapitallogischen Fragestellungen bilden. Demgemäß liefert dieser Aufsatz mehr das Programm als die detaillierte Realisierung einer Kritik der Kapitallogik; 3. schließlich sind die folgenden Überlegungen als Fortsetzung meiner Darstellungen in der SOPO zu betrachten, setzen diese daher theoretisch voraus. (2)

1. Was ist Kapitallogik?

Mit dem Terminus „Kapitallogik" bezeichne ich alle und nur die Interpretationen des Marxschen „Kapital" und seiner Vorarbeiten, die — unter vorausgesetztem philosophischen Interesse — die *Analyse und Entwicklung der Wertform* (bzw. Warenform) als ihr theoretisches Fundament annehmen. Die Kapitallogik ist also eine eigentümliche Deutung der Sprache der Marxschen Lehre von der Wert*form* (im Unterschied zur Wert*substanz* und Wert*größe*). Im Rahmen solcher Interpretationsleistungen ist der Terminus „Kapitallogik" (3) bzw. „Logik des Kapitals" (4) selbst geprägt worden, so daß meine Benennung keine Privaterfindung ist, sondern als von den entsprechenden Interpreten vorgegeben und durchaus angemessen übernommen wird. Natürlich akzeptiere ich mit dieser Übernahme nicht die Vorstellung, nach welcher das Kapital eine Logik habe, vielmehr meine ich, daß der Terminus „Kapitallogik" adäquat das Interpretationsprodukt bezeichnet, das hier zur Debatte steht.

Indem nun die Kapitallogik in Marx Analyse und Entwicklung der Wertform den theoretischen Ausgangs- und Kernpunkt der Dialektik im „Kapital" völlig zutreffend diagnostiziert hat, ist von ihr im akademischen Dasein der Philoso-

1 So B. Heidtmann in: „Eurokommunismus als Ideologie?", in: SOPO 40 (1977), S. 108. Die Forderung nach der wissenschaftlichen Disziplinierung der Sozialismusdebatte ist von wesentlicher Bedeutung für ihre eigene Existenz. Natürlich kann man über allerlei „Sonderentwicklungen", „Deformationen" und „Transformationsbedingungen" räsonnieren (vernünfteln) und sich eine aparte Vorstellung vom „wahren Sozialismus" zusammenzimmern. Sollen solche Überlegungen aber den Rang von Versuchen zur Weiterbildung des wissenschaftlichen Sozialismus erlangen, so müssen sie im Rahmen seines theoretischen Fundaments erfolgen, also im Einsatz seines begrifflichen Instrumentariums formuliert werden. Ebenso wie man physikalische Probleme nur *in* der Physik *sinnvoll* stellen und lösen kann, lassen sich Sozialismusprobleme nur innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus wirklich praxisrelevant behandeln. Dies aber erfordert die Beachtung der theoretisch-methodischen Konstitutionsbasis eben des wissenschaftlichen Sozialismus, also die Erfüllung der von Heidtmann mit Recht proklamierten Fundamentalbedingung jeder ernsthaften Sozialismusdiskussion.

2 Vgl.: P. Ruben: „Wissenschaft als allgemeine Arbeit", in: SOPO 36 (1976), S. 7-40. Ders.: „Die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Hegelschen Logik", in: SOPO 41 (1977).

3 Den Terminus „Kapitallogik" verwendet z.B. H.-J. Schanz ausdrücklich in: Til rekonstruktionen af kritikken af den politiske økonomis omfangslogiske status. Aarhus (Dänemark) 1973, S. 153 ff. (eine deutsche Übersetzung dieser Schrift liegt mir nicht vor).

4 Den Terminus „Logik des Kapitals" verwendet die Hannoversche Projektgruppe zur Kritik der politischen Ökonomie in: Zur Logik des Kapitals, 2. neu bearb. Aufl., Berlin(West) 1973.

phie unter bürgerlichen Bedingungen eine qualitativ neue Situation in der Marx-Rezeption erzeugt worden. 100 Jahre nach dem Erscheinen des „Kapital" kommt man in den Hörsälen der in der bürgerlichen Gesellschaft institutionalisierten Philosophie endlich auf die Idee, Marx' elementare theoretische Grundlagen wenigstens in ihrer sprachlichen Gestalt *wahrzunehmen* — ein bemerkenswerter Vorgang! Wer ein Sensorium für philosophische Entwicklungen hat, kann diesem Phänomen sein Interesse nicht verweigern. Man hat darin eine spezielle Reflexion der geschichtlichen Situation der Gegenwart, der tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Systems, der enormen Fortschritte des internationalen Sozialismus, des Zusammenbruchs des alten imperialistischen Kolonialsystems in den Befreiungskämpfen der Völker der sogenannten „dritten Welt". Mit einem Wort: die Existenz der Kapitallogik demonstriert empirisch, daß das bourgeoise Gerede von der „Überholtheit" Marxschen Denkens leeres Geschwätz ist. Marx kann nicht ignoriert werden, weil die gesellschaftliche Wirklichkeit der Gegenwart nur in seinen Begriffen, mit seiner Theorie nicht ignoriert werden kann. Freilich wird damit die Existenz von Ignoranten nicht ausgeschlossen — ein Phänomen, das in der biologischen Evolution der Produktion letaler Mutanten gleicht.

Mit der Feststellung, daß die Kapitallogik eine besondere philosophische Interpretation der Marxschen Lehre von der Wertform ist, wird zugleich erklärt, daß die Gesamtheit der seit Mitte der sechziger Jahre stark zunehmenden Deutungen des Marxschen „Kapital" keineswegs durch den kapitallogischen Zugriff erschöpft ist. Insbesondere fachökonomische Untersuchungen gehören nicht dazu (Ökonomie ist nicht Philosophie). Ebensowenig wird man etwa Althussers und Balibars Darstellung (5) als Exemplar der Kapitallogik vorstellen können, wenngleich sie für die Genesis derselben sicher von erheblicher Bedeutung gewesen ist. Das ist einfach deshalb der Fall, weil Althusser — gebildet im analytischen Denken cartesianischer Provenienz — mit dem „schrecklichen, in seiner Terminologie und Gliederung noch Hegelschen ersten Teil von Buch I" des „Kapital" (6) nicht so recht warm werden konnte, d. h. die Wertformanalyse und -entwicklung nicht als Modellbeispiel der Anwendung materialistischer Dialektik erkannte. Auch K. Hartmanns transzendentalphilosophische Exkursion kann nicht als ein Beispiel der Kapitallogik betrachtet werden, wenngleich natürlich als Exempel für die „Unhintergehbarkeit" des Marxschen Denkens. (7)

Über Chr. Helbergers Darstellung (8), die ebenfalls nicht zur Kapitallogik zu zählen ist, sei an dieser Stelle nur bemerkt: In ihr wird versucht, die Kommunikationsfähigkeit der analytischen Wissenschaftstheorie mit dem — vom Autor sehr freizügig gefaßten — Marxismus abzutasten, wobei jene Wissenschaftstheorie als undiskutierte Voraussetzung über den „modernen" Standpunkt in der allgemeinen Methodologie gilt. Wenngleich solche Unterstellung (warum z. B. notiert Helberger nicht wenigstens die konstruktive Wissenschaftstheorie, um sich über die „Modernität" der analytischen ein besseres Bild zu verschaffen?) jenes Abtasten im Grunde desavouiert, kann man doch zugestehen, daß die vorgeführten Probleme ernsthaft zur Debatte stehen, d. h. eine ebensowohl notwendige wie aufwendige Lösung erfordern. Da sie aber jenseits der Bestim-

5 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. I und II, dt. Übers. v. K.-D. Thieme, Hamburg 1972 (frz.: 1968).
6 L. Althusser: Lenin und die Philosophie, dt. Übers. v. K.-D. Thieme, Hamburg 1974, S. 72.
7 K. Hartmann: Marxens „Kapital" in transzendentalphilosophischer Sicht, Bonn 1968.
8 Chr. Helberger: Marxismus als Methode, Frankfurt/M. 1974.

mungen der Kapitallogik zu suchen ist, nämlich im Felde des Zusammenhangs der materialistischen Dialektik mit der analytischen Methode der wissenschaftlichen Fach- oder Teilarbeiter, so werden wir im weiteren Helbergers Überlegungen nicht diskutieren.

Über W. Beckers „Beitrag" (9) schließlich, der in keiner einzigen Passage das „Kapital" wenigstens zu verstehen sucht (vom Begreifen gar nicht zu reden), aber mit jeder die politische Linksorientierung vieler Kapitallogiker im Interesse der kritisch rationalistischen Paraphrasierung des Berufsverbots zu *denunzieren* bemüht ist, haben wir hier nicht zu verhandeln. Da Becker die Wertform, die in der Kapitallogik vorausgesetzte Basis der Interpretation ist, mit der nachtwandlerischen Sicherheit eines Popper-Adepten nicht einmal *wahrzunehmen* imstande ist (bester Ausweis der wissenschaftlichen Potenz des kritischen Rationalismus), so haben wir hier nichts mit ihm zu schaffen. (10) Denn in dieser Untersuchung stehen wir mit der Kapitallogik auf dem Standpunkt der *Aneignung* des Marxschen Werks, nicht auf dem seiner Denunziation.

1.1 Zur Genesis der Kapitallogik

Ehe wir nun auf die Beantwortung der Frage eingehen, worin die Eigentümlichkeit der Wertform-Deutung durch die Kapitallogik besteht, wird es nützlich sein, ihren empirischen Geburtsakt wie ihre Entwicklung knapp zu skizzieren. Es versteht sich, daß solche Nachzeichnung lediglich einen grob informativen

9 W. Becker: Kritik der Marxschen Wertlehre, Hamburg 1972.
10 Beckers marktschreierisch verkündigte Wahrnehmung des angeblichen „methodischen Irrationalismus" bei Marx basiert angesichts der Wertform a = b für die qualitativ und quantitativ bestimmten Waren a und b schlicht auf der Ignoranz des Forminhalts eben dieses Ausdrucks, d.h. auf seiner Interpretation als der sprachlichen Darstellung einer abstrakten Gleichheit (Äquivalenz). Mit anderen Worten: Becker hat seinen Grammatik-Unterricht vergessen! Der Ausdruck a = b, weil er ein *Satz* ist, hat in „a" sein Subjekt und in „= b" sein Prädikat bzw. seinen Prädikatverband, der seinerseits wieder mit „=" ein spezielles Prädikat i.e.S. (in Worten: „ist gleichwertig") und mit „b" ein Dativobjekt enthält. Vom „Forminhalt" des Wertausdrucks, d.h. von der „Wertform" zu reden, bedeutet, die kategoriale Gliederung dieses Satzes als semantisch relevant anzunehmen: Das Subjekt „a" bezeichnet dann die relative Wertform, das Objekt „b" die Äquivalentform! Dies hätte Becker wenigstens notieren müssen, wollte er ernst genommen werden. Statt dessen liest er den Wertausdruck als Exempel einer Äquivalenz =(a, b), worin vom Unterschied zwischen dem Subjekt „a" und dem Objekt „b" abstrahiert ist (beide Zeichen daher auch Individuenkonstanten sind!), und findet dann natürlich, daß die Sätze „a = b" und „a ist b wert" eine Inkonsistenz statuieren, wenn sie, wie Marx in der Tat unterstellt, *dasselbe* besagen sollen. Wie man sieht, ist solche Inkonsistenz die Privaterfindung Beckers, der empirische Gleichwertigkeitsbehauptungen bewußtlos unter die Ausdrücke abstrakter Gleichheiten subsumiert, also Gleichheiten nicht anders als abstrakt wahrzunehmen vermag. Um so erstaunlicher ist es, wenn Beckers Argumentation von nicht wenigen Kapitallogikern als seriöse Problemstellung goutiert wird. Indes fällt solches Erstaunen in sich zusammen, wenn man die logische Bildung der Kapitallogik näher kennenlernt. Soviel jedenfalls bleibt festzuhalten: Beckers Räsonnement ist Scharlatanerie, gezielt auf Ideologiekonsumenten, denen das methodologische Handwerkszeug nicht zur Verfügung steht, die angebotene Ware auf ihre Gebrauchseigenschaften zu testen. Der kritische Rationalismus ist *nicht* seriös – weder logisch noch methodologisch (von seiner Weltanschauung ganz zu schweigen)! Im naturwissenschaftlichen Methodenverständnis ist er daher auch mit Recht total unbekannt. Und die Naturwissenschaft ist, wie Marx stets eingeschärft hat, die Basis aller Wissenschaft überhaupt.

Charakter haben kann. Die kritische Detailanalyse überschreitet den Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes. Daher muß hier auch von vornherein gestattet sein, die Nachweise für die Gültigkeit des zu formulierenden Urteils mit äußerster Sparsamkeit anzugeben. (11)

Wenn ich richtig sehe, so beginnt die Kapitallogik als Selbstaufhebung der kulturkritischen Orientierung der Frankfurter Schule. Sie deutet sich 1960 mit der bekannten Dissertation A. Schmidts an (12), erfährt 1965 ihre erste klare Problemstellung mit dem Vortrag von H.-G. Backhaus (13), erlangt im Zugriff H.-J. Krahls seit 1967 ideologische Fundamentalbedeutung für die „Antiautoritäten" im SDS (14) und gewinnt schließlich 1970 mit der wichtigen Arbeit H. Reichelts (15) ihre theoretisch erste reifere Gestalt. Zu diesem Zeitpunkt tritt auch A. Sohn-Rethel mit seinem lang vorbereiteten Konzept in die öffentliche Debatte ein. (16) Weitere Arbeiten zur Interpretation des „Kapital" flankieren

11 Eine umfassende Kritik der Kapitallogik wird vom Autor anvisiert und gewiß realisiert, wenn die entsprechende Arbeitszeit zur Verfügung stehen wird. Dann kann auch der Beweisanspruch detailliert erfüllt werden.

12 A. Schmidt: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Neuausg., Frankfurt/M. 1971. Die Erstausgabe dieser Schrift erschien 1962 auf der Basis einer Dissertation, die 1957-1960 unter der Betreuung von Horkheimer und Adorno angefertigt worden war.

13 H.-G. Backhaus: „Zur Dialektik der Wertform", in: Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, hg.v. A. Schmidt, Frankfurt/M. 1969, S. 128-152. Dieser Darstellung liegt der Vortrag zugrunde, den Backhaus 1965 im Institut für Politikwissenschaft, Frankfurt, gehalten hat.
Weitere Darstellungen hat Backhaus vorgelegt mit: „Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 1", in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. v. H.-G. Backhaus u.a., Frankfurt/M. 1974, S. 52-77. „Materialien zur Rekonstruktion ... 2", in: Gesellschaft. Beiträge ... 3, Frankfurt/M. 1975, S. 122-159. Der angekündigte 3. Teil dieser „Materialien" liegt mir nicht vor, ist auch bis zum Heft 8 der „Gesellschaft" nicht publiziert worden.

14 H.-J. Krahl: „Bemerkungen zum Verhältnis von Kapital und Hegelscher Wesenslogik", in: Aktualität und Folgen der Philosophie Hegels, hg.v. O. Negt, Frankfurt/M. 1970, S. 141-154. Ders.: „Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse", in: H.-J. Krahl: Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt/M. 1971, S. 31-81.

15 H. Reichelt: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/M. 1970.

16 A. Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1972 (1. Aufl.: 1970). Ders.: „Das Geld, die bare Münze des Apriori", in: P. Mattick/A. Sohn-Rethel/H.G. Haasis: Beiträge zur Kritik des Geldes, Frankfurt/M. 1976, S. 35-117. Die früheren Arbeiten von Sohn-Rethel sind publiziert in: Warenform und Denkform. Aufsätze. Frankfurt/M. 1971.
Man könnte Sohn-Rethel als Begründer der Kapitallogik ansehen, wenn er nicht die Wertform (Warenform), die er in der Frankfurter Schule zuerst zur Sprache gebracht hat, als inadäquaten Wertausdruck der „Denkform" als adäquaten Wertausdruck gegenübergestellt hätte (vgl.: Geistige und körperliche Arbeit, 2. Aufl., S. 234), um letztere aus ersterer „abzuleiten". So schlug er sich mit methodologischen Problemen herum, für deren Lösung seine verfügbaren Mittel offensichtlich nicht ausreichten. H. Wohlrapp hat denn auch leichtes Spiel gehabt, Sohn-Rethels „Ableitung" konstruktivistisch zu sezieren und zu leicht zu befinden. Vgl.: H.Wohlrapp: „Materialistische Erkenntniskritik?", in: Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, hg.v. J. Mittelstraß, Frankfurt/M. 1975, S. 160-243.
Zur marxistischen Kritik an Sohn-Rethel vgl.: P. Brand/N. Kotzias/H.J. Sandkühler/H. Schindler/F. Schumacher/W. van Haren/M. Wilmes: Der autonome Intellekt, Berlin (DDR) 1976.

diese Bewegung (17), darunter übrigens auch Publikationen von Philosophen aus dem sozialistischen Lager (18).

Nach Lage der Dinge in der vorliegenden Literatur wird man zugestehen können, daß H.-G. Backhaus im Sinne unserer obigen Vorstellung der Kapitallogik diese definitiv konstituiert hat. Ganz richtig erkennt er, daß zum vollen Verständnis der Marxschen Arbeitswertlehre die Theorie der Wert*form* von fundierender Bedeutung ist, daß es also nicht hinreicht, die durch die Begriffe der Wert*substanz* und Wert*größe* bestimmten Bedeutungen zu beherrschen, wenn man jene Lehre voll erfassen will: „Die von Böhm-Bawerk als ‚dialektischer Hokuspokus' oder von Schumpeter als ‚philosophisch' diskreditierten Argumente finden sich vor allem in der Lehre von der Wert*form*. Soweit diese überhaupt zur Darstellung kommt, wird sie entweder unverständlich oder aber kommentarlos referiert. Die Verständnislosigkeit der Interpreten ist umso erstaunlicher, als Marx, Engels und Lenin wiederholt auf die eminente Bedeutung der Wertform-Analyse hingewiesen haben." (19) Diese korrekt beschriebene Verständnislosigkeit unterstellt Backhaus nun aber nicht als objektives Phänomen des bürgerlichen Bewußtseins, sondern als subjektives Problem der fraglichen Marx-Interpretation. Er setzt dabei den „allgemein menschlichen" Verstand voraus und fragt sich, ob die Ursache der 100 Jahre währenden Begriffsstutzigkeit nicht in Marx' verschiedenen Darstellungen selbst zu suchen sei. Die Antwort lautet: „Mir scheint, daß die Darstellungsweise im *Kapital* keineswegs das erkenntnisleitende Motiv der Marxschen Wertform-Analyse durchsichtig macht, die Frage nämlich, ‚*warum dieser Inhalt jene Form annimmt*' ". (20)

Mit diesem selbst erzeugten Schein ist Backhaus, nachdem er die für das bürgerliche Bewußtsein problematische Wahrnehmung der Marxschen Wertformanalyse *und* -entwicklung (!) gemacht hat, umgehend in den Schoß des bourgeoisen common sense zurückgekehrt: Nicht das bürgerliche Bewußtsein, sondern das Marxsche selbst ist Gegenstand der Kritik!

Wie begründet Backhaus seinen selbst erzeugten Schein von der Undurchsichtigkeit des erkenntnisleitenden Motivs der Wertformanalyse? Durch Mystifikation des Werts, die er wahrlich bei Marx nicht herauslesen kann! Denn was ist — nach Backhaus — an der Wertformanalyse zu verstehen? „Daß der ‚allgemeine Gegenstand' als solcher, das heißt der Wert als Wert sich gar nicht ausdrücken läßt, sondern nur in verkehrter Gestalt ‚erscheint', nämlich als ‚Verhältnis' von zwei Gebrauchswerten, ..." (21) Dies ist — mit Verlaub — keine Deutung, sondern methodologisch unbeschwerte Mißdeutung der Wertformanalyse. Warum? 1. ist die Wertform im korrekten Sinn der modernen allgemeinen Me-

17 Z.B.: Folgen einer Theorie. Essays über „Das Kapital" von Karl Marx, Frankfurt/M. 1967. R. Rosdolsky: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital", Bd. I-III, Frankfurt/M. 1968.

18 J. Zeleny: Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital", dt. Übers. v. P. Bollhagen, Berlin (DDR) 1968, (das tschechische Original erschien 1962). E. W. Iljenkow: „Die Dialektik des Abstrakten und Konkreten im ‚Kapital'", in: Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, hg.v. A. Schmidt (dieser Beitrag ist das 3. Kap. des 1960 publizierten gleichnamigen Buchs von Iljenkow).

19 H.-G. Backhaus: Zur Dialektik der Wertform, a.a.O., S. 128.

20 Ebenda, S. 131.

21 Ebenda.

thodologie ein *Ausdruck* (22) und damit als solche unverkehrter, adäquater Wertausdruck; 2. ist mit der Voraussetzung der Existenz des Wertausdrucks, die von Marx ja ausdrücklich angenommen wird, die Behauptung von der Unausdrückbarkeit des Werts die Proklamation eines logischen Widerspruchs. Dieser bedeutet, daß die Marxsche Theorie der Wertform nicht zusammen mit ihrer kapitallogischen Deutung in der Version Backhaus' konsistent behauptet werden kann; 3. ist die Voraussetzung des Werts als des „allgemeinen Gegenstands" philosophisch unreflektiert: Ein solcher „Gegenstand" wie der Wert (und wie jede andere Größenart) existiert nicht primär, sondern als Abstraktum auf der Basis einer Äquivalenz, also eines Verhältnisses. Dieses ist daher nicht eine „verkehrte Erscheinung" jenes Abstraktums, sondern vielmehr seine hinreichende Bedingung; 4. schließlich konstituieren nicht die Gebrauchswerte das Verhältnis, sondern die Waren, die Träger von Gebrauchseigenschaften sind (wie Träger des Werts).

Natürlich hat Backhaus von sich die Überzeugung, den Marxschen Wertbegriff korrekt vorgestellt zu haben. Und er findet in diesem Bewußtsein sogleich, daß Träger anderer Vorstellungen zu „ ‚dialektischen Interpretationen' " gelangen müssen, „die auf eine Karikatur von Dialektik hinauslaufen" (23). Dennoch müssen wir mit Nachdruck feststellen, daß Backhaus' Deutung nichts mit Marx, aber viel mit Hegel zu tun hat. Der Wert ist nicht der „allgemeine Gegenstand" (der säkularisierte Hegelsche Begriff an sich), sondern das vergegenständlichte gesellschaftliche Arbeitsvermögen, die in gesellschaftlich verwendbare Arbeitsprodukte umgesetzte Energie der menschlichen Gattung. „Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie (die Arbeitsprodukte/d. V.) Werte — Warenwerte." (24) Das Warenverhältnis ist nicht die verkehrte Gestalt des Wertausdrucks, sondern die *„eigne Erscheinungsform"* des Werts. *„Das Verhältnis zweier Waren* liefert *... den einfachsten Wertausdruck für eine Ware."* (25) Backhaus liest also seine Wertvorstellung in die Sprache der Marxschen Wertformanalyse hinein. Die Kapitallogik gibt daher nur vor, Marx zu „rekonstruieren"; in Wahrheit formuliert sie mit Marxschen Termini ihre eigenen, sehr anderen Begriffe!

In der Tat ist die hier bei Backhaus notierte Mißdeutung der Wertform Allgemeingut der Kapitallogik. Bei Reichelt erscheint es in der folgenden Behauptung: „In der Tat wird getauscht, aber eine genauere Betrachtung des Austauschprozesses zeigt, daß konkrete Produkte, Gebrauchswerte — kategorial verstanden — gar nicht getauscht werden *können*." (26) Während Backhaus den Wert nicht zum

22 Unter einem „Ausdruck" versteht man einen Satz oder eine Satzform (dabei ist von sprachlichen Ausdrücken die Rede!). Ein Satz ist ein Ausdruck, der nur Konstanten oder nur gebundene Variablen enthält (oder beides). Eine Satzform ist ein Ausdruck mit mindestens einer freien Variablen.
Wie es scheint, verwechselt Backhaus Ausdrücke mit Termen, d.h. Ausdrucksgliedern: Wenn der „allgemeine Gegenstand" keinen unverkehrten Ausdruck besitzen soll, so ist damit wohl angedeutet, daß man für ihn keinen *Namen* hat, also nicht etwa keinen Ausdruck, sondern keinen Term!

23 Backhaus: Zur Dialektik der Wertform, a.a.O., S. 131.

24 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. Berlin (DDR) 1953, S. 42.

25 K. Marx: „Die Wertform" (Anhang zur Erstaufl. des „Kapital"), in: Marx/Engels: Kleine ökonomische Schriften, Berlin (DDR) 1955, S. 262.

26 H. Reichelt, a.a.O., S. 148. Man mache diese kapitallogische Einsicht einmal selbständigen Handwerkern klar, die – sagen wir – Brötchen gegen Schuhe tauschen. Wenn der Bäcker mit den Schuhen und der Schuster mit den Brötchen vergnügt davonzieht, soll jeder denken: Was er in der Hand hält, kann gar nicht getauscht werden, also

Ausdruck kommen läßt, untersagt Reichelt den konkreten Arbeitsprodukten den Tausch; beides läuft auf dasselbe hinaus, weil der realisierte Tausch der konkreten Produkte ganz genau den Wertausdruck unverfälscht und unverkehrt bildet! Wie Backhaus das Warenverhältnis als „verkehrte Gestalt" des Werts betrachtet, so sieht Reichelt eben diese konkreten Produkte „zur ‚sinnlichen Hülle, zur verborgenen Gestalt' des anderen Gegenstandes (des Werts/d. V.) herabsinken" (27). Ob die handfesten Waren als Gespenster der Werterscheinung oder das Warenverhältnis als verkehrte Gestalt derselben ausgesagt wird, macht wohl kaum einen Unterschied! Es ist der alte Mystizismus der spekulativen Konstruktion, der uns nun mit Marx' Worten gereicht wird. Er wird von Backhaus auch unumwunden artikuliert: „Der Wert eines Produkts ist als ein Gedachtes vom Produkt selbst unterschieden. ... Als ein Gedachtes ist der Wert dem Bewußtsein ‚immanent'. In dieser Weise seines Seins wird er jedoch nicht gewußt: er setzt sich dem Bewußtsein als ein Fremdes entgegen." (28)

Angesichts solcher Vorstellung des Werts als eines immateriellen Akteurs seiner eigenen Opposition gegen das Bewußtsein, dem er zugleich ‚immanent' sein soll, wird man wohl sagen dürfen, daß die durch Backhaus und Reichelt theoretisch dominierte erste Runde der Kapitallogik einen deutlich hegelianisierenden Charakter hat. Indes hat man zu beachten, daß dieser Hegelianismus durchaus keine getreuliche Kopie der Philosophie Hegels ist, sondern — ganz im Geiste der Kritischen Theorie — sehr viel Schopenhauer und nicht weniger negative Theologie einschließt. (29)

Gegen die hegelianistische Version der Kapitallogik hat sich um 1972/73 eine sozusagen außerparlamentarische Opposition erhoben (gesetzt, die Philosophie der Frankfurter Schule gelte als Parlament zur Verhandlung über die „logische Struktur" des Marxschen Kapitalbegriffs), die mit dem Gedankending, genannt „Wert" nichts anzufangen weiß. Sie, deren Mitglieder die Betonung der Kollektivität in Gestalt von „Projektgruppen" lieben und daher Beobachtern hinsichtlich ihrer individuellen theoretischen Leistungsfähigkeit nur schwer erkennbar sind, nimmt statt jenes *Dings* vielmehr das *Verhältnis* zum Ausgangspunkt ihrer Wertauffassung. So kreidet die PEM Reichelt an, „daß er den Wertbegriff, das ‚Gedankending' Wert ... nicht selbst als *gesellschaftliches* Verhältnis faßt" (30). Und wie man zum Wert gelangt, sieht die PEM so: „Nur durch Abstraktion von der erscheinenden Preisform konnte die einfache Wertform, das ‚*An sich* des Geldes', gewonnen werden. Dies Zurückgehen auf das einfachste Verhältnis, welches auf der Oberfläche nicht er-

nicht in der Hand sein! Welchen Begriff von der Philosophie sollen beide wohl gewinnen?

27 H. Reichelt, a.a.O., S. 149.

28 H.-G. Backhaus, a.a.O., S. 135-136.

29 Man hat hier z.B. zu beachten, daß Hegel das *Gattungs*bewußtsein, Backhaus aber im Sinne des Konzepts der Frankfurter Schule durchaus das *Individual*bewußtsein im Blickfeld hat. Während für Hegel das Individuum nichts als ein Mittel der Evolution der Gattung ist, beargwöhnt die Kritische Theorie alle Erscheinungsformen der Gattung im Namen des bürgerlichen Individuums. Dies müssen insbesondere diejenigen in Rechnung stellen, die den Hegelianismus der Frankfurter Schule für bare Münze nehmen, in ihm also eine getreue Kopie der echten Hegelschen Philosophie zu sehen meinen.

30 Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems (PEM): Das Kapitel vom Geld, Berlin (West) 1973, S. 200-201.

scheint, machte es möglich, das Geldrätsel zu entschleiern." (31)

Wie man sieht, ist das, was in der hegelianistischen Version der Kapitallogik eine — wenn auch verkehrte — Erscheinung des Werts sein soll, nun das Gegenteil geworden, nämlich etwas, das nicht erscheint — zwar wieder der Wert, doch nun als Verhältnis in Gestalt der einfachen Wertform. Man sieht also auch, worin sich die Opposition mit der hegelianistischen Version einig ist: der Wert als solcher erscheint nicht! Oder: das Wesen, sei es nun Ding, sei es Verhältnis, tritt unmittelbar nicht in Erscheinung, ist an sich nicht sinnlich-gegenständlich.

Abgesehen von dieser fundierenden Position der Kapitallogik, auf die wir noch zu sprechen kommen, muß man der Opposition gegen ihre hegelianistische Existenzform bescheinigen, daß die Auffassung des Werts als gesellschaftliches Verhältnis natürlich zutreffend ist. Aber diese Sicht schließt den Wert als Ding (als mit sich selbst identisches Abstraktum) gar nicht aus! Und des weiteren ist durchaus unklar, wie man „durch Abstraktion" von der Preisform zur einfachen Wertform gelangen soll: Ist etwa die Preisform „a Ware A = x Gold" gegeben, so führt die „verständige Abstraktion" (32) zum identischen Preis, der in beiden Gegenständen vorgestellt wird. Und alle Abstraktion ist niemals etwas anderes als ein solcher Übergang. (33) Sie sagt uns nicht, was der Preis (oder der Wert oder die Länge oder die Dauer etc.) sei, sondern setzt ihn als Art der unterstellten Gleichheit voraus, um ihn sodann als Invariante zu konstatieren, die beim Übergang von „a Ware A" zu „x Gold" unverändert erhalten bleibt. Wenn also die PEM von der Preis- zur Wertform „durch Abstraktion" gelangen will, so muß sie ihrem Publikum schon methodologisch auseinandersetzen, was zu tun sei, soll abstrahiert werden.

Wie wenig die PEM über die Natur der Abstraktion mit sich im reinen ist, zeigt auch ihre Feststellung: „Die Ware als Konkretum aufzufassen, heißt nur, daß sie selbst noch ein Ganzes ist, Einheit verschiedener Bestimmungen. Sie ist dennoch ein ganz einfaches Verhältnis, ... Die einzelne Ware erscheint da-

31 Ebenda, S. 36. Auf S. 119 erklärt die PEM erneut: „Nur durch die Abstraktion vom erscheinenden Verhältnis, der Preisform, kann zu den einfachen Verhältnissen vorgedrungen werden, die als solche nicht erscheinen." Mit solcher Vorstellung von „nicht erscheinenden Verhältnissen" ersetzt die PEM die Annahme von nicht erscheinenden Gedankendingen, ohne die grundsätzliche Konzeption eines nicht erscheinenden Wesens aufzugeben, die also für die Kapitallogik schlechthin charakteristisch ist. Dagegen muß gesagt werden: Was wirklich ist, erscheint auch; ein nicht erscheinendes Wesen ist ein Unwesen!

32 „Verständige Abstraktion" nennt Marx das Produkt eines Vorgehens wie dies Vorgehen selbst, das „wirklich das Gemeinsame hervorhebt, fixiert und uns daher die Wiederholung erspart", womit das Abstrakt-Allgemeine „das durch Vergleichung herausgesonderte Gemeinsame" ist (MEW, Bd. 13, S. 617). Das Abstrakt-Allgemeine ist also *nicht* das originäre Allgemeine, sondern es unter Bedingung seiner Heraussonderung, also das *gesonderte* Allgemeine! Indem Marx' Beschreibung mit der Abstraktionsauffassung der modernen allgemeinen Methodologie ausgezeichnet übereinstimmt, so können wir seinen Terminus „verständige Abstraktion" bestens verwenden.
Zu beachten ist in der Marxschen Verwendung des Terminus „Abstraktion", daß sie im kontextuellen Zusammenhang oft auch – in der Tradition Feuerbachs – durch die Verwendung des Terminus „Denkbestimmung" (Hegel) ersetzt werden kann. Denkbestimmungen, insbesondere dialektische Kategorien, sind aber unter keinen Umständen Produkte der verständigen Abstraktion, daher keine Abstraktionen in diesem Sinne. Die Verwechslung von „Abstraktion" (im Sinne der verständigen Abstraktion) und „Denkbestimmung" ist unheilvoll für die methodisch saubere Klärung der Besonderheit der Dialektik.

33 Vgl. dazu: P. Ruben: „Wissenschaft als allgemeine Arbeit", a.a.O., S. 33.

her dem gemeinen Verstand zugleich als Abstraktum. Dieses Abstraktum als solches rein zu fixieren, bedurfte es anderthalbhundertjähriger Arbeit, ..." (34) Das besagt: Was ein Ganzes, Einheit verschiedener Bestimmungen, ist, ist auch ein Konkretum. Was ein ganz einfaches Verhältnis ist, ist auch ein Abstraktum. Und: die Ware ist beides!

Es ist nicht zu bestreiten, daß diese generellen Vorstellungen über die Natur des Konkreten und des Abstrakten gängig sind. Es ist aber entschieden zu bestreiten, daß sie methodologisch korrekte Bestimmungen bilden. Sicher ist ein Konkretum immer ein Ganzes und eine Einheit verschiedener Bestimmungen; aber dies ist *nicht* seine wesentliche Bestimmtheit (man prüfe z. B. die ganze Zahl 10 auf ihre Ganzheit wie auf die Mannigfaltigkeit ihrer Bestimmungen!). Wesentlich ist das Konkretum vielmehr der *Widerspruch* im Sinne der Dialektik, d. h. Einheit konkreter Gegensätze, d. h. Einheit von Gegenständlichkeit (Ding) und Verhalten (Verhältnis). Sicher ist ein Abstraktum immer etwas „ganz Einfaches"; aber dies ist *nicht* seine wesentliche Bestimmheit. Wesentlich ist das Abstraktum vielmehr der *aufgehobene* Widerspruch, d. h. das Produkt der Reduktion des Widerspruchs auf die Einheit seiner Gegensätze, worin das Einzelne das Allgemeine repräsentiert und das Allgemeine das Einzelne subsumiert.

Daß nun gar die Ware sowohl Konkretum wie Abstraktum sein soll, heißt, falls die Termini „Konkretum" und „Abstraktum" nicht dasselbe bedeuten, eine Kontradiktion zu formulieren, also den Bereich wissenschaftlichen Räsonnements zu verlassen. Die PEM steht daher vor der Alternative, entweder das Konkrete mit dem Abstrakten zu identifizieren (zu verwechseln) oder die Ware als leeres Objekt, als das Nichts ihrer Argumentation anzunehmen. In beiden Fällen liefert sie natürlich keine „Rekonstruktion" des wissenschaftlichen Sozialismus bzw. der Kritik der politischen Ökonomie.

Was sie wirklich liefert, ist in der Tat die Negativwertung der hegelianistischen Kapitallogik und positiv die, wie man sagen kann, systemtheoretische Variante derselben. Was Althusser auf französisch gegen Sartre konstituiert, das etabliert die PEM auf deutsch gegen die ökonomisierenden Nachkommen der klassischen Frankfurter Schule! Der Wert als „Verhältnis" ist ihr nur das Vehikel, Dialektik als Systemtheorie zu „rekonstruieren". Konsequent in diesem Sinne behauptet denn auch die PKA, die mit der PEM — mengentheoretisch gesprochen — einen gemeinsamen Durchschnitt hat, es sei „das alte Mißverständnis, daß die Wertformanalyse möglich geworden sei durch Nachvollzug der historischen Entwicklung vom unmittelbaren Produktenaustausch bis hin zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Geld an eine bestimmte Warenart befestigt hat ..." (35) Dies „alte Mißverständnis" liegt ebensowohl der Dialektik Hegels wie der materialistischen zugrunde. Denn Dialektik ist ja nichts anderes als „Logik" der Geschichte (der Natur sowohl die der Menschen und ihres Erkennens). Wenn man freilich, wie J. Bischoff unmißverständlich annimmt, die Dialektik als „Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang" (36) deutet und sie oben-

34 PEM: Der 4. Band des „Kapital"? Kommentar zu den „Theorien über den Mehrwert", Berlin (West) 1975, S. 658.

35 Projekt Klassenanalyse (PKA): „Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital'. Über ‚die arbeitende Klasse und ihre Freunde'" (Rez. zu W.F. Haug: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", Köln 1974), in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 6/1976, S. 14.

36 J. Bischoff: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Über wissenschaftliche Dialektik, Berlin (West) 1973, S. 27-134. Bischoff beruft sich – wie viele andere – in diesem Zusammenhang auf das bekannte Engels-Zitat, übersieht aber, daß der Terminus „Ge-

drein — übrigens wieder in Übereinstimmung mit der hegelianistischen Kapitallogik (37) — „in der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" begründet sein läßt (statt schlechthin in der Naturgeschichte), so ist a priori der genetisch-historische Zugriff verschlossen, der systemtheoretische allein übrig.

Über die weitere Entwicklung der Kapitallogik ist festzustellen, daß ein wesentlich neuer methodologischer Gesichtspunkt, jedenfalls nach Auffassung des Autors, bislang nicht aufgetreten ist. W. F. Haug, der lieber von einer „kritischen Kapital-Theorie" statt von „Kapitallogik" spricht (38), teilt mit dieser die Vorstellung, daß der Wert das „zunächst nicht Erscheinende", das „an sich Unausdrückliche" (39) sei. Mit ihr teilt er die Unklarheit über den Zusammenhang des Konkreten mit dem Abstrakten und daher die Annahme vom äußeren Gegensatz zwischen der konkreten und der abstrakten Arbeit (40). Will man

samtzusammenhang" bei Engels keineswegs eine analytisch bestimmte Gesamtheit von vielen Eigenschaften meint, sondern die dialektisch bestimmte Einheit des Konkreten, also den *Widerspruch*! Wir haben es hier mit einem typischen Fehler der Interpretation zu tun: Wenn Engels die Dialektik deskriptiv als Wissen des „Gesamtzusammenhangs" angibt, wenn Marx das Konkrete als „Mannigfaltigkeit" ausdrückt, so finden sich stets Interpreten, die diese Wörter als Zeichen für verständige (analytische) Kategorien fassen, also genau ihren vernünftigen (dialektischen) Sinn verfehlen. Der „Gesamtzusammenhang" wird dann als Relationsmenge, die „Mannigfaltigkeit" als Menge im Cantorschen Sinne verstanden – zumeist natürlich nicht in dieser Präzision. Es versteht sich, daß auf diese Weise die Dialektik in irgendeine Art von Systemtheorie verwandelt wird.

37 Reichelt (a.a.O., S. 81) unterstellt Marx, „daß er unter der dialektischen Methode nicht eine Verfahrensweise von überzeitlicher Geltung verstand, sondern weit mehr eine Methode, die so gut oder so schlecht ist, wie die Gesellschaft, der sie entspricht. Geltung hat sie nur dort, wo sich ein Allgemeines auf Kosten des Individuellen durchsetzt. Als idealistische Dialektik ist sie die philosophische Verdopplung der realen Verkehrung; als materialistische Dialektik Methode auf Widerruf, die mit den Bedingungen ihrer Existenz verschwinden wird." Dies ist natürlich eine esoterische Weise, die objektive Naturdialektik zu leugnen: „Nur die politische Ökonomie ist überhaupt Gegenstand der dialektischen Darstellung, ..." (ebenda).

38 W.F. Haug: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 2. Aufl., Köln 1976, S. 29 (1. Aufl.: S. 20).

39 Ebenda, S. 131 (1. Aufl.: S. 129).

40 Haug sieht die „gleiche, abstrakt-menschliche Arbeit" als Gegenbestimmung zur „konkret-nützlichen Arbeit" (a.a.O., S. 106; 1. Aufl.: S. 102). Richtig ist jedoch, daß die abstrakt-menschliche Arbeit zunächst Eigenschaft jeder konkret-nützlichen Arbeit ist: Die Schneiderarbeit ist – Arbeit; die Tischlerarbeit ist – Arbeit etc.; die Art enthält ihre Gattung! Erst mit dem praktischen Ausschluß der Gattung über die Vernichtung des Gemeineigentums durch Erzeugung des Privateigentums wird das Verhältnis des Konkreten zum Abstrakten so verkehrt, daß nunmehr die besondere Arbeitsart erst als Arbeit gilt, wenn sie als Repräsentantin von abstrakter Arbeit erwiesen ist (über den Privataustausch). Sie ist dann auch nicht mehr konkret, sondern das unter sein Abstraktum subsumierte Einzelne!
Haug bemerkt übrigens sehr gut, daß das Problem des Zusammenhangs der konkreten mit der abstrakten Arbeit die Gretchenfrage an die Kapitallogik ist. Er schließt daher seiner Darstellung einen „Exkurs über ... die Schwierigkeit, einen Widerspruch auszuhalten" (a.a.O., S. 115-120) an. Doch dieser Exkurs *erkennt* nicht den Widerspruch (wie seine Verkehrung durch die Dominanz des Privateigentums), sondern postuliert allein seine *An*erkennung. Denn genau die Forderung, „konkret nützliche und abstrakt menschliche Arbeit nicht undialektisch auseinander(zu)dividieren" (S. 120), ist nicht erfüllt, wenn man beide Bestimmungen als „Gegenbegriffe" für einen äußeren Gegensatz einführt.

wissen, was Haug im Wert sieht, so stößt man auf Formulierungen wie: „Was heißt es denn zu sagen: Arbeit ist wertbildend? Doch dies, daß beim Arbeiten Wert gebildet wird, ..." (41) Solche Tautologien sind wenig ermunternd. Liest man, „daß das, was in Form des Tauschwerts ... erscheint, nichts anderes ‚ist' als ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis" (42), so meint man, die systemtheoretische Kapitallogik vorgestellt zu erhalten. Liest man dagegen: „Wert ist vergangene und vergegenständlichte Arbeit" bzw. „der gebildete Wert" ist „tote Arbeit, vergangene, dem Produkt ankristallisierte Arbeit" (43), so erfährt man die Dinglichkeit des Werts, also die Nähe der hegelianistischen Kapitallogik. Offensichtlich will Haug wohl beide Extreme vermitteln. Indem er dies unter Einsatz bemerkenswerter logischer „Kinderspiele", auf die wir noch zu sprechen kommen, zu realisieren versucht, gelingt ihm nur eine pädagogisch vielleicht geschickte, methodologisch aber kaum genießbare Repräsentation eines gewissen Anfangsverständnisses des „Kapital". Angesichts der praktischen Verbreitung solchen Wissens ist der kommerzielle Erfolg wohl begreiflich.

Das Autorenkollektiv von „Krise und Kapitalismus bei Marx" (44) betont die Notwendigkeit methodologischer Untersuchungen, wendet sich mit Bezug auf sie vordergründig vom bisherigen Gang der Debatte ab, um dennoch nachdrücklich in dem von ihr realisierten Problemgeflecht zu verharren. Wie die hegelianistische Kapitallogik greift das Kollektiv auf Hegel zurück. Aber entgegen dieser realisiert sie ein durchaus naives Verhältnis zur philosophischen Tradition: „Der rationelle Kern der Hegelschen Theorie ist nach Ansicht der Verfasser die Entwicklung einer ‚neuen Begriff(s)wissenschaftlichen Behandlung' ". (45) Jeder Kenner der Philosophiegeschichte wird wohl zugeben, daß Hegel 1. die Philosophie wissenschaftlich (methodisch) bestimmt machen und 2. zwar die anderen Wissenschaften durchaus der Philosophie subsumieren, aber keineswegs das „endliche Erkennen" als vor- oder außerwissenschaftlich qualifizieren wollte. Neben der Naturphilosophie akzeptierte er die Physik als *eigene* Weise der denkenden Erkenntnis der Natur! Wenn nun gar das Autorenkollektiv behauptet: „ ... Erfahrung ... ist ein Wissen des Besonderen (Einzelnen)" (46), und „daß Aussagen über das Wesen nicht *unmittelbar* an der erfahrbaren Wirklichkeit überprüft werden können" (47), so ist klar: 1. ist Hegel durchaus mißdeutet; 2. ist die Grundposition der Kapitallogik eingenommen, wonach das Wesen jenseits der Erscheinung hockt. Bestätigt wird die letztere Feststellung, wenn man erneut die These von der „Entzweiung der Arbeit in konkrete und abstrakte Arbeit" (48) liest und mitgeteilt bekommt, daß die „Verdoppelung der Wertform ... in relative Wertform und Äquivalentform ... nur die Weise fürs Denken, ... , nicht ihre reale Beziehung" (49) sei. Abgesehen davon, daß

41 A.a.O., S. 102 (1. Aufl.: S. 98).

42 Ebenda, S. 28 (1. Aufl.: S. 20).

43 Ebenda, S. 102 (1. Aufl.: S. 99).

44 V.-M. Bader/J. Berger/H. Ganssmann/Th. Hagelstange/B. Hoffmann/M. Krätke/B. Krais/L. Kürschner/R. Strehl: Krise und Kapitalismus bei Marx, Bd. I u. II, Frankfurt/M. 1975.

45 Ebenda, S. 32.

46 Ebenda, S. 39.

47 Ebenda, S. 50.

48 Ebenda, S. 136.

49 Ebenda, S. 132. Man kann dem Autorenkollektiv bescheinigen, daß es im weiteren Verlauf seiner krisentheoretischen Erörterungen die eingangs der Darstellung entwickelten methodologischen Grundsätze nicht so sehr ernst nimmt, was sich erfreulich auswirkt.

sich die Wertform natürlich nicht verdoppelt, sondern in der relativen Wertform und der Äquivalentform ihre Glieder hat, ist mit solcher Behauptung der objektiven Dialektik der Boden entzogen.

1.2 Über Wesen und Erscheinung der Kapitallogik

Betrachtet man die angedeutete Kontroverse zwischen der hegelianistischen und der systemtheoretischen Kapitallogik, so wird man finden, daß es wesentlich um die Alternative geht, den Wert als *Ding* oder als *Verhältnis* zu fassen. Ist der Wert ein „Gedankending", ein ideelles Subjekt, das „*schon in gewisser Weise als regulierendes Subjekt* hinter dem Rücken der Beteiligten wirken kann" (50), oder aber ist der Wert ein gesellschaftliches Verhältnis, eine „Formbestimmtheit des gesellschaftlichen Stoffwechsels" (51), das sich bzw. die sich „stofflich materialisieren" muß?

Um diese Alternative als Ausdruck nicht aufgehobener Metaphysik zu bestimmen und eben dadurch aufzulösen, müssen wir auf die moderne Abstraktionslehre zu sprechen kommen: Wer ein wenig die Grundlagen des klassischen mathematischen Denkens kennt (hier speziell den Inhalt des sogenannten Hauptsatzes über Äquivalenzrelationen), wird wahrnehmen können, daß der Gegensatz zwischen der hegelianistischen und der systemtheoretischen Kapitallogik eine Erscheinungsweise des subjektiv unverstandenen Abstraktionsprinzips für die Wertgleichheit im Bereich der Waren ist: Hat man eine Äquivalenz (also eine binäre Relation mit den Eigenschaften der Selbst- und der Drittengleichheit) in einer vorgegebenen Menge, so darf man auf die Identität der Teilklassen schließen, zu denen die äquivalenten Elemente der Menge gehören. Hat man umgekehrt eine erschöpfende Klassifikation einer Menge in paarweise disjunkte Teilklassen, so darf man auf die Äquivalenz der Elemente ein und derselben Teilklasse (auch Äquivalenz- oder Abstraktionsklasse genannt) schließen. Äquivalenz der Elemente (d.i. das Verhältnis!) und Identität der Äquivalenzklasse (d.i. das Ding!) bedingen also einander wechselseitig: Hat man das fragliche Verhältnis, so hat man auch das entsprechende Ding, d. h. das zugehörige Abstraktum; hat man umgekehrt ein solches Abstraktum (eine — wie man sagt — *Zerlegung* einer Grundmenge), so hat man auch die entsprechenden Verhältnisse unter den Vertretern des Abstraktums! Und keineswegs ist das eine eine „verkehrte Gestalt" des anderen.

Da nun der ökonomische Wert in der Tat nichts anderes ist als ein Exemplar für solche Abstrakta (52), so ist offenbar der Streit zwischen den hegelianistischen und den systemtheoretischen Kapitallogikern der Streit darum, ob man von einer Abstraktionsklasse auf die Äquivalenz ihrer Elemente übergehen kann (hegelianistische Version), oder aber ob man von der Äquivalenz auf den Gebrauch eines ihrer Glieder als Zeichen des Abstraktums übergehen kann (systemtheoretische Version)! Es ist also ein Streit um eine Priorität, die in der klassischen Grundlagenforschung genau dadurch als *nicht* bestehend festgestellt ist, daß beide, das Verhältnis wie das Ding, einander bedingen, was durch die Gültigkeit des entsprechenden Bikonditials ausgedrückt wird. Demnach entsteht die hegelianistische Kapitallogik systematisch, indem die Klassenidentität als an sich gegeben gesetzt wird, um von ihr auf die Äquivalenz zu schließen, während die systemtheoretische Kapitallogik entsteht, indem die Warenäquivalenz als sogenanntes „Ausgangsabstraktum" (schreckliches Wort!) an sich vorgegeben wird, um sodann die entsprechende Klasse durch einen Repräsentanten „stofflich materialisiert" vorzustellen. Die Kapitallogik bewegt sich damit insgesamt im Reiche der Abstraktion, gegen das sie subjektiv so vernehmlich rebelliert. Sie isoliert nur beide Seiten des Abstraktionsprinzips für die Wertgleichheit der Waren gegeneinander, um die jeweils andere Seite als „verkehrte Erscheinung" der eigenen zu behaupten.

Ich halte diesen Umstand für den methodologischen Kernpunkt der Kapitallogik und meine, daß er den beteiligten Akteuren deshalb nicht begrifflich bewußt wird, weil sie durchweg (a) die moderne formale Logik ignorieren, (b) die Naturwissenschaft philosophisch mißverstehen bzw. kein positives Verhältnis zu ihr erarbeiten, (c) bewußtlos den spätbürgerlichen Standpunkt in der Frage nach der Objektivität der Gesellschaftlichkeit (der Gattung als solcher) einnehmen.

Ehe diese Feststellungen begründet werden, sei noch erklärt: Ist unsere Analyse der Kapitallogik richtig, so ist sie begrifflich bestimmt als *metaphysische* Deutung der Wertform. Da nämlich alle Metaphysik (im Sinne des Leninschen Begriffs) genau dadurch entsteht, daß dialektische Gegensätze gegeneinander veräußerlicht gedacht werden (auf der wirklichen Basis ihre Veräußerlichung durch das Privateigentum), also an sich als abstrakte Gegensätze gelten, so ist die kapitallogische Entgegensetzung von Wertwesen und Werterscheinung gerade ein Exempel eben der Metaphysik. Unsere obige Behauptung, daß die Kapitallogik eine „eigentümliche" Deutung der Wertform sei, ist daher mit der Feststellung, daß diese Eigentümlichkeit gerade die Metaphysik ist, auf eine Definition des Wesens der Kapitallogik gebracht. Sie ist damit *dasselbe* wie die metaphysische Interpretation der Wertform!

Die Kapitallogik ist metaphysisch, weil sie abstrakte Bestimmungen für konkrete nimmt: das Wertding soll wirken, sich z. B. dem Bewußtsein entgegensetzen; das Wertverhältnis soll sich stofflich materialisieren (wie weiland Gott-Vater in Gott-Sohn)! Die Kapitallogik ist metaphysisch, weil sie konkrete Bestimmungen als abstrakte unterstellt: die Produkte sollen deshalb konkret sein, weil sie individuell und voneinander verschieden sind! Sie ist also metaphysisch, weil sie nicht die Abstraktion beherrscht, sondern von ihr beherrscht wird — so sehr im übrigen der Protest gegen die Herrschaft der Abstraktion die leidenschaftliche Triebkraft der Kapitallogik sein mag.

Über die Erscheinung des Wesens der Kapitallogik haben wir bereits in der kurzen Skizze ihrer Genesis ausführlicher gesprochen und können daher zusammenfassen: Die Kapitallogik erscheint in der zerrissenen Gestalt polarer Gegensätze (die keineswegs dialektische sind) einerseits der hegelianistischen, andererseits der systemtheoretischen Version, in denen die abstrakte Identität gegen die abstrakte Gleichheit (das Ding gegen sein bedingendes Verhältnis) gekehrt wird und umgekehrt. Sie liefert das immerhin verblüffende Phä-

50 R.W. Müller: Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike. Frankfurt/M.-New York 1977, S. 109.

51 PEM: Das Kapital vom Geld, a.a.O., S. 201.

52 Es sei an dieser Stelle bemerkt, daß die Erkenntnis der Natur des Marxschen Wertbegriffs, durch Abstraktion definiert zu sein, zum ersten Male von S.A. Janowskaja 1936 in der Arbeit „Über die sogenannten ‚Definitionen durch Abstraktion'" (russ.) formuliert worden ist. Eine deutsche Übersetzung dieser bemerkenswerten Darstellung liegt leider nicht vor. Man kann aber nachlesen bei: G.I. Ruzavin: Die Natur der mathematischen Erkenntnis, dt. Übers. v. G. Rieske, Berlin (DDR) 1977, S. 31-33. Hier berichtet Ruzavin über die Feststellungen der Janowskaja. Überdies ist seine Arbeit zu empfehlen, wenn Philosophen ohne besondere mathematische Vorbildung die philosophischen Grundlagen der Mathematik kennenlernen wollen. Und sie sollten dies zumindest tun, wenn sie sich auf die Werttheorie einlassen.

nomen einer metaphysischen Vorstellung der sprachlichen Ausdrucksmittel der Dialektik der Wertform selbst und beweist darin empirisch, daß man und wie man die Dialektik durch Isolation und entfremdeten Gebrauch ihrer eigenen Darstellungsmittel totschlagen kann. Solches Unternehmen als „Rekonstruktion" des wissenschaftlichen Sozialismus oder der Kritik der politischen Ökonomie auszugeben, ist — gelinde gesagt — eine wahre Selbstverblendung.

2. Unhaltbare Positionen der Kapitallogik

Wir wollen nun die oben behaupteten Schranken der kapitallogischen Argumentation detaillierter diskutieren, also ihr Verhältnis zur Logik, zur Naturwissenschaft und zur Objektivität der Gesellschaftlichkeit betrachten.

2.1 Kapitallogik und Logik

Wer den Terminus „Kapitallogik" verwendet, bezeichnet instinktiv eine *Art* der Logik, bezieht sich also auf diese als unterstellte *Gattung*, in der die bezeichnete Art ihre Besonderheit gegen andere Logikarten geltend machen soll. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Doch ist zu fordern, daß über die Natur eben der unterstellten Gattung eine halbwegs akzeptable Vorstellung besteht. Untersucht man aber die impliziten wie expliziten Auffassungen der Kapitallogiker von der Logik, so ist solche Vorstellung wirklich nicht zu finden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätten sich die Marx-Interpreten verschworen, den „umfangslogischen Status der Kritik der politischen Ökonomie" (H.-J. Schanz) jenseits von Aristoteles und Frege unverdrossen neu zu erfinden. Vielfach wird das Wort „Logik" im Sinne Hegels verwendet, gemäß dem es durch „Dialektik" ersetzt werden müßte — aber keineswegs mit dem romantischen Anspruch, eine „höhere Logik" als die formale zu bezeichnen (das Bedürfnis nach einem „Höheren" ist überhaupt ein romantisches Empfinden). Selten wird wirklich zum Zusammenhang der „Logik des Kapitals" mit der gewöhnlichen Logik Stellung genommen. Wenn das geschieht, so sieht es wie folgt aus.

In seiner Darstellung bemerkt W. F. Haug richtig den Zusammenhang der Wertform mit ihrer sprachlichen Wiedergabe und kommt daher in seiner VI. Vorlesung auf die Natur sprachlicher Ausdrücke zu reden: „Eine ‚Aussage' oder ein ‚Urteil' ist, wenn ich von einer Sache ... eine Eigenschaft ... aussage." Der Leser bemerkt wohl die intellektuelle List des Ausdrucks „eine Aussage ist, wenn ich ... aussage"! Es heißt dann weiter: „Etwa: ‚A ist B'. ‚A' kann traditionell ‚Subjekt' genannt werden, ‚B' dagegen ‚Prädikat'. ... Das ‚ist' behauptet den Zusammenhang des Prädikats mit dem Subjekt, heißt daher traditionell ‚copula' ... Als Aussage ist das Ganze, ‚Subjekt ist Prädikat' (S ist P), ein ‚Satz'." (53) Was ist die Aussage nun? Das, was man von einer Sache aussagt? Dann ist sie die Bedeutung des Satzglieds „ist P", wobei die Sache durch das Subjekt bezeichnet wird und keine Aussage darstellt! Ist die Aussage aber der Satz, wozu unterscheiden wir dann zwischen „Satz" und „Aussage"? Ist weiter „Prädikat" nur ein Fremdwort für „Aussage" und folglich „P" gar nicht das Prädikat, sondern, wie man in jeder deutschen Grammatik nachlesen kann, die Prädikat*ergänzung*, das Prädikativum? Aber wir wollen es nicht so genau nehmen und festhalten: Haug artikuliert hier in der Tat die Tradition — und zwar die Kants. (54) Es hätte seiner Darstellung sehr genützt, wenn er über

53 W.F. Haug: Vorlesungen ..., S. 93.

54 Vgl.: P. Ruben: „Prädikationstheorie und Widerspruchsproblem", in: Wiss.Z.d.HU zu Berlin. Ges.-Sprachw. R. XXV (1976)1, 53-63.

Kant hinaus die weitere Tradition von Schelling und Hegel (die sehr anderes vom „Urteil" zu vermitteln wissen) sowie schließlich von Frege verfolgt hätte, der das Satzglied „ist P" (das eigentliche Prädikat!) als Funktionszeichen gedeutet hat.

Dies tat Haug leider nicht, sondern „reduzierte" sein Verständnis nun gar des Syllogismus „wirklich auf ein Kinderspiel. Unmittelbar sind A und B ungleich, A ≠ B (55). Wenn aber A gleich C, ..., und B gleich C, ..., dann gilt der Schluß: A gleich B. Wenn A gleich C, B gleich C, dann A gleich B." (56) Wer das liest, muß zugeben: Haug hat nicht den Syllogismus als Kinderspiel nachgewiesen, sondern ein Kinderspiel mit dem Syllogismus betrieben! Die Philosophen können sich beruhigen: Aristoteles war kein Kindskopf und Produzent solchen Köpfen angemessener Spiele. Vielmehr machen seine Produkte, oh philosophia perennis, noch den Köpfen der Gegenwart erhebliche Beschwerden.

1. nämlich treten Ausdrücke der Form „A = B" in der aristotelischen Syllogistik überhaupt nicht auf. Diese beschreibt nicht Eigenschaften der Äquivalenzrelationen, sondern der Relation des, wie Aristoteles sagt, *Zukommens*. Ihre Ausdrücke haben die Formen „allen A kommt das B zu" und „einigen A kommt das B zu" — einschließlich der zugehörigen Negationen. 2. ist die Ersetzung der Satzform „S ist P" durch das Exempel „A gleich B" völlig irreführend: „ist' kann nicht durch „gleich" ohne Bedeutungsänderung ausgetauscht werden. 3. schließlich „ist" der Höhepunkt des „Kinderspiels" die frohgemute Konstituierung eines logischen Widerspruchs: Unmittelbar soll „A ≠ B" gelten und umgehend „A = B". Mithin soll also „A ≠ B und A = B" gelten (nach der Regel der Konjunktionseinführung), d. h. ein logischer Widerspruch! Da letzterer logisch genau nicht gelten kann, also die logische Falschheit vertritt, so schließt Haugs Spiel die Absurdität ein, daß der logische Wert des Falschen mit dem logischen Wert des Wahren identisch sein soll. Es versteht sich, daß solche „Logik" der Kapitallogik ungenießbar ist.

Brinkmann notiert zutreffend, daß „der Zusammenhang von Wertform und logischer Form bisher ... so gut wie überhaupt noch nicht diskutiert worden ist" (57). Indem er diesen Mangel zu beseitigen trachtet, bietet er eine „Analogisierung" von „alle A sind B, ein C ist A, also ist ein C auch B" mit „a = b, c = b, also a = c" an. (58) Die Drittengleichheit der Äquivalenz = (x, y) nennt er dann „die Wertform, wie sie sich dem bornierten Bewußtsein darstellt". So müssen sich Mathematiker, Physiker und alle, die die Mathematisierung empirischer Erkenntnisse betreiben, als Träger „bornierten Bewußtseins" verstehen — eine Zumutung, die im umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung jener „Analogisierung" steht, die Brinkmann entdeckt hat.

Sie hat offenbar den Grund, daß Brinkmann meint, es könnten „zwei Größen zueinander logisch in ein Bedingungsverhältnis gebracht werden" (59). Da nun aber Größen keine logischen, sondern empirische Objekte sind (logische Objekte sind Urteile), so kann zwischen ihnen auch kein logisches Verhältnis bestehen noch erzeugt werden. Sie können nur geordnete Paare bilden, die als

55 Ich nehme an, daß an dieser Stelle ein Druckfehler in der 2. Aufl. vorhanden ist, der in der 1. nicht vorhanden war. Es heißt nämlich: „Unmittelbar sind A und B ungleich, A = B." Sollte dies kein Druckfehler sein, so wäre es schon der logische Widerspruchsausdruck.

56 Ebenda.

57 H. Brinkmann: Die Ware. Zu Fragen der Logik und Methode im ‚Kapital', Gießen 1975, S. 101.

58 Ebenda, S. 105.

59 Ebenda, S. 179.

Elemente von Mengen auftreten, die man „Relationen" oder „Funktionen" (d.s. eindeutige Relationen) nennt. Funktions*ausdrücke* (etwa: y = f(x)) können natürlich logische Gegenstände sein.

Diese Feststellung ist wichtig auch in bezug auf die Wertformanalyse: Der sprachliche Ausdruck der einfachen Wertform, „a = b", ist ein einfacher Satz und also solcher ein elementares logisches Objekt. Die Satzanalyse liefert mit den Satzgliedern daher *keine* weiteren etwa noch elementareren logischen Objekte! Sie führt vielmehr aus dem Bereich der formalen Logik hinaus auf das genuin dialektische Problem des Form*inhalts*. Zwar ist es Tatsache, daß in der modernen formalen Logik von der sogenannten „Prädikatenlogik" gesprochen wird unter der Annahme, ihr läge eine „logische" Analyse der elementaren Sätze zugrunde. Tatsächlich aber ist, jedenfalls nach Auffassung des Autors, die Logik mit der Untersuchung der Gesetze des Gebrauchs der sog. Aussagenjunktoren und Quantoren erschöpft. Was in der „Prädikatenlogik" höherer Stufen wirklich gemacht wird, ist Mathematik! Schon die sogenannte „Logik der Gleichheit" ist eine mathematische Theorie, die den für die Mathematik fundamentalen Gleichheitsbegriff bestimmt.

Der schwer zu durchschauende Schein, nach dem die Satzanalyse „logischen" Charakter gewinnt, kommt durch den in der Mathematik entwickelten Variablengebrauch zustande, wenn er auf die Analyse von Sätzen übertragen wird. Man geht fröhlichen Mutes z. B. von „Luise liebt" zu „liebt (x)" über in der Meinung, im Sprachprodukt „liebt (x)" noch immer einen sinnvollen Ausdruck zu besitzen. Und zur Rechtfertigung dieser Meinung wird allein auf den mathematischen Sprachgebrauch verwiesen, von dem doch aber klar ist, daß er sich auf sehr spezielle Objekte bezieht, nämlich auf Abstrakta sowie die Verknüpfungen ihrer Vertreter und nichts sonst (auf Werte!). Die Konzeption der Prädikatenlogik, wenn sie auf die Umgangssprache angewandt wird (und damit den logischen Schein der Satzglieder erzeugt), zwingt dieser das Aussehen einer Sprache der mathesis universalis auf, die in der Philosophiegeschichte bereits erprobt und zu leicht befunden wurde. Daher steht das Problem zur Debatte, wie diese Konzeption vom Standpunkt der materialistischen Dialektik zu beurteilen sei. Wenn die Kapitallogik das Problem lösen würde, schüfe sie auch Klarheit über ihr eigenes Verhältnis zur Logik.

2.2 Kapitallogik und Naturwissenschaft

In der Regel kontinuieren die Kapitallogiker die noble Ignoranz der Frankfurter Schule gegenüber der Naturwissenschaft. Und wenn sie über diese sprechen, so erscheint durchweg dieselbe mangelhafte Vorstellungsweise wie im Falle ihres Verhältnisses zur Logik. Brinkmann z. B. konstatiert, daß „in den Naturwissenschaften ein Gegenstand letztlich reduziert wird auf seine Raum- und Zeitkoordinaten" (60). Es ist schwer erkennbar, wo solche „Reduktion" ausgeführt werden soll. Sicher ist jedenfalls: Wer mit Raum- und Zeitkoordinaten operiert, betreibt Kinematik, d. h. abstrakte Bewegungslehre. *Gegenstände* kommen darin nur insoweit vor, als sie zur sinnlichen Markierung von Lagen (die keine Gegenstände sind!) verwendet werden. Was wirklich vorkommt, sind Bewegungsarten, z. B. die gleichförmige Bewegung (mit konstanter Geschwindigkeit), die beschleunigte Bewegung (mit konstanter Geschwindigkeitsänderung), der Ruck (mit Änderung der Geschwindigkeitsänderung). Das erste Auftreten der Natur*gegenstände* in der Physik erfolgt vermittels ihrer Darstellung als Träger von Masse. Sie aber wird unabhängig von den Raum- und Zeitkoordinaten fixiert, stellt eine aus Raum und Zeit nicht ableitbare Größenart dar. Demnach ist Brinkmanns Behauptung über die Naturwissenschaft schlicht falsch. Man kann sich daher gut denken, was davon zu halten ist, wenn er Marx die Andeutung unterstellt, „daß eine Reduktion der Methode der Politischen Ökonomie auf die Methoden der mathematischen Naturwissenschaften ... bedenklich ist" (61). Dies Marx, der stets die Naturwissenschaften für die Basis aller Wissenschaft genommen und die Krisenzyklen mathematisch fixieren gewollt hat!

60 Ebenda, S. 34.

Warum kommen der Kapitallogik Bedenken, naturwissenschaftliches Denken in der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften ernst zu nehmen? 1. natürlich aus reiner Unkenntnis. 2. sicher aus ideologischen Gründen; denn die Naturwissenschaft ist unter den Bedingungen des kapitalistischen Privateigentums unmittelbar auf die Freisetzung von Arbeitskraft, also auf die Entwertung des einzigen Vermögens der Arbeiter gerichtet. 3. schließlich, wie ich glaube, auf Grund einer Interpretation Marxscher Textstellen wie der folgenden: Im „graden Gegenteil zur sinnlich groben Gegenständlichkeit der Warenkörper" geht „kein Atom Naturstoff in ihre Wertgegenständlichkeit" ein (62). Und weiter: „Wie der *Eisenkörper*, als Gewichtsmaß dem Zuckerhut gegenüber *nur Schwere*, so vertritt ... der *Rockkörper* der Leinwand gegenüber nur Wert. Hier hört jedoch die Analogie auf. Das Eisen vertritt im Gewichtsausdruck des Zuckerhuts eine beiden Körpern gemeinsame Natureigenschaft, ihre Schwere —, während der Rock im Wertausdruck der Leinwand eine übernatürliche Eigenschaft beider Dinge vertritt: ihren Wert, etwas rein Gesellschaftliches." (63)

Diese Passage vorausgesetzt, liefert z. B. Backhaus die Liquidation der Naturdialektik durch folgende Deutung: „Nicht das Wasser als Wasser ist die Erscheinungsform von Schwere (Marx' Eisenkörper ist hier durch einen Liter Wasser ersetzt/d.V.). Das Ding als ‚Vergegenständlichung' von Schwere steht zum wirklichen Wasser nicht in einem dialektischen Verhältnis ... Das Ding ‚entzweit', ‚verdoppelt' sich nicht etwa in ‚Träger' von Schwere und Wasser — es ist nicht zugleich es selbst und sein Anderes. Eben in dieser Weise aber ist die Beziehung von Ware und Geld beschaffen." (64) Dazu ist nur festzustellen: Auch der Rock oder die Leinwand oder was immer ist nicht *als Rock* etc. die Erscheinungsform von Wert, sondern *im Verhältnis* zu einer anderen Ware, die darin selbst die relative Wertform annimmt. Und genau so ist der Liter Wasser z. B. *im Verhältnis* zu 4 Stück Markenbutter die Erscheinungsform von Schwere (schwerer Masse). Backhaus macht es sich leicht, indem er vom Verhältnis der Dinge auf das singuläre Ding übergeht, um sich den Schein zu erzeugen, daß die natürlichen Gegenstände ohne „Entzweiung" seien. Aber er versuche einmal, unter dieser Voraussetzung auch nur eine einzige naturwissenschaftliche Feststellung zu gewinnen! Natürlich schafft die Natur keine Maßeinheiten der schweren Masse. Aber auch die Waren bringen nicht das Geld hervor. In beiden Fällen ist der *gesellschaftliche* Mensch der Produzent der entsprechenden Standards. Und er produziert sich darin den Vorwurf zur Ausbildung seiner analytischen Rationalität, die Dinge, die der abstrakten Identitätsanforderung wirklich genügen.

61 Ebenda.
62 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, S. 52.
63 Ebenda, S. 62.
64 H.-G. Backhaus: Zur Dialektik der Wertform, a.a.O., S. 142-143.

Wenn nun die Kapitallogik Marx' Feststellung, daß „kein Atom Naturstoff" in die Wertgegenständlichkeit der Waren eingeht, so deutet, als sei damit eine Art ontologischer Geschiedenheit zwischen Natur und Gesellschaft postuliert, so ist zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß etwa in — wie man auch sagen kann — die Schweregegenständlichkeit ebenfalls „kein Atom Naturstoff" eingeht. Alle naturwissenschaftlichen Größenbestimmungen betreffen „gemeinsame Natureigenschaften", in die als solche keine Stoffe, d.h. Gegenstände, eingehen, wenngleich sie durch Gegenstände vorgestellt werden. Die Natur besteht nicht nur aus Stoffen (den Objekten der Chemie), sondern schließt auch Verhaltens- bzw. Bewegungsfähigkeiten oder Reaktionsweisen ein, die als solche zu Objekten (Dingen) der Naturerkenntnis gemacht werden. Für die mathematisierende Naturforschung insbesondere ist die stoffliche Existenz durchaus gleichgültig. Für sie kommt es darauf an, unstoffliche Fähigkeiten, durch Stoffe repräsentiert, in ihrem Zusammenhang untereinander zu bestimmen. Die Mechanik z. B. studiert den Zusammenhang von Längen, Dauern und (trägen) Massen, d. h. von lauter unstofflichen Natureigenschaften. Man kann daher Marx' Feststellung, „kein Atom Naturstoff" gehe in die Wertgegenständlichkeit ein, nur dann als Argument für die Irrelevanz der Naturwissenschaft bezüglich der Gesellschaftserkenntnis verwenden, wenn man stillschweigend unterstellt, daß die Natur außer den Menschen nichts anderes als eine Versammlung von Naturstoffen sei. Dies aber ist die klassische metaphysische Vorstellung von der Natur!

Des weiteren ist einsichtig, daß das menschliche Arbeitsvermögen als materielle Potenz (nicht als ideelle) durchaus natürlichen Charakters ist: „Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft ... bildet sie den Warenwert." (65) Indem sie solch natürliches Phänomen ist, versteht sich auch die Ersetzung der Arbeitskraft durch außermenschliche Naturkraft vermittels Maschinen. In dieser für den gesellschaftlichen Fortschritt fundamentalen Ersetzung demonstrieren wir alltäglich die Natürlichkeit der Menschen wie die Menschlichkeit der Natur. Wir zeigen darin mithin, daß die Vorstellung vom abstrakten Gegensatz zwischen der Natur und der Gesellschaft eingebildeter nonsense ist. Er besteht nur für diejenigen, die in der Enteignung der Produzenten und Aneignung der Nichtproduzenten, diesen wirklichen Akt der Trennung der Menschen (und zwar der Produzenten, nicht der Nichtproduzenten und Privateigentümer) von der Natur, das Wesen des gesellschaftlichen Seins überhaupt erblicken, die also die Ausbeutergesellschaft für die Gesellschaft schlechthin halten. Wo diese Sicht nicht geteilt wird, vermag man auch die menschliche Arbeitsfähigkeit und die Energie der außermenschlichen Naturgegenstände für bemerkenswert vergleichbare Eigenschaften zu erfassen — zumal dann, wenn die menschliche Arbeitskraft unter bestimmten Bedingungen auf ihre rein physische Existenzweise reduziert wird, wenn also La Mettries Mensch als Maschine definitiv realisiert wird. Solche Realisierung ist stets als Moment der menschlichen Arbeit wahrnehmbar und an sich überhaupt kein Unglück: Wer mit Genuß sein Auto steuert, ist der etwa im „entfremdeten" Dasein, weil sein Tun technisch durch Fernsteuerung ersetzbar ist? Ein Unglück wird dies erst, wenn das Moment der Arbeit zur ausschließlichen Lebensbestimmung des Arbeitenden wird. Aber eben dieser Zustand ist die Reflexion des durchgesetzten Privateigentums, der realisierten Enteignung des Gemeinwesens. Entfremdete Arbeit und enteignetes Gemeinwesen sind äquivalente Bestimmungen.

65 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, S. 51.

Aus diesen Überlegungen schließen wir: Wenn Marx gegen die Natureigenschaft der schweren Masse die „übernatürliche Eigenschaft" des ökonomischen Werts konstatiert, so ist keineswegs etwas Übernatürliches im Sinne eines mystisch Wunderbaren gemeint, sondern der einfache Umstand, daß das gesellschaftliche Arbeitsvermögen menschliche Fähigkeit im Unterschied zu außermenschlichen Fähigkeiten ist. Die *reine* Gesellschaftlichkeit des Werts ist damit die Abstraktion der konkreten Gesellschaftlichkeit, die nur und nur in Einheit mit den Naturgegenständen der Arbeit (Arbeitsgegenständen) und ihren Werkzeugen (Arbeitsmitteln) besteht. In der reinen Gesellschaftlichkeit wird der *Unterschied* zwischen den Menschen und ihren objektiven Arbeitsbedingungen und -produkten fixiert. Aber eben solche Fixierung setzt die konkrete Gesellschaftlichkeit voraus, in welcher die *Einheit* der Menschen mit ihren objektiven Arbeitsbedingungen und -produkten ebensosehr eingeschlossen ist wie der Unterschied!

Methodologisch können wir feststellen, daß Marx im Rahmen der Wertformanalyse folgende Analogie konstatiert: Sind k_1 und k_2 irgendwelche Körper (Naturgegenstände) und besteht zwischen ihnen die Beziehung der Massengleichheit $k_1 =_m k_2$, so stellt k_2 die (schwere) Masse von k_1 dar. Sind w_1 und w_2 irgendwelche Waren (Arbeitsprodukte im Privateigentum) und besteht zwischen ihnen die Beziehung der Wertgleichheit $w_1 =_v w_2$, so stellt w_2 den Wert von w_1 dar. Der Körper k_2 hat mit Bezug auf die Reflexion der (schweren) Masse von k_1 *dieselbe* kategoriale Stellung wie die Ware w_2 mit Bezug auf die Reflexion des Werts von w_1! Natürlich ist der ökonomische Wert von w_1 eine andere Eigenschaft als die schwere Masse von k_1. Nichtsdestoweniger besteht in beiden Fällen das Verhältnis der „Verdoppelung", d. h. der konkreten Einheit von Art- und Gattungsbestimmtheit in ihrer veräußerlichten Erscheinungsweise. Diese konkrete Einheit heißt „dialektischer Widerspruch" und wird in der Wertform durch eine Beziehung polarer Gegensätze veräußerlicht widergespiegelt.

Damit ergibt sich m.E. die Konsequenz: Die Einführung physikalischer Grundgrößenarten einschließlich ihrer Größeneinheiten (Maßstäbe oder Standards) ist vom Standpunkt der materialistischen Dialektik genau nach dem Modell der *Entwicklung* der Wertform zu verstehen, wie es Marx im „Kapital" für den ökonomischen Wert demonstriert hat. Die Wertformentwicklung (wie die Wertformanalyse) ist mithin der methodologische Kernpunkt auch für das Verständnis der Naturdialektik, wie sie durch mathematisierte Naturerkenntnis auf spezielle (nicht unmittelbar durchsichtige) Weise wiedergegeben wird. Sie ist nicht, wie die Kapitallogik annimmt, eine esoterische Weise eines mystischen Dinges oder Verhältnisses, sich eine „verkehrte" empirische Erscheinung zu geben, sie ist nicht das Pfingsten des „an sich unausdrücklichen" Werts, sondern die allgemeine Art der *Lösung* des dialektischen Widerspruchs, d. h. die *Determination* seiner Erscheinung. Umgekehrt ist damit einsichtig, daß die Einführung der abgeleiteten Größenarten in der Physik mancherlei Aufschluß geben kann über die Erfordernisse der Entwicklung einer analytischen bzw. mathematischen Ökonomie, die ihrerseits ein unverzichtbares Instrument zur Leitung der Volkswirtschaft im Interesse des sozialistischen Gemeinwesens und Gemeineigentümers ist.

Es ist natürlich gut zu vestehen, daß auf der Erfahrungsbasis der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit der Identifikation von Wertbildung und -determination mit dem Kapitalverhältnis fortwährend besteht. Aber der reale Sozialismus hat in seiner nunmehr sechzigjährigen Existenz empirisch deutlich

gemacht, daß die abstrakte Negation der Wertbestimmungen (bis hin zur proklamierten Abschaffung des Geldes) nicht der wirkliche Inhalt der Liquidation der Ausbeutung sein kann. Die in der DDR seit dem VIII. Parteitag der SED forciert entwickelte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beweist nachdrücklich, daß sozialistische Gesellschaftsentwicklung und Aufwandsbestimmung des Arbeitsvermögens einander bedingen. Ob wir dabei solche Aufwandsbestimmung auch „Wertdetermination" nennen oder nicht, ist durchaus gleichgültig.

Mit dieser der Kapitallogik genau entgegengesetzten Position ist natürlich die Gretchenfrage verbunden: Wie halten wir es nun mit dem Wert? Wenden wir uns zum Schluß unserer Überlegungen dieser Frage zu.

2.3 Die Kapitallogik und die Gesellschaftlichkeit

Wer das kapitallogische Schrifttum kennt, wird zugeben, daß in ihm die Gesellschaftlichkeit (die Gattungsnatur der Menschen) im Kapitalverhältnis als Erzeugnis aus der vorausgesetzten wechselseitigen Unabhängigkeit von Privatarbeitern und -eigentümern „abgeleitet" wird. Es gilt stillschweigend als ausgemacht, daß das Privatwesen *ohne* das Gemeinwesen, das Einzelne *ohne* das Allgemeine, die individuellen Produzenten *ohne* ihren gesellschaftlichen Zusammenhang real gegeben sein können. Das Gemeinwesen, das Allgemeine, die Gesellschaftlichkeit soll — nach dem kapitallogischen Konzept — erst durch den Austausch hervorgebracht werden.

A. Sohn-Rethel drückt dies Konzept, wohl wissend, damit eine „einschneidende Verwandlung" der Marxschen Theorie zu konstituieren, wie folgt aus: „Die ‚Wertform der Ware' erweist sich als die Form der von der Arbeit und dem Arbeitsprozeß getrennten gesellschaftlichen Synthesis, ..." (66) H.-J. Krahl findet in gleicher Weise: „Abstrakte Arbeit, der höchst reale Organisationsmodus des kapitalistischen Produktionsprozesses, ist die Arbeit isoliert und unabhängig voneinander privat arbeitenden Individuen. Als solche bildet sie den konkreten Reproduktionsprozeß der Gesamtgesellschaft." (67) Abgesehen von der Absurdität, daß die abstrakte Arbeit den konkreten Reproduktionsprozeß der Gesamtgesellschaft bilden soll (also das Abstrakte das Konkrete ist!), darf man es als ziemlich gleichgültig betrachten, ob nun der abstrakten Arbeit, dem vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeits*vermögen*, die Eigenschaft angedichtet wird, „Organisationsmodus" der kapitalistischen Produktion zu sein, oder aber ob die Wertdetermination unter Bedingungen des Privateigentums als „gesellschaftliche Synthesis" angesehen wird. In jedem Fall gilt als unterstelltes Bild, daß eine Vielheit untereinander isolierter Robinsons über den Austausch ihrer Privatprodukte ihre Gesellschaftlichkeit erzeugt, sie also in der Produktion gar nicht besitzt.

Dies Bild wird kapitallogisch komplettiert durch die Annahme, nach der Waren in ihrer *singulären* Existenz „konkret" seien und ihr Allgemeines durch Abstraktion über den Tauschakt hervorgebracht werde. Den „konkreten" Produktionsrobinsons entsprechen so aufs beste die „konkreten" Gebrauchswerte!

Man könnte diese Position der Kapitallogik durch viele weitere Textstellen belegen. Dies müssen wir uns hier aber versagen und halten daher nur fest: Kapitallogisch erscheint die Gesellschaftlichkeit (deren abstrakte ökonomi-

66 A. Sohn-Rethel: Warenform und Denkform, S. 96.
67 H.-J. Krahl: Konstitution und Klassenkampf, S. 33.

sche Bestimmung der Wert ist) im Privateigentum als genetische Folge der *Zirkulation*, gilt sie als Zirkulationsprodukt und nicht als *aller* Produktion vorausgesetzte Bedingung (so daß ein nicht gesellschaftliches Wesen kein produzierendes Wesen ist!). Die Gesellschaftlichkeit wird daher auch durch „Konstitution", durch Wertbildung und -determination (was häufig mit Sinnbildung identifiziert wird), hervorgebracht gedacht; sie erscheint damit als Wertbesitz der Individuen, als deren Kapital! Die Kapitallogik glaubt dem Privateigentum, originär zu sein. Sie kommt nicht auf die Idee, das Privateigentum als reale Negation des Gemeineigentums *vorauszusetzen*, also das Gemeineigentum als den ursprünglichen Grund menschlicher Geschichte theoretisch zu unterstellen.

Aus dieser kapitallogischen Fundamentalannahme folgt natürlich mit der entsprechenden Attacke gegen die Abstraktion unweigerlich die Denunziation aller Erscheinungsformen von Gesellschaftlichkeit überhaupt (seien sie nun kapitalistisches Management oder sozialistische Staatlichkeit oder kommunistische Parteien). Denn wenn das Allgemeine nicht an sich besteht, sondern nur kraft der unanständigen Abstraktion ins Leben tritt, so wird man — in der Einbildung — mit der Liquidation der Abstraktion auch das Allgemeine los. Es folgt weiter, daß menschliche Freiheit und Austausch einander ausschließen, daß die Determination des individuellen Arbeitsaufwands als Bestandteil des realisierten gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der adäquate Ausdruck von „Herrschaft" und „Entfremdung" sein muß (gleichgültig, wer die Determination vornimmt, der kapitalistische Privateigentümer oder der sozialistische Gemeineigentümer), daß schließlich die Kalkulation, die Verrechnung von Werten, statt Erscheinung der Potenz des Verstandes zu sein, vielmehr die Barbarei der Zivilisation, die „Unmenschlichkeit der Abstraktion", die „bürgerliche Wissenschaft" darstellt.

Ich halte diese Sicht für den Kardinalfehler der Kapitallogik. Sie ist der Kernpunkt ihrer Weltanschauung, die unter neuen Bedingungen die mit neuen Mitteln fortgesetzte romantische Kapitalismuskritik ist. Solche Kritik bezieht ihre Leidenschaft aus der Verhimmelung des Citoyen und der Verteufelung des Bourgeois. Und sie ist ganz und gar unfähig zu begreifen, daß eben der Citoyen nichts als die politische Abstraktion genau des Bourgeois ist. Sie ist dazu unfähig, weil sie methodologisch mit der Abstraktion nicht ins reine kommt und weltanschaulich die Gattung gegenüber ihren Individuen für ein bloßes „Gedankending", für ein „an sich unausdrückbares" Wesen hält. Indem sie aber den „edlen" Citoyen gegen den „gemeinen" Bourgeois verteidigt, betreibt sie genau das praktische Geschäft — der Abstraktion, also derjenigen Tat, die sie subjektiv zu „beargwöhnen" und zu bekämpfen meint. Denn indem man ein Abstraktum gegen seine genetische Basis zur Geltung bringt, erkennt man eben diese Basis als die unbezweifelte Voraussetzung seines Tuns an! Der Kampf des „edlen" Citoyen gegen den „gemeinen" Bourgeois ist niemals etwas anderes als der Kampf um die Erhaltung der politischen Macht *aller* „gemeinen" Kapitalisten, d. h. der *Klasse* der Bourgeoisie. Er ist ein *internes* Konstitutionsproblem dieser Klasse. Sofern die entsprechenden Kämpen von sich die Illusion haben, der „wahren Menschlichkeit" zu dienen oder gar dem Sozialismus, können sie gar nichts anderes als den gut bekannten „wahren Sozialismus" artikulieren.

Gegen die romantische Kapitalismuskritik ist mit allem Nachdruck festzuhalten, daß die Vorstellung von einer unorganisierten Vielheit von Privatarbeitern, die sich erst über den Austausch vergesellschaften, ein reiner Wider-

sinn ist und in keiner historischen Situation existiert hat noch existieren kann. Denn was erforderte die *wirkliche* Existenz der reinen Privatarbeit? Die durchgeführte Einheit von Privatarbeit und Privateigentum in jedem einzelnen menschlichen Individuum — vom jüngsten Baby bis zum ältesten Greis! Solche Einheit wäre erreicht, wenn kein Mensch mehr mit dem anderen irgend eine Wechselwirkung einginge. Keiner dürfte mehr für den anderen — ohne Austausch — arbeiten, die Väter und Mütter nicht für ihre Kinder, die Arbeitenden nicht für die Rentner. Und natürlich dürften sich Menschen nicht zusammenfinden, um neue Menschen zu machen. So hätten wir die wahre Welt der Robinsons (ohne ihre Freitags), welche in der Kapitallogik der „gesellschaftlichen Synthesis" durch den Austausch vorausgeht. Doch eben diese Welt brauchte gar keinen Austausch! Wozu sollte der sich selbst genügende Privatarbeiter und -eigentümer austauschen?

Dies Ideal, Adornos Welt des „freien und gerechten Tauschs" (68), wird sinnfällig bereits durch das einfache Phänomen der sexuellen Reproduktion in den biologischen Arten desavouiert. Indem die nachfolgende Generation durch ihre Eltern ernährt werden muß, besteht in jeder solchen Art die *Gattungs*notwendigkeit, über den individuellen Bedarf des einzelnen Futter aneignenden Lebewesens hinaus Futter für die Nachkommen zur Verfügung zu stellen — Vorform der Mehrarbeit! Entweder die Elterngeneration erhält die Nachkommenschaft, oder aber die Gattung (biologische Art) hört auf zu existieren. In der menschlichen Produktion insbesondere ist daher jede Arbeit, in welcher historisch bestimmten Gestalt auch immer, in Arbeit zur individuellen Erhaltung (notwendige Arbeit) und in Arbeit zur Gattungserhaltung (Mehrarbeit) unterschieden. Ausbeutung und Existenz von Mehrarbeit fallen *nicht* zusammen. Vielmehr besteht Ausbeutung dann und nur dann, wenn die zur Gattungserhaltung geleistete Arbeit nicht durch die Gattung (das Gemeinwesen), sondern durch eine besondere Klasse von Menschen angeeignet wird. Und dies ist nur möglich, wenn das Gemeinwesen seine Realität nicht im Gemeineigentum besitzt, wenn es also Gegenstand des Ausschlusses durch die Erzeugung und Verteidigung des Privateigentums wird. Dies wiederum besagt, daß die unmittelbaren Produzenten durchaus *enteignet* sind und damit in den Prozeß der politischen Konstitution der Privateigentümer überhaupt nicht eintreten, vielmehr den zugrunde liegenden Boden der Ausbeutergesellschaft bilden. *Privat*eigentum für *alle* Menschen ist mithin unter der Voraussetzung der Ursprünglichkeit des Gemeineigentums eine reine Contradictio in adjecto. Und es ist solche Absurdität, welche der „gesellschaftlichen Synthesis" vorangehen soll.

Wenn nun aber die Gesellschaftlichkeit niemals aus der Voraussetzung gegeneinander isoliert vorgestellter Individuen über den Tausch „ableitbar" ist (ebensowenig wie das Allgemeine aus dem Einzelnen „abgeleitet" werden kann), welche Rolle spielt der Austausch dann? Er ist *nicht* der Erzeugungsakt der Gesellschaftlichkeit, sondern der Akt ihrer *Determination* für die beteiligten Individuen unter den äußeren und inneren Bedingungen der Reproduktion der Gesellschaft. Der Austausch ist mithin die *reine* oder *abstrakte* Erscheinung der Gesellschaftlichkeit. Er ist die Abstraktion der Produktion, die Produktion in ihrer abstrakten Fassung. Handelt es sich um die Produktion von Privateigentümern, so ist der Austausch von der Art des *Privat*austauschs. Keineswegs ist jeder Austausch Privataustausch.

Über letzteren bemerkt Marx: „Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen. Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im inneren Gemeinleben zu Waren." (69) Das den *Waren*austausch (d.i. nicht *der* Austausch, sondern eine seiner historisch auftretenden Arten!) konstituierende Privatwesen ist mithin durch die Existenz vieler, einander fremden Gemeinwesen gesetzt. Sie sind einander fremd, weil sie nicht wechselseitig Eigentümer ihrer jeweiligen objektiven Arbeitsbedingungen sind. Das Gemeineigentum, das ein anderes Gemeineigentum außer sich hat, ist entweder das *gesetzte* Privateigentum oder das *aufgelöste;* im ersten Fall handelt es sich geschichtlich um die Erzeugung des Privateigentums, im letzteren um seine Vernichtung. Indem damit der Erzeugung des Privateigentums die Negation des Gemeineigentums immanent ist, also die *Existenz* desselben durch den *beständigen Kampf* gegen letzteres gegeben ist, so ist das Gemeineigentum als Gegenstand der Negation durch das Privateigentum positiv vorausgesetzt, das Gemeinwesen also *im Kampf* des Privatwesens gegen dasselbe *anerkannt* als unausrottbare Bedingung seiner eigenen Existenz. Dieser Kampf ist der Klassenkampf.

Die Kapitallogik verkennt in der *Existenz* des Privateigentums den *Kampf gegen das Gemeineigentum* und setzt daher — positivistisch! — das Privateigentum als das originär Gegebene. Sie macht sich nicht klar, daß solches originär Gegebene ein metaphysischer Unfug ist, eine Contradictio in adjecto im Rahmen der Voraussetzung, daß Lebewesen im allgemeinen in biologischen Arten bestehen.

Die Kapitallogik verkennt weiter den entscheidenden Umstand, daß der Übergang in den Privataustausch nicht nur die Auflösung der vorausgesetzten lokalen Gemeinwesen bedeutet, sondern ebensosehr die ideale Setzung des universellen Gemeinwesens, als dessen Glieder die miteinander Tauschenden auftreten. Der im Privataustausch gesetzte Weltmarkt ist die Vorstellung des universellen Gemeinwesens, seine ideale Antizipation unter der Voraussetzung seiner realen Nichtexistenz, d. h. unter der Voraussetzung, daß dasselbe noch in der historischen Bildung begriffen ist! Es erlangt seine Realität über die Durchsetzung des sozialistischen und schließlich kommunistischen Gemeineigentums an den objektiven Bedingungen der Arbeit. Dabei versteht es sich im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie, daß diese Durchsetzung vom Stand der Entwicklung der Produktivkräfte (im internationalen, nicht lokalen Zusammenhang) abhängig ist. Er entscheidet über die reale Möglichkeit der Subsumtion des Tauschs unter die Produktion. In solcher Subsumtion wird nicht der Tausch liquidiert, sondern der Privataustausch, weil das Privateigentum.

Mit Bezug auf diese Überlegungen versteht es sich, daß der Wert kein Gegenstand des reinen Protestes sein kann. Indem nämlich das berühmte Wertgesetz nichts anderes als das Abstraktionsprinzip für die ökonomische Äquivalenz von Arbeitsprodukten unterschiedlicher Art ist, kann der Wert nur mit der Aufgabe des Vergleichs von Arbeitsaufwand und -ergebnis verschwinden, also mit dem Verzicht auf die Feststellung ökonomischer Äquivalenzen. Eine Gemeinschaft aber, die solchen Verzicht realisiert, riskiert ihre eigene Existenz; sobald sie mehr verbraucht als erzeugt, sind ihre Tage gezählt. Im Interesse also der Erhaltung der Gemeinschaft ist die Wertdetermination (Aufwandsbestimmung) unumgänglich, eine notwendige Bedingung menschlicher Existenz. Das Problem besteht daher für den wissenschaftlichen Sozialismus nicht in der allgemeinen Notwendigkeit der Wertdetermination, sondern im historischen bestimmten

68 Th.W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1975, S. 150.

69 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, S. 93.

Umstand ihrer Realisation durch den Privataustausch. In ihm erscheint der Wert unvermeidlich als Individualeigentum, obwohl er doch an sich das vergegenständlichte Gattungsvermögen ist. Diese An-sich-Existenz in eine Existenz an und für sich zu verwandeln, erfordert, der Gattung reales Bestehen zu geben, d. h. das Gemeineigentum herzustellen. In diesem Augenblick ist die Wertdetermination nicht mehr das Werk kontradiktorisch verhandelnder Privateigentümer, sondern das des seiner selbst bewußten Gemeinwesens, der Gemeinschaft von Individuen, in der jedes Individuum als „polites" agiert, weil es das liquidierte Privateigentum nicht mehr zum „idiotes" machen kann.

Wenn man die Genesis solcher Lage in der Gegenwart empirisch studieren will, so beobachte man das Verhältnis der Werktätigen im realen Sozialismus zur Notwendigkeit der Aufwandsbestimmung und Aufwandsreduktion im Produktionsprozeß. Hier findet man die wahre Auflösung des Wertproblems, nicht aber in den Träumen von der Ersetzung der Abstraktion durch die private Sinnlichkeit.

Alessandro Mazzone

DER KAPITALFETISCHISMUS: ÜBER GRUNDFRAGEN EINER MATERIALISTISCHEN IDEOLOGIETHEORIE (I)

„Meine analytische Methode ... geht nicht aus von *dem* Menschen, sondern (von) der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode", K. Marx: Randglossen zu A. Wagner.
„Da der Denkprozeß selbst aus den Verhältnissen herauswächst, selbst ein *Naturprozeß* ist, so kann das wirklich begreifende Denken ... (sich) nur graduell, nach der Reife der Entwicklung, also auch des Organs, womit gedacht wird ... unterscheiden", K. Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868.

In diesem Aufsatz wird versucht: 1. In Abgrenzung von der Hegelschen Vermittlung von „Natur" und „Geist" in der „Idee" die theoretische Fragestellung einer materialistischen Theorie der realen, historisch existierenden Ideologien zu umreißen. Diese sind *Teil* der Klassengesamtverfassung einer Gesellschaft, und als (gesellschaftliches) Bewußtsein zugleich *Form* der Klassenhegemonie und historische Vermittlung von *Erkenntnis*. Die einleitende Erinnerung der Position Hegels in dieser Frage soll verdeutlichen, daß als Alternative zu den mystisch-subjektivischen Kulturphilosophien oder den positivistischen Wissenssoziologien — wie sie sich in der bürgerlichen Philosophie der nachliberalen Epoche entwickelt haben — nur eine dialektische Theorie die Ideologie als Erkenntnis *und* als Boden geschichtlicher Auseinandersetzungen begreifen und somit materialistische Forschungskategorien ausarbeiten kann. 2. Die ideologische Auseinandersetzung findet massenhaft und tagtäglich im politischen und kulturellen

Kampf statt. Die Theorie kann diesen Prozeß natürlich niemals ersetzen, wohl aber *Strukturen* seines Ablaufs als Forschungshypothesen bestimmen. Allerdings muß dies zunächst auf einer „hohen" Ebene der Abstraktion geschehen, die in einem Prozeß zum Konkreten gelangt, der ebenso Forschung wie Kampf ist. 3. Es wird daher versucht, die Marxsche Kategorie des Kapitalfetischismus als eine solche Struktur des (historisch möglichen) Bewußtseins („Formalstruktur") nachzuzeichnen. Die diesem Vorhaben unterliegende methodische Position hinsichtlich der Interpretation des „Kapitals" wird gesondert dargelegt. 4. Die Kategorien der „Oberfläche" der kapitalistischen Produktion als *notwendige Erscheinungsformen* (d.h. Formen der Subjektualität einer kapitalistischen Gesellschaft in abstracto) werden skizziert. 5. Abschließend werden Konsequenzen kurz erörtert, die sich hinsichtlich der Anwendung dieser Kategorien ergeben können.

I.

Im Prozeß des Erkennens „im allgemeinen" — schreibt Hegel (Enz. § 225) — sind der Gegensatz und die Einseitigkeit der Subjektivität und der Objektivität *an sich* aufgehoben. Es ist dies eine „gedoppelte, als verschieden gesetzte Bewegung": Aufhebung der subjektiven Einseitigkeit der Idee einerseits als „Aufnahme der seienden Welt in sich", Arbeit der „als Verstand tätigen Vernunft" (226); Aufhebung andererseits der ebenso einseitigen objektiven Welt als *Schein* einer „Sammlung von Zufälligkeiten". Über das reine *an sich* hinaus entfaltet sich jedoch diese doppelte Bewegung erst in Erkenntnis und Tun als Geschichte, worin die Idee an und für sich seiende Einheit der Urteile der „Identität" und des „bestimmten Unterscheidens" wird, indem sie sich die Zeit gibt, und zwar als ihre eigene Vermittlung. In der mehr exoterischen Form der *Einleitung* zu den *Vorl.üb.Gesch.der Phil.* (18,55) heißt es dazu: „Was die Langsamkeit des Weltgeistes betrifft, so ist zu bedenken, daß er nicht pressiert, nicht zu eilen und Zeit genug hat, ‚Tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag': er hat Zeit genug, eben weil er selbst außer der Zeit, weil er ewig ist". Jene Vermittlung ist jedoch erst *für den Begriff*, da die Idee „frei für sich existiert" (Enz. § 223), oder „die Allgemeinheit zum Element ihrer Existenz hat" (Vgl. § 221 Zus.). Nur weil die Vermittlung und der Tod des Individuums „Befreiung" sind „Idee des Lebens" (§ 222; vgl. die Diremtion der Gattung der Arten, 368), „freie Gattung" die „für sich selbst in Existenz" tritt, kann jene Geschichtlichkeit der Idee überhaupt entstehen: „der Tod der nur unmittelbar einzelnen Lebendigkeit ist das *Hervorgehen des Geistes*" (222). *Damit* allerdings wird es der philosophischen Reflexion dieses Überganges auch möglich, „die Methode" — diese „absolute Kraft" — als „Bewußtsein über die Form der inneren Selbstbewegung ihres (eigenen)

* Die Übersetzung dieses in der SOPO in zwei Folgen erscheinenden Textes aus dem italienischen Original (Il feticismo del capitale: una struttura storico-formale, „Quaderni di Critica marxista", Rom 1976) besorgten Adria Lindt und Winfried Roth. Der erste, vom Verfasser übersetzte Abschnitt weicht vom Original ab. Eine ausführlichere Darstellung des hier vorgeschlagenen Ansatzes zur Ideologietheorie erscheint demnächst als Buch mit dem Titel: „Questioni di teoria dell'ideologia". Die Übersetzung ins Deutsche ist vorgesehen.
Abkürzungen: K. Marx: „Das Kapital", Buch 1, 2, 3, in MEW Berlin 1971 Bd. 23, 24, 25 = DK 1/2/3 und Seitenzahl. Hegels Werke zitiert mit Werksigle, Bd. Nr. und Seitenzahl der Werkausgabe, Frankfurt/M., 1969 ff. Lenin-Werke, Berlin = LW. Außerdem im Text: KPW = Kapitalistische Produktionsweise; EWP = einfache Warenproduktion; WZ = Warenzirkulation; ÖGF = ökonomische Gesellschaftsformation.

Inhalts" als *Logik* darzulegen (WdL, 5,49). Zugleich ist diese sich entfaltende Einheit der wissenschaftlichen und der geschichtlichen Vermittlung von „absoluter Idee" *als Methode* philosophische Reflexion der Struktur, worin die Person, der „an und für sich seiende unendliche Wille" (RPh, 41) ihren Grund hat: Denn nur insofern die „Subjektivität ... (keine) *tabula rasa* mehr ist, sich (vielmehr) als bestimmend erweist" (Enz. 232 Zus.) ist „der Übergang von der Idee des Erkennens zur Idee des Wollens" gewährleistet. Die „Erkenntnis des logischen Satzes, daß das Negative ebensosehr positiv ist oder daß das sich Widersprechende sich nicht ... in das abstrakte Nichts auflöst, sondern wesentlich nur in die Negation seines *besonderen* Inhalts" (WdL ebenda) ist somit für die philosophische Historiographie Hinweis auf die Konstitution des Geistes als Vermittlung von Gestalten: darin hat sie ihren Grund und — als Reflexion — ihre Selbstbegründung zugleich: denn die Einheit von geschichtlichem und wissenschaftlichem Prozeß erweist sich als Struktur der Reflexion selbst.

Dieser doppelten Negation der subjektiven und objektiven Einseitigkeit, worin „das Reflexionsverhältnis" selbst gesetzt ist (Enz. § 224), „das Erkennen hergestellt und mit der praktischen Idee vereinigt", „als objektive Welt, deren innerer Grund und wirkliches Bestehen der Begriff ist" (WdL 6, 548), dieser begrifflichen Erfassung einer notwendigen Vermittlung nun einfach entgegenhalten zu wollen, daß die wirkliche Vermittlung von Erkennen und Tun in der materiellen Geschichte schon immer gegeben ist, wäre gewiß unzulänglich. Natürlich geht eine materialistische Theorie des Erkennens als eines geschichtlichen Prozesses immer davon aus, daß Erkenntnis als subjektive Tätigkeit *Ideologie* ist, Moment des materiellen Geschichtsprozesses. (1) Wird aber das Gegebensein der

1 Der Reflex *im allgemeinen* – als Möglichkeit der Widerspiegelung – ist „vor" jeder historischen Formation und soll daher als Eigenschaft der Materie – insofern sie zur Geschichte wird – vorausgesetzt werden. Erst die Ausführung kann hier verdeutlichen, daß diese *Voraussetzung* in der Konkretion als abstrakt-funktionale Kategorie fungiert, nicht als Voraussetzung der Theorie selbst oder als ihre Selbstbegründung. Eine solche *Eigenschaft der Materie* ist etwas, das eine lange Geschichte hat; aber schon Diderot – in „D'Alemberts Traum" – sieht klar, daß hier der materialistische Standpunkt *dialektisch* ist und ebendort mit der idealistischen Selbstbegründung der Theorie *bricht*.
In modernen Begriffen: die Ideologie als historisch-bestimmte Form oder klassenhegemoniale Gestalt ist gewiß ein bewußter Reflex, subjektuale *Form* des *gesellschaftlichen* Lebens. (Vgl. W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Einleitung). Aber diese Bestimmung – subjektuale *„Form"* – hängt ab von der *„Gestalt"*, d.h. dem historischen Konkretum und *zunächst* der ökonomischen Gesellschaftsformation, nicht vom „Reflex" in seiner abstrakten Allgemeinheit. Darum schreibt Lenin (LW 14, 143) „Auch der Gegensatz zwischen Materie und Bewußtsein (ist) nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen von absoluter Bedeutung", d.h. für die erkenntnistheoretische Grundfrage: „außerhalb dieser Grenzen ist die Realität dieser Entgegensetzung unbestreitbar". Daher ist das *Subjektuale* (Teil der historischen Gestalt und als solcher bestimmt) zu unterscheiden vom „Subjektischen", dem reinen möglichen Reflex. Dieses freilich kommt jeweils im Bewußtsein der menschlichen Individuen zur Existenz: aber von einer (philosophischen, wissenschaftlichen oder anderen) Erkenntnis zu sagen, daß sie das ist, ist entweder im banalen Sinn selbstverständlich oder es bedeutet, die Vermittlung jener Erkenntnis als Prozeß „im" Bewußtsein zu suchen usw. – Übrigens ist der „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur" auf dieser Abstraktionsebene ein zweideutiger Ausdruck: „der Mensch . . . tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber" (vgl. diese bekannte Passage in DK. 1, 192); dies sagt eben, daß in dem Prozeß, in dem überhaupt *„menschliche* Arbeit" entstand, der „Stoffwechsel" der Natur selbst unter anderem „Arbeit", „Zweck" und „Bewußtsein" *im allgemeinen*

Erkenntnisgestalten positivistisch gefaßt als Prinzip ihrer Erfassung, so ist der Anspruch, eine Theorie der Ideologie, die mehr leiste, als etwa eine endlose Menge von Erfahrungsurteilen aneinanderzureihen, worin der Zusammenhang analogisch wiedergegeben wird, nach welchem jeder Adam X, jedes Individuum „so ist" und also „so spricht", von vornherein unerfüllbar. In jenem Gegebensein der Erkenntnisgestalten wird nämlich nur ausgesprochen, daß sie Objekte für uns sind, ohne daß diese Reflexion eine andere als mystische Begründung erführe, etwa in der vermeintlichen Homogenität der Objekte des Verstehens mit dem Verstehen selbst, oder nur eine pragmatische, wie wohl vornehmlich in der zeitgenössischen empirischen Soziologie. (2)

Die Hegelsche Lösung des Problems der Begründung der Reflexion besteht bekanntlich in der Durchführung des philosophischen Prinzips, worin der kritische Prozeß selbst sich als Vermittlung darstellt, der Durchführung also der Reflexion der Reflexion. Die logische These, daß das Negative ebensowohl das Positive sei, daß das Identische auch das Nichtidentische sei, ist „das Einzige, um den wissenschaftlichen Fortgang zu gewinnen" (WdL, 5, 49).

Die Frage ist also hier nicht als eine Frage des spezifisch Hegelschen Systemcharakters des Systems (3) aufzufassen, sondern umfassender, als die Frage der Art und Weise, in der die wissenschaftlichen Kategorien erstens gewonnen, zweitens systematisch aufgebaut, drittens historisch verifiziert werden. Denn Hegels

produziert hat, also jenes abstrakte „Subjektische", das real und methodisch-logisch den historisch-gesellschaftlichen Spezifikationen und Determiniertheiten vorausgeht, in welchen allein „Arbeit", „Bewußtsein" (Subjektualität) usw. real, materiell-diskret und *daher* auch erkennbar sind.

2 Daß nun dieses Problem: der Ort der Vermittlung, worin das Objektsein der subjektiven Tätigkeit begründet wird, nun schon bald ein ganzes Jahrhundert durch die bürgerliche philosophische Diskussion hindurchgeht, erst einmal als theoretisches Selbstverständnis des Historismus, dann vornehmlich als Methodenstreit der bürgerlichen Soziologie, ist natürlich alles andere als zufällig. Vielmehr dürfte es möglich sein, durch diese Gestaltungen der wissenschaftstheoretischen Diskussion hindurch eine durchaus objektive Verlagerung der Rolle historischer beziehungsweise soziologischer Erkenntnis im gesamtgesellschaftlichen Prozeß der bürgerlichen Hegemonie nachzuzeichnen. Der aufsteigenden liberalen Bourgeoisie, welche die sogenannte „menschliche Sphäre" der bürgerlichen Gesellschaft ohnehin durch scheinbar rein ökonomische Automatismen beherrschte, war die einfache und glückliche Trennung von Welt der natürlichen Gesetzmäßigkeit und Welt der Freiheit durchaus kongruent. In der Folgezeit wurde jedoch eine bewußte Gesamtsteuerung aller gesellschaftlichen Prozesse zugleich erforderlich, durch Kapitalkonzentration, imperialistische Spannungen, Auftreten der antagonischen Klasse, wie auch möglich durch zunehmende Verwissenschaftlichung der Institutionen der Herrschaft selbst. Nun mußte die vormalige Geisteswissenschaft zu theoretischer und praktischer Soziologie werden und der scheinbar rein philosophische Methodenstreit einer wissenschaftstheoretischen Diskussion weichen, welche zugleich konkrete Impulse aus der Praxis jener Soziologie aufnehmen konnte und ihren Wissenschaftsbetrieb teils selbst steuerte, teils ideologisch verklärte.

3 Es ist dies nämlich das Unum und Necessarium des „wesentlichen" Denkens, nicht der Darstellung allein: daran ist festzuhalten, wenn die berühmte Feuerbachsche Unterscheidung diesbezüglich, oft unbesehen, wiederaufgenommen wird. Am gleichen Ort schreibt Hegel, daß die Phänomenologie des Geistes ein „Beispiel" der Methode an einem „konkreten Gegenstande", dem Bewußtsein, darstelle; und fügt in der Bearbeitung der Einleitung der WdL 1831 in einer Fußnote hinzu, daß er dasselbe an „anderen konkreten Gegenständen und respektive Teilen" der Philosophie durchgeführt habe. Vgl. auch WdL, 6, A. über das prinzipielle Verhältnis der Logik zum „Inhalt weiterer Teile der Philosophie, der Wissenschaften der Natur und des Geistes".

Lösung besteht gerade darin, daß dieser Prozeß des wissenschaftlichen Aufbaus von Abstraktion, Hypothese und Konkretion „an sich oder für uns" zugleich der historische Prozeß ist, und daß die Logik also zugleich Struktur der Wissenschaft und Struktur der Vermittlung als Negation der unmittelbar existierenden Lebendigkeit und Hervorgehen des Geistes ist. Dies bedeutet einerseits, daß die Logik die begründende Einheit von historischer und ideeller Wesenheit liefert (weswegen nicht nur die „Substanz Subjekt ist", sondern auch „Gott wirklich", und das Menschliche menschlich ist, nur weil es „im Denken bewirkt wird"); andererseits, daß diese Wesenheit, die als reine Form in der Einheit der beiden Urteile der Idee ausgesprochen ist, im Logischen wird, daß also das was Althusser die „*appropriation cognitive de l'objet réel de la part de l'objet de la connaissance*" genannt hat, (4), sich in einer Welt von Gestalten des Geistes in der Zeit verwirklichen kann. Dieser Methode oder Dialektik gegenüber muß die materialistische Kritik einzig und allein fragen, ob sie wirklich die Vermittlung leisten kann und zwar so, daß die wissenschaftliche Diairesis tatsächlich glückt, ohne daß ein *falsum mobile* untergeschoben wird. Die Marxsche Kritik am „krassen Positivismus und ebenso krassen Idealismus" Hegels setzt also hier ein, dergestalt, daß es nicht mehr genügt, nachzuweisen, daß es eben bei Hegel eine falsche Diairesis gibt, eine Unterschiebung der Empirie, welche den Begriff nur noch „herbeispielt", sondern zu fragen ist, ob jene falsche Diairesis nicht von einem anderen Moment abhängt, nämlich von der begründenden Einheit der sich selbst vermittelnden anthropologisch-historisch-ideellen Wesenheit. Desweiteren ist zu fragen, ob schließlich diese begründende Einheit bei Hegel nur spezifisch philosophische Ausgestaltung jener anderen anthropologischen Ewigkeit der bürgerlichen Welt ist, die den „Propheten des 18. Jahrhundert" — schreibt Marx auf der ersten Seite der *Grundrisse* — und den Klassikern der bürgerlichen Ökonomie gemeinsam war, eine anthropologische Ewigkeit der bürgerlichen Welt, die ihnen eben nicht als selbst im Geiste vermitteltes historisches Resultat erschien, sondern als „Ausgangspunkt der Geschichte", das heißt also auch als Begründung, als formale und wahre Begründung sowohl des Gegenstandes, den die Theorie vermitteln will, wie auch formale und wahre Begründung der Theorie selbst in ihrer vermittelnden Tätigkeit als Begriff.

So sehr also die materialistische Theorie die großen Gestalten des bürgerlichen Bewußtseins auf ihre historische Bestimmtheit zurückführen muß, so wenig kann sie dies leisten, indem sie lediglich außertheoretische Bedingungen und außertheoretische Folgen theoretischer Tätigkeit in der Darstellung derselben mitdenkt, wie etwa bei Mannheim. Die Schwierigkeit besteht freilich nicht darin, zu erkennen, daß philosophische Ideologien einerseits historisch bedingt sind, andererseits, daß sie historische Folgen sowohl individueller als auch gesellschaftlicher Natur haben. Ebensowenig besteht das Problem allein darin, diese Ideologien in dem Bildungsprozeß zu erfassen, in dem sie entstehen und auf welchen sie sich auswirken. Das eine wie das andere ist in dem spezifischen Sinne *nur* selbstverständlich, daß die plausiblen Analogieschlüsse, die auf solche Erkenntnis hin tagtäglich und *massenhaft* ausgesprochen werden, allein außerhalb ihrer selbst ihre Begründung und ihre Wahrheit haben können. (Die Antwort, daß diese Begründung in der Praxis zu finden sei, ist hier ebenso billig wie unscharf. Denn, wenn das Subjekt dieser Praxis „der Mensch" abstrakt-allgemein ist, so werden die historischen Gestalten der Theorie und ihre Vermittlung

4 Vgl. L. Althusser: Lire le capital, Paris 1968, S. 160 f.; aber auch die Korrektur dieser, nicht zufällig an Feuerbach'schen Elementen anknüpfenden, Kritik der Methode eines historischen Wissens in L. Althusser: Elements d'autocritique, Paris 1974.

als Praxis entweder vulgär-pragmatistisch verflacht oder wiederum in einer metaphysischen Anthropologie begründet.)

Das Problem ist also folgendes: die Form oder das Denken soll als spezifische Form eines in sich bestimmten Urteilsinhalts begriffen werden, so daß sie — die Form oder das Denken — als historisch materielles Diskretum erfaßbar wird. Nur indem dies geleistet wird, kann die Theorie, welche die Form oder das Denken als Bewegung des Inhalts zu beschreiben vermag, sich dann wieder dem historischen Prozeß zuwenden, um ihm die Verifizierung (oder Falsifizierung) ihrer selbst abzuverlangen. Anders als bei Hegel, wird hier zwar die historische Verifizierung der Reflexion ihre Vermittlung sein (ja auch ihre Vermittlung in und durch Gestalten der Bildung und der Kultur): jedoch wird der Prozeß dieser Vermittlung in seiner Dialektik *nicht* mit dem Prozeß der Wissenschaft identisch sein, ebensowenig wie — anders als bei Hegel — der Prozeß von Abstraktion, Hypothese und Verifizierung in seinen mannigfaltigen Abstufungen *qua* Konstruktion eines „geistig Konkreten" im Marxschen Sinne identisch zu sein braucht mit dem Prozeß der Ausgestaltung des realen Konkretums, das allerdings subjektiv *und* objektiv ist, und theoretisch erfaßt werden muß.

Hat also eine materialistische Theorie der Ideologien von der wirklichen Existenz der Theorie im Leben der Menschen auszugehen und diese methodisch zu ihrem Gegenstand zu bestimmen, so ist ebenso unbestreitbar, daß dieser Ansatz rein programmatisch bleibt, solange er nicht auch die Frage der Form in sich aufnimmt — die Frage des Verhältnisses, wenn man will, von Subjekt und Wahrheit, von Vermittlung und Verifizierung. Als bloße „materialistische" Variante der Kulturphilosophie bleibt die Ideologietheorie subjektivistische Willkür — wie historisch gehabt. Sie bleibt diesseits ihres theoretischen Anspruchs, setzt in Wirklichkeit eine Theorie des Selbstbewußtseins voraus und bleibt als Geschichtsschreibung einer solchen (allerdings typisch bürgerlichen) Theorie subaltern. Um aus dieser Lage herauszukommen, muß vielmehr die materialistische Theorie die Philosophie des Selbstbewußtseins selbst als materielle Gestalt erklären, d.h. ihr methodisches Prinzip als *pars realis* des historischen Prozesses begreifen. Dies wiederum setzt voraus, daß eine allgemeine Formalstruktur des bürgerlichen Bewußtseins ausgemacht werden kann, welche vorerst im ganz allgemeinen Sinne Moment des Kapitals ist, und nicht nur (wie selbstverständlich und notwendig) Reflex des Kapitalverhältnisses. Sollte eine solche Formalstruktur nicht zu bestimmen sein, so wird die Vermittlung der Bewußtseinsgestalten des Kapitals oder im Kapital und ihrer Notwendigkeit — oder, wie man sagt, die Einheit von Basis und Überbau — in einem Dritten begründet sein müssen. Die Begründung aber in einem Dritten, *diese* Einheit von Theorie und Praxis, bleibt schon bei Hegel innerhalb der Philosophie. „Die Notwendigkeit" — schreibt Hegel im gleichen Abschnitt der *Enzyklopädie* — ist als solche „der Begriff, der sich auf sich selber bezieht".

Allerdings kann die Hegelsche Auffassung der Erkenntnis als Selbstvermittlung für den, der an einem subjektivistischen Begriff von Wissenschaft als nur *formal* spezifiziertem *Wissen* (sei es linguistisch oder konstruktivistisch) festhält, nichts als panlogistische Abstruserie hergeben. Diesem Subjektivismus — wolle er „zurück" zu Kant, oder „vorwärts" zum „logischen Aufbau" von Welt — bleiben verschlossen sowohl die tiefere Problematik jener Selbstvermittlung bei Hegel — die in der Idee eben *Geschichte* und *Natur* subsumiert — wie auch der Sinn der Marxschen Bemerkung, daß (seine) *Methode* „nicht die Hegelsche, da ich (Marx) Materialist, Hegel Idealist" sei (5): ihm bleibt also nur übrig, die ge-

5 Marx an Kugelmann, 6. März 1868, MEW, Bd. 32, S. 538.

schichtlichen Gestalten der Subjektualität aus einem dritten Prinzip heraus zu rekonstruieren, das sich allgemein als das positivistische Prinzip des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs erweist. Es hilft wenig, wenn diesem ein — nie konkret durchgeführter, weil auf dieser Grundlage undurchführbarer — „dialektischer Zusammenhang" sämtlicher sozioökonomischen und wissenschaftlich-kulturellen Phänomene übergestülpt wird: denn dabei fungiert nur noch das „umfassende Bewußtsein des Menschen" (6) als dürftige Klammer. Wenn aber „das Bewußtsein ... immer tendenziell umfassend (ist), da es sich um eine einheitliche Sicht des Ganzen bemüht" (Gruppi), so sollte gerade dieses abstrakt-allgemeingültige „immer" darauf hinweisen, daß das, um dessen Erfahrung und Konkretion es geht, die reale Totalität sozioökonomischer Strukturen in ihren historischen Blocks und in den Ideologien, die deren *spezifische Teile* sind, eben nicht aufgelöst werden kann in den Heraklitismus des allgemein-fließenden Zusammenhangs, in dem als Wechselwirkung „der Unterschied ... leer ist" (Hegel, Enz., § 155). Andererseits ist dieser Verlust der Bestimmtheit niemals durch ein ebenso abstrakt-allgemeines Prinzip gutzumachen, durch das ebenso „leere" „menschliche Bewußtsein", das als Prinzip natürlich den es bestimmenden Inhalten indifferent bleibt (d.h. die Inhalte, die „die Geschichte" dem Kritiker wie jedermann „gegeben" hat, unbehauen und unvermittelt wiedergibt). Das methodische Problem ist: realgeschichtliche (bürgerliche) Bewußtseinsgestaltungen nicht formalistisch zu Gegenständen der Reflexion zu konstituieren, d.h. nicht als solche, die hic et nunc und jeweils „meinem" Bewußtsein „gegeben" sind, noch als solche, die die „Selbstunterscheidung" als allgemeingültige, vorausgesetzte Vermittlung von Objekt und Subjekt „ausdrücken" (7), sondern als wirkliche Bestimmungen, die die Selbstunterscheidung als *spezifische* an sich haben. Dieses methodische Problem ist der materialistischen Forschung, die jene Gestaltungen zum Gegenstand der Konkretion macht, aufgegeben als bedingt durch die realgeschichtliche Herausbildung einer neuen historischen Subjektivität. Diese ist erzeugt durch die wirkliche Bewegung der Widersprüche der (kapitalistischen) ökonomischen Gesellschaftsformation, und allein dank jener wirklichen Bewegung läuft sie dann auch die formelle, theoretische und erkenntnismäßige Bewegung des „Sichselbstsetzens" und „Selbstunterscheidens" durch.

Die neue Subjektivität ist nicht „gesetzt". Sie ist: die Arbeiterklasse, *Teil* des Systems-in-der-Entwicklung als eines Widerspruchsprozesses, und nur deshalb „Totalität" und folglich auch „Bewußtsein", weil geschichtliches Konkretum, Einheit vieler Bestimmungen und deren Negation: sie ist insofern zugleich Gegenstand *realiter* und wird — auch *formaliter* — zum Subjekt, aber zum geschichtlich Einheitlich-Mannigfaltigen, weder abstrakte Totalisation noch abstrakte Widerspiegelung. *Dieser* Subjektivität, die nicht formell, sondern geschichtlich *ist*, sind nur die subjektualen Gestaltungen der bürgerlichen Welt geschichtliche Bestimmtheiten, nicht abstrakt-allgemein, sondern *partes specificae*, als subjektuale objektive, was sie wirklich sind, deshalb für sie Materie für Erkenntnis und Tat (8). Allerdings: Nur wenn daran festgehalten wird, daß „die Art für das

6 L. Gruppi: Gramsci, Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Berlin(West) 1977, S. 165.

7 Über die Schwäche der Kategorie des „Ausdrucks" bei der Analyse der Beziehungen von geschichtlichen Basis- und Überbaugestaltungen vgl. G. della Volpe: Kritik des Geschmacks (erscheint demnächst bei Luchterhand, Darmstadt).

8 Die Durchführung dieses Gesichtspunktes auf dem abstrakt-unzulänglichen Boden der Subjekt/Objekt Dialektik im vormarxschen und vorleninschen Verständnis, d.h. als

Denken, sich das Konkrete anzueignen ... die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen ... keineswegs (mit) dem Entstehungsprozeß des Konkreten selbst (zusammenfällt)" (9), *dann* mag die analytische Bestimmung einer Formalstruktur bürgerlichen Bewußtseins, die *als Subjektualitätsstruktur objektives Moment* des Kapitals sei, einen Weg bieten jenseits der doppelten Klippe der Begründungsidentität von geschichtlichem Gegenstand und ihn erkennender Reflexion, und der mythisch-anthropologischen Beschwörung hypostatischer „Wesenskräfte", deren Entfremdung-Vergegenständlichung durch ein „umfassendes Bewußtsein" zu überwinden wäre. Die eine wie andere Verirrung gelangt schon methodisch nicht über Hegel hinaus, sondern bleibt noch „vor" der „Bewegung (durch die) das Erkennen ... den Inhalt als einen notwendigen ... weiß", bei jener Subjektivität also, die „zunächst ganz abstrakt" war, und *fälschlich* als *tabula rasa* vorgestellt wird (Hegel, Enz., § 232 Zus.).

Die wirklichen Ideologien (10) sind „formale", d.h. subjektuale Momente der klassen-hegemonialen Gesamtverfassung einer konkreten Gesellschaft. Unter diesem wesentlichen Aspekt sind sie selber *konkret*: nicht jedoch insofern als sie literaturhistorisch der Texthermeneutik gegeben sind (noch gar als Gegenstände der sogenannten Ideengeschichte), sondern als *Teil* und formale oder denkbestimmte Seite der Bewegung jener hegemonialen Kontextur, die sowohl ihre Rolle als ihre Struktur und ihren Textsinn bestimmt (11). Als Konkretum sind sie *pars specifica*, das Ideelle. Dieses, das „Denken" oder die „Form", zu erfassen und zu rekonstruieren erfordert, daß dem materialistischen Hinweis auf die Differenz des „Entstehungsprozesses des Konkreten selbst" Rechnung getragen wird. Allerdings blieb es bei Marx, auch bezüglich des Ideellen, nicht bei der Aufstellung einer methodologischen Regel in der *Einleitung* zu den Grundrissen. Im Gegenteil. Die Kritik einer wesentlichen Seite bürgerlicher Ideologie — der öko-

Begründung des Konkreten und nicht als einfacher Teil und Moment der Konkretion, für die *die* Subjekte nur gesetzt sind, führt notwendig zur Wiederherstellung des Idealismus in der besonderen Gestalt der Identität von Prinzip und Gegenstand, des „historischen Resultats", das als „Begründung der Geschichte" fungiert: so klassisch bei G. Lukacs: Geschichte und Klassenbewußtsein, 1923, S. 29 ff.

9 K. Marx: Grundrisse, S. 22. Die dort folgende anti-hegelsche Entwicklung (für das Bewußtsein ... dem das begreifende Denken der wirkliche Mensch und daher die begriffene Welt erst das Wirkliche ist, – erscheint ... die Bewegung der Kategorien als der wirkliche Produktionsakt ... Dies ist ... wieder eine Tautologie ... (aber) soweit richtig, als die konkrete Totalität als Gedankentotalität, als ein Gedankenkonkretum in fact ein Produkt des Denkens ... ist) wird in Engels' (Brief an Mehring, 14. Juli 1893) Charakterisierung des ideologischen Prozesses verallgemeinert.

10 A. Gramsci: „Wahre Philosophien sind die ... Ideologien, welche durch ihre geschichtliche Expansivkraft ihre Wahrheit unter Beweis stellen". Davon sind die „abstrakt individuellen", „antihistorischen" Ideenkonstruktionen zu unterscheiden. Allerdings haftet der „Ausführung durch Individuen" – d.h. der philosophischen Ideologien *stricto sensu* – immer ein Moment des abstrakt-antihistorischen an. Das Mehr oder Weniger ist als historisch ermöglichtem und hergestelltem Grad der Wissenschaftlichkeit auszumachen. Aus dieser Sicht heraus werden hier Ideologien und Ideologiestrukturen prinzipiell als historische betrachtet, deren Gehalt in der formalen Ausformung der Texte (z.B. Wealth of Nations, Metaphysik der Sitten) *nicht* in dem Sinne erschöpfend auszuloten wäre, als ob die Texthermeneutik erklären könnte, *warum* und *wie* etwa Kant und Smith eben klassische Denker der bürgerlichen Epoche wurden.

11 Die Analyse philosophischer Texte als *corpora verborum* zeigt allgemein, daß ihre *Stringenz* (wenn vorhanden, versteht sich) sich für die deduktive Seite auf Konsequenzrelationen im weiten Sinne zurückführen läßt, niemals jedoch auf strenge Ableitbarkeit. Bekannt sind die „nihilistischen" Schlußfolgerungen aus dieser Einsicht,

nomischen — im *Kapital*, und besonders im Buch 3 und 4 („Theorien über den Mehrwert"), ist nicht etwa als „Entschleierung" irgend eines „falschen Bewußtseins" zu begreifen, sondern als Bestandteil der Analyse und der Konkretion und Darstellung des „Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion", dessen Form- oder Denkstrukturen im Bewußtsein der Produzenten (sowohl als „Religion des Alltagslebens" als auch als Reflexstruktur in der politischen Ökonomie) *widersprüchlicher und notwendiger Teil der Sache selbst* sind. Deswegen allein tendiert die klassische Reflexion der bürgerlichen Ökonomie, je mehr sie den „gang und gäbe Denkformen" in der „verhexten Welt" der „trinitarischen Formel" anhaftet, zur widersinnigen „Religion des Alltagslebens": so aber, wie wir sehen werden, daß *eine* wesentliche Struktur die *drei* Ebenen, des Alltagsbewußtseins der Produzenten, dessen vulgärökonomische Systematisierung und dessen teilweise kritische Auflösung in der klassischen Ökonomie, durchzieht. Dies geschieht nicht, weil die „entfremdeten Erscheinungsformen der ökonomischen Verhältnisse" als ein bloß „Gegebenes" die theoretische Widerspiegelung der Sache „äußerlich" „bedingten": sondern weil sie, als materielle Momente, *der Sache und der Widerspiegelung* zugleich innewohnen (12). Diese durchziehende Struktur ist als formale, als historische Matrize von Bewußtseinsgestalten und Bewußtseinsbildung, materieller *Teil* des objektiven Prozesses und zugleich Teil, der historisch massenhaft Widerspiegelung, Erkenntnis, Handeln der „Charaktermasken" des Prozesses selbst wurde (und noch wird): *pars specifica* also, die nur im geschichtlichen Widerspruch Annäherung an Wahrheit schuf, wobei die Art und Weise dieser Annäherung objektiv, sowohl massenhaft als auch in der Geschichte der Wissenschaft, in den Gußformen jener Struktur erfolgen mußte. Ebensowenig wie es kapitalistische Gesellschaftsformation je gab ohne kapitalistische (bürgerliche) Kulturrevolution, insofern als die Produzenten, durch Blut und Tränen und — Vernunft, zu *kapitalistischen* Produzenten gemacht werden mußten, d.h. auch an die „gesellschaftlich gültigen, also objektiven Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten Produktionsweise" (DK 1, 90) herangebracht werden mußten; ebensowenig ist auch die klassische politische Ökonomie im unverbindlichen Sinne Tochter des Kapitals, wie die unzulänglichen Bestimmungen der „Bedingtheit", des „Ausdrucks", oder auch der „Wechselwirkung" hier das historisch ohnehin Evidente ohne Begriff darlegen. Tochter des Kapitals ist die bürgerliche politische Ökonomie vielmehr als reflektierte Quintessenz jener subjektualen Strukturen der ÖGF, die als durchziehende ideologische Formalstrukturen im organischen Schein des Äquivalententausches und der Zirkulation überhaupt *zugleich* Moment des Kapitalverhältnisses sind und ununterbrochen Massenbewußtsein erzeugen — ein Massenbewußtsein, das durch die Erscheinungsformen des Wertes in der kapitalistischen Produktion nicht nur mit seiner formalistischen Systematisierung in der

---

die in der „naiven" Phase des Wiener Kreises gezogen wurden. G. della Volpe hat dagegen versucht (Kritik des Geschmacks, Teil 2, und vor allem Logica come scienza storica, in *Opere*, IV, bes. S. 418 ff.) eine „geschichtliche Philologie" zu begründen, die klassische philosophische Texte als *corpora verborum et rerum* dadurch wiederherstellt, daß ihre semantische Dimension als „omnikontextuale" (d.h. in einer endlosen Reihe von Texten) Bestimmtheit erfaßt wird. So wird z.B. möglich, das platonische Problem der Tautoeterologie mit dem „gleich-ungleichen" Problem (und Lösung) bei Aristoteles analytisch zu vergleichen, und aus der Analyse geschichtlich-wahre „Ergebnisse" herauszuschälen, ohne auf irgendeine mystische Kontinuität „des" Denkens zu rekurrieren.

12 Vgl. DK 3, 838 f., und hier w.u., §§ 3 u. 4.

Vulgärökonomie, sondern auch mit seiner „kritischen Auflösung" bei den Klassikern verklammert ist.

Diese Struktur ist — als theoretisch fixierte — die des *Kapitalfetischismus*. Es wird im folgenden versucht, einen Begriff dieser Formalstruktur darzulegen, die 1. die verschiedenen Ebenen der (historischen) Bewußtheit durchzieht, welche die Produktionsweise als Reproduktion ihrer selbst und ihrer Agenten materiell erzeugt (13); 2. den Warenfetischismus in sich subsumiert, als untergeordnetes Moment, da in der Tat das „Gesetz der Aneignung" der WZ „in sein direktes Gegenteil umschlägt" (DK 1, 609), *indem* aber das „Gesetz des Tausches", als „Gleichheit der Waren" (14), als *organischer Schein* beibehalten wird (15); 3. sich entwickelt als Gesamtheit von Erscheinungsformen in den „Gestaltungen des Kapitals", wie sie „auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst hervortreten" (DK 3, 33); 4. infolgedessen objektives Gesetz der Produktion und Reproduktion dieser Agenten als Arbeit, Zweck, Bewußtsein ist, wobei diese Momente *nicht abstrakt-allgemein sondern abstrakt-bestimmt* sind (da „Kapital" zwar eine ziemlich konkrete Abstraktion ist, und jedenfalls unendlich konkreter als „Ware", jedoch seine Konkretion erst in der „wirklichen Bewegung der Konkurrenz" (16) findet, d.h. in den historischen Blocks, worin die ÖGF tatsächlich in die Existenz trat, als bestimmte Klassenverhältnisse, nationale Kapitalismen usw.); 5. *als solche Formalstruktur ist der Kapitalfetischismus Struktur der Form möglicher Klassenhegemonien, sowohl in Hinblick auf die Produktion von Institutionen, Kultur usw., als auch, und folglich, als Produktion von Konsens oder kapitalistischem „sensus communis"*.

Die Erfassung und Rekonstruktion des Konkreten kann nur den Weg gehen, wo das reale Konkretum — so die ÖGF — im Fortschreiten der Konkretion für das genommen wird, was es *im Denken* ist: eine Abstraktion (wiewohl schon „Einheit vieler Bestimmungen"), die zugleich analytische Kategorie in bezug auf die nächste Konkretionsstufe ist, und als „einfache Abstraktion" Mittel der Konkretion in bezug auf die Rekonstruktion des Realen im Denken. Nur als Konkretion des „Kapitals" kann etwa der historische Block einer bestimmten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, mit ihren realen Klassenbewegungen und -verhältnissen, mit der Bestimmtheit ihrer Verwirklichung der Subjekte als Kultur im weitesten Sinne, also als klassenhegemoniale Gestalt der Reproduktion der Gesellschaft wie der Individuen, mit den subjektualen Reflexionsformen dieser Hegemonie als philosophische Ideologien usw., *begriffen* werden. Diese Konkretion bleibt aber leere Phrase, solange das subjektive Moment nur irgendwann in den Prozeß „hereingeholt" wird, wie in einer vulgären Theorie

13 Vgl. MEW, Bd. 3, S. 37 ff.

14 „Gleichheit der Waren" erzeugt „Gleichheit der Individuen", in der Reflexion als Personen, vgl. Marx: Grundrisse, S. 154 ff., insbes. S. 160: „... der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist ..." usw. Daher die Illusionen Sismondis, Proudhons usw., bis – heute noch – zu den „marxologischen" – aber tatsächlich: neoanarchistischen – Palinodien über die Entfremdung *der Individuen*, die in Wahrheit nicht als „Individuen" gedacht werden, sondern als „Personen" im besten christlich-bürgerlichen Sinne. Über die „christliche oder ursprüngliche Person" als Kategorie der Ideologiegeschichte vgl. G. della Volpe: Rousseau und Marx, Darmstadt 1975, Kp. I.

15 Vgl. z.B. DK 1, 593, und die Stellen aus Lenins „Volksfreunden" und „Philosophischen Heften" zit. W.K., Anm. 21.

16 DK 3, 839; und s. w.u. Anm. 20.

der „geschichtlichen Faktoren", und als ob die sogenannten „nichtmateriellen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens" überhaupt anders denkbar wären, als vermittels der Begründung in einer metaphysischen Anthropologie. (17) Die Konkretion, die von vornherein das Subjektive zwar mitdenkt, so aber, daß die Gesamtbewegung der geschichtlichen Substanz „Subjekt" ist, kommt notwendig dazu, geschichtlichen Prozeß und Struktur der denkenden Reflexion als eine — wenn auch in sich vermittelte = selbstbegründende Einheit der Idee zu postulieren. Nur indem die Einheit des wissenschaftlichen und des anthropologisch-geschichthaften (oder, wie K. Löwith es formulierte: onto-theo-logischen) Vermittlungsprozesses gesprengt wird, wird es möglich, die mystische Form der Dialektik von der materialistischen abzusondern. Ebenso aber in dem Maße, wie dies gelingt, ist die naturhafte Ewigkeit der bürgerlichen Verhältnisse in ihrer Selbstreflexion kritisch und systematisch — als historisch notwendige Subjektform eines geschichtlich notwendigen und ebenso vergänglichen Gesamtkonkretums: des Kapitals — zu erfassen.

„Wenn wir nicht in der Gesellschaft w i e s i e i s t — schreibt Marx 1857 — die materiellen Produktionsbedingungen und die ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie." Für die materialistische Theorie der Ideologie dürfte gelten, daß wenn wir in den subjektualen Gestalten der bürgerlichen Zeit, wie sie sind, den Widerspruch als Bestimmtheit, materielle Diskretheit der Form *als Form* nicht ausmachen, so bleibt uns nur die subjektivistische Willkür übrig, die dem positivistischen Wissenschaftsbetrieb gegenüber den Anspruch auf Revolutionierung der Wissenschaft geltend zu machen weiß, nicht aber eine materialistische Wissenschaft der Erkenntnis, die auch jenen Wissenschaftsbetrieb in seinem historischen Ursprung wie in seiner theoretischen Struktur reflektierend erklärt.

II.

Bei der Rekonstruktion der in den Sachen selbst gewordenen Totalität — historisch-widersprüchlicher „Vereinheitlichung des Menschengeschlechts" (Gramsci), Subsumtion vorhergehender ebenso „materieller" wie „geistiger" Gestalten unter die Formen des Kapitalverhältnisses (was den „Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion" ausmacht) — geht Marx bekanntlich so vor, daß er eine Reihe von allmählich immer komplexer werdenden Abstraktionen oder Formen konstruiert (18): Ware und Warenproduktion, Wertform, Geld,

17 Vgl. die Skizze der Entstehung und vorwissenschaftlicher Geltung der „Halbdoktrin" der „Faktoren" bei A. Labriola: Über den historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1974, S. 176 ff. Andererseits wird hier die „materialistische Auffassung", welche den gesellschaftlichen Prozeß eben nicht mehr in einfach „Elemente" auflöst (S. 194), noch als „Höhepunkt" betrachtet, in dem die reflektierte Vereinheitlichung der historischen Prozesse gipfelt (S. 190). Wir befinden uns also hier noch in der Phase der „Bekräftigung" der philosophischen Unabhängigkeit des Marxismus, noch nicht bei der Entfaltung dieser Unabhängigkeit als „wissenschaftlichen Konstruktion", die in der Phase der „theoretischen und praktischen Entwicklung des Hegemoniebegriffs" (oder des Leninismus) historisch notwendig und möglich wird (vgl. A. Gramsci: Quaderni del carcere, 1975, S. 1249).

18 Zum „Prinzip des abnehmenden Abstraktionsgrades" und seinem Verhältnis zur wissenschaftlichen Rekonstruktion der Erscheinungsformen der Oberfläche ÖGF, s. P. Dobias: „Zur Struktur des Marxschen Systems", in: Aspekte der Marxschen Theorie, Nr. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 230 ff.; im gleichen Band, der der „methodischen Bedeutung des 3. Bandes des ‚Kapital'" gewidmet ist, s. auch Alfredo Medio: „Profit und Mehrwert, Schein und Wirklichkeit in der kapitalistischen Produktion", S. 277 ff.; eine gute Kritik der Interpretation Rosdolskys zu dem hier interessierenden Problem bietet W. Schwarz: „Das ‚Kapital im allgemeinen' und die ‚Konkurrenz' im ökonomischen Werk von K. Marx", in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Nr. 1, Frankfurt/M. 1974, besonders S. 228-230. Grundlegend sind die Arbeiten von W.S. Wygodski: Die Geschichte einer großen Entdeckung, Berlin(West) 1970, und: Il pensiero economico di Marx, Roma 1975. Die erste Arbeit ist eine Rekonstruktion der „Vollendung der Werttheorie" durch die „Oberflächen"kategorien (Durchschnittsprofit usw.), die sich bei Marx vor allem im Manuskript von 1861/63 findet. Auf diese philologische Rekonstruktion sei für viele Momente verwiesen, die in diesem Aufsatz nur angedeutet werden.

19 DK 3, 839: „Wir (gehn) nicht ein auf die Art und Weise, wie die Zusammenhänge durch den Weltmarkt, seine Konjunkturen, die Bewegung der Marktpreise, die Perioden des Kredits, die Zyklen der Industrie und des Handels, die Abwechslung der Prosperität und Krise ... als ... Naturgesetze erscheinen ... weil die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unsers Plans liegt und wir nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen haben". Vgl. aber auch, wie der „ideale Durchschnitt" von Aspekten des Unterschieds der Löhne absehen muß (DK 3, 152), wie die Wertsteigerung und Entwertung usw. des konstanten Kapitals das „Kreditwesen ... und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, der überhaupt ... Basis und ... Lebenssphäre der kapitalistischen Produktionsweise ist", voraussetzen: auch hier bleiben „diese konkreteren Formen der kapitalistischen Produktion ... die nur umfassend dargestellt werden können, nachdem die allgemeine Natur des Kapitals in ihrem Begriff verstanden ist" außerhalb „des Plans ... unseres Werks" (DK 3, 120). Das gilt auch für das Verhältnis zwischen den Zirkulationsformen und ihrem Sichüberschneiden mit der „wirklichen Konkurrenz" (DK 3, 53 f.). Vgl. die „Einleitung" zum dritten Abschnitt in DK 2, 351 ff. Wie die Schwierigkeit der ganzen Theorie der Marktwerte (DK 3, Kap. 10) aus dieser „Überschneidung" folgt, wird weiter unten kurz angedeutet; s. aber A. Medio, a.a.O., S. 285 ff.

20 Vgl. DK 3, 340, sowie die „zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein auszeichnen", die im 51. Kapitel des dritten Bandes resümiert werden (MEW, Bd. 25, S. 886 ff.).

Selbstbewegung der Geldform, Subsumtion des einfachen Arbeitsprozesses unter sie, kapitalistische Warenproduktion und Kapitalform; Selbstbewegung der Kapitalform, Subsumtion der Produktivkräfte unter das Kapital, absoluter und relativer Mehrwert, kapitalistische Akkumulation; Kreisläufe des Kapitals, Zirkulations- und Umschlagszeit; einfache und erweiterte Reproduktion des Gesamtkapitals; schließlich — im Übergang von der Bewegung *des* Kapitals zur Bewegung *der* Kapitale — Verwandlung des Mehrwerts in Profit und Durchschnittsprofit, Theorie der Profitrate, der Krisen, des Zinses, der Rente usw. Diese Rekonstruktion des Konkreten als „geistig Konkretes" bietet bekanntlich einen „ideellen Durchschnitt" jener Totalität in ihrer transitorischen Notwendigkeit, dh. Einheit, Historizität und Widerspruch, abgesehen von der „realen Bewegung der Konkurrenz" oder den tatsächlichen historischen Gestalten der verschiedenen Kapitalismen (19). Es handelt sich hier nicht nur um die Tatsache, daß — ausgehend vom *historischen Prozeß* der Verallgemeinerung der Warenproduktion, d.h. der Verwandlung der Arbeitskraft in Ware — die Theorie die *Kategorien* der (kapitalistischen) *Produktionsweise* als „typischer Form" konstituieren muß. Das ist zwar begrifflich entscheidend (denn in der kapitalistischen Produktion „(hat) die Zirkulation sich ... der Produktion bemächtigt" und „(verhält) sich zu ihr als gegebner Voraussetzung. Andrerseits ... (hat) der Produktionsprozeß die Zirkulation ... als bloßes Moment in sich aufgenommen" (20)); hinzu

kommt aber auch, daß die Theorie voraussetzen muß, „daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln" — d.h. ohne auf Reibungen zu achten, die von „lokalen Differenzen" ausgelöst werden, von Besonderheiten der Gesetzgebung usw. „In der Wirklichkeit" gibt es nur eine Annäherung an jene Gesetze, auch wenn „diese Annäherung um so größer (ist), je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist" (DK 3, 184).

Für den, der in der Marxschen Konkretion die Bestimmung der der kapitalistischen ÖGF eigenen Gestalten möglicher Subjektualität verfolgen will (auf der genannten Abstraktionsebene) — um so *funktionale Instrumente zur Analyse der Gestalten der Subjektualität der realen Kapitalismen und der entsprechenden historischen Blöcke zu gewinnen* — für den ergeben sich aus diesen beiden Besonderheiten der Marxschen dialektischen Konstruktion einige Schwierigkeiten. Ich werde versuchen, sie hier in vier Punkten überblicksweise zu resümieren, ohne auf die Geschichte der Divergenzen (und Mißverständnisse) einzugehen, zu denen diese Schwierigkeiten sowohl in der „ökonomischen" als auch in der „philosophischen" Interpretation des „Kapitals" Anlaß gaben.

1. Es ist gerade die Rekonstruktion des Systems der kapitalistischen Produktion als „ideeler Durchschnitt" — sozusagen der vertikale Schnitt durch den in seiner „reinen Form" betrachteten Prozeß —, die — nachdem so der „innere Zusammenhang" der Wertverhältnisse rekonstruiert worden ist — es auch gestattet, schrittweise jene „Oberfläche der Gesellschaft" theoretisch zu gewinnen, worin jener Zusammenhang verschwindet, die aber das „gewöhnliche Bewußtsein" der Agenten der kapitalistischen Produktion notwendig bestimmt (DK 3, 836). Der vertikale Schnitt durch das System ist jedoch Gesetz eines *Prozesses:* nicht nur im Sinne der „ökonomischen Entwicklung" (obwohl es ein wesentlicher *Inhalt* ist, daß z.B. „die tatsächlich große Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit erst in dem Moment beginnt, in dem sie in Lohnarbeit verwandelt wird und die Arbeitsbedingungen ihr einerseits als Grundeigentum und andererseits als Kapital gegenüberstehen" (MEW 26/1, 41), sondern im Sinne eines Veränderungsprozesses der Vergesellschaftung, welcher in allen seinen (begrifflich gefaßten) Phasen neue Gestalten der *totalen* gesellschaftlichen Existenz hervorbringt. (Die „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" ist „Anatomie", insofern sie Ort der Kausationen (21) innerhalb dieser Totalität ist, und bereits dies unterscheidet den Marxschen Ansatz auch heute vom Ricardianischen (22)).

2. Die berühmte Formel, mit der die Darlegung des „allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation" schließt, ist darum nicht nur die Ankündigung des Übergangs zu einer neuen Gesellschaftsformation dank der Widersprüche der gegenwärtigen, die zur „Expropriation der Expropriateure" führen werden; sie ist auch das Resümee einer Widersprüchlichkeit, die durch *alle* Gestalten der Konkretion geht, sowohl als Inhalte, als auch als Formen. Denn die Inhalte — die kurz in der „Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit" zusammengefaßt werden können und Existenzweisen von Menschen, Klassen und Gesellschaften im allgemeinen sind —, haben keine Existenz außer in jenen Formen. (Die „historische Mission des Kapitals", wie man zu sagen pflegt, ist nicht von seiner Notwendigkeit und seinem transitorischen Charakter zu trennen). Daraus ergibt sich, daß, eben weil und insofern die *Werttheorie* es ermöglicht, den Profit als *Mehrwert* zu zeigen (23), alle Kategorien, durch die die Konkretion fortschreitet, von „spezifisch kapitalistischer Produktionsweise" bis hin zu „Profitrate" usw., weder auf Theorien des „ökonomischen Gleichgewichts" usw. zurückgeführt werden können, noch auf Philosopheme über „die" Gesellschaft und „die" Beziehungen „der Menschen" im allgemeinen (24), wie ausgeklügelt auch immer die Vermittlung *post festum* der beiden Elemente sein mag. Jene Marxschen Kategorien sind Formen (eben insoweit sie Kategorien sind, versteht sich) der historischen Existenz.

3. Die „zwei großen Entdeckungen von Marx", von denen Engels spricht — materialistische Theorie der Geschichte und Mehrwerttheorie —, entwickeln sich in wechselseitiger Verschränkung (25). Bereits in seiner „abstraktesten und allgemeinsten" Gestalt, als Wertform des Arbeitsprodukts (in der die „bürgerliche Produktionsweise ... als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird" (DK 1, 95)) ist der *Wert* Existenzform der gesellschaftlichen Reproduktion. Die Warenproduktion — die „privaten, selbständigen und voneinander unabhängigen Produzenten" vorausgesetzt — produziert sowohl die „gemeinsame Substanz der menschlichen Arbeit", ihren Reflex in den Produzenten als (freien, gleichen usw.) „Personen", und die fetischistische Objektivität jener Substanz als ihrer Interaktionsweise usw. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, ausgehend von der Ware (26) das „System-in-der-Entwicklung" ideell zu konstruieren. Als Ausgangspunkt wird der „Austausch von Äquivalenten" genommen, um so zur „vollständigen Umwälzung" aller Gesetze der WZ (DK 1, 170, 608 ff.) in der *Form des Kapitals* zu gelangen, die aber die WZ als ihr Element beibehält, und im allgemeinen Sinne Warenproduktion darstellt: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen KPW herrscht, erscheint als eine ‚ungeheuere Warensammlung'", usw.

21 Vgl. W.I. Lenin: „Was sind die ‚Volksfreunde' ...", in: LW 1, S. 130 ff., 158 ff., „Philosophische Hefte", LW 38, 142 (Gesetz und Wesen), 162 (Erscheinung und Wesen).

22 Vgl. A. Medio, a.a.O., S. 284. Im gleichen Band G. Pilling: „Das Wertgesetz bei Ricardo und Marx", S. 300-336. S. die Beobachtungen von S. Casiccia: Lavoro, valore e prezzo nella teoria di Marx, Bari 1973, über die „qualitative Natur des Werts", S. 81, 85, 91, sowie die Beiträge von D.M. Nuti und L. Meldolesi in: Il dibattito su Sraffa, hrg. von F. Botta, Bari 1974.

23 Vgl. L.v.Bortkiewicz: „Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des ‚Kapital'", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena 1907, III. Folge, 34. Band, S. 319: auch wenn „jene einfache Beziehung zwischen ς ... (Profitrate) und q_o (gesellschaftliches Gesamtkapital)" – so schließt Bortkiewicz – inadäquat ist, *folgt doch daraus nicht*, „daß die Profitrate von der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im allgemeinen nicht abhänge"; dies ist aber die Grundlage der anti-ricardianischen Analyse aus MEW 26/2, 22 ff., die später im DK 3, Kap. 8, entwickelt wird.

24 W.I. Lenin: „Volksfreunde ...", LW 1, 138: „Die apriorischen Theorien ... über Gesellschaft und Fortschritt im allgemeinen" beweisen nur, daß mit solchen Fragestellungen zu beginnen, „mit dem Ende" zu beginnen heißt. – S. die brillante Analyse dieser Passagen, die L. Coletti: Marxismus und Soziologie, Berlin(West) 1972, zu der Zeit lieferte (ital. Ausg. S. 5), als er – unter dem Einfluß von della Volpe – sich dem dialektischen Materialismus annäherte: Wie in jenem Text die Instanz der materiellen *Diskretheit* jene der materiellen *Einheit* zurücktreten ließ, ergibt sich aus den Engels-Zitaten (a.a.O., S. 7).

25 W.S. Wygodski: Die Geschichte einer großen Entdeckung, Berlin(West) 1970, S. 15; vgl. W. Tuchscheerer: Bevor das ‚Kapital' entstand, Berlin 1968: meines Wissens die genaueste Analyse der Verknüpfung von philosophischen Fortschritten und Fortschritten der Werttheorie bei Marx in der Periode 1843 bis 1858.

26 K. Marx: Randglossen zu A. Wagner ..., MEW 19, 358: Wagner vergißt, „daß weder ‚der Wert' noch ‚der Tauschwert' bei mir Subjekte sind, sondern die *Ware*".

4. Der Übergang von der Warenform zur Kapitalform *stellt* deshalb in der Konkretion *eine neue Existenzweise* der Arbeit *dar*, der menschlichen Beziehungen im allgemeinen und damit der Menschen selbst („So wie die Individuen ihr Leben äußern, so *sind* sie", heißt es schon in der „Deutschen Ideologie"!); folglich auch — bezogen auf unser Problem — eine neue Bestimmung der der KPW eigentümlichen (möglichen) Formen der Subjektualität. Dies sowohl hinsichtlich ihres Begriffs (Ort der Kausation) als auch, in der Folge, des Gebrauchs dieser Formen als analytische Instrumente. Zunächst aber: eine *schematische Darstellung* dieses Übergangs ist notwendig, bereits für das Verständnis dessen, was „spezifisch kapitalistische Produktionsweise" heißt, und folglich der Elemente, die an einem *bestimmten* Punkt der Konkretion es erlauben, die Gestalten der KPW zu entwickeln — das „Spiel ihrer Mechanismen" einmal vorausgesetzt (27). Bei einer solchen schematischen Darstellung besteht jedoch die Gefahr (28), den Prozeß mit allgemeinen philosophischen Phrasen auf „Ware" und „Kapital" zu reduzieren. Hier geht es darum, zu zeigen, wie der Kapitalfetischismus (als Formalstruktur historischer Subjektualität) sich entfaltet, und ich versuche, dieser Gefahr dadurch zu begegnen, daß die Formen, in denen jener Fetischismus sich unmittelbar entwickelt, nachgezeichnet werden. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß der Kapitalfetischismus aus der *gesamten* Kapitalform „in ihrem Begriff" resultiert, so wie der Warenfetischismus aus der *gesamten* „Wertform des Produkts" resultiert, und nicht aus *einem* ihrer Aspekte (im Gegenteil: die Reduktion der Wertform auf das bloße Wertmaß ist eine klassische „fetischistische" Operation (29). Infolgedessen bleibt außerhalb meines Untersuchungsfeldes die Betrachtung der tatsächlichen historischen Entwicklung jener Formen in den realen Kapitalismen, im jeweiligen Entwicklungsgrad der KPW und ihrer Kombination mit älteren Formen usw., auch wenn gera-

27 Die Existenz der KPW wird im allgemeinen durch die reale Subsumtion der Arbeit hergestellt. Sie ist *als solche vorausgesetzt* zum ersten Mal in Abschnitt VII des ersten Bandes (Theorie der Akkumulation). Die ihr vorausgeschickten Abstraktionsklauseln (*Realisation* des *Werts* der Ware durch den Kapitalisten, sein Eigentum am gesamten Mehrwert; (DK 1, 590) werden später allmählich aufgehoben: vgl. das Schema der Konkretion, wo „der Form- und Stoffwechsel, den das Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre durchmacht", nicht mehr vorausgesetzt, sondern analysiert wird als Kreislauf und Umschlag individueller Kapitale und später des Gesamtkapitals – DK 2, 352. Die Klausel, die sich auf die Realisation des Werts bezieht, kann aufgehoben werden, wenn „die Verwandlungen ... die wir in Buch II betrachtet", „im tatsächlichen Zirkulationsprozeß" und der Konkurrenz der Kapitale gesehen werden (DK 3, 53), d.h. in den Abschnitten I und II des dritten Bandes. Die Klausel, die sich auf den Mehrwert bezieht, der sich ja in Unternehmergewinn, Zins und Rente aufteilt, wird in den Abschnitten V und VI des dritten Bandes aufgehoben, wie Marx schon im ersten Band ankündigt.

28 „Worum es sich in diesem ... Buch handelt", schreibt Marx am Anfang von „Kapital III", „kann nicht sein, allgemeine Reflexionen ... anzustellen" über die Einheit von Produktion und Zirkulation im „gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß"; „es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals ... hervorwachsen" (DK 3, 33). Vgl. die Ausführungen von Marx zu diesen „allgemeinen" Betrachtungen in den „Grundrissen", S. 226.

29 Vgl. MEW 26.2, S. 161 ff. „Ricardo geht aus von der Bestimmung der *relative values*" der Waren durch die „quantity of labour" ... und untersucht alle „übrigen ökonomischen Verhältnisse, Kategorien" usw. auf der Grundlage dieser „Bestimmung der *Wertgröße* der Ware". Die „*Gestalt*, die besondere Bestimmung der Arbeit als Tauschwert schaffend..." untersucht er jedoch *nicht*. Vgl. DK 1, 539: „Wo er (Ricardo) von der Produktivität der Arbeit spricht, da sucht er in ihr nicht die Ursache des Daseins von

de dies die Objekte sind, die der Begriff der KPW zu analysieren (und weiterzuentwickeln — man denke nur an die Imperialismustheorie) erlaubt, und auch wenn dies *a fortiori* für die Formalstruktur des Fetischismus gilt, der natürlich *nie* soziologische Beschreibung von Verhaltensweisen ist, sondern analytisch-funktionale Kategorie.

Die Artikulation der Formen, in denen der Kapitalfetischismus entsteht, läßt sich zurückführen auf: a) das Verhältnis zwischen EWP und dem unmittelbaren Produktionsprozeß des Kapitals; b) die Folgen der dialektischen Negation der Gesetze der WZ in der KPW, was den *modus operandi* des Wertgesetzes betrifft („Der Austausch von Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten erfordert ... eine viel niedrigre Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist" (DK 3, 186); c) das Verhältnis, das sich „im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion" herausbildet zwischen „Oberflächen-Kategorien" (die reale Erscheinungsformen von jenem sind) und dem doppelten Schein der Zirkulation im allgemeinen (als Beziehung zwischen bloßen Käufern und Verkäufern) und der Konkurrenz (als Beziehung zwischen kapitalistischen Warenproduzenten).

III.

Der *kapitalistische* Produktionsprozeß für sich genommen „als unmittelbarer Produktionsprozeß ... erschöpft nicht den Lebenslauf des Kapitals". In der „wirklichen Welt" (bei deren Analyse also die Konkretion dieses unmittelbaren Produktionsprozesses als Werkzeug dient) wird er durch den Zirkulationsprozeß ergänzt. Nachdem dies nun ausgeführt ist, gilt aber: „In ihrer wirklichen Bewegung treten sich die Kapitale in solchen konkreten Formen gegenüber, für die die Gestalt des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß, wie seine Gestalt im Zirkulationsprozeß, nur als besondere Momente erscheinen" (DK 3, 33).

Die Abstraktionsklausel im ersten Teil der Untersuchung kann also folgendermaßen ausgedrückt werden: die „Vermittlung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses", die als Zirkulationsprozeß *erscheint*, wird auf die weitere Konkretion (im 2. und deren Vollendung im 3. Band) verwiesen; im ersten Stadium der Konkretion oder im 1. Band werden „die" Kapitale unter das eine Kollektivum „Kapital" subsumiert. Wo jene Klausel die weitere Ausarbeitung einschränkt (dies geschieht schon im 1. Band bei der Definition der organischen Zusammensetzung, dann im 2. Band bei der Umschlagstheorie), müssen die Be-

Mehrwert, sondern nur die Ursache, die seine Größe bestimmt." – Zum Zusammenhang von Ricardos Geldtheorie und den Illusionen des kleinbürgerlichen Sozialismus s. besonders MEW 26.3, S. 484 f., sowie die „Grundrisse", S. 160: „den Sozialisten ... die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochnen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft nachweisen wollen ... ist zu antworten: daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit" (Hervorhebungen A.M.). Zur theoretischen Bedeutung der Kritik der Ricardoschen Geldtheorie und der damit zusammenhängenden Analyse des Ricardoschen Sozialismus in der Entwicklung der Marxschen Werttheorie vgl. Wygodski, a.a.O., Kapitel 4 und 5, sowie Tuchscheerer, a.a.O., S. 306-326. Eine Andeutung findet sich auch im sechsten Abschnitt dieses Aufsatzes.

griffsbestimmungen und Gesetze, die Marx nach und nach erarbeitet, auch in der *Darstellung* unter Verweis auf die höhere Ebene der Konkretion formuliert werden, nämlich auf die Ebene der „Einheit von Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß" oder des wirklichen „Bewegungsprozesses als Ganzem" (30). Aber dieser in bezug auf den „wirklichen" Prozeß „als Ganzem" relativ abstrakte Charakter des 1. Bandes des „Kapital" erlaubt es hinsichtlich der Frage, die uns hier interessiert, zwei grundlegende Ergebnisse zu formulieren.

Erstens: gerade die (notwendige) Abstraktionsklausel und Voraussetzung der Darstellung, kraft derer „die " Kapitale in *„ihrem"* Produktionsprozeß auf der Konkretionsebene des „Produktionsprozesses des Kapitals" genommen werden, erlaubt es, die Genese des Kapitalverhältnisses *aus dem Wert* aufzuzeigen (31) und also die „spezifisch kapitalistische Produktionsweise" oder die „reelle und nicht nur die formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital" in den *gewordenen Formbestimmungen* des Kapitalverhältnisses anzugeben: Produktion von absolutem und relativem Mehrwert (V Absch.), Verwandlung von Mehrwert in Kapital und Akkumulation (VII Absch.). „... Die Produktion des absoluten Mehrwerts ... bildet die allgemeine Grundlage des kapitalistischen Systems und den Ausgangspunkt der Produktion des relativen Mehrwerts. ... die Produktion des relativen Mehrwerts revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen" (DK 1, 532 f.). Mit dieser „reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital" und während sie sich gleichzeitig der „entscheidenden Produktionszweige" bemächtigt, wird „die spezifisch kapitalistische Produktionsweise ... allgemeine, gesellschaftlich herrschende Form des Produktionsprozesses" (DK 1, 533).

Wir werden bald darauf zurückkommen, daß dies offensichtlich das Schema — und nicht die Beschreibung — einer historischen Entwicklung ist. Aber die Zurückführung dieser Entwicklung auf einen Begriff, dargestellt als Umwandlung der Formen, stellt ein Verhältnis von Theorie und Empirie her, durch das im Prozeß der Gliederung des Besonderen in der Form und ihrer Umwandlung das Besondere als materielle Diskretheit und in *seiner* realen Gliederung rekonstruierbar wird. Zwar entspringt „das Kapitalverhältnis ... auf einem ökonomischen Boden, der das Produkt eines langen Entwicklungsprozesses ist. *Die vorhandene Produktivität der Arbeit*, wovon es als Grundlage ausgeht, ist nicht Gabe der Natur, sondern einer Geschichte, die Tausende von Jahrhunderten umfaßt." (DK 1, 535) Aber es ist nicht notwendig, „mystische Vorstellungen" mit

30 MEW 25, S. 33. Auch wenn die Marx-Philologie den Legenden Lorias (s. aber auch Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 96-99) über das Verhältnis zwischen dem ersten und dem dritten Band des „Kapital" endgültig ein Ende gesetzt hat, so ist doch das Problem der weiteren im dritten Band vorgenommenen *Konkretion* offen. Die „vertikale" Konkretion der Gestalten des Systems kann nicht *unmittelbar* eine Reihe formal aus seinen Gesetzen abgeleiteter Aussagen ergeben, welche das Verhalten der Handelnden „in" der Konkurrenz in einem formalisierten, kohärenten und vollständigen Aussagensystem ausdrücken könnten: denn die Gesamtheit dieser Verhaltensweisen als *Verhaltensweisen von Warenproduzenten* ist in logisch-formalem Sinne *widersprüchlich*. G. Pilling (a.a.O., S. 313) schließt daraus gegen Sweezy, Mandel und Dobb, daß „nur die Gesellschaft (kann) ... Rechnungsführer der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit sein". Vgl. auch die Feststellungen von J. Zeleny über den „Begriff" der kapitalistischen Produktionsweise in: Die Wissenschaftslogik und das ‚Kapital', Frankfurt/M.-Wien 1973, S. 62 ff. Dagegen nimmt F. Eberle in: Aspekte der Marxschen Theorie 1, a.a.O., S. 363 ff., Stellung; für ihn würde eine solche Interpretation ein „Prinzip von Indeterminiertheit" implizieren.

31 Vgl. DK 1, 742 und „Grundrisse", S. 170.

dieser „vorhandenen" naturwüchsigen und spontanen Produktivität der Arbeit zu verbinden (32), denn „faßt man ... die Bewegung des Mehrwerts ins Auge" (a.a.O., 534) (entwickelt man also nun die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise *als solche*, auf der neuen Stufe der Konkretion, die die „reelle Subsumtion der Arbeit" bezeichnet, und die die dialektische Beziehung von Kooperation/kapitalistische Kooperation, Maschinen/kapitalistische Nutzung der Maschinen usw. umfaßt), so verschwindet die scheinbare *„Einerleiheit"* der Elemente des Mehrwerts: sobald die KPW „einmal hergestellt und die allgemeine Produktionsweise geworden, macht sich der Unterschied zwischen absolutem und relativem Mehrwert fühlbar, *sobald es gilt, die Rate des Mehrwerts überhaupt zu steigern*" (DK 1, 534). D.h.: insofern „die Notwendigkeit, eine Naturkraft gesellschaftlich zu kontrollieren", welche „die entscheidendste Rolle in der Geschichte der Industrie" überhaupt spielt (a.a.O., 537), nun untersucht werden kann als *spezifische Dialektik* der KPW (mit ihren Momenten Inhalt/Form, Wesen/Erscheinung usw.), wird diese „Notwendigkeit" (die *für sich genommen* ein *nomen abstractum* ist, eine heuristische Bezeichnung, sicher unumgänglich, aber von geringem analytischem Erkenntniswert, wenn nicht gar Produkt der falschen „philosophischen" und „idealistischen" Diairesis, wie „die" Arbeit im allgemeinen, „die" Gesellschaft im allgemeinen usw.) — zu etwas ganz anderem. „Die kapitalistische Produktion einmal vorausgesetzt" werden die unter ihre Form subsumierten Inhalte zu Bestimmtheiten, die analysierbar und rekonstruierbar sind: „Naturbedingungen der Arbeit", „Bodenfruchtbarkeit", Umfang der disponiblen „Arbeiterbevölkerung" — kurz: die *geschichtliche* Bewegung von Menschenmassen, sowie ihre Lebensumstände und Lebensäußerungen werden nun einem Diskrimen unterworfen, das sie zu spezifischen, also wissenschaftlich erkennbaren Gegenständen macht. (33)

32 „Mystische Vorstellung" ist hier die unbestimmte Abstraktion des Arbeitsprozesses, wo z.B. die Produktivität „der" Arbeit verglichen wird mit der „absoluten Fruchtbarkeit des Bodens", in einem Kurzschluß, der die „Naturbedingungen der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit" außer Acht läßt und ebenso ihre historische Entwicklung in bestimmten gesellschaftlichen Formen, wodurch z.B. „mit dem Fortschritt der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit die Proportion (der Gesellschaftsteile, die von fremder Arbeit leben, und der Masse der unmittelbaren Produzenten) absolut und relativ (wächst)", usw. (DK 1, 534 ff.). Bei aufmerksamer Lektüre zeigt sich, daß schon im fünften Abschnitt des ersten Bandes die sukzessive Untersuchung der Hypothesen über die Produktionsbedingungen von absolutem und relativem Mehrwert die verschiedenen Möglichkeiten als diskret bestimmte Momente der zum Kapital entwickelten Wertform unterschiedlich darstellt – ebenso wie später bei dem Wiederaufgreifen des Verhältnisses von Gebrauchswert und Wert der Waren in der entwickelteren Form des *Marktwerts* (DK 3, Kap. 10). „Mystisch" im allgemeinen ist es, das Verhältnis von „Mensch und Natur", „Arbeit und Nutzen" unabhängig von einer bestimmten Gesellschaft zu nehmen (philosophisch: zu begründen), also für die kapitalistische Gesellschaft: unabhängig von der Subsumtion/Bestimmung all dieser Momente durch das Wertgesetz.

33 Dies wird – auf der erreichten Konkretionsebene – im sechsten Abschnitt („Der Arbeitslohn") entwickelt. Der Lohn ist „Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, (worauf) alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten (beruhn)", „alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie". (DK 1, 562) Dies ist als direkter Verweis auf die Akkumulationstheorie (vgl. insbes. DK 1, 605-14) und über diese auf jene über die Durchschnittsprofitrate (vgl. insbes. DK 3, 177 ff.) zu lesen. Der Verweis betrifft den fetischistischen Schein, jedoch als *organischen* Schein:

Zweitens (wir bewegen uns noch immer auf der Abstraktionsebene des ersten Bandes): Das erörterte Verhältnis der Formen macht auch die Bedingungen der Subjektualität (und des Überbaus im allgemeinen) zu spezifischen Erkenntnisgegenständen. Dies deutet sich im gleichen Abschnitt an. Tatsächlich sind die „verschiedene Formeln für die Rate des Mehrwerts" (d.h. für das *mobile reale*, für die Selbstbewegung des Kapitals und ihre Gesetzmäßigkeiten zumindest bis zum bislang entwickelten Stand) nicht einfach „eine Rubrik, die nur in der kapitalistischen Buchführung existiert" (34): und auch nicht einfach theoretische „Fehler". „Die Darstellung von Mehrwert und Wert der Arbeitskraft als Bruchteilen des Wertprodukts" — d.h. die Verwechslung von Produktenwert und Wertprodukt — „*versteckt* den spezifischen Charakter des Kapitalverhältnisses" (Austausch des variablen Kapitals mit der Arbeitskraft); sie erwächst „aus der KPW selbst" und ihre „Bedeutung (wird) sich später erschließen" (d.h. in den Erscheinungsformen des Kostpreises und der Profitrate) (DK 1, 555). Das variable Kapital ist „*besondere historische Erscheinungsform*" ... des Arbeitsfonds (der als solcher auch jenseits des Kapitalismus notwendig ist). Dieses Verhältnis von Wesen und Erscheinung formt sich nun aus in einem Verhältnis *spezifischen Scheins*, ein Schein, der für die kapitalistische Produktion *organisch notwendig* ist, und den Marx im VII. Abschnitt („Der Akkumulationsprozeß des Kapitals") deshalb entwickeln kann, weil hier die Konkretion bis zu dem Punkt fortgeschritten ist, wo: a) der kapitalistische Produktionsprozeß in seiner Kontinuität, als Reproduktion, und b) die Verwandlung des Mehrwerts in Kapital als spezifischer *modus operandi* der KPW betrachtet werden kann, als Gesetz ihrer Selbstbewegung auf der Ebene der Form und damit als reale historische Gestalt sowohl des gesellschaftlichen Stoffwechsels „auf der stofflichen Seite" als auch der kapitalistischen Expansion der Produktivkräfte (35).

Wie in der KPW „der Arbeitsprozeß ... als ein Mittel für den Verwertungsprozeß erscheint, so die Reproduktion nur als ein Mittel, den vorgeschoßnen Wert

Vgl. die Passagen in DK 3, 158-163, über das Dilemma zwischen „Wertgesetz" (der einfachen Warenproduktion) und „wirklicher Bewegung, tatsächlichen Erscheinungen der Produktion" (s.u., Teil V). Vgl. auch die Absurdität des Ausdrucks „Preis der Arbeit", die (DK 1, Kap. 17) bezüglich der *klassischen* Ökonomie erörtert wird, mit der „verstandesmäßigen Verdolmetschung" der Sache im „gelben Logarithmus" der trinitarischen Formel (DK 3, Kap. 48), worin sich die Produktionsverhältnisse „auszudrücken scheinen (müssen)" (DK 3, 833 f.), wenn der einfache Arbeitsprozeß mit Mehrwert produzierender Arbeit gleichgesetzt wird.

34 DK 3, 34. Die Passage lautet weiter: „Die Verselbständigung dieses Wertteils (des Kostpreises) macht sich in der wirklichen Produktion der Ware fortwährend praktisch geltend, da er aus seiner Warenform durch den Zirkulationsprozeß stets wieder in die Form von produktivem Kapital rückverwandelt werden, der Kostpreis der Ware also beständig die in ihrer Produktion verzehrten Produktionselemente rückkaufen muß". Vgl. Wygodski, a.a.O., Kap. 7, zur direkten Entwicklungslinie von der Analyse des Mehrwerts zur Analyse des Profits als seiner *Erscheinungsform* und des *Kapital*fetischismus, wie sie sich in der Kritik an Smith und Ricardo 1862-63 herausbildet.

35 Hier liegt der Ausgangspunkt dafür, daß die Aufteilung des „jährlichen Produktionsfonds" („Gesamtmasse der Gegenstände aller Art, worin die Gesamtsumme der Einzelkapitale oder das gesellschaftliche Gesamtkapital im Laufe des Jahres sich verwandelt und wovon jeder Einzelkapitalist ... einen aliquoten Teil in Händen hat") in Subsistenz- und Produktionsmittel sich auf der einen Seite als „stoffliche Zirkulation" vollzieht, auf der andern als Metamorphose des Kapitalwerts, d.h. daß – unter dem Gesichtspunkt der Konkretion – die Gesamtbewegung begrifflich bestimmt wird, als Selbstbewegung des Kapitals; vgl. DK 1, 606 ff.

als Kapital zu reproduzieren" (DK 1, 591). Aber schon die „bloße Wiederholung des Produktionsprozesses" (die einfache Reproduktion) „löst ... die Scheincharaktere seines nur vereinzelten Vorgangs auf" (a.a.O., 592). Und so: a) „*Die Illusion, welche die Geldform erzeugt*" (aus der die oben erinnerte Darstellung der „aliquoten Teile" folgt), „verschwindet sofort, sobald statt des einzelnen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse betrachtet werden". Man sieht dann, daß „das Verhältnis des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter ... *ein dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein*" ist, während in Wirklichkeit „die Kapitalistenklasse der Arbeiterklasse beständig *in Geldform* Anweisungen auf einen Teil des von der letzteren produzierten und von der erstren angeeigneten Produkts (gibt)" (DK 1, 593 u. 608). (Dieser Schein, sei nebenbei bemerkt, ist also Ausgangspunkt des *fair share*, des „nur tradeunionistischen" Standpunkts; es handelt sich nicht um „Irrtümer" oder „falsches Bewußtsein", sondern um die Analyse recht massiver historischer Gestalten assoziierten Lebens und der notwendigen objektiven Strukturen von Subjektualität, worin diese sich bewegen!); b) die „produktive Konsumtion des Arbeiters", deren Resultat weiterhin das „Leben des Arbeiters selbst" ist, wird nun auch zum „Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals" (a.a.O., 596 f.; dieses Moment wird dann in der Theorie des Kreislaufs des Kapitals im zweiten Band entwickelt); c) Die durch den Austausch von Geld gegen Arbeitskraft „*vermittelte* und zugleich *versteckte*" (Hvbg. A.M.) „Zwickmühle des Prozesses selbst, die den einen stets als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf den Warenmarkt zurückschleudert und sein eigenes Produkt stets in das Kaufmittel des andren verwandelt", *ist Mittel der Reproduktion des Systems als Produktionsverhältnis von Klassen*: „Der kapitalistische Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet ... produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite des Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter" (a.a.O., 603 f.). Dies ist der Ursprungsort des Kapitalfetischismus: die neue Existenzweise der „Arbeit", des „Menschen", der „Gesellschaft". Oder, um korrekt zu sprechen, die Produktionsverhältnisse (historischen Klassenverhältnisse) *erscheinen* als Austauschverhältnisse, also Verhältnisse von „Personen", regiert von den allgemeinen Gesetzen der Warenproduktion im „Eden der angeborenen Menschenrechte", das jene „Person" konstituiert als reflektierte Universalität. Das geschieht nun nicht infolge eines radikalen Bruchs mit der „Welt der Waren", sondern durch die Subsumtion ihrer Gesetze unter jene des Kapitals: „So sehr die kapitalistische Aneignungsweise also den ursprünglichen Gesetzen der Warenproduktion ins Gesichts zu schlagen scheint (36), so entspringt sie doch keineswegs aus der Verletzung, sondern im Gegenteil aus der Anwendung dieser Gesetze" (DK 1, 610).

Nicht zufällig hält Marx nach dieser Passage ein, um „einen kurzen Rückblick auf die Reihenfolge der Bewegungsphasen, deren Schlußpunkt die kapitalisti-

36 „Aneignungsweise", aber auch *Form*, vgl. DK 1, 170 („Zirkulationsform, worin sich das Geld zum Kapital entpuppt", *versus* „alle früher entwickelten Gesetze über die Natur der Ware, des Werts, des Geldes und der Zirkulation selbst"), die – in DK 2, Kap. 1 – in der Theorie des Kreislaufs des Geldkapitals entwickelt wird, wo Marx die Analyse von G–W wieder aufgreift als G–A: „wir können hier sagen ... Arbeit (statt Arbeitskraft), da die Form des Arbeitslohns vorausgesetzt" (DK 2, 34). Das bedeutet für unser Problem: die Kreislauftheorie stellt die Entwicklung des Fetischismus dar, insofern sie die Reduktion von Produktionsverhältnissen auf Austauschverhältnisse (unter Individuen) aufzeigt. Vgl. Marx' Kritik am „vulgären Element" in Smith' Theorie, MEW 26.1, 60 f.

sche Akkumulation ist", zu tun. „Solange bei jedem Austauschakt — einzeln genommen — die Gesetze des Austauschs eingehalten werden, kann die Aneignungsweise eine totale Umwälzung erfahren, ohne das der Warenproduktion gemäße Eigentumsrecht irgendwie zu berühren" (DK 1, 613). Diese Umwälzung aber „wird unvermeidlich, sobald die Arbeitskraft ... als Ware frei verkauft wird ... Von da an verallgemeinert sich die Warenproduktion und wird ... typische Produktionsform; ... von da an wird jedes Produkt von vornherein für den Verkauf produziert und geht aller produzierte Reichtum durch die Zirkulation hindurch" (37). Die „Gesetze des Austauschs" werden ausgedrückt in der *fictio juris* des Kontrakts (a.a.O., 599). Aber auch diese wird erst recht zur Fiktion, weil die Bestimmungen der „juristischen Person, eben des Individuums des Austauschs" (die das römische Recht entwickelt hatte — und damit das „Recht ... der industriellen Gesellschaft" (38) vorwegnahm), nicht mehr Verhältnisse von „autonomen und unabhängigen Privatproduzenten" ausdrücken, und dennoch bestehen müssen, da ja die kapitalistische Produktion sich *realiter* in Austauschakten *vermittelt*, die insgesamt den Prozeß *verbergen*.

Die dialektische Verallgemeinerung/Umwälzung der Warenproduktion ist also der Ort, von dem die Analyse der Zirkulation *des Kapitals* ausgeht: „findet sich ... auf dem Markt die Arbeitskraft einmal als Ware ihres Besitzers vor ... so stellt ihr Kauf und Verkauf nichts Auffallenderes dar als der Kauf und Verkauf jeder anderen Ware"; doch nun beim Austausch G—A (Geld—Arbeit) hängt „der spezifische Gehalt der Geldfunktion, der sie zugleich zu einer Kapitalfunktion macht", nicht von „der Natur des Geldes" ab, sondern von „gesellschaftlichen Bedingungen ..., die in der bloßen Warenzirkulation ... keineswegs gegeben sind" und die es dem Kapitalwert erlauben, sich in „seiner *Erscheinungsform als Geld*" darzustellen (DK 2, 36 ff.). Andererseits: dieselbe dialektische Verallgemeinerung/Umwälzung der EWP, wo nun „der ganze Reichtum aus der Zirkulation herkommt", stellt die Beziehung her, wodurch „der Kapitalwert ursprünglich in Geldform vorgeschossen (wird); der Mehrwert dagegen existiert von vornherein als Wert eines bestimmten Teils des Bruttoprodukts" (DK 1, 606). Dies verweist einerseits auf den Gesamtzirkulationsprozeß C_K und auf sein nur scheinbares Zurückfallen in die Beziehungen G—W ... W—G (39), andererseits auf die Tatsache, „daß die Waren nicht einfach als *Waren* ausgetauscht werden, sondern als Produkt von Kapitalen" (DK 3, 184), d.h. auf die theoretische „Schwierigkeit", die zu überwinden ist. Denn diese Tatsache macht den Verkauf der Waren, die von Kapitalen mit unterschiedlicher organischer Zusammensetzung und unterschiedlichen Umschlagsperioden produziert werden, zu ihren Werten unmöglich. Schließlich: in der EWP wirkt das Wertgesetz, indem es (durch Ausschluß des „Unnützen" und fortschreitende Verdrängung des produktiv Rückständigen) eine Entsprechung zwischen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den individuellen Produkten schafft, insofern diese tendenziell zu ihren Werten ausgetauscht werden. Dies ist solange möglich, als der „Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft" — die, sobald zur Ware geworden, die „Verallgemeinerung der Warenzirkulation" auslöst — nicht selbst Element der Bestimmung der Wertgröße ist, solange also, als eben „Arbeit" nicht *Ware* ist. Auch hier sehen wir: Die Linie, die vom „Doppelcharakter der in Waren dargestellten Arbeit" zur doppelten Funktion von abstrakter und konkreter Arbeit in der Werterhaltung und Wertschöpfung zur organischen Zusammensetzung des Kapitals führt, ist im ersten Band auf der Abstraktionsebene des *genus* Kapital entwickelt. Zugleich aber stellt die Verallgemeinerung der WZ die Bedingungen dafür her, daß das Verhältnis von gesellschaftlichem Bedürfnis und Produkt nun vermittelt wird vom *Kapitalwert* und *Kapitalverwertung*. Dieses Verhältnis wird also nicht mehr durch den Austausch (tendenziell) zu Werten realisiert werden, sondern durch die Dialektik der Marktwerte, bei welchen der stoffliche Austausch der Gebrauchswerte *scheinbar* von der zahlungsfähigen Nachfrage bestimmt ist, die ihrerseits aber vom „eigentlichen Zweck der Produktion, dem Profit", sowie von der Aufteilung in Klassen bestimmt ist. (40) — Das heißt: die drei Artikulationen, in denen der Kapitalfetischismus auftritt, haben ihren Ursprungsort in der dialektischen Verallgemeinerung/Umwälzung der EWP, d.h. in der ersten Artikulation: dort, wo „die ... Verwandlung des Geldes in Kapital sich also im genauesten Einklang mit den ökonomischen Gesetzen der Warenproduktion und mit dem sich daraus ableitenden Eigentumsrecht (vollzieht)", die sie freilich völlig umwälzt (DK 1, 611). Von hier aus bis zur Formel G—G' (Kapital, das Zins „produziert", und, wie man später sehen wird, oberster Himmel der „trinitarischen Formel" oder letzte Entwicklung der „Theorie" der aliquoten Teile des Werts des Produkts, das durch „Kapital, Boden und Arbeit" geschaffen werden soll) — ist der Weg noch sehr lang. In G—G' — wird Marx schreiben — drückt sich „das fertige Kapital, Einheit von Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß" aus; in diesem „automatischen Fetisch ... (ist) das *gesellschaftliche Verhältnis* vollendet als Verhältnis *eines Dinges*, des Geldes, *zu sich selbst*" (DK 3, 404 f., Hvbg. A.M.).

37 Die Gestalt der Verallgemeinerung und Umwälzung der einfachen Warenproduktion ist nicht nur für das „Kapital" zentral (vgl. z.B. DK 1, Kap. 24 über den „historischen" Prozeß der „logischen" Verwandlung von „Geld und Ware in ... Kapital"; ferner „die drei Haupttatsachen der kapitalistischen Produktion", die in bezug auf das Verhältnis von Verwertung und Krise resümiert werden – DK 3, 276 f.). Sie spielt eine bedeutende Rolle auch in den vorbereitenden Arbeiten (vgl. K. Marx: Grundrisse, S. 167 ff. und S. 579 ff.; vgl. auch S. 565 ff. und den Kommentar Tuchscheerers, a.a.O., S. 398 u. 297 ff.: das „Individuum des Austauschs" als *bestimmtes Produkt* der EWP). Manchen abstrakten Diskussionen über „Logisches" und „Historisches" bei Marx könnte eine Untersuchung des Verhältnisses EWP–kapitalistische Produktionsweise m.E. nützen.

38 K. Marx: Grundrisse, S. 157. Vgl. DK 3, 351 f., über die „natürliche Gerechtigkeit" beim Kapitalzins. Auch diese Stelle bringt nicht einfach eine Bekräftigung des Vorrangs der „Basis" gegenüber dem „Überbau": man lese im Kontrast, was Marx über die Form G–G' 1863 geschrieben hatte: In der „vollständigen Versachlichung, Verkehrung und Verrücktheit des Kapitals als zinstragendes Kapital ... (erscheint) ... nur die innere Natur der kapitalistischen Produktion" (MEW 26.3, 448). Über G–G' als „kompletten Fetisch" s.w.u.

39 DK 2, Kap. 4, s.w.u. Vgl. auch die Entwicklung des die produktive Arbeit für die KPW fassenden Begriffs (die Bestimmung in DK 1, Kap. 5 dient zur *Konstruktion* des Begriffs „kapitalistische Form der Warenproduktion" – wie in DK 1, 211 definiert –, „reicht (aber) keineswegs hin für den kapitalistischen Produktionsprozeß", der jetzt (fünfter Abschnitt) *als solcher* auftritt und impliziert, daß produktive Arbeit = „Mehrwert produzierende Arbeit + Gesamtarbeiter" – DK 1, 531 f. – und wird endlich verallgemeinert in dem dialektischen Verhältnis von „Produktivgrad der gesellschaftlichen Arbeit" und organischer Zusammensetzung – DK 1, 650 ff. –). Auf die andere hier angedeutete „Linie" (Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit/konstantes und variables Kapital/Reduktion des fixen Kapitals auf einen *Teil* des konstanten Kapitals/Entwicklung der *Formunterschiede* in der Zirkulation) verweist Marx selbst in DK 2, 158.

40 Vgl. DK 3, Kap. 10, bes. S. 186, 196, 200. Der organische Schein im Spiel von Zufuhr und Nachfrage wird entwickelt S. 203 ff.: Im Verhältnis von „Käufer und Verkäufer" als einfachen Individuen setzt sich das Verhältnis der Verwertung der Kapitale durch und erscheint zugleich als ausgelöscht.

IV.

Bevor wir mit kurzen Textverweisen auf die beiden Linien eingehen, die mit der Betrachtung des kapitalistischen Produktionsprozesses „im Zusammenhang" beginnen, d.h. als Reproduktion und Akkumulation, und die in die „Vollendung der Mehrwerttheorie" (Wygodski) und Herstellung des „kompletten Fetischs" führen, wollen wir zunächst festhalten, was für Veränderungen die Akkumulationstheorie hinsichtlich des Warenfetischismus oder einfachen Fetischismus gebracht hat. Der Schein des Austauschs von Äquivalenten zwischen variablen Kapital und Arbeitskraft löst sich auf, wenn „wir ... statt des einzelnen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters die Gesamtheit, Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse ins Auge fassen". Das ist unumgänglich, um die „kapitalistische Produktion im ununterbrochenen Fluß ihrer Erneuerung" zu begreifen. „Damit aber würden wir einen Maßstab anlegen, der der Warenproduktion total fremd ist" (DK 1, 612). Zwischen den „selbständigen und voneinander unabhängigen Warenproduzenten" schlagen sich die *Wirkungen* des Wertgesetzes (Austausch tendenziell zum Wert; und vermittels dessen Proportionalität zwischen Produktion und Bedürfnissen) in den wohlbekannten Formen „fetischistischer Gegenständlichkeit" der „gemeinsamen Substanz" usw. nieder. Diese sind ihrerseits sowohl Gesetze, die „hinter dem Rücken der Produzenten" wirken, als auch, reflexiv, „gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen" für eine historisch bestimmte gesellschaftliche Produktionsweise, und schließlich, „gesellschaftliche Beziehungen von Sachen" (Waren). Nun aber, wenn Subjekte und Träger der Bewegung nicht mehr jene „Privatproduzenten" sind, sondern vielmehr „der Kapitalist ... der wirkliche Warenproduzent ist" (DK 3, 34), bzw. (der Form nach) das Kapital: dann ist es *diese* Form, die sowohl die Zirkulation und Reproduktion der konstitutiven materiellen Bestandteile der Produktion (einschließlich der Produzenten) reguliert als auch die Zirkulation und Reproduktion *des Werts*. Subsumiert unter sie und gesteuert durch sie werden sowohl die „produktive" als auch die „unproduktive Konsumtion des Arbeiters" und der auf Schein reduzierte Austausch von Äquivalenten usw.; ebenso die Warenproduktion wie die Gestalten ihrer historischen Objektivität (Warenfetischismus), die im allgemeinen ihre Gesetze sind. Kurz, die Produktion und Reproduktion bestimmter gesellschaftlicher Wesen hat eine neue Qualität angenommen.

Diese neue Qualität ist nicht einfach ein „Bruch", der sich als „Entfremdung" der „substantiellen Kräfte" der menschlichen Individuen in „äußere Kräfte" ausdrücken ließe; sie ist vielmehr deren wirkliche Seinsweise. Der „Bruch" (wenn überhaupt) geht durch das Kapital selbst hindurch: es ist das Verhältnis von Wesen und Erscheinung (Kooperation und kapitalistische Kooperation; Akkumulation und kapitalistische Akkumulation, vgl. DK 1, 607, Anmerkung 21 b, gegen Sismondi); es ist der Widerspruch zwischen dem „Maßstab der Klassen" und den Gesetzen des Austauschs, die auf bloßen „Schein" reduziert und doch Moment der Reproduktion sind. Dieser *organische Schein* ist die neue Stufe des Fetischismus. Daß er dann die „Festigkeit eines Volksvorurteils" erhält — schon dadurch, daß sich in ihm das „individualistische Bewußtsein" der Masse der Subjekte des Austauschs ausdrückt (41) — darf nicht den anderen wesentlichen Aspekt verdrängen. Jener organische Schein — nicht „falsches Bewußtsein", sondern Vermittlung und Seinsweise der kapitalisti-

41 Dieses individualistische Bewußtsein ist *gegeben* als Massenphänomen. Jedoch: die unmittelbare Gleichsetzung des Phänomens mit seinem Grund (etwa „kulturkritisch":

schen Akkumulation — bezeichnet eine Bruchlinie, die a) analytisch im historischen Gesellschaftskörper aufzufinden ist (als Übergang und/oder Kombination von einfacher Warenproduktion und kapitalistischer Produktionsweise — vorausgesetzt, man erinnert sich daran, daß die ganze Darstellung des „Kapital I" noch eine *Abstraktion* in dem von Marx bezeichneten Sinne ist); b) auch neue Strukturen möglicher Subjektualität charakterisiert, sowie die innere Beziehung von Warenfetischismus und Kapitalfetischismus, der den ersteren als seinen Teil und Erscheinung hat (vorausgesetzt, daß man die „Interpretation" der Wertgegenständlichkeit usw. als Verhältnis zwischen anthropologischem „Wesen" und ihren „verdinglichten Eigenheiten" aufgibt). Die KPW ist eine neue Stufe der Vergesellschaftung gegenüber der EWP. Aber diese intensive Vereinigung der Produzenten und ihre Vermittlung entsprechend der eigenen Form des Kapitalverhältnisses können nicht in „philosophische" Termini „rückübersetzt" werden (also in Anthropologie und/oder Geschichtsphilosophie). Wenn das geschieht, tilgt man den analytischen Zusammenhang zwischen Maßstab der Warenbeziehungen und Maßstab der Klassenbeziehungen, der die Marxsche Konkretion des „Systems-in-der-Entwicklung", des „unmittelbaren Produktionsprozesses des Kapitals" erst möglich macht, und in der Folge auch den Übergang zum „Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion" samt seinen Erscheinungsformen und „Oberfläche"-Gestalten, die notwendig „im Bewußtsein" der Produktionsagenten sind.

Zwischen jener intensiven Vereinigung der Produzenten und der „extensiven" Vereinheitlichung des Menschengeschlechts, die vom Kapitalismus als epochale Phase hervorgebracht wird, besteht freilich ein enger Zusammenhang. Aber die Objektivierung dieser Vereinheitlichung, dieses *unum, quod factum est et fit, in seinen Widersprüchen*, ist für die Reflexion nur deshalb möglich, weil der Kapitalprozeß „Gerippe" *und* „Fleisch" ist (Lenin), Ort der Kausationen, Schaffung von Strukturen sowohl „materiellen" als auch „bewußten" Lebens (und daher auch möglicher Reflexion). Erst in den Kategorien des Kapitals entfalten sich hier objektive und zugleich einheitliche Gesetzmäßigkeiten („Totalität" also, in nicht mehr metaphysischem Sinne): und in bezug auf *diese* werden die vorhergehenden Gestalten *in rebus* zu „naturwüchsigen" Elementen degradiert, und zwar nach einer doppelten Dialektik: Subsumtion/Umwälzung (so das Formverhältnis von EWP und KPW) und Integration (historisches Verhältnis der partiellen Integration und Beherrschung zurückgebliebener Formationen oder deren Elemente, usw.) (42). Dies führt uns auf den relativ abstrakten Charakter der

Bürgerliche Welt = Individualismus, usw.) ist für jene Soziologie typisch, die „die beobachtete Tatsache" in „Gesetze" nur „verdoppelt" (A. Gramsci: *Quaderni*, S. 1433). Dagegen liefert Gramsci gerade an dieser Stelle ein Beispiel der materialistischen Anwendung einer Formalstruktur. Die der modernen Welt zugehörigen Bewußtseinsformen sind um so mehr mit archaischen und zufälligen Rückständen verschränkt, je vermittelter das Verhältnis einer Gruppe zur modernen Produktion ist (S. 1376, 1385, vgl. die Erörterung des „sensus communis" in *Quaderno 10*). Diese Bewußtseinsformen sind durch geschichtliche Prozesse *vermittelt*, denen sie als *Teile* angehören: typisch in dieser Hinsicht ist die Analyse des sog. „italienischen Individualismus", (S. 814-816), usw.

42 Also: das „Menschengeschlecht" wird *jetzt* rational denkbar jenseits der Universitas vorausgesetzter Personen der Aufklärung oder der „bürgerlichen Demokratie" (Grundrisse, S. 159) jenseits der „christlich-bürgerlichen Person". (Zum *Reflex*charakter dieser *Begründungs*kategorie s. G. della Volpe: Rousseau und Marx, a.a.O.) nämlich als naturhistorisches Wesen. Letzter Begriff ist allerdings mit jeder „Interaktion" „der" Menschen ebenso unverträglich, wie mit dem „*homo oeconomicus*" der klassischen

Konkretion auf der Ebene des ersten Bandes des „Kapitals" zurück. Das zweite wesentliche Resultat jener Abstraktion für den Aufbau des Kapitalfetischismus als analytische Kategorie besteht — wie oben erwähnt und worauf jetzt zurückzukommen ist — in der Tatsache, daß der Übergang von der Form der EWP zu derjenigen der KPW das Schema, nicht aber die Beschreibung einer historischen Entwicklung ist (43). Diese Formulierung ist nun zu korrigieren: der historischen Entwicklungen gibt es viele verschiedenartige; die Abstraktionsebene des „unmittelbaren Produktionsprozesses" faßt die Bestimmung der „typischen Form", die in der Lage ist, sich national und weltweit die vorhergehenden Gestalten zu subsumieren.

Der am weitesten entwickelte reale Kapitalismus, der bekanntlich zentraler Gegenstand der Untersuchungen von Marx war, wies eben diese Merkmale auf (sei es als konkretes kapitalistisches Land mit seiner Rolle auf dem Weltmarkt (44), sei es in bezug auf die theoretische Reflexion, wenn wir daran denken, daß die „Vollendung der Werttheorie" durch die kritische Aufhebung des in den Theorien der Klassiker *schon erarbeiteten* Wissens erreicht wurde, also u.a. auf der höchsten Stufe der *Verallgemeinerung* (45). Aber eine Andeutung des Ver-

politischen Ökonomie (und der ihr adäquaten Philosophen). Überwindung der philosophischen Anthropologie, Überführung des *lebendigen* Erbes des klassischen Idealismus in die Kritik der politischen Ökonomie, sodann Realisierung dieses Erbes in der neuen historischen Subjektivität im Sinne der Hegemonie und des Leninismus sind m.E. unzertrennlich. Dag., s. U. Cerroni: „Cosmopolitismo e vie nazionali", in Rinascita 36, 1975.

43 Darum erlaubt es diese Abstraktionsebene z.B. nicht, die Bedingungen des Überganges zur spezifischen KPW in verschiedenen Industriezweigen zu rekonstruieren, oder auch zu erklären, warum die Textilindustrie zumeist als erste den Übergang durchmachte, usw.

44 Nicht deswegen allein, weil England damals die „Weltfabrik" war. Wesentlich ist die eigengesetzliche Expansivität der KPW „einmal hergestellt" (worin auch das berühmte „de te fabula narratur" im Vorwort von 1867 seinen Grund hat). Spezielle Momente der international verwirklichten KPW kommen außerdem in der Konkretion zum Tragen, z.B. DK 3, Kap. 35.

45 Über den in der Ausarbeitung der Marxschen ökonomischen Theorie durchzogenen Kreislauf „Konkret/Abstrakt/Konkret" s. Wygodski: a.a.O., S. 122 f.: „Als Marx daran ging, seine ökonomische Theorie auszuarbeiten, sah er sich genötigt, mit einer historisch-kritischen Untersuchung zu beginnen, weil die Theorie und ihre Ausgangsthesen mittels der historischen Reproduktion der Theorie begründet werden müßten". Das schließt gerade *nicht* aus, daß „Ausgangspunkt der Marxschen ökonomischen Theorie... die kapitalistische Wirklichkeit selbst" gewesen, und daß im „Kapital" „die Geschichte des Kapitalismus und die Analyse der sie resumierenden *Begriffe*" gegeben sei, gemäß der ebendort zitierten Formulierung Lenins. In der philologischen Rekonstruktion des Abstraktion/Konkretion-Prozesses (die *Theorien über den Mehrwert*, als Geschichte des „wirklich begreifenden Denkens" zeigen „in der Hauptsache, wie sich die Marxsche Mehrwerttheorie entwickelt hat") erscheint dieser Prozeß *darum* als Denkprozeß, der effektiv „Teil der Wirklichkeit" ist (ebenda), weil Abstraktion/Konkretion eben *nicht* als abstrakt-methodologisches, in „jedem Menschen" angelegten Schema hypostasiert wird, wodurch „die" Wissenschaft gegenüber „der" Empirie begründet werden könne. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen Marxens (in: Grundrisse, S. 353): Das „Kapital im Allgemeinen" ist „nur Abstraktion" zum einen, „aber nicht willkürlich" als differentia spezifica und in der Entwicklung der „abstrakten Besonderheiten", es ist „reelle Existenz" zum anderen, als Bewegungsgesetz der Einzelkapitale: Dieses Gesetz kann von der Ökonomie, die mit unbestimmten (hypostatischen) Abstraktionen operiert, „anerkannt und *nicht verstanden*" werden. Vgl. die Randglossen zu A. Wagner ..., bes. MEW 19, 364 ff., und hier Anm. 19. u. 31. Siehe dazu die Schlußfol-

hältnisses von „jeweils existierenden historischen Bedingungen" und Konkretion des „Systems-in-der-Entwicklung" im Gesamtaufbau der Theorie (DK 1, 2 u. 3) ist unumgänglich, wenn das Verhältnis zwischen „Erscheinungsformen" und historischen Strukturen der Subjektualität begriffen werden soll, jenseits der „anthropologischen" Mythologien, für die eine Gesellschaft eine Summierung von Individuen ist, die dann „das Konkrete" sein sollen, *plus* „Dinge" (aber „das Kapital ist kein Ding..."). (Solche Mythologien sind das Gegenstück in der Reflexion der trinitarischen Formel: sie haben gesellschaftliche Dauer und Festigkeit, gerade weil sie vom Kapital produziert werden, wie zu sehen sein wird).

Die von Marx — im dritten und vierten Band des „Kapital" — ausgearbeitete moderne Ideologietheorie ist Theorie einer phänomenalen Welt, einer Welt organischen Scheins, die „von der kapitalistischen Produktionsweise selbst" (46) produziert wird, nicht als Illusion oder „falsches Bewußtsein", sondern als notwendiger, objektiver Teil der kapitalistischen gesellschaftlichen Reproduktion und damit der Konstituierung von möglichen widersprüchlichen Strukturen von Subjektualität in ihr. Daher wird ihre Realisierung in Klassen, Gruppen und Individuen (wo also ebenso die „Subsumtion" des Archaischen eine Rolle spielt wie — für das Individuum — die Zufälligkeit der individuellen Bildung) von Formalstrukturen regiert, die die Vorstellungen, die Idealitäten, die Werte usw. darum beherrschen, weil sie objektive Teile des widersprüchlichen materiellen Prozesses sind. Daher kann die tatsächliche Widersprüchlichkeit dieser Strukturen von Subjektualität nicht a priori (47) konstruiert werden, sondern ist zu analysieren, indem man das *Diskrimen* des Spiels der Formen der kapitalistischen Produktionsweise als Instrument der weiteren Konkretion benutzt („reale Bewegung der Konkurrenz", tatsächliche Kapitalismen usw.). Aber ihre *historische Widersprüchlichkeit* (Subsumtion der EWP unter die KPW) sowie ihre *strukturelle Widersprüchlichkeit* (Rektion der Gestalten der Warenwelt durch die der Kapitalbewegung), also Einheit und Widerspruch, dessentwegen jene Gestalten dann sowohl materielle Diskretheiten (auch als Form oder Denken) sind, als auch und nur darum erkennbar (und rekonstruierbar in einer Theorie der kapitalistischen Ideologien) sind, — beide Widersprüchlichkeiten haben ihre Wurzel in der *dialektischen kapitalistischen Negation* der EWP, in einer Expropriation der Produzenten, bei der „jeder einzelne Austauschakt ... in genauester Überein-

gerungen G. della Volpes: *Logica come scienza storica* (übers. hier aus *Opere*, IV, 485): die „gegenseitige Funktionalität" von „Materie und Vernunft", die sich im „Kreislauf Konkret/Abstrakt/Konkret" ausdrückt, weist auf die Funktionalität für die Herstellung von Wahrheit, der „aktuellen, philosophischen, erkenntnistheoretischen, logischen usw. Erfahrung", und über diese auf die „zubefriedigenden historisch-materiellen Instanzen ... Die Wissenschaft ist ... die geschichtliche, konkrete *mens* der Menschheit". Dem ist die oft als marxistisch mißverstandene Position L. Collettis geradezu entgegengesetzt: „Um materialistisch zu sein, muß der *dialektische Materialismus* an der Heterogenität von Denken und Sein festhalten ... Die *Dialektik der Materie* hat aber nur Bestand wenn alle Realopposition auf den Gegensatz von „Sein" und „Nicht-Sein", d.h. auf logische Widersprüchlichkeit zurückgeführt wird" (Il marxismo e Hegel, Bari 1969, S. 264; vgl. dt. Ausg. Hegel und der Marxismus, 1976, S. 91).

46 Vgl. die schon zitierte Stelle DK 1, 565. Es mag noch einmal betont werden, daß dies nur der erste Ort in der Darstellung ist, wo eine Entwicklung angekündigt wird, die in der Entwicklung der KPW selbst angelegt und den ihr eigenen Fetischismus ausmacht und der u.a. der letzte, VII Abschnitt von DK 3 *ausdrücklich* gewidmet ist.

47 S.w.u., Abschn. VII.

stimmung mit den Gesetzen der Warenzirkulation bleibt" (48).

Auf der Abstraktionsebene, auf der Marx bei der theoretischen Konkretion des Produktionsprozesses des Kapitals vorgeht, sind die jeweils existierenden und die tatsächlich beim Übergang zur „spezifisch kapitalistischen Produktionsweise" vorhandenen historischen Bedingungen im allgemeinen gerade das, was

48 Nur in diesem doppelten Rektionsverhältnis – das hier nur kurz umrissen wird – hat der Kapitalfetischismus tatsächliche Existenz, und ist eine Struktur der Subjektualität. Den Fetischismus dagegen auf bloßen Schein zurückführen zu wollen, hat unweigerlich zur Folge, die Dialektik von Wesen und Erscheinung und die von Widerspruch und (historischer) Bestimmtheit in den *Formen* der KPW subjektivistisch zu verflachen. (Vgl. die wiederholten Bemerkungen Lenins über die Einheit von Wesen und Erscheinung, *gegen* den Subjektivismus, z.B.: Philosophische Hefte, a.a.O., S. 162 ff., u. 198). Beispielsweise: in der KPW ist der Widerspruch von Kapital als „Schranke" (DK 3, 260) und Entwicklung der Produktivkraft *vermittelt*, u.a. durch den Widerspruch von Realisation und Konsumtion. Der immer wieder in Krisenzeiten aufflammende Streit über Überproduktion/Unterkonsumtion verliert einerseits aus dem Blickwinkel, daß „die Produktion für die Produktion ... die historische Mission des Kapitalismus" ausdrückt ebenso wie „seine spezifische gesellschaftliche Struktur" (LW 3, 44) usw. Andererseits: es nützt hier wenig, die Sayschen Platitüden höhnisch-richtig zu beschwören (s. z.B. MEW 26.3, 116: „Says gewaltige Entdeckung, daß sich ‚Waren nur mit Waren kaufen' heißt nur, daß Geld selbst die verwandelte Form der Ware", usw.). In diesem Streit wirkt allerdings der Schein fort, als ob alles auf Widersprüche des Warenaustauschs, Widersprüche von Wert und Gebrauchswert u.a.m., nicht eben auf Kapitalwidersprüche zurückzuführen sei. Die politischen, ideologischen und philosophisch reflektierten Blüten dieses Scheins erleben wir heute in Budapest, Mailand und anderswo. Es ist aber nicht möglich, diesen Schein anders als mit politisch-historischer Arbeit aufzulösen, weil in der KPW die Produktionsagenten in jenem Schein der Konkurrenz und der Zirkulation überhaupt *notwendig* befangen sind: der „Schein" ist eben organisch *Erscheinungsform*. Allgemein gesagt: in der Konkretion geht der Widerspruch durch sämtliche Gestalten, als Widerspruch der Formen und Übergang zur nächsten Form. Im realen Konkretum hat der Widerspruch, der sich so in der *wirklichen Erscheinungs*welt vermittelt, seinen allgemeinen Begriff darin, daß die Produktivkräfte sich nicht anders entwickeln, keine andere historische Existenz haben, als in den Produktionsverhältnissen; und auch die Hauptproduktivkraft, die Menschen, entwickelt sich und wird überhaupt konkret bewußt, nur *in* jener Bestimmtheit. So wird z.B. der *Grund*widerspruch (von gesellschaftlicher Form der Produktion und kapitalistischer Form der Aneignung) zum historischen Hauptwiderspruch von „Kapital" und „Arbeit" *als Klassen*, jedoch in der gesamten Vermittlung, im „Fleisch" des „Gerippes", in der „wirklichen Bewegung der Konkurrenz", in nationalen historischen Blocks von Klassen und Klassenhegemonien, politischen und sonstigen Beziehungen usw. – *Die Bestimmtheit des Widerspruchs ist die Bestimmtheit der Gestalten:* und ebensowenig kann es glücken, auch nur eine der Gestalten ohne Dialektik zu begreifen, als „die" Dialektik „des" Widerspruchs „jenseits" der Gestalten abzuleiten. (Dies gilt nur streng genommen. Formuntersuchung und heuristische Darstellung sind trotzdem unumgänglich. Sie sind Teil der realen Vermittlung selbst.) Darum ist auch die subjektivistische Reduktion des Kapitalfetischismus, dieser Subjektualstruktur der Gestalten auf „bloßen" Schein gleichbedeutend mit einer Kapitulation vor der naiven und metaphysischen Theorie „des" Bewußtseins, das „sich" täuscht, des „falschen" Bewußtseins usw. Diesem muß dann in der Auseinandersetzung von *episteme versus doxa* das Licht der Wahrheit von oben gespendet werden. Der Kampf von Vernunft versus Verstand tritt an die Stelle des Kampfes der Klassen, an die Stelle der „wahren" oder „historisch expansiven" Ideologien im Sinne Gramscis, in welchen sich der Klassenkampf realhistorisch vermittelt: „Die These, daß die Menschen sich auf dem Boden der Ideologien der historischen Konflikte bewußt werden, hat nicht psychologische oder moralisierende, sondern *erkenntnistheoretische* Bedeutung".

die kapitalistische ÖGF als „System-in-der-Entwicklung" und sich selbstbewegende Totalität *subsumiert* und zu „naturwüchsigen" Antezedentien degradiert. Diese bestimmen allerdings immer, als „Zwitterformen", Überreste und (feudale, handwerkliche oder andere) Rudimente den Übergang einer gegebenen Gesellschaft zu einer kapitalistischen Gesellschaft mit. Sie bleiben sogar je nach den nationalen und internationalen Entwicklungsbedingungen in jeweils unterschiedlichem Maße in der KPW bestehen, werden aber *ihren Gesetzmäßigkeiten* unterworfen (49). Das eigentliche — historisch revolutionäre — Merkmal der kapitalistischen Formation ist jedoch dies: jene „naturwüchsigen" Elemente wirken sowohl „vorher" (auf lokaler und nationaler Ebene) wie „nachher" (auf internationaler, weltweiter Ebene) als mehr oder weniger in Auflösung befindliche Subsysteme naturwüchsig *innerhalb* der modernen Gesellschaftsformationen und ihrer Gesetze (und Widersprüche) weiter. In der theoretischen Konkretion *ut sic*, d.h. „vertikal" als „ideeller Durchschnitt" des „Gesamtprozesses" betrachtet, erscheint dies in einer ebenso zentralen (für die Kritik an Ricardo und die erst da erreichte vollständige Entwicklung der Werttheorie) wie typischen Gestalt: in der Marxschen Theorie der absoluten und der Differentialrente (50). Schon im „Manifest" wird die kapitalistische ÖGF als „Zerstörung" des Naturwüchsigen und „fortwährende Revolutionierung" der eigenen Grundlage gekennzeichnet: und durch diese Eigenschaft stellt sie sich schon dort als Vereinheitlichung der Menschheit dar, als Entstehung der *Welt*geschichte und der realen Universalität des Widerspruchs. Aber auf der Abstraktionsebene des ersten Bandes des „Kapital" wird jenes Moment, auf das im „Manifest" genial hingewiesen wurde, *konstruiert*, und zwar durch die Formbestimmung, in die alle vorhergehenden aufgenommen werden und wo das *sujet* des ganzen Werkes deswegen zum ersten Mal *juxta principia sua* als Selbstbewegung entwickelt werden kann: die „Verwandlung von Mehrwert in Kapital", als bewegende Zelle des „kapitalistischen Produktionsprozesses im ganzen betrachtet", der „das Kapitalverhältnis selbst produziert und reproduziert" — „auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen Seite den Lohnarbeiter". Zwischen diesen jedoch wird „das Austauschverhältnis" (das im „genauesten Einklang" mit den „ökonomischen Gesetzen der Warenproduktion" vollzogen wird) „bloßer Schein, ... der dem Zirkulationsprozeß ... angehört", und „die Scheidung zwischen Eigentum und Arbeit wird notwendige Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer Identität ausging". Das Ganze ist ein „unvermeidbares Resultat ... sobald die Arbeitskraft ... als Ware verkauft wird", und „erst von da an verallgemeinert sich die Warenproduktion und wird sie typische Produktionsform". Die Konkretion, d.h. die Reproduktion des realen Konkreten als ein „geistig Konkretes", das im oben angegebenen Sinne ein noch teilweise abstraktes, ideelles Konkretum ist, findet in folgender Weise statt. Einerseits werden alle vorangehenden Formbestimmungen — vor allem die der Ware, der einfachen Zirkulation und ihrer Gesetze — zu *abstractiones simplices* degradiert (51) (oder, wie man gemeinhin

49 Aus der Debatte zu diesem Aspekt (Integration früherer Momente) sei hier bes. verwiesen auf C. Luporini: „Marx secondo Marx", in: Critica marxista, 2/1972), und L. Calabi: „In margine al ‚problema della trasformazione'" (ebenda, 4/1972).

50 Vgl. Lenins Ausführungen zur Marxschen Rententheorie (LW 5, 114-124), und die Bemerkungen dazu bei Wygodski, a.a.O., p. 305.

51 Den Ausdruck *abstractio simplex* wähle ich, um festzuhalten, daß die dialektische Aufhebung hier Konkretion ist, in der die Weiterentwicklung der Abstraktionen stufenweise und als spezifische Determinierung stattfindet. In *diesem* Abschnitt benützt Marx übrigens den Ausdruck „Dialektik" nicht für die Reproduktion des Konkretum als „geistigen", sondern für den realen Prozeß selbst.

sagt: die Bestimmungen der Warenproduktion werden in der kapitalistischen Warenproduktion dialektisch aufgehoben). Andererseits enthält auch die neue Formbestimmung, erste Formbestimmung der Selbstbewegung des Kapitals selbst im strengen Sinne und daher ebenso der historischen Subsumtion und Zerstörung des „Naturwüchsigen" wie auch der dialektischen Negation ihrer Voraussetzung (der einfachen Warenproduktion), mit der Theorie der erweiterten Reproduktion ein dynamisches Moment, das real und auch begrifflich über sie hinausweist. Real: durch die historische Mission des Kapitals, die sich durch den „antagonistischen Charakter der Akkumulation" verwirklicht.

Begrifflich: Weil durch die Analyse des hier als Gesamtbewegung gesetzten Prozesses („Gesamtdurchschnitt der (organischen) Durchschnittszusammensetzungen (des Kapitals)" als „wichtigster Faktor" für die Untersuchung des „Einflusses, den das Wachstum des Kapitals auf das Geschick der Arbeiterklasse ausübt", und damit des Hauptwiderspruchs *im allgemeinen*), es allein möglich wird — im dritten Band und auf der Basis der im zweiten Band entwickelten Theorie der Zirkulation *des Kapitals* — die „Gestalten des Kapitals" in der „wirklichen Welt" zu entwickeln; und zugleich wird es also möglich, durch Annäherung an die „Oberfläche der Produktion" und ihren „notwendigen" Schein, in einer neuen Richtung des Konkretionsprozesses das System-in-der-Entwicklung *insgesamt* zu rekonstruieren. Danach erst kann dieses Ganze zum Instrument werden für die umfassende Analyse der einzelnen, historisch verwirklichten Kapitalismen, der „wirklichen Bewegung der Konkurrenz", die an sich „außerhalb des Plans" des Werkes blieb. Diese umfassende Analyse schließlich wird *für uns* möglich, weil die in Band II und III vollzogene Konkretion eben nicht nur das „Gerippe" sondern auch das „Fleisch" liefert. So sehr, daß sie sich auch der „Form" bemächtigt, worin die tatäschlichen Gestaltungen *des* Kapitals und *der* Kapitale „auf der Oberfläche der Gesellschaft ... und im *gewöhnlichen* Bewußtsein der Produktionsagenten" erscheinen — d.h., *notwendige (subjektuale) Erscheinungsformen* sind eines nicht „gesetzten" sondern geschichtlichen Wesens: eines Wesens, das ebenso materiell wie objektiv-gesellschaftliches Subjekt ist, „naturhistorischer Prozeß" (52).

52 Vgl. die Entsprechung zwischen Marx' bildhaften Formulierungen in DK 1, 101 („Am Anfang war die Tat ... Die Gesetze der Warennatur bestätigen sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer"), und den Ausführungen Engels' über die objektive *und* bewußtseinsmäßige historische Dimension der EWP, in „Ergänzung und Nachtrag zum III Buch des ‚Kapitals'", DK 3, 906-909.

Zweiter Teil folgt im nächsten Heft.

MENSCHENRECHTE UND KONKRETER STAAT

Zu § 209 der Hegelschen Rechtsphilosophie

Hegel hatte sich mit den damals keineswegs überstaatlich konzipierten und durch die Aufklärung lediglich als staatliches Ideal konstituierten *Menschenrechten* in normativer Hinsicht befaßt und dies gerade im Abschnitt „Rechtspflege", also mit der *praktischen* Seite seines Denkens verwoben.(1) Bereits früher hatte er im „Naturrechtsaufsatz" diese Probleme als solche einer *„praktischen* Philosophie" angegangen, wie der von den gegenwärtigen Hegelinterpreten meist unzitiert bleibende volle Titel des Aufsatzes belegt.(2) Heute, da der Problemkreis „Menschenrechte" einwandfrei, ob nun durch präsidiale Ambitionen eines Politikers oder infolge der ungeprüften Begriffsverwendung im öffentlichen Leben oder gar nur wegen der mit einer Fehlbenützung verbundenen Verdienstmöglichkeiten, an die Stelle eines *Naturrechtspostulats* oder gar als Ausfüllung eines „ewigen Naturrechts" und als Phänomen dessen „ewiger Wiederkehr" gerückt ist, muß eine ernsthafte „Warnung" gegen solche Übung in der Rechts*philosophie* zu Wort kommen.(3) Es genügte anscheinend nicht, bei der Neugründung der Staatlichkeiten nach 1945 vor solcher *„ewigen Wiederkehr des Naturrechts"* zu warnen, obwohl — als Beispiel angeführt — der als Effekthascherei entlarvbare Programmsatz des BVerfG in E 1,18 Ziff.27 vom „überpositiven Recht" unfruchtbar blieb und keinerlei praktische Resonanz gefunden hatte.

Wer mit Karl Bergbohm, allerdings im Jahre 1892 geschrieben, zu formulieren versteht, wird zwar nicht für alle, aber doch für die Mehrzahl der gegenwärtigen politischen Handhabungen des Themas *„Menschenrechte"* den Ausdruck *„Camouflage des Naturrechts"* nicht abweisen. Doch: diese moderne „Camouflage des Naturrechts" stößt auf alle Fälle in der Rechtsphilosophie auf erhebliche Bedenken. Hegel sagt in § 3 seiner Rechtsphilosophie dazu:

„Wenn dem positiven Rechte und den Gesetzen das Gefühl des Herzens, Neigung, Willkür entgegengesetzt wird, so kann es wenigstens nicht die Philosophie sein, welche diese Autoritäten anerkennt."

Das war es ja, was Hegel von Fries trennte und was den dauernden Vorwurf gegen Hegel, er habe die fortschrittliche akademische Jugend nicht genügend unterstützt, widerlegt. Hegel plädierte doch nur gegen die großsprecherische Redegabe dieser Kreise, die er „Seichtigkeit" nannte und die er statt auf Vernunft, auf „Begeisterung"(4) gegründet schalt. Daß Hegels Stellung zu dieser akademischen Jugend aufgelockert gesehen werden muß, beweisen Tatsa-

1 Vor allem: Wilhelm Raimund Beyer „Normprobleme in Hegels Rechtsphilosophie", Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 1964, Heft 4, S. 561 ff.

2 Dieser lautet: „Über die wissenschaftlichen Behandlungsarten des Naturrechts, seine Stelle in der praktischen Philosophie und sein Verhältnis zu den positiven Wissenschaften." Siehe: Jubiläumsausgabe der Werke Hegels durch H. Glockner, Stuttgart, 1958, Band I, S. 435 ff.

3 Siehe: Wilhelm Raimund Beyer: „Rechtsphilosophische Besinnung. Eine Warnung vor der ewigen Wiederkehr des Naturrechts:", Karlsruhe, 1947.

4 Siehe, Hegel „Vorrede" zur Rechtsphilosophie, Erstausgabe, 1821, Seite 5/6 (zu § 2).

chen, so z.B.: Unmittelbar nach den Karlsbader Beschlüssen wurden seine beiden Assistenten (damals: Repetitoren) verhaftet. Oder: Erst das Machtwort Hegels gewährte seinem revolutionär gesinnten Schwager Gottlieb während der Studentenzeit Familienduldung; auf Betreiben Hegels konnte er sogar am Wartburgfest, wo Fries seine berühmte Rede hielt, teilnehmen.

Aus Hegels philosophischem Aspekt ist abzulesen: alle „Naturrechtsnormen" sind — um den morgen von Kollegen Topitsch zu erwartenden Terminus vorwegzunehmen — „Leerformeln". Wer eine Leerformel-Lehre aufstellt, muß unerläßlich mit dem „Naturrecht" beginnen, will er seine Leerformel-Lehre nicht selbst zur Leerformel degradieren. Hegel meint dazu, daß es sich hier nur um die „Gesetze des Gefühls, des Herzens, der Neigung, der Willkür" handele. Auf alle Fälle entspringen solche der „Begeisterung".

Soweit Naturrecht für Hegel überhaupt einen philosophischen Sinn beanspruchen kann, darf es nicht „dem philosophischen Recht" entgegengesetzt sein. Es gilt kein „Widerstreit". Die „Grenze", die das philosophische Recht einhalten muß, liegt anderswo. Die „Haupt-Grenze" bleibt jedoch gegenüber der „Begeisterung", als einem Ohn-Recht, gezogen.(5) Somit muß aus dem Naturrecht erst das Element des „Gefühls" entfernt werden, bevor es wirklich zu „Recht" in die Nähe von „Recht" gerückt werden kann. Deshalb akzentuiert Hegel das, was wir heute „Menschenrecht" nennen, vom *Menschen* und dessen begrifflicher Explikation her und nicht vom *Rechtsaspekt* aus.

Weiter: Gesetz und Recht streiten bei Hegel nicht. Damit entfällt die moderne bürgerliche Naturrechtsbegründung, z.B. auch die Norm des Art. 20 GG der BRD. „Gesetz bleibt für Hegel Erscheinungsform von Recht."(6) Und in diesem Denkbereich wurzelt nun auch der Gedanke des § 209 der Hegelschen Rechtsphilosophie von der zwar möglichen, aber *philosophisch* grundfalschen „Gegenüberstellung" von „menschenrechtlichen" Normen zu „dem konkreten Staatsleben", also zur bestimmten Rechtsordnung. Das Endergebnis wird — wie bereits vermerkt — vom Denkanstoß des *Wesens* des Menschen gewonnen. So bleibt es eigenartig, daß das Thema des § 209 der Hegelschen Rechtsphilosophie unbeachtet blieb und auch nicht von der nach eigener Behauptung umfassend ansetzen wollenden anthropologischen Arbeit Iring Fetscher's „Hegels Lehre vom Menschen" im Abschnitt „Die Stellung des Menschen zu Staat und Gesellschaft" aufgegriffen wurde.(7) Der Hegelsche Satz lautet:

„Es gehört der Bildung, dem *Denken* als Bewußtsein des Einzelnen in Form der Allgemeinheit, daß Ich als *allgemeine* Person aufgefaßt werde, worin *Alle* identisch sind. *Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist,* nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usf. ist. Dies Bewußtsein, dem der *Gedanke* gilt, ist von unendlicher Wichtigkeit, – nur dann mangelhaft, wenn es etwa als *Kosmopolitismus* sich dazu fixiert, dem konkreten Staatsleben gegenüberzustehen."

Nun nehmen wir heute Erkenntnisse, daß alle Menschen gleich sind, unabhängig von Glaube, Rasse, Nationalität usw. *mindestens in der Theorie,* allerdings nicht in der afrikanischen und teilweise auch europäischen *Praxis,* als selbstverständlich. Zu Hegels Zeiten war dies nicht der Fall. Heinrich Heine,

5 Hierzu: Wilhelm Raimund Beyer in „Die Grenzen des philosophischen Rechts bei Hegel", in „Anales de la Catedra Francisco Suarez", Granada, Jahrgang 1969, Heft 9-10, S. 123 ff, hier S. 127. Derselbe: „Hegels ‚Gesetz'" in „Der Gesetzesbegriff in der Philosophie und den Einzelwissenschaften", herausgegeben von Günter Kröber, Berlin (DDR), 1968, S. 39 ff.

6 Siehe: ARSPh 1964, S. 571.

7 Siehe: Iring Fetscher: „Hegels Lehre vom Menschen", Stuttgart, 1970, S. 222 ff.

Eduard Gans — um nur zwei Namen aus Hegels unmittelbarer Umgebung zu nennen — *mußten* konvertieren, um *als Menschen* vegetieren zu können. Menschen-„Identität" galt damals nur theoretisch.Hegel verkehrte bekanntlich viel in jüdischen Kreisen (Rahel Varnhagen!) und hatte auch einen Halbjuden als Hausfaktotum: den Halbbruder des Komponisten Meyer-Beer. Gerade diesem gegenüber eröffnete er gleichzeitig mit der „Aufklärung" Heinrich Heines die Lösungsformel im Falle eines Widerstreites zwischen „dem konkreten Staatsleben" und den aus der Ergründung des *Wesens* des Menschen gewonnenen Forderungen: „Umso schlimmer für die Tatsachen", wenn sie mit der Hegelschen Lehre von der Vernunft in der Weltgeschichte kollidieren. Sie müssen verschwinden. Der „wirkliche" Staat ist für Hegel eben nicht jeder existierende Staat, sondern nur der vernünftige, bei dem Wesen und Erscheinung zusammenfallen. Oder: wie Hegel in der Vorlesung bekanntlich mit erhobenem Finger manchmal dozierte und wie wir sicherlich aus dem Referat von Winfried Kaminski noch hören werden: die Substanzierungspflicht des Subjekts gilt auch für den Staat, wenn er weltgeschichtlich auftreten will. Als Hegel dies Heine in Verfolgung seines Rechtfertigungsgedankens in § 6 der 2. Auflage der Enzyklopädie auf dessen vorwurfsvoll neugierige Frage nach dem Mißklang zwischen Vernunft und „Wirklichkeit" bei zuhandenen Staaten erläuterte und die Kopula „ist" im berühmten Identitätsformelsatz der Rechtsphilosophie-Vorrede als ein „Werden", ja als ein „Werden-müssen", explizierte, da mußte vorher das Faktotum Meyer-Beer an der Türe lauschen, ob nicht eine — damals lebendige — „Wanze" zuhöre, und die Türe dann verschließen.(8)

Solche Vorgänge werden heute zumeist als *Grundrechts*-Probleme gewertet. Und es wäre vielleicht das erste „*Menschenrecht*", wenn man einen positiven Katalog derselben aufstellen wollte, dies: daß die staatlich sanktionierten Grundrechte *einzuhalten* sind. Dadurch wird die gesamtgesellschaftliche Gestaltung zur Voraussetzung aller Regelung. Unter dem Terminus „Einhaltung der Gesetzlichkeit" stellt sich die *Praxis* des Problems je nach der gesellschaftlichen Ordnung. Von solchem Denkansatz her gibt es viele Themenbereiche, die unter dem Titel „Menschenrechte" anzuerkennen und anzustreben sind. Im Denken der ersten Zeit nach 1945 und der Epoche des Neuentstehens vieler europäischen Staatlichkeiten sind gerade die fortschrittlichen Kräfte für „Menschenrechte" auf breiter Grundlage eingetreten. Das aber galt anderen „Menschenrechten" als naturrechtlich und journalistisch frisierten allgemein verbleibenden „Begeisterungen". Auch die *Inhalts*-Konstitutionen solcher „Rechte" müssen „von unten her, wo das Leben konkret ist" (Hegel), angezielt werden. Auch für Hegel benötigt Recht eine „*Basis*". In der Landständeschaft lesen wir, „daß hundertjähriges und wirklich positives *Recht* mit Recht zu Grunde geht, wenn die Basis wegfällt, welche die Bedingung seiner Existenz ist"(9). Wir betonen den Begriff: *Basis.* Er ist konstitutiv für eine marxistisch-leninistische Staats- und Rechtslehre. Bei Engels lesen wir im Brief an Conrad Schmidt im Zusammenhang mit der Erörterung von Rechtsfragen von der „ökonomischen Basis"(10). Bereits 1849 hörten wir bei Karl Marx in seiner Verteidigungsrede im Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten vom „Rechtsboden" und von dem grundlegenden materialisti-

8 Den Vorgang schildert Heinrich Heine. Siehe auch: Wilhelm Raimund Beyer in „Zum Streit um die ‚Urfassung' der Hegelschen Staatsformenlehre" in „Staat und Recht", Berlin (DDR), 1976, Heft 5, S. 515 ff.

9 Jubiläumsausgabe Glockner, Band 1, S. 397.

10 Brief vom 27.10.1890, MEW 37, 491/492.

schen Gedanken: „Die Gesellschaft beruht aber nicht auf dem Gesetz. Es ist das eine juristische Einbildung. Das Gesetz muß vielmehr auf der Gesellschaft beruhen." (11) Und dieser Denkansatz steht auch dem Referat des Kollegen Kriele (Köln) entgegen, wenn er thematisiert: „Erst Recht macht den Menschen (oder: die Gesellschaft) frei." Ich glaube: Umgekehrtes gilt. Erst eine *freie* Gesellschaft, erst *freie* Menschen (Faust II, letzter Monolog Faustens) können „Recht" setzen, *ihr* Recht. Unfreie Menschen zeugen Unterdrückungsmaßnahmen. „Mit freiem Volk auf freiem Grund zu stehen" ist die *Voraussetzung*, daß freie Menschen die Früchte ihrer Arbeit in *rechtliche* Gestaltung überleiten können.

In Auseinandersetzung mit Hegel sehen wir heute das angeschnittene Thema umfassender: „Es ist das *Wesen* des Rechts, daß es sich positiviert."(12) Wir sprechen heute von einem „Schritt zur Norm". Dieser vollzieht sich auf dem Boden einer gesellschaftlichen Ordnung, die als „System" angesprochen, ihr bestimmtes, „konkretes" Recht in Gesetze umsetzt. Weltumfassendes „Menschenrecht" ermangelt solcher gesellschaftlichen gemeinsamen Grundlage in der Gegenwart. Hegel vertritt im Verhältnis der Staaten zueinander ein *uneingeschränktes Interventionsverbot.* Das ist seine Ausprägung des römischrechtlichen Grundsatzes: *par non habet imperium in parem. Vom Menschen her*, wie Hegel das Problem angeht, ergibt sich dann: da sich die Menschen in Staaten derzeit organisieren und innerhalb dieser Formationen arbeiten, leben, denken, fordert „Menschenrecht", daß sich die Staaten „Querfragen" (Hegel) in ihre inneren Angelegenheiten verbitten können, ja müssen.

Gewiß: der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, politische Strömungen, weltweite Staatenvereinbarungen und internationale Organisationen deuten Entwicklungslinien an, die solche Rechtsgestaltung bei Vorhandensein weltweit gemeinsamer wirtschaftlicher Grundlagen in Erwägung ziehen lassen. Weltumfassendes „Menschenrecht" ermangelt aber heute solcher gesellschaftlichen Grund-Lage, eben: einer „Basis", die Zeugungskraft präsentiert.

Hegel vertritt im Verhältnis der Staaten zueinander, eben wegen Fehlens einer gemeinsamen Basis für eine umfassende Rechtsordnung, in § 331: „Ein Staat soll sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen mischen." Recht als solches kann nicht unifiziert, nivelliert oder global normiert werden ohne eine als „Rechtsboden" dienliche gesellschaftliche Gemeinschaftsgrundlage, die auf dem Stand ihrer ökonomischen Entwicklung eine *Widerspiegelung* ihrer konkreten Ordnung in einer bestimmten Rechtsordnung finden kann.

Hegel war in internationalen und supranationalen Fragen weit zurückhaltender als Kant. Und doch finden wir — obwohl Hegel unsere Probleme nur von den *ihm* zuhandenen Staaten angehen konnte — einen modernen Gedanken im Zusatz zu § 259: *Das europäische Recht* und seine Möglichkeit. Hier können „Staatenverbindungen" eintreten, sogar solche, die eine „Gerichtsbildung über andere zulassen". Aber: dies gilt nur „relativ und beschränkt", denn „der alleinige absolute Richter, der sich immer und gegen das Besondere geltend macht, ist der an und für sich seiende Geist, der sich als das Allgemeine

11 MEW 6, 245. Eine materialistische Bewertung des Terminus „Rechtsboden" kann für systemtheoretische Rechts-Überlegungen erhebliche Bedeutung gewinnen. Hierzu: Wilhelm Raimund Beyer „Systemtheorie im Griff des Marxismus. Gedanken über intersystemare Relationen", Meisenheim am Glan, 1976, S. 54 ff, S. 61.

12 Siehe: Wilhelm Raimund Beyer „Normprobleme in Hegels Rechtsphilosophie", a.a.O., S. 567.

und als die wirkende Gattung in der Weltgeschichte darstellt". Dieses „Allgemeine" gilt gegenüber dem „Besonderen", also auch (wörtlich) für die „europäischen Nationen", die für Hegel „eine Familie bilden". Und dies „nach dem allgemeinen Prinzip ihrer Gesetzgebung". Den Hauptgrund für diese „Familienbildung" nennt Hegel nicht: die gemeinsame ökonomische Grundlage und das gemeinsame Ziel: die Verteidigung teilweise feudaler teilweise frühbürgerlicher Eigentumsverhältnisse. Doch auch für diese Gemeinsamkeit betont Hegel: „Es ist kein Prätor vorhanden, der da schlichtet: der höhere Prätor ist allein der allgemeine an und für sich seiende Geist, der Weltgeist". Und dieser kennt souveräne Staaten im Plural. Gemeinsames Recht ist nur durch die Nationalstaaten transformierbar.

So bestellt, sieht es für Hegel mit „Menschenrechten" *als Recht* und nicht als Ideal nicht allzu positiv aus. Wohl gibt er für die „europäischen Staaten" solche „Besonderheit" zu. Fast möchten wir schmunzelnd sagen: Eben die Europäische Menschenrechtskonvention. Diese aber darf niemand — ich warne davor, die Strafe wäre Lächerlichkeit, die tötet — mit den sogenannten Menschenrechtspakten der UNO oder mit anderen nationalstaatlichen Zusammenschlüssen verwechseln. Doch Hegel unterläßt seinen bekannten Gedankenschritt: einzelnes, besonderes, allgemeines auch in diesem Themenfeld nicht. Für die souveränen Staaten siedelt sein Denken nur im Gefilde des Einzelnen und des Besonderen. Das Allgemeine zielt über den Staat hinaus. Im Zusatz zu § 259 heißt es ja: „Der alleinige absolute Richter, der sich immer und gegen das Besondere geltend macht, ist der an und für sich seiende Geist." Hegel kommt zu diesem Ergebnis mit dem begründenden Satz: „Der Staat als wirklich ist wesentlich individueller Staat, und weiter hinaus noch besonderer Staat... Die Staaten als solche sind unabhängig von einander. ... Es können zwar mehrere Staaten als Bund gleichsam ein Gericht übereinander bilden, es können Staatenverbindungen eintreten, wie z.B. die Heilige Allianz, aber diese sind immer nur relativ und beschränkt."

In § 339 werden die „Europäischen Staaten" erneut zitiert: Sie bilden „eine Familie nach dem allgemeinen Prinzip ihrer Gesetzgebung, ihrer Sitten, ihrer Bildung". Auch hier vermissen wir die Anführung des ökonomischen Bodens dieser damals als Rest-Feudalstaaten die frühbürgerliche Entwicklung hemmenden Heilige-Allianz-Staaten. Der eigentliche Grund der Bundes-Gründung war zweifelsohne die gemeinsame Verteidigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse und die gemeinsame Abwehr fortschrittlicher Ambitionen. Hegel schränkt den Gedanken ein:Erneut hören wir „es ist kein Prätor vorhanden, der da schlichtet. Der höhere Prätor ist allein der allgemeine an und für sich seiende Geist, der Weltgeist"(13). So leitet dieser Gedanke über zum „Spiel" der einzelnen Staaten untereinander, „worin sogar die Selbständigkeit des Staates der Zufälligkeit ausgesetzt ist". Der endgültige Schluß der Ge-

13 Einmal heißt es: „Es ist kein Richter vorhanden", das andere Mal: „Es ist kein Prätor vorhanden." Solche Wiederholungen Hegels, die m.E. bessere Epochen-verbindende Aufschlüsse im Hegelschen Denken geben als die (formale) Handschrift-Unterscheidungs-These von Frau Gisela Schüler, finden wir häufig, z.B. bei der Paß-Bild-Forderung Fichtes, die Hegel in der Differenzschrift (Erstausgabe, S. 109-112) und fast 20 Jahre später in der Rechtsphilosophie (Erstausgabe S. XXI) rügt. Rückschlüsse solcher Übung auf die Problematik der Autorschaft der deutschen Übersetzung der „Cart-Schrift" (Waadtlandschrift von 1793) geben der Möglichkeit, daß tatsächlich Hegel der Übersetzer und Anmerkungsverfasser war, Nahrung (Beispiel: die Rolle des geförderten „Tochtermanns" in den Anm. zum 10. Brief im Gleichklang mit der Stelle im Brief Hegels vom 16.4.1795 an Schelling).

dankenkette bleibt aber in § 340 die Krönung der Weltgeschichte durch das Weltgericht.

In § 343 lesen wir: „Die Geschichte des Geistes ist seine Tat." § 346 gründet die „tätige Seite" weiter: „Weil die Geschichte die Gestaltung des Geistes in Form des Geschehens, der unmittelbaren Wirklichkeit ist, so sind die Stufen der Entwicklung als unmittelbare natürliche Prinzipien vorhanden und diese, weil sie natürliche sind, sind als eine Vielheit außereinander." So gelangt Hegel zu den vier Prinzipien der historischen Reiche, ein Gedankenergebnis, das weder wir noch die Weltgeschichte abzunehmen bereit waren.

Der Anklang an die Möglichkeit von Staatenvereinigungen zum Schutze von durch Rechtsverhältnisse repräsentierte Gesellschaftsverhältnisse erscheint uns modern. Er verlockt, an die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" von 1950 als Versuch einer *Positivierung* von Menschenrechten zu denken. Der *normative* Rang der Europäischen Menschenrechtskonvention wird bis heute von keiner anderen Menschenrechts-Erwähnung auch nur irgendwie erreicht. Zum Thema ist auf die Arbeiten von Hans-Jürgen Partsch, von Felix Ermacora oder Heinz Guradz(14) hinzuweisen. Die *philosophische* Betrachtung zielt jedoch andere als die dort rechtswissenschaftlich oder völkerrechtlich untersuchten Probleme an. Menschenrechte kann für Hegel nur der einzelne, individuelle Staat vermitteln. Eine „Besonderung" gilt ihm nur für einen europäischen Staatenbund, der speziell genannt wird. Nur dieser kann als Rechtserzeugungssubjekt „im besonderen Falle" auftreten, *weil hier der Gleichklang des „Rechtsbodens" die partielle unifizierte Normschöpfung zuläßt.* Denn für Hegel hat Staat und Recht die Aufgabe der Eigentumssicherung. In einem unbekannt gebliebenen Aphorismus, den Rosenkranz erwähnt(15), heißt es: „In den Staaten der neueren Zeit ist Sicherheit des Eigentums der Angel, um den sich die ganze Gesetzgebung dreht, worauf sich die meisten Rechte der Staatsbürger beziehen." Nur in dieser Sicht und Hinsicht gleich qualifizierte Staaten können also zusammen ein Recht zur Norm erheben. Nur solche Staaten können gemeinsam als Subjekt sich im Normenbereich substantiieren. Die Normativität eines Menschenrechts bleibt somit an die Qualität der innerstaatlichen Rechtsordnung gebunden, ja sie muß an dieser „Angel" befestigt sein, will sie vom *Menschen* her das Zusammenleben der Menschen vernünftig regeln.

14 Z.B.: Hans Jürgen Bartsch „Die Entwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes" in NJW 1977, S. 474 ff. und dortige Literatur; Heinz Guradze „Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht", Göttingen, 1956; Felix Ermacora „Menschenrechte contra Staatsräson" in: „Die Presse", Wien v. 6.4.1977 u.a.

15 Rosenkranz: „Hegels Leben", Berlin, 1844, S. 525.

SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

Überlegungen zur aktuellen Diskussion um die politische Form des Übergangs zum Sozialismus in Frankreich

Die Krise der kapitalistischen Produktionsweise oder — was nur ein anderer Ausdruck dafür ist — die Zuspitzung der Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit hat in den 70er Jahren in Italien und Frankreich ein solches Niveau erreicht, daß die Frage nach der politischen Form des Übergangs zum Sozialismus in den Mittelpunkt der Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung und darüber hinaus der politisch bewußten Kreise der arbeitenden Bevölkerung gerückt ist.

Das politische Bündnis zwischen Kommunisten, Sozialisten und linken Liberalen in Frankreich, wie es in der Existenz eines „Gemeinsamen Regierungsprogramms" — trotz anhaltender und teilweise harter Diskussionen — seinen konkreten Ausdruck gefunden hat, ist ein historisch einmaliges Faktum, das *weit über das Volksfrontbündnis der 30er Jahre hinausweist.* (Vgl. Teil II, SOPO 43, 1978) In der dem Programm als Präambel vorausgehenden Grundsatzerklärung heißt es, daß man nicht nur den „Ungerechtigkeiten und der Willkür des gegenwärtigen Regimes" ein Ende setzen sondern, daß man damit gleichzeitig auch den „Weg zum Sozialismus ebnen" wolle.

Nun hat die Geschichte der sozialen Bewegungen der letzten beiden Jahrhunderte zur Genüge bewiesen, daß der Begriff „Sozialismus" in äußerst mannigfaltiger Bedeutung verwendet worden ist und verwendet wird. Schon im vergangenen Jahrhundert haben deshalb die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, es vorgezogen, sich als Kommunisten zu bezeichnen und nur widerwillig — aus Gründen der historischen Faktizität — dem Namen der deutschen Arbeiterpartei zugestimmt. (Vgl. MEW 22, 417 f.) Die bisherige Geschichte des 20. Jahrhunderts hat die Vieldeutigkeit des Sozialismus-Begriffs eher noch gesteigert. Es ist daher keineswegs erstaunlich, daß die Konkretisierung dessen, was mit dem im „Gemeinsamen Programm" propagierten „Sozialismus" gemeint ist, zu einer politischen Notwendigkeit geworden ist: In Frankreich hat es, wie anderswo, seit langem Diskussionen um den Sozialismus, um die Wege und Formen seiner Realisierung gegeben. Seit der Mai-Juni-Streikbewegung von 1968 haben diese Diskussionen in wachsendem Maße auch zwischen den verschiedenen Organisationen (Gewerkschaften und Parteien) der arbeitenden Bevölkerung stattgefunden und seit der Verabschiedung des „Gemeinsamen Programms" und mit den Wahlerfolgen der Linken haben sie auch die Ebene der organisierten Arbeiterbewegung überschritten und sind zu einem Bestandteil öffentlicher Debatten geworden, die sich in Betrieben und Wohnvierteln, auf öffentlichen Meetings und in den großen Massenmedien vollziehen.

Die französische kommunistische Partei hat aus dieser von ihr freilich mitgeschaffenen sozialen Realität praktische Konsequenzen gezogen und ihren 22. Parteikongreß im Januar 1976 unter das Motto gestellt: „Ein demokratischer Weg zum Sozialismus. Ein Sozialismus für Frankreich."

Das für viele bemerkenswerteste Resultat der Sozialismus-Debatte innerhalb der französischen kommunistischen Partei war der auf diesem Kongreß ausdrücklich erklärte Verzicht auf die Verwendung des Begriffs der „Diktatur des Proletariats" in der Programmatik der Partei. (Vgl. SOPO 36, 1976) In der noch anhaltenden Debatte um diesen Punkt ist der Mehrheit der kommunistischen Partei von innerhalb wie von außerhalb der Vorwurf gemacht worden, sie habe

damit eine der grundlegenden Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben und befinde sich unausweichlich auf dem Weg des ethischen Sozialismus und der Sozialdemokratisierung, was — bewußt oder unbewußt — schließlich gleichbedeutend sei mit dem Verzicht auf die Realisierung des Endziels der klassenlosen Gesellschaft. Konkreter gefaßt läßt sich diese Kritik etwa so formulieren: Die Politik des Linksbündnisses, mit der Konzeption des Gemeinsamen Regierungsprogramms, dem Parteienpluralismus und schließlich der erklärten Bereitschaft, alle parlamentarischen „Regeln", einschließlich der Möglichkeit der Abwahl der Linksregierung, nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar positiv zu vertreten, offenbare eine Verabsolutierung des parlamentarischen Weges, die die Arbeiterklasse angesichts der stets möglichen konterrevolutionären Gewalt zu entwaffnen drohe — kurz: die kommunistische Partei habe die „Lehren aus Chile" nicht gezogen.

Im folgenden wird naturgemäß nicht beansprucht, diese Kritik in allen Einzelheiten zu diskutieren. Eine solche Arbeit erforderte eine außerordentliche wissenschaftliche und politische Anstrengung. Sie verlangte zunächst die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen aller Klassen der jeweils gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften. Dabei sind all diese Beziehungen und Verhältnisse nicht statisch sondern dynamisch zu betrachten; d.h. in ihrer Bewegung, deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen, und diese Bewegung ist nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit zu betrachten, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft, nicht evolutionistisch sondern dialektisch. (Vgl. LW 21, 64) Diese Anforderungen können heute mehr denn je nur von einem breiten „sozialistischen Kollektiv" in solidarischer Diskussion und Kritik erfüllt werden.

Aber wie sorgfältig eine solche Strategie auch immer ausgearbeitet sein mag, eine Garantie für den Sieg der Arbeiterbewegung gibt sie nicht. Hier gilt, wie in allen Fragen des wirklichen Lebens, den Beweis für die Richtigkeit unseres Denkens kann in letzter Instanz nur die *Praxis* selbst liefern. „Die Geschichte im allgemeinen und die Geschichte der Revolutionen im besonderen ist stets inhaltsreicher, mannigfaltiger, vielseitiger lebendiger, ‚vertrackter', als die besten Parteien, die klassenbewußtesten Avantgarden der fortgeschrittensten Klassen es sich vorstellen." (LW 31, 82 f.) Deshalb darf eine vorher ausgearbeitete Strategie auch *nicht* zum *Dogma* werden, sie muß stets mit der lebendigen Entwicklung des konkreten Geschichtsprozesses vermittelt, an ihr korrigiert werden — darin besteht das Wesen der richtigen politischen Taktik.

Das heißt nun aber nicht, daß es keine allgemeinen Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geben würde. Es ist für die Konzipierung einer sozialistischen Strategie und Taktik geradezu von entscheidender Bedeutung, das Verhältnis von allgemeinen Bedingungen des Übergangs zu den nationalen und historischen Besonderheiten richtig zu bestimmen.

Für unsere Zwecke ist die Frage, ob es zwei „allgemeine Taktiken" gibt, je nachdem ob es sich um entwickelte kapitalistische Länder oder um weniger entwickelte, d.h. also mit proletarischer Bevölkerungsmehrheit oder nicht, handelt, gelöst, insofern wir entwickelte kapitalistische Verhältnisse unterstellen. (Auf die mit der spezifischen Klassenanalyse der FKP verknüpften Probleme werden wir jedoch in Teil II kurz zurückkommen.)

Auch die Frage, inwiefern der Kapitalismus in seinem höchsten Entwicklungsstadium wesentliche Modifikationen erfahren hat gegenüber seinem „klassischen"

Stadium, spielt insofern keine grundlegende Rolle, als wir uns auf das Wesen und die Form des Staates im *Übergang* zum Sozialismus beschränken. Hier ist auf die historischen Veränderungen des bürgerlichen Staates nur insoweit einzugehen, als die abstrakte Alternative „Demokratisierung" oder „Zerschlagung" des bürgerlichen Staatsapparates zu behandeln ist.

In der Wirklichkeit, in jedem konkreten historischen Prozeß, treten die „allgemeinen Bedingungen" seiner Existenz natürlich nicht getrennt von den Besonderheiten und Einzelheiten auf. Zum Begreifen dieses Prozesses gilt es daher, durch wissenschaftlich richtige Abstraktion sein allgemeines Wesen herauszuarbeiten, es von den nationalen Besonderheiten und den mehr oder minder „zufälligen" Einzelheiten zu trennen. Diese Arbeit ist von den „Klassikern" des wissenschaftlichen Sozialismus im großen und ganzen auch für den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus in verschiedenen Einzelarbeiten geleistet worden, so daß es *im Prinzip* möglich ist, die allgemeinen Bedingungen getrennt von den nationalen Besonderheiten darzustellen durch die Rekonstruktion der theoretischen Aussagen der „Klassiker". Wobei diese „allgemeine Darstellung" in besonderem Maße ihre Grenzen kennen muß, da es sich bei dem zu untersuchenden Gegenstand nur im äußerst weiten Sinne um ein System handelt. Hier kann jedoch noch nicht einmal der Versuch einer in diesem Sinne eingeschränkten „allgemeinen Darstellung" gemacht werden, wir beschränken uns in Teil I vielmehr auf die zur Erörterung der o.g. Kritik an der Strategie der FKP unbedingt notwendigen Momente — d.h. wir behandeln nur die politische Form des Übergangs zum Sozialismus im engeren, staatlichen Sinne, also unter Ausschluß der übrigen Momente der politischen Organisation der Gesellschaft wie Parteien, Verbände, Medien usw. Eine solche Beschränkung ist bei der Erörterung der konkreten historischen Erfahrungen und der gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeiterbewegung in Frankreich, wie wir sie in Teil II vornehmen, nicht in dem gleichen strengen Sinne möglich. Im Untertitel zu diesem Beitrag wird daher bewußt das Wort „Überlegungen" verwendet, um keine falschen Erwartungen zu wecken.

Marx und Engels haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß nach ihrer Ansicht das letzte *Ziel* der Arbeiterkämpfe — unabhängig davon, ob und inwieweit sich die Arbeiter auf einem gegebenen historischen Entwicklungsniveau dessen bewußt sind — nur die *ökonomische* oder, wie sie vielfach auch sagen, *soziale Emanzipation* sein kann. Unter der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse verstehen sie die Beendigung der ökonomischen Ausbeutung durch die Schaffung einer *klassenlosen Gesellschaft*, in der an die Stelle der „Herrschaft von Menschen über Menschen" eine „*freie Assoziation* von Produzenten" tritt, die gemeinsam den gesellschaftlichen Produktionsprozeß vollziehen, regeln und kontrollieren.

Zwischen der gegenwärtigen kapitalistischen Klassengesellschaft und der zukünftigen klassenlosen kommunistischen Gesellschaft liegt aber nach Marx eine „*Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere*". Dieser Periode entspricht eine politische Übergangsperiode, deren *Staat*, „nichts anderes sein kann als die revolutionäre *Diktatur des Proletariats*". (MEW 19, 28)

Dieser Staat der Übergangsperiode, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, ist nicht das Ziel der Arbeiterbewegung, er ist vielmehr ein bloßes *Mittel* im Prozeß der sozialen Emanzipation. Mittels der politischen Macht des Staates verwandelt die Arbeiterklasse die Produktionsmittel, wie Engels sagt, „zunächst in Staatseigentum", stellt sie die „Allgemeinheit der Arbeit" her, organisiert sie die Produktion auf gesellschaftlicher Stufenleiter und

vermehrt damit möglichst rasch die Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Reichtum. Durch diese mehr oder minder rasche Umwälzung der ganzen Produktionsweise hebt die Arbeiterklasse die ökonomische Grundlage ihrer eigenen, wie jeder anderen Klassenexistenz allmählich auf. Der Kampf der gesellschaftlichen Klassen *nimmt ab*, und im gleichen Maße verliert der Staat seinen politischen Zwangscharakter, d.h. er *stirbt ab* als Staat. (Vgl. hierzu u.a. MEW 19, 222 ff.) In der so entstehenden freien, weil klassenlosen Gesellschaft schwinden schließlich auch alle weiteren Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und gesellschaftlichen Gebrechen, die aus der jahrtausendealten Existenz der Klassenunterschiede entsprungen und in dieser langen historischen Phase gewissermaßen zu einer „zweiten", „sozialen" Natur des Menschen geworden sind. Es schwindet vor allem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit und damit auch der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit, die Arbeit selbst wird aus einem bloßen Mittel zum Leben zu einem ersten Lebensbedürfnis. Mit der Veränderung der Produktionsweise verändern die Menschen ihre gesamten Lebensverhältnisse; es ändern sich insbesondere das Verhältnis der Geschlechter wie der Generationen, der Völker, Rassen und Nationen usw.; d.h. es entsteht eine freie, gleiche und brüderliche Weltgesellschaft ohne Krieg oder Gewalt, in welcher Form auch immer.

Gut Ding will Weile haben. Was hier zur Debatte steht, ist nicht jene Gesellschaft der Zukunft, sondern dieser Staat der Arbeiterklasse, der jene vorbereiten soll und der nach Marx als „Diktatur des Proletariats" zu bezeichnen ist.

Das *spezifische Wesen* dieses Staates ergibt sich notwendig aus der oben skizzierten *historischen Funktion*. Jede theoretische Untersuchung dieses Staatstyps muß daher den Widerspruch reflektieren, daß die Diktatur des Proletariats nach Marx einerseits Staat ist und daher das allgemeine Wesen jeden Staats teilt, andererseits aber als Staat der Arbeiterklasse, als organisierte Macht der gesellschaftlichen Produzenten, sich selbst als Staat, d.h. als einer besonderen neben und über der Gesellschaft stehenden Macht, tendenziell aufhebt. Das so charakterisierte widersprüchliche Wesen des proletarischen Staates muß sich schließlich auch in der *Form* dieses Staates widerspiegeln. Auf diese beiden notwendigen Momente jeder allgemeinen, theoretischen Untersuchung, die Bestimmung des Wesens und seiner adäquaten Erscheinungsform, soll daher zunächst eingegangen werden, bevor wir uns der Frage nach der Bedeutung der „Diktatur des Proletariats" in der aktuellen Sozialismus-Diskussion in Frankreich zuwenden. (Vgl. Teil II)

Nach Ansicht des wissenschaftlichen Sozialismus ist der Staat weder das Resultat eines tatsächlichen oder bloß fiktiven Vertrages zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen, noch ist er eine überindividuelle und übergesellschaftliche Form des „objektiven Geistes" als der „Wirklichkeit der sittlichen Idee", um nur zwei der historisch bedeutendsten Grundkonzeptionen der bürgerlichen Staatstheorie anzudeuten, er ist vielmehr notwendiges Produkt einer bestimmten Stufe in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Damit ist zunächst gesagt, daß der Staat nicht universell ist; er ist im Vergleich zur Gesellschaft eine historisch vorübergehende Erscheinung. Es hat staatsfreie Gesellschaften gegeben, man denke an die Gentilorganisation, und es wird — dies ist eine der wichtigsten Einsichten des wissenschaftlichen Sozialismus — in der Zukunft wiederum eine staatsfreie Gesellschaft geben. Der Staat ist andererseits aber auch keine mehr oder minder zufällige „Verirrung" der Geschichte — wie es die Anarchisten behaupten —, er ist das notwendige Produkt einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Er ist, wie Engels sagt, „das

Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung" halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (MEW 21, 165)

Die zentrale, wenngleich nicht die einzige (!), Einrichtung jeden Staates ist demnach die Existenz einer *öffentlichen Gewalt*, welche infolge der Klassenspaltung nicht mehr „unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung". (Ebenda) Diese öffentliche Gewalt, die aus einer ganzen Reihe von „Zwangsapparaten" (Militär, Polizei, Gerichtswesen, „Bürokratien") besteht, kann mehr oder minder stark entwickelt sein, je nach dem Maße, wie die Klassengegensätze im Innern und die „Eroberungskonkurrenz" (Engels) im Äußeren sich darstellt. Da der Staat entstanden ist, um die „ordnungsgemäße" *Reproduktion* der Klassengesellschaft, d.h. die je spezifischen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse notfalls mittels Eingriff einer „öffentlichen Gewalt" zu sichern, „so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeignen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital." (MEW 21, 166 f.)

Den verschiedenen Typen von Produktionsverhältnissen entsprechen also jeweils charakteristische Staatstypen, deren allgemeine Erscheinungsformen sich mehr oder minder stringent aus den zugrundeliegenden Produktionsverhältnissen ableiten lassen.

„Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ... –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden." (MEW 25, 799 f.)

Die spezifische Differenz der kapitalistischen Klassengesellschaft gegenüber vorangegangenen Gesellschaftsformationen wie Sklaverei oder Feudalismus besteht nun darin, daß die Aneignung von Mehrarbeit im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital sich nicht *unmittelbar* als Herrschaftsverhältnis darstellt, sondern an der Oberfläche des gesellschaftlichen Verkehrs, in der Sphäre der Warenzirkulation, d.h. hier am „Arbeitsmarkt", verhüllt ist und als ein Verhältnis des Austauschs *freier* und *gleicher* Warenbesitzer erscheint. Die ökonomische Form des Austausches, in der das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital unmittelbar erscheint, bestimmt also die Form der daraus hervorwachsenden bürgerlichen Gesellschaft und ihrer spezifischen politischen Gestalt, d.h. die *Form* des bürgerlichen Staates.

Es ist gerade in jüngster Zeit von verschiedenen Autoren z.T. überzeugend dargelegt worden (Hier ist vor allem die Arbeit von U.M. Bader in: Bader/Berger/Ganßmann/Knesebeck, Einführung in die Gesellschaftstheorie 2, Frankfurt/M. 1976, S. 321-417 zu nennen), wie sich auf der *Basis* dieses Tauschverhältnisses ein juristischer und politischer *Überbau* erhebt, der sich als System des bürgerlichen *Privatrechts* einerseits und als *demokratischer Rechtsstaat* andererseits darstellt. Es ist nun vielfach und mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der wirkliche bürgerliche Staat wohl nie jenem idealen Begriff des demokratischen Rechtsstaats auch nur einigermaßen nahegekommen ist,und es läßt sich an unzähligen Beispielen aus allen in Frage kommenden Ländern und historischen Epochen belegen, wie die bürgerliche Herrschaft sich durch ständige Verletzung ihrer eigenen Prinzipien — von mehr oder minder offener Korruption über die Manipulation des Wahlrechts bis zum kaum verhüllten Bruch der Verfassung — „im Rahmen des Rechtsstaats" zu erhalten sucht.

Worum es aber bei diesen theoretischen Überlegungen geht, ist nicht das Auseinanderfallen von „Idee" und empirischer Existenz des Rechtsstaats, sondern es geht um den wesentlichen Widerspruch,der im demokratischen Rechtsstaat als politischer Form der bürgerlichen Klassenherrschaft notwendig enthalten ist, der u.a. auch jene empirische Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte stets neu hervorbringt: den *Widerspruch von Demokratie und Klassenherrschaft.*

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß es sich hier nicht um ein historisch-relativistisches Wortspiel handelt. Sicherlich ist es richtig, daß das Wort „Demokratie" eine lange Geschichte hat und daß die Bedeutung dieses Wortes wechselt „mit dem jedesmaligen Demos" (vgl. MEW 36, 128). Der umfassende Widerspruch der entwickelten bürgerlich-demokratischen Republik mit ihrem Grundmerkmal des allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlrechts ergibt sich eben daraus, daß der „Demos" der bürgerlichen Gesellschaft erstmals sowohl die ausbeutende als auch die ausgebeutete Klasse umfaßt. Also:

„Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie (die bürgerlich-demokratische Verfassung – W.G.) verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht nur sozialen fort- (durch die Garantie des Privateigentums – W.G.), von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen (durch die Garantie des allgemeinen Wahlrechts – W.G.)." (MEW 7, 43)

Es scheint demnach so, als fehle der bürgerlich-demokratischen Republik aufgrund dieses ihr immanenten wesentlichen Widerspruchs jede innere Stabilität und sie könne als bloße „Durchgangsform" oder „Übergangsform" nur entweder zur sozialen Emanzipation voranschreiten oder in die politische Restauration zurückfallen. Auf die Frage, wieso die bürgerlich-demokratische Republik trotz dieses Widerspruchs gerade in den „altzivilisierten Ländern" — entgegen der Marx'schen Annahme aus dem Jahre 1852 (vgl. MEW 8, 122) — eine relativ hohe Stabilität aufweist, kommen wir später zurück. (Vgl. Teil II) Hier haben wir es zunächst noch mit der Klärung des allgemeinen Begriffs der „Diktatur des Proletariats" zu tun.

In den historisch wechselnden Formen des bürgerlichen Staates — Marx hat das an der „klassischen politischen Entwicklung" Frankreichs im 19. Jahrhundert nachgewiesen — fassen sich die Resultate des Klassenkampfes zusammen.

Verfassungen wie Gesetze spiegeln demnach die Struktur der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse im allgemeinen, das jeweilige Kräfteverhältnis der Klassen im besonderen und der Klassenfraktionen im einzelnen wider. Wenn Marx nun alle diese Staatsformen — von der konstitutionellen Monarchie über das parlamentarische Repräsentativsystem (mit Zensuswahlrecht) bis zur bürgerlich-demokratischen Republik —, ohne ihre bedeutenden *Unterschiede* zu verwischen, schließlich doch als mehr oder minder verdeckte Formen der *„Diktatur der Bourgeoisie"* bezeichnet, so beweist dies zweifelsfrei:

Erstens, der Begriff der *„Diktatur"* meint im Kategoriensystem des wissenschaftlichen Sozialismus *keine Staatsform*; er ist, trotz aller „interessierten" Mißverständnisse, *keine* staatsrechtliche oder *juristische*, sondern eine *gesellschaftstheoretische Kategorie.*

Zweitens, der gesellschaftliche Inhalt dieser staatlichen Herrschaftsformen ist gegeben durch die Existenz der bürgerlichen Produktionsverhältnisse. Innerhalb dieses *allgemeinen* Rahmens sind aufgrund des realhistorischen Verlaufs des Klassenkampfes unterschiedliche *Kräfteverhältnisse* der Klassen (bzw. Klassenfraktionen) zueinander möglich, die entsprechende politische Inhalte und Formen hervorbringen. Der Variation dieser Kräfteverhältnisse sind jedoch *Grenzen* gesetzt durch den Bestand der grundlegenden Produktions-, d.h. insbesondere der Eigentumsverhältnisse. Hieran haben demnach auch die Formen des bürgerlichen Staates ihr *Maß*, das nicht überschritten werden kann ohne zugleich die Produktionsverhältnisse selbst zu tangieren. In *diesem Sinne* ist auch die demokratische Republik, so wertvoll sie für die Entfaltung der Arbeiterbewegung auch ist, auf der Basis bürgerlicher Produktionsverhältnisse „Diktatur der Bourgeoisie".

Freilich ist die demokratische Republik nach Marx und Engels nicht nur diese „konservative Lebensform", sie ist *auch*, wie oben bereits angedeutet, „politische Umwälzungsform". Sie ist „Terrain für den Kampf" der Arbeiterklasse, „Werkzeug ihrer Befreiung" und schließlich sogar „spezifische Form für die Diktatur des Proletariats". (MEW 22, 235)

An der Möglichkeit des Wechsels des sozial-ökonomischen Inhalts wird deutlich, daß die demokratische Republik keine starre, sondern eine höchst elastische Staatsform ist, die in sich Widersprüche enthält, die sie als bloße Form selbst nicht zu vermitteln vermag. Sie zerfällt daher in zwei begrifflich und historisch verschiedene, ja inhaltlich gegensätzliche Typen, die bürgerlich-demokratische und die proletarische oder *sozialistische demokratische Republik*, deren gemeinsames Moment die Allgemeinheit des politischen Wahlrechts aller Mitglieder der Gesellschaft ist. Darüber hinaus besteht aber wesentliche inhaltliche Verschiedenheit, die sich aus den völlig unterschiedlichen sozial-ökonomischen und historischen Funktionen ergibt und die schließlich auch die staatlichen Institutionen wesentlich mitprägt.

Nach Marx hat die Pariser Kommune von 1871, als die „bestimmte Form" der sozialistisch-demokratischen Republik und die „endlich entdeckte Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte" (MEW 17, 342), den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschinerie nicht einfach in Besitz nehmen kann, um sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung zu setzen (vgl. MEW 17, 592). Das politische Werkzeug ihrer Klassenunterdrückung kann nämlich nicht zum Werkzeug ihrer sozialen Befreiung werden (vgl. MEW 17, 592). Hier gilt, wie stets, der Zweck heiligt nicht das Mittel; Mittel und Zweck bilden vielmehr eine — dialektische — Einheit.

Von sich besonders revolutionär dünkenden „Marxisten" wird nun behaup-

tet, Marx hätte „gelehrt", die Arbeiterklasse müsse zunächst den bürgerlichen Staat „zerschlagen" und an seine Stelle sog. „proletarische Institutionen" setzen; dies sei die unabdingbare Voraussetzung für den Sieg jeder proletarischen Revolution. Da solche oder ähnliche „grundlegende" Einwände in Frankreich und anderswo gegen die Konzeption des „demokratischen Weges zum Sozialismus" vorgebracht worden sind, halte ich es für notwendig, die Position der „Klassiker" des wissenschaftlichen Sozialismus in dieser Frage etwas näher zu betrachten.

Worauf stützen sich diese Einwände?

Während der Zeit der Pariser Kommune schrieb Marx in einem Brief an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines „Achtzehnten Brumaire" nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die *bürokratisch-militärische Maschinerie* (Hervorhebung W. G.) aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu *zerbrechen* (Hervorhebung von Marx – W.G.), und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen *Volksrevolution* auf dem *Kontinent*." (Hervorhebungen W.G.) (MEW 33, 205)

Worum es sich bei dieser „bürokratisch-militärischen Maschinerie" handelt, die jede wirkliche Volksrevolution (und nicht nur die „Diktatur des Proletariats"!) brechen muß, sagt Marx in dem von ihm erwähnten Kapitel des „Achtzehnten Brumaire":

„Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, bei Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half. Die herrschaftlichen Privilegien der Grundeigentümer und Städte verwandelten sich in ebensoviele Attribute der Staatsgewalt, die feudalen Würdenträger in bezahlte Beamte und die bunte Mustercharte der widerstreitenden mittelalterlichen Machtvollkommenheiten in den geregelten Plan einer Staatsmacht, deren Arbeit fabrikmäßig geteilt und zentralisiert ist. Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle lokalen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, mußte entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte: die Zentralisation, aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie! Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu als eine größere Teilung der Arbeit, in demselben Maße wachsend, als die Teilung der Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft neue Gruppen von Interessen schuf, also neues Material für die Staatsverwaltung. Jedes *gemeinsame* Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, allgemeines Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs. Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers." (MEW 8, 196 f. – vgl. auch die entsprechenden Stellen im „Bürgerkrieg" (MEW 17, 336 ff. und in den beiden „Entwürfen" dazu, MEW 17, 538 ff. bzw. 592 ff., 607 ff.))

Marx hat wiederholt auf den „klassischen" Charakter der Entwicklung der „Bourgeoisregierungsformen" in Frankreich verwiesen; es fällt ihm aber nicht ein, daraus eine allgemeine Theorie des notwendigen politischen Entwicklungsganges des bürgerlichen Staates zu machen, der allen Völkern „strukturell" vorgegeben wäre. Wenn er betont, daß seine Schlußfolgerungen für den *Kontinent*

gelten, so ist dies auch nicht etwa ein vorweggenommener, abstrakter „Eurokommunismus", diese Schlußfolgerungen sind vielmehr das Resultat einer konkreten Einschätzung des bürokratisch-militärischen Grundzugs der Staatsapparate aller Hauptländer des Kontinents zur damaligen Zeit, also neben dem „kaiserlichen" Frankreich das eben werdende „kaiserliche" Deutschland, das „kaiserliche" Österreich und das „zaristische" Rußland.

In einer öffentlichen Rede über den Haager Kongreß der „Internationalen Arbeiterassoziation" erklärte Marx am 8. September 1872 in Amsterdam:

„Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England, und wenn mir Eure Institutionen besser bekannt wären, würde ich vielleicht noch Holland hinzufügen, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können." (MEW 18, 160)

In welchem Sinne dies gemeint war, hat Engels Anfang der 90er Jahre in seiner Kritik am ursprünglichen Entwurf des sozialdemokratischen Parteivorstands für ein Parteiprogramm noch einmal konkretisiert:

„Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, so bald man die Majorität des Volks hinter sich hat: in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie täglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle andern Vertretungskörper ohne wirkliche Macht in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden." (MEW 22, 234)

Welche Schlußfolgerungen daraus für die heutigen Staaten in Frankreich, Italien, Bundesrepublik zu ziehen sind, sei hier zurückgestellt, entscheidend ist die Marx-Engels'sche Methode. Sie berücksichtigt stets den sozialen Charakter der jeweiligen staatlichen Institution oder anderer Momente des gesellschaftlichen Überbaus (Sitten, Traditionen usw.) im konkreten Zusammenhang mit den sich historisch entfaltenden Bedürfnissen der kapitalistischen Produktionsweise im jeweiligen Land und der sich damit zuspitzenden sozialen Antagonismen; d.h. mit der Bewegung des Klassenkampfes. Hieran ist eine realhistorische Analyse des Staates und eine sozialistische Strategie zu messen und nicht an der dogmatischen Wiederholung von Wendungen, die für sich genommen als Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen oder strukturalistischen Theorie gelten wollen, deren größter „Vorzug" jedoch darin besteht, sowohl übergeschichtlich zu sein als auch von den wirklichen, historisch sich wandelnden Strukturen abzusehen. (Vgl. MEW 19, 112) Die von Marx und Engels angewandte Methode der konkreten Staatsanalyse ist auch die Methode von Lenin bei der Ausarbeitung seiner revolutionären Strategie.

Für Lenin ist dies so selbstverständlich, daß der Gegensatz zu Balibar u.a., die sich in diesem Zusammenhang auf ihn berufen, nicht deutlicher hervortreten könnte. In „Staat und Revolution", wo er sich die Aufgabe der „Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat" (LW 25, 397) stellt, „korrigiert" er, aufgrund der realhistorischen Entwicklung, ohne das geringste Zögern die oben erwähnte Einschränkung von Marx, wonach das Zerbrechen der bürokratisch-militärischen Maschinerie Vorbedingung jeder Volksrevolution auf dem *Kontinent* sei. Er schreibt.

„Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes war, aber eines Landes ohne Militarismus und in hohem Grade ohne Bürokratie. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution *ohne*

die Vorbedingung der Zerstörung der „fertigen Staatsmaschine" damals möglich zu sein schien und möglich war. Jetzt, *im Jahre 1917* (Hervorhebung W.G.), in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort. Sowohl England als auch Amerika, die im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus größten und letzten Vertreter angelsächsischer ‚Freiheit' in der ganzen Welt, sind vollständig in den allgemeinen europäischen, schmutzigen, blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgesunken, die sich alles unterordnen, die alles zerdrücken. Jetzt bildet sowohl für England als auch für Amerika das *Zerbrechen*, das *Zerstören* der ‚fertigen Staatsmaschine' (die dort in den Jahren *1914-1917* (Hervorhebung W.G.) die ‚europäische', allgemein-imperialistische Vollkommenheit erreicht hat) die ‚Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution'." (LW 25, 428)

Heute aber etwa zu behaupten, seit 1917 habe sich der Charakter der „fertigen Staatsmaschine" in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr gewandelt, wäre grotesk. Gewiß hat sich mit der Modifikation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Dominanz monopolistischer Großkonzerne auch im Staatsapparat die *Tendenz* demokratischer Rechte und Kontrolle verstärkt. Zentralisation der Macht, weiteres Fortschreiten der Bürokratisierung und „Verschmelzung" von Staatsorganen und monopolistisch dominierten Interessenverbänden sind charakteristisch für die Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert und insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber — einmal ganz abgesehen von dem eigentümlichen Doppelcharakter dieses Prozesses, auf den wir gleich zurückkommen werden — es gibt gegen diese spontane Tendenz auch eine bewußte demokratische *Gegentendenz*, die sich vor allem in Ländern mit starken antifaschistischen Widerstandsbewegungen in der demokratischen Grundsubstanz ihrer Verfassungen geltend machte und die sich gerade in der jüngsten Vergangenheit durch bedeutende demokratische Massenaktivitäten und politische Positionsgewinne der Arbeiterorganisationen z.B. in Italien und Frankreich noch erheblich verstärkt und aktualisiert haben. Die Marxsche Dialektik erfordert, nach Lenin, „eine konkrete Analyse der jeweiligen historischen Situation." (LW 25, 322)

Und daß es sich bei einer solchen „konkreten Analyse" nicht bloß um die Konstatierung oberflächlicher, vorübergehender „historischer Wallungen" handelt, sondern um das wissenschaftliche Begreifen der zugrundeliegenden wesentlichen sozialökonomischen *Strukturveränderungen*, zeigt ebenfalls die Leninsche Rekonstruktion der Marxschen Staatslehre. Lenin differenziert, mit Marx, zwischen den *repressiven* Funktionen (der bürokratisch-militärischen Maschinerie) des bürgerlichen Staates und den allgemeinen Leitungsfunktionen, die aus dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion entspringen bzw. bei der Erstellung allgemeiner Produktions- und Verkehrsbedingungen vom Staat übernommen werden.

„Während es galt (für die Kommune! – W.G.), die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre *berechtigten* Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der *Gesellschaft zurückgegeben* (Hervorhebungen W.G.) werden." (MEW 17, 340)

Unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der russischen Revolution von 1917 stellte sich für Lenin diese Aufgabe wie folgt:

„Außer dem vorwiegend ‚unterdrückenden' Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, ... Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, ..., ihn den proletarischen Sowjets unterordnen und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das kann geschehen, wenn

man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt." (LW 26, 89)

Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Aufgaben der bürgerlichen und der proletarischen Revolution besteht darin, daß die bürgerliche Produktionsweise „im Schoße" des Feudalismus heranwächst und die alte Produktionsweise nach und nach verdrängt, so daß die bürgerliche Revolution lediglich die politische Aufgabe hat, den alten feudalen „Überbau" abzustreifen, um die der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung angemessenen Entwicklungsformen zu schaffen; die proletarische Revolution muß dagegen die neue sozialistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktionsverhältnisse selbst allererst schaffen. Diese sozial-ökonomische Aufgabe ist freilich prinzipiell umso leichter lösbar, je weiter der Prozeß der Vergesellschaftung auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise vorangeschritten ist. In diesem Sinne haben schon Marx und Engels auf den Doppelcharakter der kapitalistischen Vergesellschaftungsformen (Aktiengesellschaften, Trusts, Kreditwesen, Staatsintervention und -eigentum) verwiesen. (Vgl. u.a. MEW 19, 220 ff., MEW 25, 452 ff.) In dieser Tradition spricht Lenin, wenn er die positive Funktion der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und der Berufsverbände hervorhebt, mit deren Hilfe der Sozialismus unter der Kontrolle der Sowjets aufzubauen sei. (LW 26, 89). Diese organisatorische Aufgabe erwies sich aber gerade in Rußland sehr bald als „Aufgabe von gigantischer Schwierigkeit" (LW 27, 76). Sie war unter den Bedingungen des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention nur in äußerst rudimentärer Form („Kriegskommunismus") zu lösen, und sie sollte auch in den folgenden beiden Jahrzehnten die Geschichte der Sowjetunion entscheidend prägen (NÖP, Fünfjahrespläne, Kollektivierung der Landwirtschaft usw.). Auf die damit verknüpften Phänomene des Bürokratismus, des Terrors usw. kann hier nicht näher eingegangen werden. Uns kam es nur darauf an zu zeigen, wie doktrinär und phrasenhaft sich die abstrakte Formel von der „Zerschlagung des Staatsapparates" erweist, angesichts der differenzierten Analysen der sozialistischen Klassiker und angesichts der tatsächlichen Probleme, die bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft auftreten. Es ist jedoch klar, daß sich diese Probleme in einem industriell so hochentwickelten Land wie Frankreich heute, mit einer technisch und kulturell sehr hoch stehenden Arbeiterklasse, einer breiten, am Sozialismus interessierten Schicht von Intellektuellen usw. *prinzipiell* weit weniger schwierig darstellen als in der Sowjetunion der 20er und 30er Jahre.

Heute gilt mehr noch als im März 1918 Lenins Einschätzung, wonach es in Westeuropa zwar schwieriger ist, die Revolution anzufangen, daß es aber leichter sein wird, sie dann fortzuführen (vgl. LW 27, 80), d.h. den Sozialismus aufzubauen — was freilich nicht heißen soll, daß es keine Probleme geben würde, sondern nur, daß die objektiven und subjektiven Voraussetzungen zu ihrer Lösung ungleich besser entwickelt sind.

Die Kommune, als der erste historische Versuch zur Errichtung einer „Regierung der Arbeiterklasse" (MEW 17, 342), oder einfach, nach Engels, der „Diktatur des Proletariats" (MEW 22, 199) hat aber nicht nur das Negative bewiesen, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Staatsmaschine nicht einfach in Besitz nehmen kann, um sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung zu setzen, sie hat auch *positiv*, trotz ihrer sehr kurzen Lebensdauer, wenigstens die Grundrisse einer politischen Form der sozialen Emanzipation der Arbeit angedeutet. Was waren nach Marx die Ziele der Kommune?

„Die Kommune sollte ... als Hebel dienen um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein. ... Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt." (MEW 17, 342)

Die Kommune *beginnt* dieses „große Ziel", die „Befreiung der Arbeit", „indem sie einerseits die unproduktive und schädliche Tätigkeit der Staatsparasiten abschafft, die Ursachen beseitigt, denen ein riesiger Anteil des Nationalprodukts für die Sättigung des Staatsungeheuers zum Opfer gebracht wird, und indem sie andererseits die tatsächliche örtliche und nationale Verwaltungsarbeit für Arbeiterlohn durchführt. Sie beginnt daher mit einer umermeßlichen Einsparung, mit ökonomischer Reform ebenso wie mit politischer Umgestaltung ". (MEW 17, 546) Daher war die bloße Existenz der Kommune schon eine wichtige sozial-ökonomische Maßregel.

Die Grundzüge der Kommunalen Verfassung bestanden in:

- der Auflösung des stehenden Heeres und seiner Ersetzung durch das in der Nationalgarde bewaffnete Volk;
- der Wahl von Stadträten aus den verschiedenen Wohnbezirken nach dem allgemeinen Wahlrecht, die ihren Wählern verantwortlich und jederzeit abrufbar waren; ihre Mehrzahl bestand aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse;
- dem Rat der Kommune, der keine parlamentarische, sondern eine arbeitende, d.h. gesetzgebende und vollziehende Körperschaft zur gleichen Zeit ist;
- der Verantwortlichkeit und der jederzeitigen Abberufbarkeit der Polizei, der Richter und der Beamten aller anderen Verwaltungszweige gegenüber dem Rat der Kommune;
- Besorgung des öffentlichen Dienstes für Arbeiterlohn, von den Mitgliedern des kommunalen Rates an abwärts bis zum einfachsten „Beamten";
- Unentgeltliche Öffnung aller Unterrichtsanstalten für das Volk, bei gleichzeitiger Befreiung des Unterrichts und der Wissenschaft vom Einfluß von Kirche und Staat; Enteignung der Kirchengüter und Trennung von Kirche und Staat.

Nun wäre es vollkommen verkehrt, diese institutionellen Formen bzw. sozialen Maßregeln zu verabsolutieren und sie zum Modell jeder künftigen politischen Form der sozialen Emanzipation hochzustilisieren.

„Die Arbeiterklasse weiß, daß sie durch verschiedene Phasen des Klassenkampfes hindurch muß. Sie weiß, daß die Ersetzung der ökonomischen Bedingungen der Sklaverei der Arbeit durch die Bedingungen der freien und assoziierten Arbeit nur das *progressive Werk der Zeit* (Hervorhebung W.G.) sein kann (...), daß sie nicht nur eine Veränderung der Verteilung erfordern, sondern auch eine neue Organisation der Produktion, oder besser die Befreiung (...) der gesellschaftlichen Formen der Produktion in der gegenwärtigen organisierten Arbeit (erzeugt durch die gegenwärtige Industrie) von den Fesseln der Sklaverei, von ihrem gegenwärtigen Klassencharakter, und ihre harmonische nationale und internationale Koordinierung. Die Arbeiterklasse weiß, daß dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehalten und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen. Sie weiß, daß das gegenwärtige ‚spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums' nur im Verlauf eines *langen Entwicklungsprozesses* (Hervorhebung W.G.) neuer Bedingungen durch ‚das spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit' ersetzt werden kann, so wie das ‚spontane Wirken der ökonomischen Gesetze der Sklaverei' und das ‚spontane Wirken der ökonomischen Gesetze der Leibeigenschaft' abgelöst wurde." (MEW 17, 546)

Die Kommune hatte nicht diese Zeit, weder um ihre Ziele zu realisieren noch um sich selbst zu entfalten, aber sie war nach Marx „eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form" (MEW 17, 342), und zwar in jeder Hinsicht, nämlich sowohl im Raum, d.h. territorial ausdehnungsfähig auf die ganze Nation und darüber hinaus, als auch in der Zeit, d.h. in ihrer historischen Entwicklung bis zur adäquaten, universellen Form der sozialen Emanzipation der Arbeit. Insofern kann man die Kommune durchaus als Prototyp der „Diktatur des Proletariats" ansehen.

Worin lag das in ihren Institutionen keimhaft erscheinende Wesen der Kommune? Die Kommune war der gerade Gegensatz zum Zweiten Kaiserreich, in dem die Regierungsgewalt „mit ihrem stehenden Heer, ihrer alles dirigierenden Bürokratie, ihrer verdummenden Geistlichkeit und ihrer servilen Gerichtshierarchie" (MEW 17, 540) sich soweit von der bürgerlichen Gesellschaft entfernt hatte, daß sie schließlich selbst für die ökonomisch herrschenden Klassen „demütigend" geworden war, die daher nach der militärischen Niederlage auch prompt ihr Heil in der parlamentarischen Republik suchten. Aber dieser Parlamentarismus war 1870 für die französische Arbeiterklasse am Ende. Seine letzte Periode war die Republik vom Mai 1848 bis zum Staatsstreich Bonapartes. Das „Kaiserreich" war also nichts anderes als die ultima ratio jener bürgerlichen Republik gewesen, zu der die Herrschenden sich jetzt zurückflüchtigten. In dieser Republik lag für das arbeitende Volk von Paris — und der anderen großen industriellen Zentren des Landes! — keine Hoffnung. Für das Volk galt es, jenen unseligen „politischen Zyklus" der bürgerlichen Regierungsformen zu sprengen. In diesem Sinne hatte die Kommune *keine eigene Vorgeschichte*, außer jener vagen Idee einer „sozialen Republik", die im Laufe der 48er Revolution kurzfristig aufgeblitzt war, und in diesem Sinne war sie die *Negation* des Zweiten Kaiserreiches. Die Kommune war keine Revolution „gegen diese oder jene — legitimistische, konstitutionelle, republikanische oder kaiserliche — Form der Staatsmacht. Die Kommune war eine *Revolution gegen den Staat selbst ... die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht*, (Hervorhebung W.G.) an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigne Gewalt schaffen; das ist die politische Form ihrer sozialen Emanzipation ..." (MEW 17, 541/543)

In ihrer notwendigen Geschichtslosigkeit und der ihr aufgezwungenen Negativität lag freilich auch ihre Schwäche. Die „Himmelstürmer von Paris" waren ökonomisch zu weit zurück und *politisch zu weit voraus*. Insbesondere der letzte Punkt wurde von Marx — freilich nicht öffentlich — kritisiert. (Vgl. MEW 33, 205)

Wir hatten zu Beginn dieses Teils die historische Funktion der „Diktatur des Proletariats" in allgemeinen Zügen zu skizzieren versucht und darauf hingewiesen, daß der Arbeiterstaat seinen politischen Zwangscharakter in dem Maße verliert, wie der Kampf der gesellschaftlichen Klassen abnimmt aufgrund des Schwindens seiner sozial-ökonomischen Grundlage. Die Kommune war in dem oben genannten politischen Sinne schon weitgehend kein Staat mehr, ohne daß sie die dazu freilich notwendigen sozial-ökonomischen Voraussetzungen geschaffen hatte. Hieran mußte sie notwendig scheitern — ganz unabhängig von den ohnehin extrem ungünstigen äußeren politischen Bedingungen ihrer Existenz.

Es stellt sich daher nun zum Abschluß noch die Frage nach dem allgemeinen

Verhältnis von sozialistischer Demokratie und politischem Zwangscharakter des revolutionären Übergangsstaates. Die entscheidende Maßnahme, die ein solcher Staat in jedem Falle — mehr oder minder rasch, in dieser oder jener ökonomischen und juristischen Form — vollziehen muß, ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als unabdingbare Voraussetzung der klassenlosen Gesellschaft und des allmählichen Absterbens des Staates. Dieser Schritt bedeutet objektiv und — da die Produktionsmittelbesitzer sich in der Regel damit nicht freiwillig abfinden — subjektiv empfunden, die Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols gegen die Produktionsmittelbesitzer. Aber diese Gewalt ist nicht die Gewalt einer Minderheit gegenüber der Mehrheit des Volkes, wie so oft in bürgerlichen Staaten, sie ist legale Gewalt, durch die demokratisch beschlossenen Gesetze, und sie ist im historischen Sinne legitime Gewalt, indem sie den Bedingungen der sozial-ökonomischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die entscheidende Grundlage entzieht. Es handelt sich also um eine genuin demokratische Gewalt. Demokratie ist nicht durch Gewaltfreiheit gekennzeichnet, dann wäre sie keine *Staats*form, ihr Charakteristikum ist der Mehrheitsentscheid, der der Anwendung der Staatsgewalt vorausgeht und der sie kontrolliert.

Es hat für die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus niemals den geringsten Zweifel am demokratischen Charakter der „Diktatur des Proletariats" gegeben. Im Kommunistischen Manifest schreiben Marx und Engels sogar, daß „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist." (MEW 4, 481) Aber während im 19. Jahrhundert auch für das Bürgertum „Demokratie" vielfach noch mit „Sozialismus" oder „Kommunismus" zusammenfiel, hat sich dies im 20. Jahrhundert erheblich gewandelt. „Demokratie" ist vorübergehend (!) sogar — und nicht immer ohne Erfolg — zur Kampflosung gegen Sozialismus oder Kommunismus geworden. Worum es hier geht, ist nicht die historische Dimension dieses Problems, also die politisch wichtige Frage, wie es zu dieser partiellen und temporären Verkehrung kommen konnte, sondern die *theoretische* Klärung des Zusammenhangs von Demokratie und „Diktatur des Proletariats".

Wir hatten weiter oben nachgewiesen, daß der Begriff der Klassendiktatur im wissenschaftlichen Sozialismus keine Staats*form* bezeichnet, keine staatsrechtliche sondern eine gesellschaftstheoretische Kategorie ist. Demokratie hingegen ist eine Staatsform, z.B. die demokratische Republik. Als solche, das hatten wir auch gezeigt, kann sie unterschiedlichen Klasseninhalt haben, entweder als bürgerliche oder als sozialistische demokratische Republik. Die bürgerlich-demokratische Republik hatten wir als adäquate Form der „Diktatur der Bourgeoisie" entwickelt und in demselben Sinne ist die sozialistische demokratische Republik die adäquate „fertige" Form der „Diktatur des Proletariats". (Vgl. MEW 39, 215 f.) Nun hatten wir aber zugleich gesagt, daß ein Widerspruch besteht zwischen Demokratie und Klassenherrschaft, insofern der „Demos" nämlich selbst in sich antagonistisch gegenüberstehende Klassen zerfällt. Von diesem Widerspruch, der kein logischer sondern ein realer ist, handeln direkt oder indirekt alle ernsthafteren Demokratietheoretiker. Die „reinste" Lösung des Widerspruchs findet man bei Rousseau, für den die (relative) Gleichheit des individuellen Eigentums die wesentliche Bedingung für reale Demokratie ist. Deshalb haben Marx und Engels die „reine" Demokratie, die „Demokratie als Zweck", stets für ein kleinbürgerliches Ideal gehalten (vgl. u.a. MEW 36, 128), das der Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft diametral entgegengesetzt ist.

Hiermit ist freilich nur die „reine" Demokratie als *Staats*form gemeint und *nicht* das *Prinzip* der Mehrheitsentscheidung nach rationaler und öffentlicher

Diskussion, das notwendig auch zur staatsfreien, aber damit keinesfalls absolut widerspruchsfreien „Assoziation der Produzenten" in der Zukunft gehört. Die reale Demokratie — mit ihrem Anspruch auf Volkssouveränität — ist stets in sich widersprüchlich. Während aber der Widerspruch der bürgerlichen Demokratie darin besteht, daß sie die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit im Namen des ganzen Volkes legitimieren soll, besteht der Widerspruch der proletarischen Demokratie lediglich noch darin, daß sie die vorübergehende Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit im Namen der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft legitimiert. Lenin hat das paradox dahingehend formuliert, daß die Demokratie, in dem Maße wie sie den ihr immanenten Widerspruch überwindet, selbst als Staatsform abstirbt, weil sie den Staat in der Selbstverwaltung des ganzen Volkes aufhebt. (Vgl. LW 25, 409 f.)

Wenngleich also die demokratische Republik die angemessene Form der „Diktatur des Proletariats" darstellt, so ist damit aber nicht gesagt, daß sie ausschließlich in dieser entwickelten Form historisch auftreten kann. Aus der „relativen Autonomie" des gesellschaftlichen Überbaus, und d.h. auch der politischen und staatlichen Formen, ergibt sich die Möglichkeit vielfältiger Modifikationen, die im großen und ganzen dem konkreten Verlauf des Klassenkampfes entsprechen. So hat die „Diktatur der Bourgeoisie" im Verlauf von drei Jahrhunderten in den verschiedensten Ländern äußerst unterschiedliche Formen angenommen und entsprechend ist es *im Prinzip* auch mit den realen Formen der „Diktatur des Proletariats". So war z.B. in der Mehrzahl der bürgerlichen Demokratien des 19. Jahrhunderts das Wahlrecht an bestimmte sozial-ökonomische Bedingungen geknüpft (Zensus) und so war umgekehrt in der russischen Sowjet-Verfassung von 1918 das Wahlrecht weitgehend auf „produktive und gesellschaftlich nützliche Arbeiter" beschränkt und gleichzeitig das städtische Industrieproletariat gegenüber den Bauern im Verhältnis 5:1 bevorzugt. Lenin, der diese Verfassung gegen Kautsky verteidigt, schrieb dazu aber mehrfach und unzweideutig, daß „die Entziehung des Wahlrechts für die Ausbeuter eine *rein russische* (Hervorhebung von Lenin — W.G.) Frage und nicht eine Frage der Diktatur des Proletariats überhaupt ist." (LW 28, 254) Dies gilt naturgemäß auch für die Ungleichheit des Wahlrechts zwischen Arbeitern und Bauern u.ä. Erscheinungen. Alle diese Regeln sind nach Lenin kein notwendiges Merkmal des logischen Begriffs der Diktatur, gehört nicht als notwendige Bedingung zum historischen und klassenmäßigen Begriff der Diktatur." (LW 28, 255)

Infolge der „relativen Autonomie" der politischen Formen gegenüber dem sozialen Inhalt (vgl. MEW 39, 215) besteht andererseits aber auch kein notwendiger Gegensatz zwischen der besonderen *parlamentarischen* Form der demokratischen Republik und der „Diktatur des Proletariats". Allerdings ist nach Ansicht der sozialistischen „Klassiker" der Parlamentarismus die ideale Form der *bürgerlichen* Herrschaft; die Form der Gesamtregierung aller konkurrierenden Fraktionen der aneignenden Klassen (vgl. MEW 17, 337), „die anonyme Aktienkompanie der vereinigten Bourgeoisfraktionen" (MEW 17, 517) usw. Dies ist möglich, weil das Parlament zwar Ausdruck des (im besten Falle!) allgemeinen Wahlrechts ist, aber in dieser besonderen Form der Demokratie „die Einzelnen ihre Souveränität nur für einen Moment ausüben, dann aber sogleich wieder von der Herrschaft zurücktreten" (MEW 3, 315). Im parlamentarischen Repräsentativsystem ist daher der Betrug am Wähler, der Bruch des Wahlversprechens usw. struktruell als Möglichkeit angelegt und durch die Ideologie der Repräsentation der Allgemeinheit noch geheiligt. So hat das Volk, *bei mangelnder Entwicklung seiner eigenen politischen Organisationen*, „immer nur die Wahl, in

drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament vertreten und zertreten soll". (MEW 17, 340)

Marx spricht sich natürlich nicht gegen jede politische Vertretungskörperschaft aus — wie übrigens auch Rousseau nicht — es kommt ihm nur darauf an, daß sich diese Körperschaft nicht gegenüber dem Wahlvolk verselbständigt, sondern dessen Instrument bleibt. Das Mittel hierzu sieht er in der Direktwahl der Vertreter, der Beamten usw., der Verantwortlichkeit der Gewählten gegenüber ihren Wählern bei jederzeitiger Abwählbarkeit, d.h. im *imperativen Mandat*. Hierin lag das Spezifikum der Kommunalen Organisation, der Räte- und der Sowjetverfassungen.

Aber der Kampf der Arbeiterbewegung ist nicht anti-parlamentarisch. Marx und Engels hielten „es für sehr wichtig, daß Arbeiter von der Internationale in allen Parlamenten sitzen" (MEW 33, 416), daß die Arbeiter sich in einer selbständigen nationalen politischen Partei organisieren, sich an den Wahlen zu den politischen Vertretungskörperschaften auf allen Ebenen beteiligen und dabei das allgemeine Wahlrecht „aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation" (MEW 19, 238) umwandeln. Die Vertreter der Arbeiter kämpfen im Parlament für die Erweiterung der sozialen und politischen Rechte des Proletariats und des gesamten arbeitenden Volkes, sie unterstützen die sozial-ökonomischen Forderungen der Gewerkschaften und werden von diesen in ihrem politischen Kampf aktiv unterstützt — so ergänzen sich parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen und treiben sich gegenseitig voran.

„Die unmittelbaren Vorteile, die die Gewerkschaften gewähren, ziehen viele sonst Gleichgültige in die politische Bewegung hinein, während die Gemeinsamkeit der politischen Aktion die sonst isolierten Gewerkschaften zusammenhält und ihnen gegenseitige Unterstützung gewährleistet." (MEW 19, 120)

Auf diese Weise entsteht eine besondere nationale politische Tradition, in der die Erfahrungen der Arbeiterklasse und ihre Erfolge auch mit dem Parlament verknüpft sind, ja wo die Arbeiterklasse schließlich in bestimmten historischen Situationen zum entschiedensten Verteidiger der bürgerlich-demokratischen Rechte, einschließlich der parlamentarischen Institutionen, wird gegen die Versuche der Bourgeoisie, ihre durch Wahlrecht und Parlament bedrohten Klassenprivilegien zu retten, selbst um den Preis ihrer ureigensten Institutionen. Unter diesen Bedingungen *kann* auch das Parlament, ähnlich wie das allgemeine Wahlrecht, aus einem „Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation" umgewandelt werden. Voraussetzung ist hierzu freilich, daß die Arbeitervertreter nicht im „parlamentarischen Kretinismus" versacken, die Verbindung mit den außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiter nicht verlieren und allen Tendenzen zur Entfunktionalisierung des demokratisch gewählten Parlaments zugunsten einer sich verselbständigenden Exekutive und Bürokratie entschlossen entgegentreten. Dies ist der Weg, auf dem Kommunisten, Sozialisten und andere politische Organisationen der arbeitenden Bevölkerung in Italien und Frankreich in der gegenwärtigen Epoche zum Sozialismus gehen wollen.

VERSCHLECHTERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER DDR?

Kritik eines Prokla-Artikels

1. Vorbemerkung

Nachdem sich bereits im März 1976 das „Kursbuch" mit der Arbeitsorganisation in der DDR beschäftigt hatte, veröffentlichte jetzt die Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes" 2/1977 eine ausführliche Untersuchung von Axel Bust-Bartels über „Die Entwicklung ausgewählter Arbeitsbedingungen in der DDR" (1). Da sie nicht untypisch erscheint für die bedenkenlose Manier, in der manche Analysen und „Kritiken" des „realen Sozialismus" mittlerweile einherkommen, sollen im folgenden gegen eine Reihe von Thesen und Beweisführungen kritische Einwände formuliert werden. Dabei geht es n u r um eine Kritik dieser Art von „DDR-Forschung". Weder kann eine eigenständige Bearbeitung und Kritik des Problems der Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der DDR erfolgen, noch soll über die Hervorhebung positiver Entwicklungen in der DDR , die durch Bust-Bartels Darstellung funktional notwendig wird, die Existenz defizitärer und kritikwürdiger Sachverhalte abgestritten werden. Darum soll es aber im folgenden nicht gehen, sondern allein um die Kritik einer bestimmten Weise der DDR-Forschung, die unter dem Deckmantel marxistischer Wissenschaft elementare Prinzipien wissenschaftlicher Untersuchungs- und Darstellungsmethodik verletzt.

2. Theoretische Ausgangspunkte

Zunächst wird eine Auseinandersetzung mit dem Prokla-Artikel durch die Immunisierungstechnik erschwert, die bereits in der Überschrift durch das Wörtchen „ausgewählt" zum Ausdruck kommt und es — wie sich zeigen wird — schwer machen soll, auf jene Arbeitsbedingungen einzugehen, die nicht genannt werden und den von ihm aufgestellten Thesen widersprechen. Auch ist es schwierig, einen Artikel zu rezipieren, der eingangs grundsätzliche Behauptungen über Triebkräfte, Entwicklungsformen und soziale Effekte von Arbeitsorganisation und Technologie in der DDR aufstellt, dem Leser dann aber mitteilt, daß er eine Beweisführung aus Raumgründen hier leider nicht geben könne. Nimmt man die Worte, wie sie dastehen, so sind die Hauptthesen folgende: Es existiere in der DDR ein „Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte einerseits und dem Anspruch der Arbeiter an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen andererseits", der „von der DDR-Literatur geleugnet" werde /41/. Dieser Widerspruch werde einseitig zu Lasten der Arbeiter gelöst. Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre komme es zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dementsprechend formuliert B. vier Thesen: *These I:* Es sei in der DDR zu „einer zunehmenden Arbeits-

Wir weisen darauf hin, daß eine ähnliche Fassung des hier kritisierten Aufsatzes von A. Bust-Bartels im „Parlament" vom 29.10.77 (Beilage B 43/77, S. 41 ff.) erschienen ist. – Die Red.

1 Axel Bust-Bartels: „Die Entwicklung ausgewählter Arbeitsbedingungen in der DDR", in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) 7. Jg. 1977 Nr. 2, S. 41-75. Die Seitenangaben in Querbalken beziehen sich auf diesen Aufsatz.

belastung der unmittelbaren Produzenten ... etwa ab Ende der 60er Jahre" /41/ gekommen. Diese These versucht B. empirisch zu belegen. *These II:* Wachsende Arbeitsbelastungen und „schlechte bzw. sich verschlechternde" /51/ Arbeitsbedingungen seien von der Qualifikationsseite her gekoppelt an eine Polarisierung der Belegschaften und damit an eine Verschlechterung der Qualifikation eines beträchtlichen Teils der Arbeiterschaft. *These III:* Auf die Festlegung der Ziele und Kriterien, nach denen Technologie und Arbeitsorganisation entwikkelt würden, hätten die Arbeiter keinen Einfluß. Die innerbetriebliche Demokratie würde einseitig zugunsten der Produktivitätssteigerung funktionalisiert. *These IV:* Es werde in der DDR — „eine bemerkenswerte Parallelität" /41/ zur BRD — Technologie und Arbeitsorganisation „unter ähnlichen oder gleichen Zielsetzungen vorangetrieben, wie in der kapitalistischen Ländern" /41/.

Während die ersten drei Thesen ausführlich — auch mit allerlei empirischen Daten, auf die noch einzugehen sein wird — begründet werden, ist die Begründung der These IV im wesentlichen der Raumplanung der PROKLA zum Opfer gefallen. Das Interesse des Lesers, was denn nun gemeint ist — bloße Ähnlichkeit, Parallelität oder gar Identität, alles weitreichende und sehr unterschiedliche Bestimmungen — wird jedoch zufriedengestellt. In der DDR werde „unreflektiert (! — R.R.) kapitalistische Technologie importiert und einseitig die kurzfristige Produktivitätssteigerung in den Mittelpunkt" gestellt: dadurch reproduziere sie „permanent unmittelbar im Produktionsprozeß die materielle Grundlage, die als letztlich bestimmendes Moment die Arbeiter in der Objektrolle hält, die sie auch im Kapitalismus innehaben — auch wenn in der DDR das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist. Die Arbeiter stehen also der gleichen Technologie und Arbeitsorganisation gegenüber und müssen sich damit auseinandersetzen, wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern." /41/42/ Daß wir es also in der „*nach*kapitalistischen" /41/ DDR mit einer kapitalistischen Arbeitsorganisation und Technologie zu tun haben, die als „bestimmendes Moment" wirksam wird, ist offensichtlich unlogisch und ein Beispiel dafür, wie „präzis" argumentiert wird. Würde eine kapitalistischen Arbeitsorganisation und Technologie bestimmendes Element sein, wäre die DDR sicherlich kapitalistisch zu nennen. Von dieser Unlogik abgesehen ist aber bemerkenswert, daß der Autor jeden empirischen Beleg für den ‚unreflektierten' Import kapitalistischer Technologien schuldig bleibt. Festzuhalten ist demgegenüber, daß es zahlreiche Beispiele für eine Veränderung importierter kapitalistischer Arbeitstechnologien und -mittel gibt und die Problematik des Technologieimport in der DDR (auch in der UdSSR) durchaus diskutiert wird. (2) Ebenso verläßt der PROKLA-Autor sicherlich den Boden marxistischer Theorie, wenn er unterstellt, daß die Technologie — ohnehin nur ein Teilelement des Systems gesellschaftlicher Produktivkräfte ebenso wie die Organisation der Arbeit — als „letztlich bestimmendes Moment" wirksam werde — „auch wenn ... das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft" sei und die Objektrolle des Arbeiters begründe; damit werden Ausbeutung, Unterdrückung und soziale Armut zu einer Funktion der Produktivkraftentwicklung. Exakter noch: während angenommen wird, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Dialektik von Stofflichkeit und Formbestimmtheit gesellschaftlicher Produktion so beschaffen ist, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dominieren und eine ihnen adäquate stoffliche Struktur des Produktionsprozesses hervorbringen, kehrt sich unter sozialistischen Bedingungen das Dominanzverhältnis um: Hier wirken die „kapitalistisch" formbestimmten Produktivkräfte dominierend und drücken den — zunächst sozialistischen Produktionsverhältnissen — sukzessive ihren Stempel auf. Was sich hier zeigt, ist das, was der DDR und ihren wissenschaftlich-literarischen Vertretern oft unterstellt wird: eine *Fetischisierung der Produktivkräfte*. Und — vor allem — als Korrelat dazu: eine naturwüchsige Geringschätzung der Rolle sozialistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse im sozialistischen Vergesellschaftungsprozeß. Struktur, Bewegungsrichtung und Entwicklungsformen der Produktivkräfte in der DDR sollen trotz der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse offenbar unverändert bleiben. Damit wird unterstellt, daß in der DDR die von B. konstatierte Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln irrelevant war — dies heißt aber nichts anderes, als die Kernthese bürgerlicher Gesellschaftstheorie von der prinzipiellen Irrelevanz bürgerlichen Privateigentumsverhältnisse nunmehr bei der Analyse einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu reproduzieren. Auszugehen wäre vielmehr davon, daß mit den Verstaatlichungen und Enteignungen in der SBZ/DDR ein Prozeß reeller Vergesellschaftung und Aneignung einsetzte, der als historischer Prozeß der Herausbildung und Entfaltung eines gegliederten Systems sozialistischer Produktionsverhältnisse zu verstehen ist — von Verhältnissen, welche die Menschen in der Produktion und Reproduktion ihres materiellen Lebens untereinander eingehen und welche die sozialökonomischen Positionen und Beziehungen bestimmen, in denen die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen an der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums teilnehmen. Diese Verhältnisse bringen dementsprechend bei diesen Gruppen und Klassen objektive Interessen hervor in bezug auf die Entwicklung der Produktion und der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Zu untersuchen wäre daher, ob die Produktionsverhältnisse in der DDR solche Klassen- und Gruppeninteressen realisieren, die auf die Entwicklung der Produktivkräfte — und insbesondere des Menschen als gesellschaftlicher Hauptproduktivkraft — gerichtet sind, oder solche, die ihre Entwicklung hemmen. Konkret bezogen auf das System der Produktivkräfte: ob die Produktionsverhältnisse in der DDR die Herausbildung eines gesellschaftsformationsspezifischen Produktivkraftsystems erfordern und ermöglichen — oder nicht. Eine konkrete Analyse muß dabei unterscheiden zwischen den einzelnen Elementen des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems; die bloße Forderung nach einer „humanen Technik" oder der „Abschaffung des Fließbands" greift zu kurz. Gefordert ist vielmehr an erster Stelle die Selbstveränderung des subjektiven Elements dieses Produktivkraftsystems — der Arbeiterklasse; notwendiger ist eine Herausbildung ihrer produktiven, geistig-kulturellen Fähigkeiten und ihrer Potenz zur Leitung, Planung und Beherrschung der gesellschaftlichen Prozesse. Diese Entwicklung kann im historisch kurzen Zeitraum — in wenigen Jahren — geschehen; soll sie aber von Dauer sein, so bedarf sie ihrer materiellen Fundierung. Dazu im Gegensatz steht die Entwicklung der anderen Elemente des Produktivkraftsystems, denn

2 Vgl. etwa Anatoli Semjonow: „Importiert die Sowjetunion mit westlichen Maschinen auch westliche Arbeitsbedingungen?", in: Sowjetunion heute, 12-13/1976, S. 15; „Die wissenschaftlich-technische Revolution als wichtigster Abschnitt des Wettbewerbs der zwei Systeme", in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 2/1976, S. 203 ff., bes. S. 218 u. 220; Gerhard Schulz: „Die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus", in: Einheit 7/1972, S. 876 ff., bes. S. 883; zur philosophischen gesellschaftswissenschaftlichen Erörterung des Problems und ihrer Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten vgl. Rainer Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975, S. 159 ff.; Sybille Krämer-Friedrich: „Zur Entwicklung der Konzeption ‚wissenschaftlich-technischer Revolution' in der DDR", in: Deutschland-Archiv Sonderheft 1976, S. 53 ff.

ungeachtet der neuen gesellschaftlichen Rolle und Form der Arbeit „bleiben zunächst die alten überkommenen Formen der Arbeitsteilung. In der Entwicklung der Produktivkräfte sind die Elemente der Kontinuität sehr stark, sie werden über einen relativ langen Zeitraum immer wieder reproduziert. Zahlreich sind folglich solche materiell-technischen Bedingungen der Arbeit, deren Arbeitsinhalte den fortgeschrittenen Produktionsverhältnissen (und damit den Interessen der sie verwirklichenden Klassen! — R.R.) widersprechen. Diese Bedingungen können nur allmählich verändert werden." (3)

Die technische Struktur des Produktivkraftsystems, wie sie von der industriellen Revolution Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts hervorgebracht worden ist, bildet auch zunächst die materiell-technische Basis des Sozialismus und ist in der DDR bis hinein in die sechziger Jahre erweitert und kaum modifiziert reproduziert worden. Will man aber dem Fehler einer technikfetischistischen Betrachtungsweise nicht unterliegen, so läßt sich zum Techniktyp der DDR in den 50er und 60er Jahren sagen, daß er einem neuen bedürfnisorientierten Ziel der Produktion und neuen sozialen Triebkräften unterworfen war und mit der Organisation der Produktion im Maßstab der Gesamtgesellschaft verbunden war; die sozialen Folgen kapitalistisch angewandter Technik (Arbeitshetze, Gesundheitsgefährdungen, Dequalifizierung usw.) wurden allmählich eingeschränkt. Erst auf einer Entwicklungsstufe, wo eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf ihren eigenen Grundlagen — das heißt: einer durchgeführten formellen Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Maßstab der Gesamtgesellschaft (insbesondere der Landwirtschaft) und einer fortgeschrittenen Entfaltung eines Eigentümerverhaltens — sich zu reproduzieren beginnt, sind auch die sozialökonomischen Voraussetzungen für eine umfassende Veränderung auch der sachlichen Elemente des Produktivkraftsystems auf der Ebene der Gesamtgesellschaft gegeben (wobei nicht unterschlagen werden soll, daß beträchtliche Bestandteile der sachlichen Produktivkräfte bereits in früheren Phasen verändert worden sind, — vor allem was die Überwindung der anarchischen Entwicklung und der räumlichen Organisation der Produktivkräfte nach den Verwertungsinteressen der Einzelkapitale angeht).

Diese historische Dialektik des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufzuarbeiten und eine exakte Differenzierung zwischen der Entwicklung materieller, sozialer und zeitlich-räumlicher Arbeitsbedingungen zur Entwicklung adäquater Indikatoren vorzunehmen, wäre bei einer Analyse der Entwicklung der Arbeitsbedingungen notwendig. Stattdessen findet sich bei B. eine These angedeutet, deren Luzidität durch stete Wiederholung auch nicht gerade zunimmt: daß die in Gänze unterentwickelten sozialistischen Länder sich auch mittels der kapitalistischen Weltmärkte hätten entwickeln wollen und nun mittlerweile entweder von den Weltmarktkapitalisten sitzen gelassen worden seien, so daß nun die eigene Bevölkerung ausgepreßt werden müsse, oder daß die Einflüsse des kapitalistischen Weltmarkts in die sozialistischen Länder hineinwirkten und dort direkt oder indirekt eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verursachen, weshalb es seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre entsprechende Widerstandsaktionen der Bevölkerung dieser Länder gegeben habe. Man sieht: ob Weltmarkt oder nicht — das Ergebnis ist dasselbe. Diese Ausgangsthese, deren Plausibilität m.E. nur über zahlreiche Unterstellungen und bloße Behauptungen hergestellt werden kann, braucht hier nicht erörtert werden. Vielmehr sollen

3 Harry Nick: „Zu Problemen der weiteren Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit", in: Sozialistische Arbeitswissenschaft (SAW) 4/1976, S. 252.

die empirischen Daten B.'s näher betrachtet werden, die er zusammengetragen hat.

3. Arbeitsbelastungen in der DDR

B. führt zahlreiche Indikatoren an, welche seine These von der Zunahme der Arbeitsbelastungen seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre belegen sollen.

3.1 Volkswirtschaftliche Indikatoren

Hier nennt B. zwei Indikatoren. Er verweist auf das Konstantbleiben des Kapitalkoeffizienten, das eine zunehmende Anspannung der Produktionsfaktoren verrate — was sicherlich insofern nicht unproblematisch ist, als der unterstellte Zusammenhang mit einer „Verschlechterung der Arbeitsbedingungen" nicht weiter konkretisiert wird. Der Leser wird mit einer Annahme abgespeist, die aber — gemessen an späteren Darstellungen — vergleichsweise hohe Plausibilität für sich hat.

Der zweite ‚volkswirtschaftliche Indikator' B.'s präsentiert sich in Form einer Milchmädchenrechnung: in der DDR würden bekanntlich 400 000 Arbeitskräfte fehlen, deren Arbeit ja irgendjemand erledigen müsse. Also sei mit einer weiteren Erhöhung der Arbeitsbelastungen zu rechnen. Dabei wird einfach gleich Zweierlei unterstellt: daß diese Arbeiten für die Aufrechterhaltung einer erweiterten sozialistischen Reproduktion übernommen werden *müssen* und daß sie übernommen werden *können* (angesichts der vorhandenen Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Zweige und Sektoren der gesellschaftlichen Reproduktion). Beides ist aber — im unterschiedlichem Ausmaß — keineswegs der Fall. Der „Indikator" zeigt nicht Zusammenhänge an, sondern er suggeriert sie. Mehr noch: *Er unterstellt, daß der Übergang zur umfassenden Intensivierung des Reproduktionsprozesses*, der mit der weitgehenden Erschöpfung struktureller oder zeitweiliger Quellen extensiven Wachstums zusammenhängt — in der DDR sind gegenwärtig 95 von 100 Personen im arbeitsfähigen Alter im Beruf oder in der Ausbildung tätig —, *notwendig eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach sich ziehe* — ja sogar bereits anzeige! Auch dies ist keinesfalls haltbar.

3.2 Aus der unmittelbaren Arbeitsaufgabe und aus Umgebungseinflüssen am Arbeitsplatz resultierende Arbeitsbelastungen

Handfester wird der Prokla-Autor dann bei der Skizze seiner zweiten Indikatorenebene. Er beschäftigt sich hierbei mit dem unmittelbaren Arbeitsvollzug und seinen Bedingungen. Dazu werden 4 Indikatoren betrachtet: Inhalt der Arbeit, Kommunikationsmöglichkeiten während der Arbeit, Entwicklung der Fertigungsprinzipien, Entwicklung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Hier zeigt es sich sehr deutlich, zu welchen Spitzenleistungen wissenschaftliche Arbeit durch eine entschiedene „Kritik des realen Sozialismus" befeuert werden kann.

3.2.1 Inhalt der Arbeit

Zu diesem Punkt erfahren wir ausschließlich, daß mit dem steigenden Technisierungsgrad der Arbeit die Zahl der körperlich schwer Arbeitenden zurück-

geht und Arbeiten mit hoher psychischer Belastung quantitativ zunehmen. Über quantitative Relationen könne man nichts aussagen. Es könne „nur festgestellt werden, daß es zu einer Veränderung in der Art der Arbeitsbelastung gekommen ist" /44/. Halten wir fest: Nach B. läßt sich aus diesem Indikator *keine Verschlechterung* der Arbeitsbedingungen ableiten (4). Zu seiner — sozusagen neutralen — Feststellung, es sei zu einer bloßen „Verschiebung" oder „Veränderung" in der Belastung gekommen, kann er freilich nur gelangen, indem er die eigentliche soziale Qualität des Vorgangs unterschlägt: körperlich schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit als vorherrschendes soziales Merkmal ganzer sozialer Klassen und Großgruppen zu beseitigen mit dem Ziel, sie vollständig aufzuheben (5). In der DDR arbeiteten 1972 über ein Drittel der Werktätigen unter solchen Arbeitsbedingungen (6). Bis 1980 soll im Vergleich zu 1970 die Zahl der Arbeitsplätze mit körperlich schwerer Arbeit um 30 Prozent verringert werden — eine Zielstellung, die kein kapitalistisches Land programmatisch formulieren und praktisch verwirklichen könnte (7); im Gegensatz zur DDR. Die Beseitigung schwerer körperlicher und gesundheitsgefährdender Arbeit ist keine automatische Begleiterscheinung des technischen Wandels, sondern Ergebnis gezielter Sozial- und Technologiepolitik, deren Charakter und Reichweite durch die Produktionsverhältnisse

4 Wie sich das quantitative Verhältnis von physischer und psychischer Belastung entwickelt, ist umstritten. Eine sehr negative Einschätzung findet sich bei Astrid Naumann: „Probleme der Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit und der sozialen Annäherung zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz", in: SAW 7/1976, S. 509 ff., hier: S. 514: „Über einen relativ langen Zeitraum müssen jedoch noch Produktivkräfte eingesetzt werden, die nicht dazu geeignet sind, die Zunahme des Anteils geistig-schöpferischer Arbeit zu fördern. Das zeigt sich u.a. darin, daß die Verringerung schwerer körperlicher Arbeit in der materiellen Produktion langsamer verläuft als die Erhöhung des Technisierungsgrades. Die Zunahme der geistigen Anforderungen im Reproduktionsprozeß erfolgt vorwiegend in Form reproduktiv-geistiger Anforderungen, die auch schneller wachsen, als physische Belastungen abnehmen."

5 Vgl. grundlegend Autorenkollektiv: Der Mensch und seine Arbeit, Berlin 1971; Katharina Hanstein: Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, Köln 1974; Siegfried Grundmann/Manfred Lötsch/Rudi Weidig: Zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der DDR, Berlin 1976, S. 180 ff.; Autorenkollektiv: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Charakter der Arbeit im Sozialismus. Sitzungsberichte der AdW der DDR 7/1974 (Berlin); Achim Dippe/Irene Fischer/Karl Hartmann: „Führende Rolle der Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technischer Fortschritt in der Industrie der DDR", in: Wirtschaftswissenschaft 7/1976, S. 961 ff.; Horst Mirche/Roland Stieler/Dieter Torke: „Thesen zum Charakter der Arbeit und zur Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte", in: Sozialistische Arbeitswissenschaft (SAW) 2/1977, S. 91 ff.; Kurt Ducke/Ingrid Hölzler: „Soziologische Probleme der Gestaltung des Arbeitsinhaltes", in: SAW 4/1974, S. 279 ff.; Harry Nick: „Zu Problemen der weiteren Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit", a.a.O. 1974, S. 250 ff.; Norbert Fitze/Norbert Pauligk/Henning Schleiff: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Sozialistische Arbeit – Persönlichkeit, Berlin 1976.

6 Vgl. Autorenkollektiv: Die Intensivierung der sozialistischen Industrieproduktion und die wachsende Rolle der Arbeiterklasse, Berlin 1975, S. 195 ff.; SAW 6/1974, S. 437. Eine detaillierte Aufgliederung dieser Belastungen findet sich in: Autorenkollektiv: Das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes und seine volkswirtschaftliche Planung, Berlin 1975, S. 268.

7 SAW 8/1975, S. 563; für rund 200 000 Werktätige sollen gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen beseitigt werden (SAW 5/1976, S. 322); von 1971 bis 1976 wurde bei 30 % der Produktionsarbeiter der Anteil körperlicher schwerer Arbeit reduziert, ebenda, S. 326.

bestimmt sind. Andererseits baut die Zurückdrängung dieser körperlich schweren und gesundheitsgefährdenden Arbeit auf der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf und treibt sie zugleich selbst voran. Es ist nicht zu sehen, aufgrund welcher sozialökonomischer Faktoren im historischen Entwicklungsprozeß in den sozialistischen Ländern der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Beseitigung schwerer und niederdrückender Arbeit *strukturelle* Schranken gesetzt wären. Daß in B.'s Indikatorenartistik dieser formationsspezifische Tatbestand verfehlt und in der Rede von der bloßen „Verschiebung" der Belastungen der grundsätzliche Sachverhalt verschleiert wird, daß der Abbau schwerer körperlicher und gesundheitsgefährdender Arbeit eine *Verbesserung* der Arbeitsbedingungen bedeutet, paßt einerseits zu gut in B.'s Konzept, als daß es absichtslos geschehen sein könnte, ist andererseits das Resultat der Abstraktionsweise dieser Art von Indikatorenforschung, die B. betreibt: die Ausklammerung aller formationsspezifischen Bestimmungen und Beschränkungen auf Merkmale des stofflichen Bereichs muß dazu führen, daß die soziale Qualität der Indikatoren nicht erkannt wird (8).

3.2.2. Kommunikationsmöglichkeiten

Als zweiten Indikator zur Charakterisierung der Arbeitsbelastungen führt B. die sprachlichen Kommunikationsmöglichkeiten während der Arbeit an. Richtig verweist er auf die in der DDR-Betriebs- und Industriesoziologie registrierte restringierten Kommunikationsmöglichkeiten. Halten wir aber fest: nach seiner Ansicht könnten „Schlußfolgerungen über eine Erhöhung der Arbeitsbelastungen ... daraus *nicht* gezogen werden" /44/ (Hervorhebung — R.R.).

B. unterschlägt, daß der von ihm zitierte DDR-Soziologe Laatz an gleicher Stelle betont, daß die Behinderung der Kommunikationsmöglichkeiten dort besonders stark ist, wo überproportional schwere Arbeit zu leisten ist. Daher zumindest die Hypothese überprüft werden müßte, ob mit der sichtbaren Zurückdrängung schwerer körperlicher Arbeit nicht die Kommunikationsmöglichkeiten zunehmen — es also zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in dieser Hinsicht kommt.

3.2.3 Entwicklung der Fertigungsprinzipien

Die Struktur der Fertigungsprinzipien hat sich in den letzten Jahren in der DDR deutlich verändert. Die sog. „gegenstandsspezialisierte Fertigung" und die „Fließfertigung" (größtenteils Fließbandproduktion) haben stark an Bedeutung gewonnen. B. schließt daraus „auf eine Erhöhung des Anteils von

8 Etwas gespenstisch demonstriert dies die Anm. 63 in B.'s Aufsatz, wo er Momente aufführt, „die aus Materialmangel bzw. aus Platzgründen" nicht behandelt werden könnten. „Solche Momente wären etwa Arbeitsplatzsicherheit (als belastungsreduzierendes Moment, in der DDR gibt es das Recht auf Arbeit)" /51/. Als „belastungsreduzierendes Moment" unter vielen anderen fungiert die Arbeitsplatzsicherheit sicherlich nicht: sie wirkt vielmehr auf *alle* hier genannten Indikatoren ein. Den Faktor „Recht auf Arbeit" zu ignorieren ist angesichts der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern nicht nur politisch grotesk, sondern auch methodisch nicht zu rechtfertigen. Durchaus vergleichbar die deutliche Überbetonung und Verselbständigung der stofflichen Dimension bei T. Waldhubel/S. Wenk: „Wie entsteht der sozialistische Mensch", in: SOPO 36, S. 63 ff.

repetitiven Teilarbeiten und damit auf eine Zunahme der Arbeitsbelastungen ... auch wenn die DDR mit Argumenten, die ans Lächerliche grenzen, dies abstreitet. So wird u.a. behauptet, daß ‚das Fließband auch der Gesundheit zuträglich (ist): Fließband heißt Rhythmus, und Rhythmus ist dem gesamten Organismus eigen'." /45/46/. Diese Interpretation und Beweisführung ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert: B. hatte ja eingangs die These formuliert, seit Ende der 60er Jahre sei es in der DDR zu einer Verschärfung der Arbeitsbelastungen gekommen; die von ihm angeführten Daten zur Entwicklung der Fertigungsprinzipien in der DDR beziehen sich jedoch *nur* auf den Zeitraum *1962 bis 1971* /45/ und können somit die These von der *Verschärfung* der Arbeitsbedingungen *seit Ende der 60er Jahre* gar nicht belegen. Zulässig ist nur die Annahme, daß in den 60er Jahren solche Fertigungsarten zugenommen haben, die mit psychischen Belastungsmomenten verbunden sind; eine signifikante Beschleunigung des Übergangs zu diesen Fertigungsarten seit Anfang der 70er Jahre liegt im übrigen nicht vor (9). Doch ungeachtet dessen, daß die Beweisführung von B. völlig daneben geht, ist das eigentliche Problem nicht zu verkennen: nicht die Beschleunigung oder Verschärfung der Entwicklung solcher Arbeitsbedingungen, welche die Persönlichkeitsentwicklung im Arbeitsprozeß hemmen, sondern die Entstehung neuer und sich auf längere Sicht hin ausdehnender Belastungsmomente kann festgestellt werden. Dieser Prozeß setzte in der DDR aber bereits Ende der 50er und dann vor allem Mitte der 60er Jahre ein – nicht aber erst „Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre".

Bei der Behandlung des Problems versucht B. im übrigen mit ganz beträchtlicher Infamie, der DDR zu unterstellen, sie würde diese Belastungsstrukturen abstreiten. Hierzu zitiert der PROKLA-Autor aus einem sowjetischen (!) Artikel über „Arbeitsphysiologische Erkenntnisse und Fließband" aus der DDR-Zeitung „Die Wirtschaft" 16/1975, S. 19 (vgl. oben, Zitat im Zitat). Ebenso wie Jürgen Arndt im „Kursbuch" fälscht B. (10) Aber auch in der Sache ist die Behauptung nicht zu halten. Seit Anfang der 70er Jahre, vor allem seit

9 Vgl. Fitze/Pauligk/Schleiff, Fortschritt, S. 100 f.

10 Jürgen Arndt: „Im Mittelpunkt steht der Mensch. Arbeitsorganisation in der DDR", in: Kursbuch 43 (1976), S. 159 ff. Zur Erläuterung: Arndt zitiert aus der DDR-Zeitschrift kommentarlos folgendermaßen: „Fließbandarbeit ist auch der Gesundheit zuträglich: Fließband heißt Rhythmus, und Rhythmus ist dem gesamten Organismus eigen." B. zitiert etwas abweichend, daß in der DDR behauptet werde, daß „das Fließband auch der Gesundheit zuträglich (ist): Fließband heißt Rhythmus, und Rhythmus ist dem gesamten Organismus eigen." Das Original lautet: „In gewissem Sinne ist das Fließband auch der Gesundheit zuträglich: Fließband heißt Rhythmus, und Rhythmus ist dem gesamten Organismus eigen. Sein Hauptmangel ist die übermäßige Belastung einer geringen Anzahl von Muskeln und Zentren der Hirnrinde." Im folgenden beschäftigt sich der Artikel unter arbeits*physiologischen* Gesichtspunkten mit Kompensationsmöglichkeiten gegenüber der Fließbandmonotonie und erörtert nebenbei auch die Problematik des Imports kapitalistischer Technologie, was B., der diesen Artikel gelesen hat, weder daran hinderte, die Arndt'sche Fälschung zu wiederholen noch zu behaupten, in den sozialistischen Ländern würde diese Problematik nicht diskutiert.
J. Arndt behauptet im Kursbuch übrigens auch, daß in der SAW 1/1974, S. 43 als sozialistische Lösung des Monotonieproblems vorgeschlagen würde, „statt 80mal in der Stunde denselben Griff nun drei Griffe zwanzigmal in der Stunde" zu tun (Arndt, S. 162); Jürgen Straßburger: „Einige Aspekte der Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die materiellen Arbeitsbedingungen in der industriellen Produktion der DDR", in: DA S 1976, S. 95 ff., hat dies zustimmend übernommen (S. 114) – doch in der DDR-Zeitschrift ist nichts Entsprechendes zu finden!

1975/6 gibt es in der DDR eine wachsende Diskussion über die arbeitswissenschaftliche Problematik der Fließbandarbeit und eine ganze Reihe von Versuchen der Kompensation und Überwindung dieses Fertigungsprinzips. Dabei hat sich im wesentlichen folgende Position entwickelt:

„Die Entwicklungsrichtungen der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsinhalte sind grundsätzlich identisch. Diese Übereinstimmung ist aber nicht selbstverständlich für jede technische und organisatorische Lösung. Beim Übergang zu bestimmten Technisierungsfragen, zum Beispiel zum Fließband oder zum Halbautomaten, wächst die Arbeitsproduktivität. Es treten aber auch Tendenzen der Vereinseitigung und Vereinfachung der Arbeit auf. Es kann auch ein Widerspruch zwischen kurz- und langfristigen Effektivitätswirkungen eintreten" (11).

Ausdrücklich wird festgehalten, daß diese Entwicklung nicht akzeptiert werden kann (12). Angesichts der vorhandenen Defizite in der arbeitswissenschaftlichen Durchdringung der Problematik psychischer Beanspruchungen im Arbeitsprozeß und fehlender handlungsgerechter und wissenschaftlich fundierter normativer Regelungen werden entsprechende Veränderungen der technologischen Struktur „jedoch in der industriellen Praxis oft nur ungenügend verwirklicht" (13). Die Einschätzung der Fließbandtechnologie ist jedoch eindeutig. In einem Aufsatz des theoretischen Organs des FDGB „Die Arbeit" heißt es:

„Diese Technologie der zunehmenden Teilung der Arbeit bringt mit ihrer starken Spezialisierung auf wenige Handgriffe einesteils hohe Fertigkeiten auf streng begrenztem Gebiet bei gleichzeitig ansteigender Monotonie, geistiger Verarmung, einseitiger physischer Belastung, Anwachsen des Krankenstandes und Zunahme der Fluktuation mit sich. Im Zusammenhang damit wirkt auch die Tatsache destruktiv, daß am Band die Vorzüge des einzelnen nicht zur Geltung kommen ... Diese zwei Seiten genügen zur Feststellung, daß die Technologie die schöpferischen Fähigkeiten des Arbeiters und seine Initiative ungenügend, ja mitunter überhaupt nicht zur Entfaltung kommen läßt. (...) Damit wären wir beim Kern des Problems: der allmählichen Überwindung der vom Kapitalismus übernommenen Technologie der Fließbandarbeit durch eine neue, höhere Organisation der Arbeit ... die ... ein neues Herangehen, eine sozialistische Konzeption der Technologie verlangt." (14)

Führwahr eine recht versteckte Art, die Belastungen der Fließbandproduktion abzustreiten!

11 Kurt Walter: „Zur weiteren Vervollkommnung des Charakters der Arbeit im entwickelten Sozialismus in der DDR", in: SAW 1/1976, S. 5.

12 Vgl. Nick: „... Charakters der Arbeit", a.a.O., S. 257; Winfried Hacker: „Psychologische Grundlagen persönlichkeitsfördernder und produktivitätssteigernder Arbeitsgestaltung", in: SAW 6/1974, S. 447 ff., hier: S. 448: „Vereinzelt besteht die Meinung, daß Schutz und Förderung der arbeitenden Persönlichkeit den Effektivitätserfordernissen, mindestens aber hoher Produktivität grundsätzlich widersprechen müsse. Bei dieser Auffassung erscheint als erstrebenswertes Optimum das Finden eines Kompromisses, der das Entweder-Oder in ein eingeschränktes Sowohl-als-Auch umformt. Als übertriebener Optimismus muß bei solcher Sichtweise unsere Behauptung erscheinen, daß bei geeigneter Verfahrenswahl weder Ausschließung noch Kompromiß vorliegt, sondern ein Ursache-Wirkungs-Verhältnis, mehr noch, daß Effektivität mit Hilfe persönlichkeitsfördernder Arbeitsgestaltung besonders wirksam zu steigern sei. Doch gerade das trifft zu."

13 Rolf Walter: „Arbeitsgestaltung in der Teilefertigung", in: SAW 7/1974, S. 540.

14 Werner Fischer: „Probleme des Wettbewerbs an Montagebändern", in: Die Arbeit 9/1975, S. 47 ff.

3.2.4. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen müßte sich in einer Zunahme der Arbeitsunfälle ausdrücken. B. muß nun aber zugeben, daß dies nicht der Fall ist, so daß einmal mehr seine These *nicht* belegt wird. Wie zieht er sich aus der Schlinge? Er spielt die gesamte Frage der Arbeitsunfälle herunter und behandelt sie nur auf einigen Zeilen, wobei er zahlreiche Informationen unterschlägt; stattdessen gibt er treuherzig zu bedenken: „fraglich" sei, ob dieser Trend der Abnahme der Arbeitsunfälle weiter anhalte, „da das Kriterium der Arbeitsplatzsicherheit beim Einsatz neuer Technologien stark in den Hintergrund tritt" /46/. Über das *Mögliche* und *Denkbare* sich eine spekulative Kritik des Vorhandenen zu erschleichen, ist aus 60 Jahren bürgerlicher Kommunismuskritik bekannt. Pikant ist, daß er diese Vermutung in die Gestalt eines Zitats eines DDR-Autors aus dem Jahre 1966 (!) kleidet, ohne näher zu untersuchen, ob im Zeitraum 1966-1977 diese Vermutung jenes DDR-Autors eingetroffen ist. Dazu gibt es aber nun eindeutige Angaben, welche die ‚Vermutung' B.'s widerlegen — sieht man davon ab, daß er hier eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seit Anfang der 70er Jahre mit einer Annahme über *zukünftige* Prozesse belegen will (während er im Falle der Fließbandproduktion Belege aus der *Vergangenheit* der 60er Jahre heranzog!). Im schroffen Gegensatz zu B.'s These steht die Tatsache, daß in der DDR seit 1960 die Unfälle stetig abnehmen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild: 1971 bis 1975 wurden in der DDR bei steigender Tendenz für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz ca. 17 Mrd. Mark aufgewandt. Die Basis für den Gesundheitsschutz in den Betrieben bilden 113 Kreisinspektionen und 139 weitere arbeitshygienische Einrichtungen, die nach 1971 neu geschaffen wurden (!), sowie 15 schon länger bestehende Bezirksinspektionen. Es wurden ca. 5,3 Mio. Werktätige durch 2 100 haupt- und 1 800 nebenberuflich tätige Betriebsärzte betreut; die Zahl der Fachärzte für Arbeitshygiene hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt. In den Arbeitsstätten gibt es 450 000 Arbeitsschutzobleute und Bevollmächtigte der Sozialversicherung. Die Unfallhäufigkeit wurde von 40,8 pro 1000 Beschäftigte im Jahre 1970 auf 32,6 v.T. in 1976 gesenkt. Die meldepflichtigen Arbeitsunfälle (mit mehr als 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit) gegenüber 1970 wurden um ca. 58 000 reduziert. Die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle — die zu recht als aussagekräftigste Kennziffer betrachtet wird — sank 1970-1975 um 22,1 % und die Häufigkeit um 24,7 %. Die Entwicklung der Rentenzugänge als Folge von Arbeitsunfällen und die Minderung der Ausfalltage pro Unfall in der Industrie (1975 gegenüber 1970 um 8,3 %) zeigen eine Abnahme der Unfallschwere an. Im Zeitraum zwischen dem VIII. und IX. Parteitag der SED wurde die höchste durchschnittliche Senkung der Unfallhäufigkeit pro Jahr erreicht. Diese Entwicklungstendenz veranlaßte DDR-Autoren zu der Annahme, daß bis 1970 eine weitere Verminderung der Unfallhäufigkeit auf 25 pro 1000 Beschäftigte erreicht werden könne (15).

Was nun die Spekulation B.'s über ein Ansteigen der Arbeitsunfälle in den Wirtschaftszweigen mit „neuen Technologien" angeht, läßt sich ebenfalls eindeutig das Gegenteil feststellen. „Die Verringerung der Arbeitsunfälle", erklärte 1977 just der von B. zitierte Gniza, „betrifft alle Bereiche und Zweige, auch

15 Horst Rehtanz: „Die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED stellen hohe Anforderungen an die Arbeitsschutzforschung", in: SAW 6/1976, S. 413.

alle Beschäftigtengruppen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß." (16) Als Hauptproblem wird angesehen, daß die Anteile bestimmter, vor allem mit manuellen Arbeitsvorrichtungen zusammenhängenden Unfallvorkommen seit Jahren unverändert hoch sind. Sie betreffen drei Tätigkeitsbereiche, die über die Hälfte aller Unfälle ausmachen: Unfälle bei Transport (ca. 34 %), bei Instandhaltung (11 %) und Montage (11 %) (17). In diesen Tätigkeitsbereichen gibt es einen z. T. weit überdurchschnittlichen Anteil an körperlich schwerer Arbeit. Auch Rehtanz/Hartig weisen darauf hin, daß Arbeitsunfälle bei den Produktionsarbeitern in den „traditionellen" Zweigen konzentriert sind: „Bei der Aufgliederung des Unfallgeschehens nach ausgewählten Personengruppen zeigt sich, daß die Quote für die Produktionsarbeiter höher ist als die der Gesamtbeschäftigten." (18) Im übrigen werden in der DDR ansatzweise seit Ende der 50er Jahre (Chemieprogramm) massiv dann seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre, die „science based industries" mit den „neuen Technologien" entwickelt; deren vorgeblich weit überproportionale Unfallanfälligkeit hätte sich in der Statistik mittlerweile niederschlagen müssen — was offenbar nicht der Fall ist. B.'s Beweisführung wie Vermutung erweisen sich somit als Hirngespinste.

Ähnliche Exaktheit der Argumentation kennzeichnet B.'s Äußerungen zur Entwicklung der *Berufskrankheiten* in der DDR, wo ihm zudem die Statistik neuerdings einen üblen Streich gespielt hat. „Dem Rückgang der Arbeitsunfälle steht ein Anstieg der Berufskrankheiten gegenüber" /52/; in der Literatur seien keine Hinweise zu finden, daß diese Problematik „gezielt angegangen wird", Berufskrankheiten „scheinen kaum oder gar nicht bekämpft zu werden" und es ist „auf eine weitere Verschärfung des Problems der Berufserkrankungen in der nächsten Zukunft" zu schließen /47/, zumal Berufskrankheiten „nur unter dem Produktivitätsaspekt" in den Blickpunkt rückten /47/. Freilich ist es mit dem „Anstieg der Berufskrankheiten" nicht so weit her: „Die Anzahl der anerkannten Berufskrankheiten lag 1975 mit 11 015 deutlich niedriger als im Vorjahr und unter dem Mittelwert von 1970 bis 1975." (19) Der Anstieg der Anzahl der Berufskrankheiten in den frühen 70er Jahren hat sich also offenbar nicht fortgesetzt — von einer „Verschärfung" gar nicht zu reden! Bemerkenswert auch immerhin, daß in der DDR-Literatur nicht so leichtfertig argumentiert wird wie bei B., der aus dem (unterstellten) Ansteigen der Berufskrankheiten in der ersten Hälfte der 70er Jahre prompt auf eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im selben Zeitraum schließt — eine Perle medizinsoziologischer Wissenschaft. Der eben zitierte DDR-Artikel dagegen fährt fort: „Unter Beachtung der Expositionszeiten kann aus diesen Tendenzen heute noch nicht eindeutig gesagt werden, inwieweit der Rückgang der Berufskrankheiten im Jahre 1975 schon als Auswirkung der langjährigen Bemühungen der staatlichen und gewerkschaftlichen Organe, insbesondere zur Lärmbekämpfung, der Schadstoffabwehr und der Verringerung der Arbeitsplätze mit körperlich schwerer und gesundheitsgefährdender Arbeit zu werten ist." (20)

16 Erwin Gniza: „Erfolge und Probleme bei der Verhütung von Arbeitsunfällen", in: SAW 1/1977, S. 42; vgl. auch „Die Hauptaufgabe setzt hohe Maßstäbe für den Arbeits- und Gesundheitsschutz", Beilage 22 zu Die Wirtschaft 46/1972.
17 Gniza: „... Arbeitsunfällen", a.a.O., S. 44.
18 H. Rehtanz/H. Hartig: „Der Arbeitsschutz im sozialistischen Betrieb", in: Autorenkollektiv: Sozialistische Arbeitswissenschaften. Aufgaben–Probleme, Berlin 1977, S. 198.
19 Rehtanz: „... Arbeitsschutzforschung", a.a.O., S. 413.
20 Ebenda S. 414.

Wollte man im übrigen auf dieselbe Weise „Indikatorenforschung" betreiben wie B., müßte man seine Behauptung, in der DDR-Literatur fänden sich keine Hinweise auf eine gezielte Bekämpfung von Berufskrankheiten, für einen Indikator noch geringer Alphabetisierung halten (21).

Festzuhalten bleibt: Diese Indikatoren können auch um den Preis von Verzerrungen, „Vermutungen" und nachweislich falschen Sachbehauptungen nicht als Beleg für eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen seit Anfang der 70er Jahre gelten.

3.3 Aus Lage und Dauer der Arbeitszeit resultierende Belastungen

Auf dieser Ebene geht es im wesentlichen um drei Tatbestände:
- „Über die Steigerung der Erwerbsquote der Frauen verschlechtern sich die Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft" 653/
- „Der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung steht eine gleichzeitige Verminderung der Zahl der gesetzlichen Feiertage gegenüber." /52/
- Es „ist der erhöhte Anteil der Schichtarbeiter ein Indikator, der auf eine Erhöhung der Arbeitsbelastungen in den letzten Jahren hinweist ... bemühen sich Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre intensiv um die weitere Erhöhung des Anteils der Schichtarbeiter, wobei sie Schichtarbeit einfach identisch mit sozialistisch setzen. Gleichzeitig wird die Einführung von Schichtarbeit als gesellschaftliche Naturgesetzlichkeit ausgegeben und damit gegen Kritik von seiten der Arbeiter immunisiert" /49/.

Der erstgenannte Indikator soll hier nicht diskutiert werden, da mir unklar ist, welche Vorstellung von der Rolle der Frau bei der Reproduktion der Arbeitskraft (des Mannes wohl) B. eigentlich hat. Der zweite Indikator ist recht originell: um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seit *Anfang der 70er Jahre* zu belegen, führt B. die im August *1967* vorgenommene Umwandlung von vier (meist kirchlichen) Feiertagen in Werktage an (22). Die per Saldo vorgenommene *Verkürzung* der Monatsarbeitszeit um 25 1/2 Arbeitsstunden vom August 1967 verschweigt B. ebenso wie die gerade seit Anfang der 70er Jahre sukzessive vorgenommene weitere Verkürzung der Arbeitszeit für soziale Sondergruppen, die ab 1977 überleitet in die schrittweise Einführung der 40-Stun-

21 Vgl. etwa Horst Rehtanz: „Schwerpunkte der Arbeitsschutzforschung unter besonderer Berücksichtigung des ‚arbeitsschutzgerechten Verhaltens'", in: SAW 1/1974, S. 10 ff.; Wera Thiel: Gesundheits- und Arbeitsschutz, Berlin 1974; Kurt Winter: Das Gesundheitswesen in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974. Wie man anders als über umfangreiche und gezielte wissenschaftliche Forschung und eine breite Teilnahme der Bevölkerung am Arbeits- und Gesundheitsschutz zu einem Standard gelangen sollte die qualitativ und quantitativ deutlich von dem der BRD unterschieden ist – gegenwärtig ca. 80 Arbeitsunfälle je 1000 Beschäftigte –, bleibt B.'s Geheimnis. Der hohe Krankenstand in der DDR hängt im übrigen vor allem auch mit der ungünstigen Altersstruktur der Erwerbstätigen und der hohen Frauenerwerbstätigkeit zusammen. Nutzlos dürfte der Verweis auf die bemerkenswerte Tatsache sein, daß just seit Anfang der 70er Jahre in der DDR die Bemühungen zur Rehabilitation verstärkt werden (die Zahl der geschützten Werkstätten verdoppelte sich, die geschützten Betriebsabteilungen und die geschützten Einzelarbeitsplätze wurden verdrei- bzw. verfünffacht). B. würde dies als besonders gemeine Art der Erschließung von Arbeitsproduktivitätsreserven interpretieren.

22 Zugleich wurde der 7.10. zum Feiertag erklärt; einer Arbeitszeitverkürzung von 6,25 Stunden in einer Woche stehen also drei zusätzliche Arbeitstage im Jahr gegenüber, was umgerechnet einer *Verkürzung* der Monatsarbeitszeit von 25,5 Stunden entspricht. In der DDR gibt es gegenwärtig 120-130 arbeitsfreie Tage, vgl. Wirtschaftswissenschaft 4/1976, S. 601.

den-Arbeitswoche (23). Beides paßt eben nicht in B.'s Konzept, weil es sich um eindeutige Verbesserungen der zeitlichen Arbeitsbedingungen handelt. Bliebe zu vermerken, daß sich die Zahl der arbeitsfreien Tage in der DDR in den letzten Jahren nach DDR-Angaben fast verdoppelt hat. Noch 1964 hatte jeder Werktätige durchschnittlich 75 arbeitsfreie Tage im Jahr. 1975 waren es – ohne Haushaltstag der Frauen – 130 arbeitsfreie Tage.

Während wir es hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitszeit mit einer Verbesserung zu tun haben, läßt sich dies im Fall des dritten Indikators – der Schichtarbeit – nicht sagen. Die allmähliche Ausdehnung der Schichtarbeit in der DDR, die ökonomisch begründet wird, bringt zahlreiche gesundheitliche und soziale Probleme mit sich, die in der DDR auch reflektiert werden. Für einen bedeutsamen Teil der Arbeiterklasse bedeutet sie eine (wenn auch oft innerhalb der jeweiligen Lebensarbeitszeit begrenzte) zusätzliche Belastung und insofern eine Verschlechterung der Arbeits- und vor allem der Lebensbedingungen. Entsprechende soziologische Untersuchungen haben hier eindeutige Resultate erbracht und damit zugleich Defizite und Strukturprobleme in der Arbeitskräfte- und Sozialpolitik der DDR gezeigt (24). Wer die ökonomisch begründete Prioritätensetzung aus grundsätzlichen – z. B. gesundheitspolitischen– Erwägungen ablehnt, wird die Ausdehnung der Schichtarbeit in der DDR dann natürlich für eine schwerwiegende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen halten. Freilich: damit ist kein Beleg für die These von der überdurchschnittlichen Verschärfung der Arbeitsbedingungen in den 70er Jahren gefunden. Zwar hat sich die Schichtarbeit ausgedehnt und insofern hat ein bereits in den früheren Fünfjahrplanzeiträumen vorhandenes Belastungsmoment weiter an Bedeutung gewonnen. Korrekterweise wäre aber festzustellen, daß in diesem Rahmen es zugleich zu einer ganz beträchtlichen *Verbesserung* der materiellen und sozialen Lage der Mehrschichtarbeiter gekommen ist (25). Daß im übrigen in der DDR

23 Nach dem Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrats der DDR v. 27.5.1976 handelte es sich um 6 Maßnahmen der *Arbeitszeitverkürzung*: ab 1.5.77 Verkürzung der Arbeitszeit für 1,2 Millionen Schichtarbeiter auf die 40-Stundenwoche (3-Schichtarbeiter) bzw. 42 Stundenwoche (2-Schichtarbeiter); ab 1.5.77 Einführung der 40-Stundenwoche für 300 000 Mütter mit 2 Kindern; Senkung der Pflichtstundenzahl für Mitarbeiter des Bildungs- und Gesundheitswesens; ab 1.1.1977 Zusatzurlaub von 3 Tagen für Schichtarbeiter; Erweiterung der Gewährung des monatlichen Hausarbeitstages ab 1.1.1977; ab 1.1.1979 Erhöhung des Erholungsurlaubs um 3 Tage.

24 Rudhard Stollberg (Hg.): Schichtarbeit in soziologischer Sicht, Berlin 1974; ders.: „Zum Einfluß der Schichtarbeit auf das Familienleben der Arbeiter", in: SAW 2/1977, S. 210 ff.; Renate Johne: „Zur Übereinstimmung von gesellschaftlichen Erfordernissen und individuellen Entscheidungen für die Schichtarbeit", in: SAW 5/1974, S. 368 ff.; „Sozialismus und Schichtarbeit – ein Widerspruch?", in: Die Arbeit 9/1976, S. 18 ff.

25 Da die in mehreren Schichten arbeitenden Produktionsarbeiter hinsichtlich der Arbeitsbedingungen (und der Reproduktion der Arbeitskraft) offensichtlich großenteils zu unterprivilegierten Gruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse der DDR gehörten, bewirkten die in den letzten Jahren vorgenommenen Erhöhungen der unteren Einkommen, die Minderung der körperlich schweren und gesundheitsgefährdenden Arbeitsinhalte und die gezielten Arbeitszeitverkürzungen (Anm. 23), aber auch der Ausbau der Dienstleistungen und die Verbesserung der Wohnsituation vor allem seit dem VIII. Parteitag 1971 eine deutliche Verbesserung der sozialen Lage der Schichtarbeiter.

die Ausdehnung der Schichtarbeit als Naturgesetzlichkeit präsentiert würde, ist Nonsens. (26)

3.4. Maßnahmen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die auf gestiegene Arbeitsbelastungen hindeuten

Bei der Behandlung der hier genannten Indikatoren bedient sich B. derselben verfälschenden Technik wie in den bereits genannten Fällen. So sieht er in der (tatsächlich immer wieder aufgestellten) Forderung nach Erweiterung der Mehrmaschinenbedienung ein Indiz für gestiegene Arbeitsbelastungen ohne nachzuweisen, daß gerade seit Anfang der 70er Jahre die Mehrmaschinenbedienung signifikant oder gar überdurchschnittlich gemessen an der Vorjahren zugenommen hätte; entgegenstehende Erwägungen diskutiert er nicht (27). Die „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" wird zu einem Instrumentarium zur rigiden Steigerung der Arbeitsproduktivität auf Kosten der Arbeits- und Lebensbedingungen verfälscht, die beträchtlichen Fortschritte bei der Entwicklung und Durchsetzung eines umfassenden Instrumentariums der Leitung und Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die gerade in den letzten zwei bis drei Jahren in der DDR gemacht wurden, fallen vollständig unter den Tisch (28). Die realen Probleme und z. T. beträchtlichen Defizite, die in der DDR kritisch

26 Bei Stollberg: Schichtarbeit ..., a.a.O., S. 90, der als Beleg dienen soll, ist die Rede von einem „objektiv notwendigen gesellschaftlichen Erfordernis", nicht aber von „gesellschaftlicher Naturgesetzlichkeit" (B., S. 49). Die Differenz ist – wie die Diskussion über gesellschaftliche Gesetze in der DDR zeigt – fundamental.

27 Vgl. z.B. Harry Nick: „Menschliche Arbeit und Fortschritte der Technik", in: Einheit 4/1977, S. 441 ff., dagegen aber Jürgen Storch: „Die Mehrmaschinenbedienung – Erfordernis fortschreitender Mechanisierung und Automatisierung", in: SAW 5/1975, S. 360 ff., dem die Problematik der Intensivierung der lebendigen Arbeit auf sehr entschiedene Weise völlig fremd ist.

28 Vgl. dazu Christoph Ziegenrücker: „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Partizipation in der DDR – Die Entwicklung in den 70er Jahren", in: DA S 1976, S. S. 79 ff.
Eine Untersuchung der WAO, die nicht die letzten zwei bis drei Jahre berücksichtigt, ist wertlos, denn in dieser Zeit hat sich in der DDR eine äußerst rasche Entwicklung vollzogen; nachdem 1972 der Bereich „Arbeits- und Lebensbedingungen" gesonderter abrechenbarer Bestandteil der betrieblichen Planung geworden war, wurde 1973/4 die WAO-Planung allgemeiner Bestandteil des Planungsprozesses. Die wesentlichen Entwicklungsschritte seit dieser Zeit beziehen sich auf
- die wissenschaftliche Qualifizierung der WAO-Planung, d.h. Ausarbeitung der Grundmethodik zum Niveau der WAO, einer Grundmethodik zur Klassifizierung von Arbeitserschwernissen, die Entwicklung erster Grundlagen einer Methodik zur Erfassung psychischer Belastungen und der Ausbau entsprechender Standards
- die Einbeziehung der Gesichtspunkte der WAO in die Produktionsvorbereitung, also bei der Konzipierung, Entwicklung und Überleitung von Produktions- insbesondere von Arbeitsmitteln, so daß die verbreitete Praxis überwunden werden kann, Aspekte der Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere der Zurückdrängung schwerer körperlicher Arbeit und von Gesundheitsgefährdungen, erst nachträglich nach vollzogener Inbetriebnahme der Produktionsmittel, zu berücksichtigen
- eine wesentlich stärkere und in den programmatischen Dokumenten zum Fünfjahresplanzeitraum 1976-1980 auch ausgesprochene Orientierung auf die Belastungsmomente psychischer Art (Monotonieproblem)
- die Durchsetzung eines ökonomischen Sanktionsmechanismus, der bei Nichterfüllung der entsprechenden Planmaßnahmen greift.

diskutiert werden, kennt B. offensichtlich nicht (29). Stattdessen liefert er weitere, quellenmäßig nachgerade umfassend abgesicherte Indikatoren: eine Verdichtung der „Poren des Arbeitstages" sieht er belegt durch ein (falsch interpretiertes) Zitat von 1966 über die Pausengestaltung (30) und einen Bericht von 1973 über die Einführung einer Erfassungseinrichtung für den täglichen Arbeitsablauf in einem Magdeburger Betrieb /50/. Abgerundet wird dieses Défilé schlagkräftiger Quellen durch einen Artikel aus dem Jahre 1973, in dem „Zigarettenpausen während der Schicht und Umziehen vor Arbeitsschluß etc. angeprangert werden" /50/. Welchen Stellenwert die Ökonomie der Zeit für die Volkswirtschaft der DDR gegenwärtig hat, wird nicht erörtert. (31)

3.5. Gesamtindikatoren

Auf die „schlechte bzw. sich verschlechternde Gesamtqualität weisen Indikatoren wie die Entwicklung des Krankenstandes und die Fluktuation zwischen den Betrieben hin." /51/ Mit einer Untersuchung dieser ‚Gesamtindikatoren' schließt B. den ersten Teil seiner Betrachtung ab.

„Nimmt man die Krankheitstage als Indikator für Arbeitsbelastungen, so bestätigt sich auch hier die These einer erhöhten Arbeitsbelastung seit etwa 1970." /51/ Richtig ist, daß der Anstieg des Krankenstandes der 60er Jahre sich in den

29 Vgl. Harald Altenhenne/Brigitte Völkel: „Zur Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen", in: SAW 7/1976, S. 499 ff., vor allem aber das umfassende und sehr kritische Resumee bei Fritz Heinrich: „Zur Leitung und Planung der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im sozialistischen Betrieb", in: SAW 1/1975, S. 45 f.: „In der Planung und Abrechnung von diesbezüglichen Maßnahmen erfolgt dabei eine noch zu einseitige Orientierung auf die Arbeiterversorgung ... während die materiellen Arbeitsbedingungen zu wenig im Blickpunkt der langfristigen, planmäßigen Arbeit stehen ... Insgesamt ist das in den Betrieben vorliegende analytische Material bezüglich der Charakteristik des Niveaus und der Entwicklung der Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen vielfach noch unzureichend und von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich ... Nichterfüllte Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeits- und Lebensbedingungen ziehen für den Betrieb und für die verantwortlichen Leiter kaum materielle Konsequenzen nach sich, im Gegensatz zu nichterfüllten Maßnahmen anderer Planteile. Nicht voll ausgenützt werden die Möglichkeiten, bei der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen (Ersatz und Erweiterung) planmäßig die Arbeitsbedingungen der Werktätigen durch konsequente Änderung der Arbeitsinhalte langfristig zu verbessern ... Investmaßnahmen, die ... vorrangig der Verbesserung dieser Bedingungen dienen, werden nicht mit der gleichen Sorgfalt und Konsequenz vorbereitet und realisiert (sorgfältige Nutzensrechnung, Kampf um termin- und qualitätsgerechte Realisierung gemäß Plan). Vom Prozeß der Planung her gibt es keine Korrespondenz zwischen den Planteilen Arbeits- und Lebensbedingungen, Wissenschaft und Technik und Investitionen. Selbst bei ausgewählten Investitionsvorhaben wird die WAO-Arbeit oft erst parallel zur Investrealisierung oder danach durchgeführt."

30 Um der Befürchtung, man wolle in der DDR nach und nach die Arbeitspausen beseitigen, entgegenzuwirken vgl. Manfred Roeb: „Gestaltung arbeitsbedingter Erholungspausen – eine Voraussetzung für die Vervollkommnung der Arbeitsnormung", in: SAW 8/1976, S. 593 ff.

31 Würde die Grundfondsauslastung in der DDR täglich um 25 Minuten gesteigert – was eben nur auf dem Weg der Ausweitung der Schichtarbeit möglich ist – entspräche dies einer jährlichen Mehrproduktion von 8,5 Mrd. Mark (1976) – was den gegenwärtigen gesamten Ausgaben der DDR für ihr Gesundheits- und Sozialwesen gleichkommt. Die damit verdeutlichte Prioritäten- und Proportionalitätsproblematik zu ignorieren, kann sich ein ‚linkes' westdeutsches Intellektuellenorgan wie die Prokla, nicht aber die DDR leisten.

70er Jahren in der DDR fortgesetzt hat und daß insoweit eine erhöhte Arbeitsbelastung indiziert sein könnte; nicht nachweisbar ist freilich eine *überdurchschnittliche Zuwachsrate* seit Anfang der 70er Jahre. Ebenso ist unzulässig, den zweifellos vorhandenen Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und Krankenstand in ein monokausales Abhängigkeitsverhältnis zu verwandeln; schließlich gibt es auch Faktoren *außer* der Arbeit, die eine Erkrankung bewirken! (32) Auch wenn hier wie im Falle der Schichtarbeit reale Probleme angesprochen werden, so ist doch die Beweisführung völlig unzureichend und unzulässig.

Skurrilität erheischt schließlich B.'s Diskussion der Fluktuation. Richtig vermutet er — wie Zehntausende vor ihm — daß Fluktuation etwas mit Arbeitsbedingungen zu tun hat. Das Problem scheint ihm „darin zu liegen, daß eine Reihe von besonders belastenden Arbeitsplätzen existiert, auf denen es niemand besonders lange aushält." /52/ Nun kann B. aber nicht daran vorbei, daß in der gesamten Volkswirtschaft der DDR die Fluktuation seit 1971 *rückläufig* ist. Folglich wäre die Annahme legitim, daß seit Anfang der 70er Jahre die Zahl der „besonders belastenden Arbeitsplätze, auf denen es niemand besonders lange aushält" /52/ ebenfalls rückläufig ist. Da somit B.'s „Gesamtindikator" unglücklicherweise das Gegenteil von dem angibt, was er gerne beweisen möchte, läßt er es mit der „Indikatorforschung" einfach sein und erklärt die Fluktuation als untaugliche Anzeige für eine Beurteilung der Arbeitsbedingungen. Er beginnt wieder zu „vermuten" /52/ und stößt auf den deus ex machina derartiger DDR-Forschung: die Bürokratie. Die Fluktuation habe nicht aufgrund besserer Arbeitsbedingungen, sondern „entsprechende(r) administrative(r) Maßnahmen" /52/ abgenommen.

Ist der Leser somit durch das Schreckbild des „bürokratischen Sozialismus" noch einmal eingestimmt, kann B. seine „wissenschaftliche" Schlußfolgerung ziehen: „Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen — wie sie ideologisch immer behauptet wird — ist so gut wie nicht feststellbar." /53/

4. Qualifikationsentwicklung in der DDR

Der zweite, weniger umfangreiche Teil der Untersuchung gilt der Qualifikationsentwicklung in der DDR. Dazu werden die gängigen Angaben zusammengetragen — wobei es wieder nicht ohne Verfälschungen „zuungunsten" der DDR abgeht (33) — und interpretiert in einer Weise, die J. Arndt und J. Straßburger bereits vorgemacht haben: in der Entwicklung der Qualifikationsanforderungen der Industrie der DDR zeichne sich „eine Tendenz zur Polarisierung der Belegschaften an den technisch fortgeschrittenen Anlagen ab. Ein Teil übt restriktive und qualitativ anspruchslose Tätigkeiten aus, während für den anderen relativ autonome und qualifizierte Arbeitsformen charakteristisch sind." /58/ Da der technische Wandel keine kontinuierliche Erhöhung von Qualifikationsanforderungen bringe, sondern auf den einzelnen technologischen Entwicklungs-

32 Vgl. Peter Richter: „Bewertung des Einflusses sozialer und personaler Faktoren auf die Arbeitsunfähigkeit", in: SAW 2/1976, S. 122.

33 „Der Rückgang von Qualifikationsanforderungen und damit zusammenhängend von schöpferisch-geistigen Anforderungen wird an modernen technischen Anlagen für normal und unvermeidlich gehalten." (B., 57). An der von B. hierzu angegebenen Stelle in Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) 2/1974, S. 177 ist jedoch von einer *Tendenz* die Rede, die in einer soziologischen Untersuchung festgestellt wurde und es wird im folgenden Satz erklärt: „ebensowenig ist es eine Lösung, hier eine Art ‚technische Zwangsläufigkeit' zu postulieren."

stufen es jeweils zu einem Absinken der Qualifikationsanforderungen komme, würden „durch ein rigides Leistungssystem und eventuell andere Mechanismen, die an dieser Stelle nicht untersucht werden können, unqualifizierte Arbeiter produziert, die die entsprechenden unqualifizierten Tätigkeiten ausüben müssen." /59/ Den geringsten Beweis für diese These von der Polarisierung der Qualifikationsstruktur und der systematischen Einschränkung von Qualifikationschancen „zugunsten von Produktivitätssteigerungen durch technischen Wandel" /59/ bleibt B. schuldig. Dies muß umso mehr verwundern, als es in der DDR um diese Frage eine umfangreiche Diskussion gibt (34). Problemformulierungen wie diese sind in zahlreichen Beiträgen zu finden:

„Die mechanisierte und weitgehend auch die teilautomatisierte Arbeit erweitern gegenwärtig noch ihren Anteil an der Fertigungsarbeit insgesamt. Sie bestimmen noch über viele Jahre den Hauptanteil der Arbeit im Fertigungsprozeß. Typische Kennzeichen dieser Technisierungsstufen sind jedoch die Bedienung von Maschinen – oft nur durch Zuführung und Entnahme der Teile – bzw. die Arbeit am Fließband. Beide Arbeiten zwingen den Arbeiter in den Rhythmus der Maschine, der durch eine laufende Wiederholung des Arbeitsganges – vielfach im Zeittakt von nur wenigen Sekunden – geprägt ist. Diese Merkmale der Arbeit werden für die Arbeiter im Fertigungsprozeß erst durch die Ersetzung der mechanisierten durch die vollautomatisierte Arbeit überwunden. Doch wird dieser Prozeß noch einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Wo bleibt unter diesen Bedingungen für einen Teil der Werktätigen die allseitige Betätigungsmöglichkeit? Daß sie von uns erstrebt wird, liegt außer Zweifel. Beim Vergleich der hohen Bildung mit dem relativ hohen Anteil einfacher Arbeit wird ein Widerspruch innerhalb der sozialistischen Entwicklung sichtbar ... Also gilt es, diesen Widerspruch zielstrebig zu lösen. Eine Lösung kann wohl kaum im Ausweichen bestehen. In verschiedenen Publikationen wurde die Lösung außerhalb der Arbeit gesucht. Doch damit wird weder die Bildung sinnvoll genutzt, noch den Bedürfnissen der Werktätigen nach schöpferischer Betätigung ausreichend entsprochen." (35)

Lösungsmöglichkeiten werden in einer differenzierten und komplexen Vorgehensweise gesehen:

- beschleunigte Beseitigung der „einfachen" Arbeit
- Durchsetzung neuer Formen der Teilung und Kombination der Arbeit (36)
- Bildung von Komplexbrigaden
- Anwendung von Maßnahmen wie job enrichment, job enlargement und job rotation, deren begrenzter Kompensationscharakter durchaus konstatiert wird (37)
- Entwicklung der Neuererbewegung in den betroffenen Bereichen (38)
- „Job enrichment" durch eine verstärkte Einbeziehung der Produktionsarbeiter in die betrieblichen Partizipationssysteme (39).

34 Vgl. Ziegenrücker, a.a.O.

35 Walter Draeger: „Probleme und Möglichkeiten der Nutzung hoher Bildung", in: SAW 8/1974, S. 594.

36 Vgl. Fitze/Pauligk/Schleiff: Fortschritt ..., a.a.O., S. 44 ff. und 114 ff.

37 Vgl. Ziegenrücker: Fortschritt ..., a.a.O., S. 83 ff.; Horst Mirche/Dieter Torke: „Analyse und Gestaltung des Arbeitsinhalts als Aufgabe der WAO", in: SAW 1/1975, S. 10 ff.; Werner Fitze/Norbert Pauligk/Henning Schleiff: „Die Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf den sozialistischen Charakter der Arbeit", in: SAW 4/1974, S. 250 f.; Autorenkollektiv: Intensivierung ..., a.a.O., S. 199 ff.; Fritz Döbbel: „Eine Wechselfließreihe und der Mut der Technologen", in: Die Wirtschaft 47/1973, S. 4 f.

38 Vgl. Ziegenrücker: Fortschritt ..., a.a.O., S. 85.

39 In der Literatur findet sich diese Betonung der Leitungs- und Herrschaftsfunktionen immer häufiger, vgl. Mirche u.a.: Thesen ..., a.a.O., S. 93; Autorenkollektiv: Intensivierung ..., a.a.O., S. 185; Grundmann u.a.: Arbeiterklasse ..., a.a.O., S. 225: „Es ist jedoch zugleich erforderlich, in stärkerem Maße jene Kenntnisse exakt zu definieren,

Daß in der DDR eindeutig nicht davon ausgegangen wird, daß Tätigkeitsstrukturen nur technologisch determiniert, daher unveränderbar und folglich eine Dequalifizierung oder Stagnation der Qualifizierungsprozesse notwendig seien, ist eindeutig und belegt auch die zentrale wissenschaftspolitische Tagung des Wissenschaftlichen Rates für ökonomische Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vom 16.10.1975 an der Parteihochschule der SED, in deren Protokoll es heißt:

„Die einhellige Meinung aller Teilnehmer war, daß der Widerspruch zwischen hohem Bildungsniveau und geringen Anforderungen des Arbeitsprozesses nicht etwa durch eine quantitative und qualitative Einschränkung der Facharbeiterbildung gelöst werden kann. Es müsse vielmehr das wissenschaftlich-technische Niveau der Produktion so verändert werden, daß der Anteil der Arbeitsplätze für Facharbeiter auf Kosten der Arbeitsplätze für An- und Ungelernte zielstrebig schrittweise erhöht wird." (40)

Die These von der bildungspolitisch manipulierten und technologisch determinierten Polarisierung der Qualifikationsstruktur in der DDR ist nicht aufrechtzuerhalten. Die Zahl der Facharbeiter hat sich im Zeitraum 1971-75 um 21,7 % vermehrt; 920 000 junge Arbeiter erhielten eine Berufsausbildung; im Planzeitraum 1976-1980 werden eine Million Schulabgänger zu Facharbeitern ausgebildet und 256 000 Hoch- und Fachschulabsolventen werden ihre Tätigkeit aufnehmen. Das soziale Grundrecht auf Bildung ist in der DDR gesellschaftliche Realität, im krassen Unterschied zur BRD. Der Anteil der An- und Ungelernten nimmt in der DDR bis in die jüngste Zeit hinein ab. Doch diese ganzen Faktoren werden ignoriert. Nur *ein* Tatbestand wird stets betont und zur Stützung der Dequalifizierungsthese herangezogen: der relative Anstieg der Angelernten auf einzelnen Technisierungsstufen des Produktionsprozesses. Dieser Vorgang, der in seinem Umfang nicht exakt quantifiziert werden kann, wird gegenwärtig jedoch offenbar durch das Anwachsen von Tätigkeiten mit Facharbeiterqualifikation in vor- und nachgelagerten Bereichen „kompensiert". Die Polarisierungsthese — welche die grundsätzliche historische Verwirklichung des Rechts auf Bildung nicht einmal der Erwähnung wert findet — verabsolutiert die tatsächlich vorhandene, aber zeitweilige und auf bestimmte Bereiche begrenzte Zunahme der Angelernten und verschweigt, daß nach den bildungspolitischen Zielvorstellungen der DDR dieser Vorgang soweit nur irgend möglich wieder rückgängig gemacht werden soll: „Der Anteil der Arbeitsplätze, die nur eine Angelernten-Qualifikation erfordern, darf sich nicht erhöhen, sondern muß zielstrebig weiter gesenkt werden." (41) Die irreführende These B.'s von der gezielten Dequalifizierungspolitik in der DDR kann es sich offenbar leisten, Derartiges zu ignorieren. Kann sie doch in einem Land, das Jahr für Jahr Zehntausende von Jugendlichen ohne jede Ausbildung und Arbeitsplätze

---

die, ohne selbst aus den unmittelbaren Arbeitsanforderungen hervorzugehen, im weiteren Sinne zum Berufsbild des qualifizierten Arbeiters gehören und die auch von jenen Arbeitern angeeignet werden können (und müssen), die an ihrem unmittelbaren Arbeitsplatz nicht eine Facharbeiterausbildung benötigen. Hier sind vor allem jene Kenntnisse gemeint, die für die Teilnahme an der Leitung und Planung unmittelbar erforderlich sind: Kenntnisse über die Struktur betrieblicher Entscheidungsprozesse und Informationssysteme, über Aufgaben und Verantwortung der gesellschaftlichen Organisationen, über Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen der Organe der sozialistischen Demokratie, Grundkenntnisse des sozialistischen Arbeitsrechts, der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, der sozialistischen Leitungswissenschaften und andere mehr."

40 Wirtschaftswissenschaft 3/1976, S. 400 f.

41 Ebenda, S. 223.

beläßt, auf den Beifall solcher „Kreise" rechnen, die über die Verhältnisse in der DDR „gewöhnlich gut unterrichtet sind".

5. Sozialistische Betriebsdemokratie

Wer in der DDR eine von kapitalistischen Strukturen geprägte Gesellschaft sieht, in der sich die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen zunehmend verschlechtern und sie von der Entfaltung ihrer Bildungsfähigkeiten ferngehalten werden, kann auch die sozialistische Betriebsdemokratie nur als „Anweisungs- und Informationshierarchie" (so die Überschrift dieses Kapitels bei B.) rezipieren. Sie ist B. Beleg für die einseitige Funktionalisierung der sogenannten innerbetrieblichen Demokratie im Produktivitätsinteresse und für die fehlende reelle Vergesellschaftung von Entscheidungsprozessen etwa über Ziele und Kriterien der WAO oder der Technologieentwicklung. Da B. materiell weit hinter — auch bürgerlichen — Analysen der Betriebsdemokratie in der DDR zurückbleibt (42), soll hier ein pauschaler Verweis auf die in diesen Untersuchungen gegebene Darstellung unterschiedlichster Art genügen. Stattdessen sollen abschließend schlaglichtartig einige Darstellungs- und Argumentationstechniken B.'s skizziert werden.

5.1. Die selektive Auswahl von Quellen

Die Kernthese des Kapitels — daß als vorgegebene Zielfunktion sozialistische Betriebsdemokratie „ein Höchstmaß an Produktivitätssteigerung und Wachstum" /59/ gelte — wird mit einem Zitat aus der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" aus dem Jahre 1969 belegt. Weitere Nachweise finden sich hierzu nicht. Daß in zahlreichen — auch programmatischen — Darstellungen aus der DDR auf die Interessenrealisierung (Wahrnehmung von Eigentümerfunktionen) der Klasse und die Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit als Zielfunktion sozialistischer Betriebsdemokratie verwiesen und der dialektische Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Betriebsdemokratie untersucht wird, bleibt undiskutiert. Dieses Verfahren mutet auch deshalb so merkwürdig an, als gerade 1969/1970 in der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" eine große Zahl von Arbeiten erschienen sind, die *gegen* eine solche technizistische Verengung von Trägerschaft und Zielsetzung sozialistischer Betriebsdemokratie im Namen der gesamten Klasse Front machten.

5.2. Erschlichene Wahrheiten

Es kommt nicht immer darauf an, ob das, was zu lesen ist, der Wahrheitsfindung dient im ideologischen Klassenkampf. B. analysiert die Neuererbewegung und stellt fest: „Es gibt sogar Hinweise, daß der Arbeiteranteil unter den Neuerern rückläufig ist, während der Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz steigt" /66/. Verwiesen wird der Leser auf die „Einheit" 3/1971 S.

42 Vgl. grundlegend Ziegenrücker: Fortschritt ..., a.a.O.; daneben Udo Freier: Betriebliche Planungs- und Entscheidungsstrukturen in der sozialistischen Planwirtschaft der DDR als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, Diss., Frankfurt/M. 1976; Falk-Ulrich von Hoff: Mitbestimmung in der DDR und in der UdSSR, Diss., Göttingen 1973; Jochen Bernhard Buchholz: Selbstbestimmung der Arbeitnehmer im Sozialismus?, Diss., Bonn 1975.

283 und S. 285. Was bei B. auf S. 66 noch ein vager Hinweis ist, wird vier Seiten später zur abschließenden Kurzeinschätzung: „Der Arbeiteranteil in der Neuererbewegung ist rückläufig." /70/ Tatsächlich ging Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre der Anteil der Produktionsarbeiter unter den Neuerern in der DDR zurück. Wer aber das „Statistische Jahrbuch" der DDR zu lesen vermag — was B. an anderer Stelle durchaus demonstrierte — wird dort ausführliche Angaben über das mittlerweile jahrelange Anwachsen des Anteils der Produktionsarbeiter an den Neuerern in der DDR finden (43).

5.3. Präparierung durch Isolierung, I.: der sachliche Zusammenhang

Um den Pseudocharakter sozialistischer Betriebsdemokratie zu beweisen, bedient sich B. folgenden Tricks. Er erklärt: die Entscheidung für Produktivitätssteigerung sei stets schon gefällt, obwohl doch denkbar sei, daß die Arbeiter auch eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen vorziehen würden. „Dies jedoch", fährt B. fort, „steht nicht zur Debatte. Es wird einfach festgestellt: ‚Der Chemiearbeiter wird Schichtarbeit, der Monteur wird die Entfernung von seinem Wohnort, der Bauarbeiter schwere körperliche Arbeit und der Arbeiter am Fließband relativ eintönige Arbeit in Kauf nehmen müssen.' " /60/ Überprüft man diese fürwahr apodiktische Äußerung — die allerdings auch etwas esoterisch anmutet, da sie vor 11 Jahren auf einem Soziologenkongreß in Frankreich gefallen ist — so ergibt sich ein vollständig anderer Zusammenhang, dem dieses Zitat entnommen ist. Es handelt sich um eine *Betriebsklima*untersuchung, bei der zwischen konstanten und variablen Störfaktoren unterschieden wird. „Konstante Faktoren sind durch den *gegenwärtigen* (Hervorhebung R.R.) Stand der Produktionstechnik oder die speziellen Anforderungen unumgänglich ... *(und) in der Gegenwart noch nicht zu beheben* (Hervorhebung R.R.)", während die „variablen Faktoren" durch subjektive Mängel bedingte Faktoren sind (44). Somit geht es um eine forschungsmethodische Unterscheidung zwischen konstanten und variablen Faktoren und nicht um den Ausschluß sozialökonomischer Sachverhalte aus der Entscheidungssphäre sozialistischer Betriebsdemokratie. Ähnlich ist B.'s Zitationstechnik bei seinem Versuch, die Existenz einer undemokratischen „Informationshierarchie" zu belegen (45).

5.4. Präparierung durch Isolierung, II.: der zeitliche Zusammenhang

B. beschreibt, was ist: „Wie bereits erwähnt, beträgt der Anteil der Produktionsarbeiter im Produktionskomitee bzw. jetzt in der Ständigen Produktionsberatung nur 25 bis 30 Prozent ... In 60 000 Gewerkschaftsgruppen mit 1,5 Millionen Mitgliedern finden keine regelmäßigen Zusammenkünfte statt" /70/. Er verweist auf die Überrepräsentanz der Leitungsfunktionäre auf Gewerkschaftsversammlungen und die einseitige Betonung ökonomischer Probleme in den Sit-

43 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, Berlin 1976, S. 67: der Anteil der Produktionsarbeiter, die sich an der Neuererbewegung beteiligten, stieg von 24,2 % (1972) über 27,3 % (1973) und 29,6 % (1974) auf 31,5 % (1975).

44 Herbert F. Wolf: „Zur Soziologie des Betriebsklimas in einem neuen sozialistischen Großbetrieb", in: Robert Schulz/Helmut Steiner (Hg.): Soziologie und Wirklichkeit, Berlin 1966, S. 160.

45 Man vergleiche B.'s Zitation von Rudi Weidig: Sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Berlin 1969, S. 220 (bei B. S. 62) mit dem, was dort von Weidig – vor allem S. 221 f. – über die Notwendigkeit einer umfassenden, gesamtgesellschaftliche und -politische Sachverhalte einbeziehenden Information gesagt wird.

zungen zu Lasten der Arbeits- und Lebensbedingungen. Er schlußfolgert: „Aus dem angeführten Material wird deutlich, daß die unmittelbaren Produzenten in den Institutionen der innerbetrieblichen Demokratie kaum die Möglichkeit haben, ihre Interessen an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu artikulieren, geschweige denn, sie durchzusetzen." /64/ Tatsächlich zitiert B. aus rund einem Dutzend Quellen. Das Bemerkenswerte an diesen Quellen ist aber: sie stammen alle aus dem Jahre 1970/1971 — nicht etwa 1976/7. Seine Zustandsbeschreibung hinkt ein halbes Dutzend Jahre hinterher; das angeführte Material fingiert bloß die Solidität der empirischen Absicherung. Daß die entsprechenden Daten 1977 noch im Kern gültig sind, bleibt bloße Unterstellung. Mehr noch: *B. unterschlägt die historische Rolle und Bedeutung dieser Kritik.* In der Geschichte der Betriebsdemokratie der DDR haben die zahlreichen Äußerungen 1969-1971 zur partiellen Einschränkung der betrieblichen Partizipation zugunsten von privilegierten und — insbesondere wissenschaftlich-technisch hochqualifizierten — abgehobenen Gruppen der Arbeiterklasse und der Intelligenz die Funktion einer öffentlichen Kritik und Vorbereitung praktischer Veränderungen im System betrieblicher Demokratie gehabt. Veränderungen, die dann auch vollzogen wurden, vor allem mit der starken Aufwertung der Rolle und Funktion der Gewerkschaften, der Beseitigung solcher Gremien, welche die breiten Massen der Arbeiterklasse offenbar nicht mehr repräsentierten, sondern tendenziell zum Transmissionsriemen der sozialökonomischen Sonderinteressen anderer sozialer Gruppen geworden waren, und in der systematischen Verstärkung der Präsenz der Arbeiterklasse im innerbetrieblichen Entscheidungsprozeß. — Die Darstellung B.'s unterschlägt also systematisch den gesellschaftspolitisch-historischen Status der von ihm herangezogenen Quellen; hätte er ihn berücksichtigt, wären seine Behauptungen ihrer scheinhaften Solidität vollends beraubt worden.

5.5. Beziehungsfallen

Der Sozialismuskritik B.'s kann's keiner recht machen — auch der FDGB nicht. „Damit repräsentiert die BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung — R.R.) einerseits nur den im FDGB organisierten Teil der Belegschaft" /60/ — ist also, so legt B. nahe, kein demokratisches, weil nicht wirklich ALLE vertretendes Organ. Zwei Zeilen weiter: „Andererseits repräsentiert die BGL aber alle Wertätigen im Betrieb: Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz. Deshalb ist sie kein reines Interessenvertretungsorgan der Arbeiter, sondern vertritt auch die keineswegs gleichgerichteten Interessen der Intelligenz und leitenden (! — R.R.) Angestellten." /60/

Der arme FDGB mag repräsentieren, wen er will: immer kommt ihm das flexible Demokratieverständnis B.'s in die Quere — mal ist er tendenziell totalitär, mal übt er Klassenverrat. Eine tückische Beziehungsfalle, die hier ein „linker" DDR-Forscher aufgebaut hat — und die dem Leitgedanken der Untersuchung B.'s konsequent treu bleibt: wissenschaftliche Prinzipien und Grundnormen exakter sozialwissenschaftlicher Interpretation über Bord zu werfen, geht es dabei nur um die „Kritik" an den sozialistischen Ländern.

6. Nachbemerkung

1. Eine Zusammenfassung ergibt folgendes Bild.
   B. führt 14 Indikatoren an, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingun-

gen seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre belegen sollen. Davon beweisen 3 eindeutig eine *Verbesserung* der Arbeitsbedingungen (Arbeitsunfälle, Arbeitszeitverkürzung, Fluktuation). 5 Indikatoren sind *ohne zureichende Aussagekraft*, da der Zusammenhang von Indikator und Indikatum vieldeutig oder sogar unbestimmt ist (fehlende Arbeitskräfte, Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, Arbeitsdisziplinierung, Berufskrankheiten, Krankenstand); Vieldeutigkeit des Zusammenhangs heißt dabei häufig: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind vorhanden, werden aber durch die Art und Weise der Indikatorenbildung eliminiert oder unterbewertet. *Keine* dieser oder der restlichen Indikatoren zeigt eine *überdurchschnittliche* Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an gemessen an der Vorperiode — die aber nachweisbar sein müßte, wenn die implizierte Ausgangsthese stimmen soll: daß in der DDR seit Anfang der 70er Jahre eine gezielte Politik des Sozialabbaus und der Verschlechterung der Arbeits und Lebensbedingungen betrieben würde. Hinzu kommt, daß die zwei Indikatoren Kommunikationsstruktur und Inhalt der Arbeit *außerstande* sind, *Prozesse* zu erfassen bzw. *Tendenzaussagen* zu ermöglichen. Mindestens 10 der aufgeführten Indikatoren sind dadurch gekennzeichnet, daß ihre Erarbeitung oder Präsentation durch B. *unzureichend*, *unzulässig* oder z. T. von *Verfälschungen* begleitet sind, besonders dann (Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Fluktuation), wenn sich Resultate ergeben, die nicht in das Konzept passen.

2. Solche Indikatoren, welche eine *Verbesserung* der Arbeits- und Lebensbedingungen problemlos deutlich werden lassen, werden von B.'s Präsentation „ausgewählter" Arbeitsbedingungen nachgerade sorgfältig ausgeklammert: etwa der — durchaus langsame und ungleichmäßige — *Rückgang der Überstunden*, der *Rückgang der Teilarbeitszeit*, die Entwicklung der *Arbeiterversorgung* und des *Umweltschutzes* — wo in kritischen Einschätzungen aus der DDR hervorgehoben wird, daß in den letzten Jahren „einer weiteren Verschlechterung der Umweltqualität in der DDR Einhalt geboten und die Situation im wesentlichen stabilisiert werden" konnte (46) —, die Entwicklung des *Ferien- und Erholungswesens* oder der *Kinderbetreuung und -unterbringung*. Auch entwickelten sich im Zeitraum 1965-1975 die Nettogeldeinnahmen der Arbeiter und Angestelltenhaushalte vorrangig und wurde im letzten Fünfjahrplanzeitraum die Spanne zwischen Mindest- und Durchschnittslohn beträchtlich verringert, die mit einem durch direktes Einkommen vermittelten Konsumtionsniveau zusammenhängen, für die Arbeiterklasse und für relativ unterprivilegierte soziale Kategorien verbesserten. Vollständig ausgeklammert werden die Entwicklungen im landwirtschaftlichen Sektor, wo immerhin ein quantitativ beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse der DDR tätig ist und in den letzten Jahren die vielleicht auffälligsten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt wurden. Andererseits werden von B. die augenblicklichen Problemstrukturen, die stark mit sektoralen und regionalen Strukturproblemen zusammenhängen, nicht erfaßt.

3. Auch in der Darstellung der Qualifikationsproblematik und der Betriebsdemokratie *fehlen* entweder jegliche *empirische* Belege, werden entgegenstehende und leicht rezipierbare Entwicklungstendenzen *unterschlagen* oder werden Quellen bis an den Rand der Fälschung bearbeitet, aus dem Zusammenhang gerissen und entsprechend präsentiert. Der Leser kann auch nicht umhin, den Verdacht zu äußern, daß B. eine Reihe von Quellen nicht selbst gelesen, sondern über eine „orthodoxe" Darstellung kennengelernt hat, dies aber nicht erken-

46 Wirtschaftswissenschaft 5/1977, S. 656.

nen lassen will (47). Bemerkenswert auch immerhin, daß eine Analyse der Arbeitsbedingungen offenbar ohne eine Aufarbeitung der Tageszeitung des FDGB — der „Tribüne" — auskommen kann!

4. Hervorzuheben sind abschließend *drei grundsätzliche methodische Mängel* der Arbeit. B. reproduziert die einem pseudowissenschaftlichen Alltagsbewußtsein eigene spontane Manier der *Verallgemeinerung von Einzelerscheinungen*, ohne sich über die damit verbundene methodische Problematik der Verallgemeinerungs*fähigkeit* und über die *Art und Weise* der Verallgemeinerung Rechenschaft abzulegen. Damit ist bereits die zweite Problematik angesprochen: die Tatsache, daß in der soziologischen Analyse generell, insbesondere aber bei der Untersuchung von Systemen unterschiedlicher Gesellschaftsordnung berücksichtigt werden muß, daß sich hinter Erscheinungen, die z. B. in der BRD und der DDR zugleich auftreten, unterschiedliche Ursachen verbergen können. Beispielsweise interpretiert B. das Anwachsen des Krankenstandes in der DDR als Ausdruck wachsender Arbeitsbelastung. In der BRD dagegen fällt der Krankenstand. Haben wir es daher in der BRD mit einer zunehmenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu tun? Sicherlich nicht — daß der Krankenstand in der BRD trotz einer nachweisbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in weiten Bereichen zurückgeht, hängt — pauschal gesagt — mit der Existenz einer industriellen Reservearmee zusammen. Ebenso könnte auf der anderen Seite das Anwachsen des Krankenstandes in der DDR auf andere Sachverhalte sozialer Art zurückgehen (bessere materielle Zugangsmöglichkeit zu Gesundheitseinrichtungen, Verbesserung der Einkommensverhältnisse und fallender ökonomischer Zwang zur Arbeit usw.). Oder ein anderes Beispiel: die Fluktuation wird ausschließlich „negativ" als Ausdruck schlechter Arbeitsbedingungen interpretiert; ihre Existenz könnte auch fallenden ökonomischen Zwang und geringeren sozialen „Druck" zur Beibehaltung eines Arbeitsplatzes bedeuten — auch hier wiederum ist etwa in der BRD die Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes ein Faktor, der die Fluktuation start einschränkt. Derartige Erörterungen der Indikatorenbildung und -interpretation werden aber von B. nicht vorgenommen. Erschwerend kommt hinzu — und dies wäre eine dritte methodische Problematik — daß B. offenbar wohlweislich an keiner Stelle definiert, was er eigentlich unter einer „Verschlechterung der Arbeitsbedingungen" versteht. Ist eine *absolute Verschlechterung* von Kennzifferniveaus etwa 1977 gegenüber 1970 gemeint? Geht es um eine signifikante *Beschleunigung* ohnehin vorhandener Tendenzen der Verschlechterung seit Anfang der 70er Jahre? Oder geht es um die *Verlangsamung* einer vorhandenen Tendenz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seit An-

47 Gemeint ist die Arbeit von Georg Fülberth: „Institutionalisierte Norm und Realisierung sozialistischer Demokratie", in: Das Argument 76, S. 751 ff., in dem die DDR-interne Kritik Anfang der 70er Jahre ausführlich dokumentiert wird. Leider finden sich in der neueren Sozialismusdiskussion zunehmend leichtfertige und großzügige Umgangsweisen mit dem Problemkomplex „realer Sozialismus"; C. Kievenheim etwa („Eurokommunismus" und „realer Sozialismus", in: SOPO 40 (1977), S. 100 ff.) stellt, wie B. Heidtmann zutreffend im selben Heft vermerkt, zahlreiche Behauptungen auf, die empirischen Überprüfungen nicht standhalten oder eine Problemlosigkeit fingieren (und dadurch politische Klarheit vortäuschen), die weder in der bürgerlichen noch in der marxistischen Sozialismusanalyse vorhanden ist. Statt dessen werden eine Reihe von Annahmen (z.B. über Minderheit-Mehrheitsverhältnisse, „unterentwickelte Sozialismusbedingungen", „Stalinismus" und „Modernisierung", die Bajonettspitzen der Roten Armee in der SBZ/DDR usw.) getroffen, deren empirische Unbegründetheit und Problematik durch die Thesenform des Aufsatzes nicht entschuldigt werden können.

fang der 70er Jahre? Diese absolut grundlegenden Begriffsklärungen und -differenzierungen werden an keiner Stelle vorgenommen. Dies aber ist keine methodische Schwäche, die „zufällig" vorkommt, sondern durchaus funktional.

5. Denn nur so kann B. es sich leisten, fast durchgängig mit veraltetem und überholtem Material zu arbeiten. B. wendet insbesondere die DDR-interne Kritik Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gegen die DDR-Realität von 1977. Die Defizite von gestern werden als Merkmale des Heute ausgegeben. Diese Technik ist nahezu an jeder Quelle, an jedem Argument, bei jedem Sachverhalt nachweisbar. Daß diese DDR-internen Kritiken (nicht selten mit nachweisbarem Erfolg) die Funktion hatten, zu einer *Verbesserung* der Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen, wird dabei unterschlagen. Damit erreicht er zum Beispiel bei der Behandlung der sozialistischen Betriebsdemokratie die Verkehrung eines Sachverhalts in sein Gegenteil — denn die damals geäußerte Kritik zeigt nicht nur das, was ihr Gegenstand war, sondern auch gerade das *Funktionieren* und die Fähigkeit zur Selbst-Kritik, also zur Entwicklung von Partizipation.

Auch darin zeigt sich, soweit die Moral, wie hier die Wissenschaft unter die Räder antisozialistischer Ideologie gekommen ist.

LITERATURBERICHTE

Bernd Güther

ARBEITSMARKTPOLITIK IN DER KRISE

Seit nunmehr drei Jahren schwankt die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik und in Westberlin um die Millionengrenze. Die Zahl der Kurzarbeiter geht in die Hunderttausende. Der offiziell registrierten Zahl von einer Million Arbeitslosen im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1977 ist mindestens noch eine weitere Million Arbeiter und Angestellte hinzuzurechnen, die entweder in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden sind oder aber in die sogenannte „stille Reserve", in die nicht-registrierte Erwerbslosigkeit, gegangen sind.

Diese Daten allein vermitteln einen noch unzureichenden Überblick über die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt, denn weitaus mehr Arbeiter und Angestellte waren seit dem Beginn der Krise 1973/74 direkt von Arbeitslosigkeit betroffen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind im ersten Halbjahr 1977 1,639 Millionen Arbeitslose neu registriert worden, im gleichen Zeitraum konnten die Arbeitsämter 1,15 Millionen Erwerbslose in eine neue Stellung vermitteln. Man kann davon ausgehen, daß schätzungsweise jedes dritte Mitglied der lohnabhängigen Schichten in den Jahren 1974 bis 1977 zumindest vorübergehend von der Arbeitslosigkeit betroffen worden ist.

Die Krise der Kapitalverwertung 1974/75 hat zwei Dinge zutage gebracht: Erstens werden eine Reihe von arbeitsmarkttheoretischen Konzeptionen durch die kapitalistische Realität zunichte gemacht, sie „greifen nicht mehr", und zweitens wird die Wirksamkeit einer seit 1969 proklamierten „aktiven Arbeitsmarktpolitik" zunehmend in Frage gestellt. Dies soll im folgenden erläutert werden.

Vereinfacht ausgedrückt, behandelt die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Probleme der Qualifizierung, der Mobilität, der Flexibilität und der Substitution der Ware Arbeitskraft sowie die sektorale, regionale und gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeitskräften bzw. deren Angebot. In den frühen Phasen des bundesrepublikanischen Akkumulationsprozesses wurde der Arbeitsmarkttheorie aufgrund eines Überangebots an für den relativ niedrigen Mechanisierungsgrad der Industrie hinreichend qualifizierten Arbeitskräften und aufgrund eines raschen expansiven Wachstums geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Erst als die industrielle Reservearmee vom Beschäftigungssystem absorbiert worden war, erste Strukturprobleme in einzelnen Branchen auftraten und ein Facharbeitermangel spürbar wurde, begann man, selektive Analysen auf der Ebene von Betrieben oder Branchen zu erarbeiten. Arbeitsmarktpolitisch äußerte sich das Interesse, die Bedürfnisse der Kapitale nach mobilen und hinreichend qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen, in der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes, der Umstrukturierung der Arbeitsmarktbehörde in die heutige Bundesanstalt für Arbeit und der Institutionalisierung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der traditionelle Aufgabenbereich der Arbeitsverwaltung — Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsvermittlungen, Berufsberatung — wurde erweitert um Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Förderung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte und indirekte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mittels Finanzierungsbeihilfe (Lohnkostenzuschüsse, Mobilitätszulagen), sowie die Förderung von Kurzarbeit, sofern dadurch Entlassungen vermieden werden können. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat die Anwendung dieser Maßnahmen zu beträchtlichen Entlastungseffekten auf dem Arbeitsmarkt geführt (1973: 115.000, 1974: 193.000, 1975: 336.000, 1976: 218.000, 1977: 175.000). Allerdings wurde die Massenarbeitslosigkeit dadurch nicht beseitigt, allenfalls ihr Zuwachs vermindert.

Noch geringfügiger waren die beschäftigungsfördernden Wirkungen der Konjunkturprogramme der Bundesregierung (September und Dezember 1974, August 1975, Januar und November 1976, Februar und Mai 1977); sie stellen im übrigen das gerade Gegenteil von dem dar, was der Deutsche Gewerkschaftsbund seit nunmehr vier Jahren fordert: den konzentrierten Einsatz eines mehrere Milliarden umfassenden Programms mit beschäftigungssichernden und -fördernden Auflagen und Kontrollen. So „haben die jüngsten Erfahrungen, die durch die Wirtschaftskrise 1974/75 manifest geworden sind, insgesamt zu einer totalen Ernüchterung über die beschäftigungspolitische Wirksamkeit einer hauptsächlich am privaten Investitions-, Produktions- und Exportzuwachs ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik geführt." (1)

Die beschäftigungspolitische Erfolglosigkeit der Bundesregierung ist nicht zufällig, sie ist vielmehr auf grundsätzlich andere Prioritäten in der Wirtschaftspolitik zurückzuführen und wird begrifflich in der Trennung von „Vollbeschäftigungspolitik" und Arbeitsmarktpolitik" fixiert: „Am häufigsten gebraucht werden die Begriffe ‚*Vollbeschäftigungspolitik*' für Maßnahmen zur Be-

1 H. Seifert/D.B. Simmert (Hrg.): Arbeitsmarktpolitik in der Krise, Köln 1977, S. 9.

kämpfung konjunktureller Beschäftigungseinbrüche (z. B. Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik) sowie ‚*Arbeitsmarktpolitik*' zur Kennzeichnung der Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA), z. B.: Gewährleistung von Einkommensersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld); Arbeitsvermittlung; Berufsberatung; berufliche Weiterbildung; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nicht einbezogen in beide Begriffe sind mithin die Maßnahmen der sektoralen und regionalen Strukturpolitik, der Raumordnungspolitik, der Bildungs- und Ausbildungspolitik sowie der betrieblichen Personal- und Sozialpolitik, welche die Beschäftigungssituation wesentlich beeinflussen." (2)

Engelen-Kefer plädiert für eine „integrierte Beschäftigungspolitik", die die verschiedenen Teil-Politiken dem Ziel einer qualitativen, an der Schaffung und Besetzung hochwertiger Arbeitsplätze orientierten Vollbeschäftigung unterzuordnen hätte. Hierin dokumentiert sich das Unbehagen gewerkschaftsnaher, aber auch vieler bürgerlicher Arbeitsmarkttheoretiker an dem Tatbestand, daß nicht die Ware Arbeitskraft, nicht der Arbeitsmarkt und auch nicht das Bildungswesen Subjekt oder Promotor der Beschäftigungsschwankungen sind, sondern das Kapital.

„Also hat eine Untersuchung des Arbeitsmarktes davon auszugehen, daß er die abhängige Variable der Entwicklung der Kapitalverwertung im produktiven Bereich der kapitalistischen Wirtschaft ist. Dies gilt ganz sicher für die *Nachfrage* nach Arbeitskräften, wenn auch nach verschiedenen Arbeiterkategorien differenziert werden muß. Dies gilt aber auch — in geringerem Maße — für das *Angebot* an Arbeitskräften; denn auch die Mobilisierung von Arbeitskraftreserven ist von der Entwicklung der Kapitalakkumulation abhängig. Anders ausgedrückt: die Erwerbsquote ist keineswegs überzyklisch konstant." (3) Die Arbeitsmarktpolitik (und die sie beratende Arbeitsmarkttheorie) geht nach Altvater von zwei prinzipiellen Illusionen aus, nämlich erstens, daß der Staat durch juristische Akte, monetäre Anreize oder auch als Beschäftiger der Arbeitslosigkeit prinzipiell Herr werden könne. Zweitens wird nicht erkannt, daß Arbeitslosigkeit selbst ein Mittel ist, mit dem die Verwertung des Kapitals wieder verbessert werden soll. Die Tendenz steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals und fallender Profitrate ist zentral für das Verständnis der Arbeitsmarktprobleme: „Denn steigende Kapitalintensität bedeutet arbeitsmarktpolitisch einen steigenden Kapitalaufwand zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Traditionelle Arbeitsmarktpolitik, die sich auf die bloße Wirkung von Staatsausgaben und Investitionsanreizen verläßt, oder aber auf der Angebotsseite mit Qualifikationsprozessen, einer Mobilitätserhöhung der Ware Arbeitskraft sowie einer Verbesserung des Informations- und Vermittlungssystems ansetzt, blendet gerade dieses Problem als das entscheidende für hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften aus." (4) Aber auch kurzfristig muß die Austerity-Politik der Bundesregierung beschäftigungspolitisch wirkungslos bleiben, da sie einerseits nicht einmal mehr zu dem Keynesschen Modell der Nachfragestimulierung greift und andererseits durch Einstellungsstopp für den öffentlichen Dienst u.ä. die Arbeitslosigkeit selbst noch vergrößert.

2 U. Engelen-Kefer: Beschäftigungspolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium beschäftigungspolitischer Fachbegriffe, Köln 1976, S. 25.
3 E. Altvater in: M. Bolle (Hrg.): Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976, S. 51.
4 Ebenda, S. 55.

Die von Altvater konstatierte Ratlosigkeit der bürgerlichen Arbeitsmarkttheorie, worin denn nun die Ursachen der aktuellen Massenarbeitslosigkeit bestehen, korrespondiert mit einer gewisser Resignation, wenn es um die Einschätzung der bisherigen Forschungsergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und vor allem deren praktische Umsetzung geht. Reyher zieht im Rückblick auf die Ergebnisse von zehn Jahren Arbeitsmarktforschung, in denen jährlich rund 1000 Forschungsprojekte abgeschlossen worden sind, Mittel von jährlich 70 bis 80 Mio. DM verausgabt werden und schätzungsweise 250 Wissenschaftler ständig mit diesem Komplex beschäftigt sind, ein ernüchterndes Resümee: „Es fehlt ein umfassendes theoretisches Arbeitsmarktmodell, in dem alle einzelnen Teile der bisherigen Forschung ihren festen Platz finden und in dem auch Forschungslücken systematisch aufgezeigt werden könnten." (5) Und weiter: „Das *Theoriedefizit* ist — nach der Expertenbefragung — nahezu universal. An theoretischer Durchdringung mangelt es auf der Seite des Arbeitsangebots wie auf der Nachfrageseite. Als besonders empfindliche Lücke wird auch die mangelhafte theoretische Grundlegung des Steuerungsprozesses gesehen." (6) Wen nimmt es Wunder, daß angesichts dieses Theoriedefizits die bürgerliche Arbeitsmarkttheorie nicht bereit und in der Lage ist, die Ursachen der fortdauernden Massenarbeitslosigkeit in der Krise der Verwertung von Kapital zu suchen.

Gerade heute wäre es an der Zeit, die jahrelang analysierten und beschriebenen Prozesse von Angebot und Nachfrage, Qualifizierung, Mobilität und Substitution von Arbeitskräften mit dem realen Prozeß der privaten Kapitalverwertung und der staatlichen Wirtschaftspolitik zu verknüpfen und somit der Deskription von Einzel- und Oberflächenerscheinungen eine fundierte krisentheoretische Grundlage zu geben. Die Resignation der bürgerlichen Arbeitsmarkttheorie dürfe insofern begreiflich sein, als alle Probleme, die sie in der Phase der relativen Vollbeschäftigung zumindest theoretisch in den Griff zu bekommen trachtete, heute durch die kapitalistische Krise *praktisch* gelöst werden: Das Kapital versucht unter Ausnutzung der industriellen Reservearmee, die Dequalifizierung großer Teile der Arbeiterklasse durch ausbildungsinadäquate Beschäftigung, Umbesetzungen von Arbeitskräften und faktischem Stopp von Weiterbildungsmaßnahmen durchzusetzen, sich die qualifiziertesten Arbeitskräfte aus dem Arbeitslosenheer zu günstigen Konditionen anzuwerben und generell den Zwang zur Mobilität von Arbeitskräften zu erhöhen. Unterstützt wird dieses Ziel durch die Verschärfung der Bestimmungen über „zumutbare Arbeit" und die Strafpraxis der „Sperrzeiten" für den Bezug von Arbeitslosengeld durch die Bundesanstalt für Arbeit. (7)

Der durch die kapitalistische Krise bewirkte Zwang, seine Ware Arbeitskraft auch zu ungünstigen Konditionen zu verkaufen, wird in einer Repräsentativumfrage unter Arbeitslosen Anfang 1975 belegt: „75,1 Prozent der Arbeitslosen sind zur Arbeit in einer anderen Branche bereit, 61,8 Prozent akzeptieren eine ganz andere Tätigkeit als bisher und 57,8 Prozent nehmen einen weiteren Weg zur Arbeit in Kauf, allerdings sind lediglich 18,8 Prozent zum Umzug bereit. Wenn also von fehlender Mobilität die Rede ist, dann kann offensichtlich nur die geringe Bereitschaft zum sozialen Abstieg gemeint sein, denn ganze 11,4 Prozent der befragten Arbeitslosen würden sich mit wesentlich weniger Verdienst zufrieden geben und 26,3 Prozent lehnen eine schlech-

5 L. Reyher: Lücken der Arbeitsmarktforschung, Göttingen 1976, S. 12.
6 Ebenda, S. 35.
7 Vgl. Seifert/Simmert, a.a.O., S. 162 ff.

tere berufliche Position ab. Zweifellos wird diese Art von Mobilität durch die restriktive Fassung des Zumutbarkeitsbegriffs erhöht; für die Arbeitnehmer bedeutet das eine massenhafte Dequalifikation und für die Unternehmer eine ‚vorsätzliche Ermunterung, schlechtere Arbeitsplätze und -bedingungen auszuweisen'." (8)

Auf zwei krisenverschärfende Probleme der bisherigen Arbeitsmarktpolitik soll im folgenden hingewiesen werden: Einmal auf die Analyse von Autoren des Münchner Instituts für Sozialforschung, wonach die *Segmentierung* des Arbeitsmarktes in Teilarbeitsmärkte solch neue Probleme auf dem Arbeitsmarkt geschaffen hätte, so daß die Arbeitsmarktpolitik sie gar nicht aufgenommen und daher mit unzureichenden Maßnahmen aus dem Arsenal des Arbeitsförderungsgesetzes und der Wirtschaftspolitik reagiert habe. Der zweite Aspekt besteht in dem Nachweis der *Ineffizienz regionaler Arbeitsmarktförderung*, wie sie beispielsweise in der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur oder auch in den Raumordnungsberichten intendiert ist. In beiden Fällen ist das Scheitern einer effektiven Arbeitsmarktpolitik in der Unantastbarkeit des zentralen Vermittlungsgliedes zwischen Staat (Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Ministerien auf Bundes- und Länderebene, kommunale Träger) und Arbeitskräften begründet: Die Sphäre des Kapitals, die „verborgne Stätte der Produktion, an deren Schwelle zu lesen steht: No admittance except on business" (Marx), unterliegt keinerlei beschäftigungspolitischen Auflagen und Kontrollen, weder von Seiten des Staates noch von Seiten der Belegschaften, des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrates. Eine „aktive", „autonome" oder auch „integrierte" Beschäftigungspolitik hat daraus ihre Schlußfolgerungen gezogen.

Zurück zur Theorie der Arbeitsmarktsegmentierung. Während die neoklassische Arbeitsmarkttheorie von einer prinzipiellen absoluten Mobilität und Austauschbarkeit der Arbeitskräfte im kapitalistischen Produktionsprozeß ausgeht, wobei lediglich zeitweilige Störungen bei mangelhaften Verdienstdifferentialen und mangelhafter Information über den Arbeitsmarkt auftreten könnten, zeigt die Realität das Gegenteil: „Der Anreiz von Verdienstgefällen ist gering; die Arbeitnehmer neigen zu geringer Bereitschaft, den Betrieb zu wechseln, nur ein kleiner Prozentsatz von ihnen hat tatsächlich den Arbeitsplatz gewechselt. Schließlich ist ihr Informationsniveau über alternative Beschäftigungsmöglichkeiten mangelhaft." (9) Die Autoren entwickeln ein zum neoklassischen Modell — des augenscheinlich weitgehend als Grundlage offizieller Arbeitsmarktpolitik dient — alternatives Konzept, das im Kern von differenten Qualifikationsmerkmalen der Beschäftigten ausgeht: „Die Gesamtqualifikationen der Beschäftigten sind selten völlig generell oder völlig arbeitsplatzspezifisch, sondern agglomerieren sich aus Teilqualifikationen, die für verschieden große Beschäftigungsbereiche, wie Branchen, Berufe, Betriebe, Betriebsabteilungen und Arbeitsplätze spezifisch sind. Arbeitsplatzwechsel *innerhalb* bestimmter Beschäftigungsaggregate verursachen in der Regel weniger Kostenaufwand als Wechsel *zwischen* Aggregaten, wobei der erforderliche Aufwand natürlich u.a. vom qualifikativen Homogenitätsgrad des Aggregats abhängig ist. Solche nach bestimmten Merkmalen, wie Berufe und Branchen unterschiedene Aggregate, die relative Homogenität der nachgefragten bzw. angebotenen Qualifikationen

8 Vgl. ebenda, S. 185 f.

9 B. Lutz/W. Sengenberger: Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik. Eine kritische Analyse von Zielen und Instrumenten, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Bd. 26, Göttingen 1974, S. 40.

bezeichnen, werden als *Teilarbeitsmärkte* bezeichnet." (10) Zu den unspezifischen Märkten zählen diejenigen mit „Jedermann"-Qualifikationen, d. h. diese Arbeitskräfte sind gering qualifiziert, auf ihrem Teilarbeitsmarkt universell austauschbar, reagieren sensibel auf Verdienstgefälle und sind stark konjunkturanfällig. Facharbeitsmärkte dagegen setzen in der Regel bestimmte berufliche Abschlüsse voraus, der Wechsel in eine andere Branche ist mit relativ hohen Kosten verbunden, Mobilität innerhalb seines Qualifikationsumfeldes dagegen nicht. Dieser Teilarbeitsmarkt ist das klassische Bezugsfeld der Arbeitsmarktpolitik: Weiterbildung, Umschulung und Mobilitätsanreize beziehen sich im wesentlichen auf diese Kategorie von fachlich qualifzierten Arbeitskräften. Lutz/Sengenberger kritisieren nun gerade, daß die Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes nur auf diesem Teilarbeitsmarkt annähernd richtig greifen, während etwa der betriebliche Teilarbeitsmarkt, der ein wachsendes Gewicht erhält, vom AFG gar nicht tangiert werde. Betriebliche Arbeitsmärkte entstehen dort, wo die Arbeitskräfte betriebsspezifische Qualifikationen erhalten, die weder eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen noch eine nur geringe Qualifikation und Arbeitserfahrung zulassen. Dieser Teilarbeitsmarkt ist nach Lutz/Sengenberger der bei weitem umfassendste der drei geschilderten Märkte. Das AFG fördert aber die berufliche Bildung nur für den berufsfachlichen Teilarbeitsmarkt; die Ausbildungskosten werden nicht differenziert nach dem sozialen Status der jeweiligen Arbeitskräfte und deprivilegieren dadurch zusätzlich die benachteiligten Arbeiter und Angestellten; auch die Vermittlungen erfolgen stärker in Form von angebotenen und nachgefragten Berufsfachabsbschlüssen, während das Arbeitsamt auf innerbetriebliche Anpassungs- und Arbeitsplatzwechselmaßnahmen keinerlei Einfluß hat.

Auch die Arbeitsmarkt-Expertin des DGB, Engelen-Kefer, deutet darauf hin,daß bei denSchulungsmaßnahmen der Arbeitsämter laut Arbeitsförderungsbericht „Frauen, ‚ältere Arbeitnehmer' (über 35 Jahre), Un- und Angelernte, ehemalige landwirtschaftliche Arbeitskräfte sowie aus dem Steinkohlenbergbau Freigesetzte bei weitem unterrepräsentiert" (11) waren. Diese negative Selektion von Qualifikations- und Berufsgruppen wird durch die ungleiche räumliche Verteilung von Beschäftigungsrisiken verdoppelt. Es besteht „ein erhebliches Gefälle in der kleinräumigen Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeiten, des Ausmaßes der wirtschaftsstrukturellen Diversifizierung der Krisensicherheit der neu geschaffenen Arbeitsplätze, der Beschäftigung Arbeitssuchender mit verschiedenen sozio-ökonomischen Merkmalen. Insgesamt ist festzuhalten, daß bislang kaum Erfolge in der Entwicklung der am meisten gefährdeten ländlichen Gebiete in größerer Entfernung von Ballungszentren sowie einseitig strukturierten und altindustriellen Gebieten mit einem hohen Anteil schrumpfender Montanindustrien zu verzeichnen sind." (12) Die Arbeitsmarktpolitik erzielt weder Erfolge bei der monetären Stimulierung der Mobilität der Arbeitskräfte, weil diese in der Regel nicht zu einem großräumigen Wohnortwechsel bereit sind, noch bei der Förderung der Kapitalmobilität in die Problemregionen, weil hier die Anlagesphären nur für kleinere, arbeitsintensive oder Zweigbetriebe profitabel erscheinen. Hinzu kommt, daß die Politiken

10 Ebenda, S. 49.

11 U. Engelen-Kefer/P. Klemmer: Abgrenzung regionaler Aktionsräume der Arbeitskräftepolitik. Zwei Gutachten zur regionalen Arbeitsmarktpolitik und zur Typisierung von Arbeitsmarktregionen, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Bd. 78, Göttingen 1976, S. 4.

12 Ebenda, S. 6 f.

sowohl ressortspezifisch (mit Raumordnungsproblemen beschäftigen sich das Wirtschaftsministerium, das Innenministerium, das Ministerium für Städtebau, Wohnungsbau und Raumordnung) als auch hinsichtlich ihres jeweiligen Zielkatalogs heterogen strukturiert sind: „Während die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen — insbesondere berufliche Weiterbildung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bisher die regionalen Beschäftigungsungleichgewichte offensichtlich nur unzureichend berücksichtigt haben, vernachlässigen die spezifischen regionalpolitischen Maßnahmen die Beschäftigungsaspekte — vor allem in ihrer qualitativen Dimension." (13) Es ist dies sicherlich keine nur technische Panne, sondern Ausdruck einer kapitalorientierten Politik die von vornherein damit rechnet, daß ihre Maßnahmen und Mittel zwar dem Kapital zugute kommen, aber den gesellschaftspolitisch wünschenswerten Effekt niemals erzielen werden. Selbst dort — und dies ist freilich eine Spezifik bundesdeutscher Wirtschaftspolitik, die dem Primat der Privatautonomie kapitalistischer Investitionsentscheidungen uneingeschränkt huldigt —, wo Eingriffe oder Kontrollen möglich wären, wird darauf verzichtet. „Bis heute gibt es kaum Ansätze einer autonomen Beschäftigungspolitik. Selbst die regionale Steuerung von Arbeitsplätzen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung ist, wie bisherige Zielinterpretation und Förderungspraxis zeigen, primär wachstumsorientiert. Die im Gesetz geforderte Beachtung der *Qualität* geförderter Arbeitsplätze ist bislang vernachlässigt worden. Der Arbeitsmarkt erfüllt grundätzlich noch immer die ‚Pufferfunktion', Arbeitsmarktpolitik trägt weitgehend den Charakter sozialpolitischer Feuerwehraktionen." (14)

Geht man wie Engelen-Kefer (15) von der Forderung aus, daß die Bewohner nicht aus den Problemregionen abwandern sollten bzw. zur Abwanderung gezwungen werden, sondern daß im Gegenteil diese Regionen industrialisiert und mit neuem Kapital ausgestattet werden müßten, dann erscheint es als „keinesfalls ausreichend, daß Industrieansiedlungen in Problemregionen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, ohne die Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze zu berücksichtigen." (16) Nach wie vor sind die Mitglieder der Arbeiterklasse Opfer der Präferenzentscheidungen des Kapitals, die seit Bestehen der BRD zu mehreren größeren Wanderungswellen geführt haben. (17) Die Wirtschaftspolitik tut das ihre, um die öffentliche Förderung von privatkapitalistischen Investitionen in den Verdichtungsräumen zu unterstützen (18) oder aber Industrieansiedlung so partiell und selektiv zu fördern, daß arbeitsmarktrelevante Effekte ausbleiben. So zeigt sich, „daß die regionale Lenkung gewerblicher Investitionen allein durch finanzielle Investitionsanreize aus öffentlichen Mitteln zu einer verstärkten Verlagerung privatwirtschaftlicher Kosten auf die Allgemeinheit und die benachteiligten Arbeitnehmer führt; — z. B. durch: Konservierung veralteter Produktionsstrukturen sowie ertragsschwacher Betriebe; Finanzierung von Investitionen, die nach wenigen Jahren bereits wieder abgezogen werden; Entwertung beruflicher Qualifikationen; Notwendigkeit zu beruflicher Umschulung; Zwang zur regionalen Mobilität, Beschäftigung unterhalb des beruflichen Qualifikationsniveaus; Arbeitslosigkeit; vorzeitige Pensionierung." (19)

13 Ebenda, S. 13.
14 Reyher, a.a.O., S. 67.
15 Engelen-Kefer: Beschäftigungspolitik, a.a.O., S. 311.
16 Engelen-Kefer/Klemmer, a.a.O., S. 22.
17 Vgl. ebenda, S. 44.
18 Vgl. ebenda, S. 68.

Eine Umorientierung in der regionalen Arbeitskräftepolitik würde eine stärkere Einbeziehung und Berücksichtigung arbeitskräfterelevanter Kriterien für die sektorale Wirtschafts- und Strukturpolitik und entsprechende kapitallenkende Maßnahmen erfordern, um zu einer arbeitsorientierten aktiven Sanierung der Problemregionen zu gelangen. „Voraussetzung für eine wirksame regionale Beschäftigungspolitik ist die Abgrenzung von Arbeitsmarktregionen. Dabei sind großräumige Gebietseinheiten in beschäftigungspolitische Aktionsräume aufzugliedern. Bei dieser Abgrenzung werden sowohl die funktionalen Pendelbeziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte als auch typische beschäftigungspolitische Problemsituationen berücksichtigt werden müssen. Dabei müßten zumindest folgende Kennziffernkataloge zugrundegelegt werden: Bevölkerungsdichte, Schulabgangsquoten, Erwerbsbevölkerung, Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, soziale und wirtschaftsnahe Infrastruktureinrichtungen, sektorale und berufliche Beschäftigungsstrukturen, Pendelentfernung, Binnen- und Außenwanderungen, Struktur der Arbeitssuchenden sowie verfügbare Arbeitsplätze." (20)

Wie die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Beschäftigungssystems zeigt, haben sich nicht nur diejenigen Arbeitsmarktprobleme zugespitzt, die schon bisher nicht von der bisherigen Arbeitsmarktforschung und noch weniger von der Arbeitsmarktpolitik in den Griff zu bekommen waren, es bildet sich außerdem ein Arbeitslosensockel und die Gefahr einer „Dualisierung" des Arbeitsmarktes für solche Arbeitergruppen heraus, die mehr oder wenig ständig von fließender, latenter oder stockender Arbeitslosigkeit (21) bedroht sind. Zu den Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt werden häufig die Jugendlichen, die Frauen, die Älteren und Behinderten gezählt. (22) Aber auch die wachsende Angestellten-Arbeitslosigkeit oder die Internationalisierung der Beschäftigungsprobleme (23) geraten mehr und mehr ins Blickfeld der Analyse. Fraglich scheint dem Rezensenten allerdings der Begriff der „Problemgruppen" insofern zu sein, als damit suggeriert werden könnte, daß sich das Arbeitslosenheer lediglich aus solchen Gruppen zusammensetzt, deren individuelle Mängel und Benachteiligungen zu einer niedrigen Vermittlungsquote führten, also Arbeitslosigkeit ein Phänomen subjektiven Versagens sei. Zudem wird durch den Begriff der „Problemgruppen" der Blick dafür verstellt, daß jeder einzelne Arbeitslose ein Problem ist und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur über den Klassenzusammenhang sowohl der Beschäftigten als auch aller Arbeitslosen vermittelt und initiiert werden kann.

Niemand rechnet im Jahr 1977 noch ernsthaft damit, daß die Arbeitslosenzahl in kurzer Frist die Millionengrenze nennenswert unterschreiten wird. Es wird immer mehr bewußt, daß die Beschäftigungsunsicherheit wieder zu einem Dauerproblem kapitalistischer Akkumulation zu werden verspricht. Seit 1970 ist ein längerfristiger Trend zum Abbau von Arbeitsplätzen zu beobachten, d.h. der Arbeitsplatzverlust für Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten begann nicht erst in der Krise 1974/75. Gab es 1970 noch 24.040.000 Arbeitsplätze (in Unternehmen ohne Wohnungsvermietung), so sank deren Zahl in den folgenden Jahren bis 1977 auf 22.490.000. Die Zahl der Erwerbstätigen sank

19 Ebenda, S. 72.
20 Engelen-Kefer: Beschäftigungspolitik, a.a.O., S. 311 f.
21 Vgl. K. Marx: Das Kapital, MEW 23, 23. Kapitel.
22 Vgl. Seifert/Simmert, a.a.O., S. 15-84.
23 Vgl. ebenda, S. 229 ff.

von 1970 von 22.860.000 bis 1976 auf 20.690.000, um erstmals 1977 wieder – das heißt fast zwei Jahre nach Beginn des Wiederaufschwungs der Wirtschaft – um 140.000 Erwerbstätige anzuwachsen. Wurden 1970 von 100 Arbeitsplätzen noch 95 von Arbeitskräften besetzt, so waren es 1975 und 1976 nur 91, für 1977 wird eine Zahl von 92,5 besetzten Arbeitsplätzen je 100 verfügbaren Arbeitsplätzen errechnet. Zugleich stieg in diesem Zeitraum die organische Zusammensetzung des Kapitals, d. h. das je verfügbare Arbeitskraft eingesetzte Kapital für Produktionsmittel, wie dies die Zuwachsraten der Kapitalintensität verdeutlichen. Die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals als Folge einer relativ dauerhaften Überakkumulation, Veränderung von Weltmarktverhältnissen und binnenwirtschaftlichen Strukturveränderungen – diese Faktoren können hier nur kursorisch erwähnt werden, sie werden übrigens auch nicht oder nur sehr oberflächlich in den hier behandelten Büchern analysiert – führen zu großangelegten Konterstrategien des Kapitals, die sich im Kern auf Rationalisierung der Produktion, Ökonomisierung der Arbeitsorganisation in Produktion und Verwaltung sowie auf Arbeitsintensivierung konzentrieren. Trotz nachweislich gestiegener Profitraten und -massen ist es bislang nicht zu einer bedeutenden Vermehrung von angebotenen Arbeitsplätzen gekommen.

Diese düstere Perspektive hat zu einer Reihe von Diskussionen und Vorschlägen über Alternativen der Beschäftigungspolitik geführt, auf die wir an dieser Stelle nur verweisen können. (24) Die Vorschläge konzentrieren sich im wesentlichen auf 1.) die verstärkte und kombinierte Nutzung bestehender Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Kurz- und Teilzeitarbeit, Fortbildung und Umschulung, Bildungsurlaub, tarifvertragliche Regelungen), 2.) Arbeitszeitverkürzung und 3.) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich staatlicher Bereitstellung von Arbeitsplätzen.

Abschließend sei auf einige beschäftigungspolitische Erfahrungen aus anderen kapitalistischen Ländern hingewiesen. Zwar zeichnet sich auch in anderen kapitalistischen Ländern nicht jene „integrierte Beschäftigungspolitik" ab, wie sie Engelen-Kefer (25) als Kombination der gleichrangigen Berücksichtigung, Koordinierung innerbetrieblicher Personalplanung und außerbetrieblichen Beschäftigungsmaßnahmen plus traditioneller Arbeitsamt-Aufgaben definiert. Aber andererseits verdeutlichen die ausländischen Erfahrungen, daß die bundesrepublikanische Arbeitsmarktpolitik einschließlich der Arbeitslosenversicherung bei weitem nicht das fortschrittlichste System repräsentieren, wie oftmals suggeriert wird. Ein erstaunlicher Unterschied zur Arbeitsmarktpolitik in Schweden besteht beispielsweise nicht nur in dem Umstand, daß dem Vollbeschäftigungsziel offensichtlich in der gesellschaftspolitischen Diskussion ein stärkerer Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen eingeräumt wird, als dies – trotz des „Magischen Vierecks" im Stabilitätsgesetz – jemals in der BRD der Fall gewesen wäre, sondern daß eine geringe Arbeitslosenquote (1976 rund 1,6 %) mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik korreliert, wie auch die Ausgabenstruktur der Arbeitsverwaltungen in Schweden und in der BRD offenlegt. (26). Ein Beispiel möge verdeutlichen, welche Befugnisse die schwedischen Arbeitsämter im Vergleich zur Bundesanstalt für Arbeit haben: „Seit 1. Juli 1974 läuft ein Experiment, nach dem die Vergabe bestimmter Vergünstigungen (Zuschüsse für Industrieansiedlung und für Ausbildung) mit Auflagen versehen wird; Betriebe, die einen entsprechenden Antrag stellen, müssen einen Personal- und Rekrutierungsplan vorlegen, nach dem z. B. mindestens je 40 % der neu Beschäftigten Frauen bzw. Männer sein müssen. Regierung und Reichstag von Schweden betreiben seit 1971 auch eine Entflechtungspolitik der drei städtischen Zentren Stockholm, Göteborg und Malmö. Ein Ansatz besteht in der Verlagerung von 37 Behörden aus Stockholm mit etwa 6300 Beschäftigten . ... Staatseigene Betriebe und militärische Einheiten werden ebenfalls als Instrumente der Regionalpolitik verwendet." (27). Auch das schwedische Investitionsfonds-Modell, wonach Unternehmen 40 % ihres Profits vor Steuerabzug in einer Investitionsreserve anlegen können, über dessen Freigabe Regierung und Arbeitsverwaltung nach antizyklischen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten entscheiden, wäre diesbezüglich einer Überprüfung wert. (28)

Entscheidend bei dem Ländervergleich zwischen Frankreich, Großbritannien, Schweden, der DDR und der Sowjetunion scheint mir die Beantwortung der Frage zu sein, wie Investitionsplanungen mit Arbeitskräfteplanungen verbunden werden (können), wie in kapitalistischen Ländern zumindest tendenziell das Primat profitorientierter Investitionsentscheidungen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Arbeiterklasse in Frage gestellt wird und wie die Unternehmen hinsichtlich beschäftigungspolitischer Auflagen kontrolliert werden können. Daß dabei die sozialistischen Länder einen formationsspezifischen Vorteil aufgrund der Möglichkeiten gesamtgesellschaftlicher Planung haben, wird letztlich auch von Schmid nicht bestritten. Am Beispiel der Ausbildung des Arbeitskräftenachwuchses in der DDR kann dies verdeutlicht werden: „Das Amt für Arbeit ist auch zuständig für die Erarbeitung von Analysen und Plänen über die optimale Ausbildung des Arbeitskräftenachwuchses im Gebiet, indem es den Bedarf an Facharbeiternachwuchs entsprechend den Fünf- und Jahresplänen mit den für die Berufsausbildung zur Verfügung stehenden Jugendlichen nach Anzahl und Ausbildungsberufen bilanziert. Es veröffentlicht Angaben über eine bedarfsgerechte Berufsorientierung, indem es die Betriebe und Schulen auf dem Gebiet der Berufs- und Studienberatung anleitet und deren Maßnahmen koordiniert. Das Amt ist berechtigt, Auflagen zur Einstellung bzw. Ausbildung oder Qualifizierung von Werktätigen zu erteilen." Und: „Es wird betont, daß diese administrativen Methoden der Arbeitskräftelenkung ‚unter Wahrung des Rechts des arbeitsfähigen Bürgers auf freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und -ortes' vorzunehmen ist. Zudem sollen die administrativen Mittel möglichst eingeschränkt und die Arbeitskräfte verstärkt mit Hilfe von ökonomischen und moralisch-ideellen Stimuli gelenkt werden." (29)

In einer Reihe von Ländern des kapitalistischen Auslands ist man dazu übergegangen, die reinen sozialpolitischen Funktionen (Arbeitslosenversicherung) von den aktiven Maßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit bzw. zu deren Beseitigung zu trennen. Ferner werden die Informationssysteme für die Arbeitsvermittlungen auf Computer-Basis verbessert. Vereinzelt können die Arbeitsämter Einfluß auf die betriebliche Rekrutierungspolitik des Kapitals Einfluß nehmen, sei es durch Gebote, Streichung von Förderungsmaßnahmen oder Entzug von Ansiedlungsgenehmigungen in bestimmten Regionen oder

24 Vgl. ebenda, S. 84 ff., 100 ff., 187 ff., 207 ff., 266 ff.; siehe auch die Diskussionen im Rahmen des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in: WSI-Mitteilungen 2/75, 2/76, 4/77, 5/77.

25 Engelen-Kefer: Beschäftigungspolitik, a.a.O., S. 162 ff.

26 G. Schmid: Steuerungssysteme des Arbeitsmarktes. Vergleich von Frankreich, Großbritannien, Schweden, DDR und Sowjetunion mit der Bundesrepublik Deutschland, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Bd. 84, Göttingen 1975, S. 303.

27 Ebenda, S. 161 f.

28 Ebenda, S. 172.

29 Ebenda, S. 110.

Ballungszentren. In Frankreich soll auch Einfluß auf die Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze genommen werden. „Die subventionierten Betriebe müssen sich zu einer Übereinstimmung betreffs Quantität und Qualität der neu geschaffenen Arbeitsplätze verpflichten, wobei die Arbeitsämter die Möglichkeit haben, auf die Rekrutierung im Rahmen ihrer Vermittlungsprogramme Einfluß auszuüben." (30) Auch die antizyklischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind in einigen anderen kapitalistischen Ländern stärker ausgeprägt als in der BRD. So sollen beispielsweise in Frankreich in Depressionsphasen die Umschulungs- und Weiterbildungskurse für Arbeitslose intensiviert werden, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind vor allem in Schweden eines der Hauptinstrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Nicht nur die Gewerkschaften und demokratischen Wissenschaftler in der BRD, sondern auch die Arbeitsmarktpolitiken in anderen kapitalistischen Ländern haben zumindest teilweise bessere und diskussionswürdigere Alternativen der Arbeitsmarktpolitik anzubieten und zum Teil bereits erfolgreicher praktiziert, als dies die offiziellen Vertreter der hiesigen Wirtschaftspolitik wahrhaben möchten. Diese Alternativen aufzuzeigen, hilft, nicht vor der andauernden Massenarbeitslosigkeit zu resignieren, und schafft günstigere Voraussetzungen, die bürgerliche Arbeitsmarkttheorie, noch mehr aber die von Kapitalinteressen dominierte Arbeitsmarktpolitik zur Rechenschaft zu ziehen.

30 Ebenda, S. 149.

James O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 83, Frankfurt/M. 1974, Originalausgabe: The Fiscal Crisis of the State, St. Martins Press Inc., New York 1973.

James O'Connor, Professor für Nationalökonomie an der California State University in San Jose, gehört zu dem kleinen Häuflein marxistischer Ökonomen in den USA. Sein Verständnis des gegenwärtigen US-Kapitalismus ist durch Baran-Sweezys „Monopolkapital" entscheidend geprägt. Ende der 60er Jahre beteiligte er sich an der Debatte zwischen Perlo, Aaronovitch und Baran-Sweezy um die Struktur der herrschenden Klasse in den USA (1); 1970/71 veröffentlichte er unter dem Eindruck der amerikanischen Studentenbewegung zwei Aufsätze, aus denen das vorliegende Buch hervorgegangen ist. (2) Anders als Joseph M. Gillmann, dessen Untersuchung über den amerikanischen Wohlfahrtsstaat eindeutig dem Baran-Sweezyschen Theorem von der „Absorption des Sur-

1 Vgl. J. O'Connor: „Finance Capital or Corporate Capital?", in: Monthly Review, December 1968.

2 J. O'Connor: „The Fiscal Crisis of the State", in: Socialist Revolution, No. 1,2, January, February 1970; ders.: „Inflation, Fiscal Crisis, and the American Working Class", in: Socialist Revolution, No. 8, March-April 1972.

plus" folgt (3), kommt O'Connor den zentralen Konzepten der Theorien des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" nahe. Er begreift das von ihm untersuchte und als „Staatskapitalismus" bezeichnete politisch-ökonomische System der USA als die gegenwärtige Entwicklungsstufe des „Monopolkapitalismus", in der sich das Monopolkapital nurmehr dank dauernder und stets erweiterter Eingriffe des Staates in allen Phasen seines Reproduktionsprozesses zu erhalten vermag. Zugleich übt er — zumindest in einer methodischen Absichtserklärung — Kritik an der Auffassung des Staates als bloßem Instrument der Monopole und plädiert für eine differenziertere Behandlung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen dem bürgerlichen Staat und den Monopolkapitalisten, so daß er für die Verfechter einer sog. „politischen Krisentheorie" in der BRD mittlerweile zu einer Art Kronzeuge für die Erkenntnis der Unzulänglichkeit jeder „rein ökonomischen" Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus avanciert ist. (4)

O'Connors Buch ist, wie er selbst betont, weder eine marxistische Einführung noch ein Handbuch oder ein Quellenwerk zum Studium der Staatsfinanzen im Kapitalismus. Es bietet keine erschöpfende historische und empirische Untersuchung der Staatsfinanzen der USA, und es ist keine umfassende theoretische Untersuchung der „ökonomischen Existenz des bürgerlichen Staates" im Rahmen der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie. O'Connor will vielmehr, ausgehend vom Studium der Entwicklung in den USA seit Ende des II. Weltkriegs, eine „Theorie des ökonomischen Wachstums" entwickeln, die auch „auf die Erfahrungen anderer fortgeschrittener kapitalistischer Länder" übertragbar sein soll. (5) Da in diesem wachstumstheoretischen Versuch der Einfluß der Staatsfinanzen im Zentrum steht, mag es erlaubt sein, sich auf diejenigen Aussagen des Buches zu konzentrieren, die als brauchbare oder gar beispielhafte Beiträge zur Untersuchung der Rolle der staatlichen ökonomischen Aktivitäten in hochentwickelten kapitalistischen Ländern angesehen werden können. O'Connors zentrales Anliegen ist zu zeigen, daß der Staat in hochentwickelten kapitalistischen Ländern unvermeidlich in eine chronische Finanzkrise gerät, je mehr er gezwungen wird, sich in den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Interesse des Monopolkapitals auf Dauer einzuschalten. Eine dazu erforderliche Budgetanalyse setzt nach O'Connor eine Untersuchung der „soziologischen Grundlagen der ...Staatsfinanzen" voraus, d. h. der Sektorenstruktur der Volkswirtschaft und der Struktur des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, um „die Prinzipien zu entdecken, die das Volumen und die Verteilung der Staatsfinanzen und -ausgaben sowie die Verteilung der Steuerlast auf die verschiedenen ökonomischen Klassen lenken." /11 f./ Das eigentliche theoretische Problem besteht nach O'Connor darin, die „grundlegenden marxistischen ökonomischen Kategorien" den Problemen der Budgetanalyse entsprechend „anzupassen" oder zu modifizieren, um begrifflich den

3 J.M Gillman: Prosperität in der Krise, Frankfurt/M. 1968.

4 Eine explizite Auseinandersetzung mit den Theorieansätzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus – insbesondere mit dem Theorem der sekundären Ausbeutung durch Umverteilung über den Staatshaushalt – findet sich bei ihm nicht. Vgl. zum Konzept einer nicht-ökonomischen Krisentheorie: C. Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972, S. 56, 58, 176, 178, 183, 184; J. Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 52, 57, 78, 79, 81.

5 J. O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, a.a.O., S. 5. Folgende Seitenangaben in Querbalken beziehen sich auf diesen Text.

Phänomenen einer wachsenden, von Monopolen dominierten kapitalistischen Wirtschaft mit permanenter ökonomischer Staatstätigkeit gerecht zu werden. (6)

Im Gegensatz zur marxistischen und liberalen Denktradition will O'Connor zeigen, daß der Staatshaushalt im Prozeß der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zunehmend „wachstumsfördernd" wirkt, und daß das Wachstum der Staatsausgaben immer mehr zur notwendigen Bedingung für jegliches Wachstum des Monopolkapitals geworden ist. (7) Zwei revolutionäre Resultate soll die für das Verständnis des modernen Akkumulationsprozesses unumgängliche Budgetanalyse zeitigen: 1. eine Rehabilitierung des Sayschen Gesetzes, wonach das „Angebot sich seine eigene Nachfrage schafft", die zur „Korrektur" der Marxschen wie auch der Keynesschen Krisentheorie nötigt; 2. die Erkenntnis, daß an die Stelle der traditionellen zyklischen Überproduktionskrisen zunehmend die permanente Krise der Staatsfinanzen tritt. (8) Zum ersten soll gezeigt werden, daß der moderne bürgerliche Staat, ist er erst einmal zur „Sozialisierung" privat- und insbesondere monopolkapitalistischer Produktionskosten und -unkosten gezwungen worden, sich unweigerlich mit einem wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sozialisierung weiterer Kosten und Unkosten konfrontiert sieht — Staatsausgaben erzeugen weitere Staatsausgaben —; zum zweiten, daß die Sozialisierung von wachsenden Teilen der privaten Reproduktions- und Akkumulationskosten bei gleichzeitig weitgehender faktischer Steuerfreiheit der Profite insbesondere des Monopolkapitals notwendig zu einer permanenten und wachsenden „strukturellen Lücke" zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten der bürgerlichen Staaten führt, trotz wachsender Steuerbelastung vor allem der Arbeitseinkommen. Die Ursachen für das fortgesetzte Wachsen der Staatsausgaben, auch für die chronische Finanzkrise sind nach O'Connor in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu suchen, vor allem in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und organisierter Arbeiterschaft als dem „beherrschende(n) soziale(n) Produktionsverhältnis" in hochentwickelten kapitalistischen Ländern /52, 53, 81/.

Zwecks Untersuchung dieser Entwicklungstendenzen teilt O'Connor die Volkswirtschaft dieser Staaten in „Sektoren" ein. Er unterschiedet 1. die Gruppe der vom privaten Kapital und die Gruppe der vom Staat organisierten Industriezweige — privater und öffentlicher Sektor; und 2. innerhalb des privaten Sektors die Gruppe der vom Großkapital organisierten Monopolindustrie — Wettbewerbs- und Monopolsektor — und innerhalb des öffentlichen Sektors die Gruppe der unmittelbar vom Staat selbst organisierten Industriezweige und die Gruppe der von privaten Vertragsunternehmen im Staatsauftrag organisierten Industriezweige. (9) Charakteristisch für die Produktionsverhältnisse im Monopolsektor seien: Großproduktion in industriellen Großbetrieben, relativ höchste Kapitalgröße und höchste organische Zusammensetzung des fungierenden Kapitals, relativ höchste Löhne und relativ hoher Anteil hochqualifizierter technischer und administrativer Arbeitskräfte, relativ stabile Unternehmensstruktur und relativ stabile Absatzmärkte, infolgedessen auch relativ stabile Arbeitsnachfrage (dauerhafte Vollzeitbeschäftigung). Nicht „Marktmechanismen", sondern „politische Kräfte" seien die wichtigsten Determinanten der Löhne, Preise und Profite im Monopolsektor: Auf Basis bewußt „gemachter", als Zielgröße von den Unternehmen geplanter Preise und Profite würden die Geldlöhne gemäß einem ständigen Sozialkontrakt zwischen den starken Gewerkschaften und den Monopolunternehmen regelmäßig entsprechend den Steigerungen der Arbeitsproduktivität erhöht. /32-35/ Die Akkumulation des Kapitals im Monopolsektor mache ein überproportionales Wachstum des öffentlichen Sektors notwendig: Einerseits seien immer mehr und immer größere „social costs" der privatkapitalistischen Produktion, Distribution und Konsumtion entstanden, andererseits seien die privaten Kosten und vor allem die Unkosten der kapitalistischen Produktion (vor allem infolge wachsender Überkapazitäten der Produktion und wachsender überschüssiger Arbeiterbevölkerung) mehr und mehr gewachsen. /38, 39 f., 41 ff./

Um die Wirkung der „Übertragung" dieser Kosten und Unkosten auf den Staat in bezug auf den Akkumulationsprozeß zu studieren, unterscheidet O'Connor in der Gesamtheit aller Staatsausgaben 1. zwischen „Sozialkapital" und „sozialen Unkosten", 2. innerhalb des Sozialkapitals zwischen „Sozialinvestitionen" und „Sozialer Konsumtion", die er auch als „soziales konstantes Kapital" und „soziales variables Kapital" bezeichnet. Der wichtigste ökonomische Unterschied findet sich nach O'Connor zwischen den „indirekt produktiv" auf die Mehrwertproduktion wirkenden Staatsausgaben für „Sozialkapital" und den völlig „unproduktiven" Staatsausgaben für „Soziale Unkosten". (10) Das langfristige absolute wie relative, wenn auch sehr ungleichmäßige Wachstum aller Kategorien und Subkategorien von Staatsausgaben in hochentwickelten kapitalistischen Ländern läßt sich nach O'Connor nicht allein mit „ökonomischen Faktoren" oder immanenten Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktion erklären. Vielmehr erzeuge die kapitalistische Akkumulation, vor allem die Entwicklung des Monopolsektors nur „gesellschaftliche Bedürfnisse" für bestimmte staatliche Aktivitäten. „Die eigentlichen Mechanismen aber, die diese Bedürfnisse in materielle Produktion ... umwandeln, sind sehr verschieden von den Mechanismen, die den privaten Markt beherrschen ... Die staatliche Administration organisiert die Produktion als Ergebnis einer Reihe von politischen Entscheidungen." /80, 45, 107 u.ä.) Als strukturelle Determinanten dieser politischen Entscheidungsprozesse, deren fertiges Resultat der jeweilige Staatshaushalt ist, betrachtet O'Connor 1. das jeweilige Verhältnis zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse und 2. das Verhältnis zwischen der Kapitalistenklasse und dem Staat. Ersteres erscheint ihm zumindest in den USA geprägt durch eine fundamentale Spaltung der Arbeiter- wie der Kapitalisten-

6 Ebenda, S. 15 f. Die Übersetzung ist hier falsch. O'Connor spricht nicht nur von „Anwendung", sondern von „Anpassung" der Marxschen Kategorien. (J. O'Connor: The Fiscal Crisis of the State, New York 1973, S. 6).

7 J. O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, a.a.O., S. 18 f. Insofern markiert sein Versuch einer Budgetanalyse den Beginn möglicher theoretischer Fortschritte über die traditionell marxistischen Standards, den Staat ökonomisch nur global unter dem Gesichtspunkt der Staatsquote und allein als unproduktiven Konsumenten oder als Transferinstanz zu betrachten.

8 Ebenda, S. 20, 39, 319, Fn. 14, 20 f., 61 f. Das Theorem der „Finanzkrise" ist also weder mit der unter dem Eindruck der Staatsbankrotte in den besiegten Ländern nach dem I. Weltkrieg umlaufenden Rede von der „Krise des Steuerstaats" noch mit einer Untersuchung der Krise der öffentlichen Finanzen als einem normalen Moment jeder zyklischen Überproduktionskrise zu verwechseln.

9 Ebenda, S. 21 ff., 28 ff. Die San Francisco Bay Area Kapitalistate Group hält dies für seinen wichtigsten Beitrag. Vgl. die Rezension von O'Connors Buch: San Francisco Bay Area Kapitalistate Group: „The Fiscal Crisis of the State: A Review", in: Kapitalistate No. 3, Spring 1975, S. 150, 152.

10 J. O'Connor, a.a.O, S. 15, 17. Diese Hauptkategorien unterteilt O'Connor weiter in zahlreiche Subkategorien nach höchst unterschiedlichen Kriterien.

klasse, der eine relativ dauerhafte „Klassenallianz" zwischen der neuen, gewerkschaftlich hochorganisierten, hochqualifizierten „Arbeiteraristokratie" und dem Monopolkapital im Monopolsektor entspreche. Diese Spaltung werde gerade durch den politischen Kampf um die Ausgabenpriorität des Staatshaushalts und um die Steuerlastverteilung vertieft. (53 ff., 43 ff./ Zum zweiten geht er davon aus, daß es „keinen notwendigen und direkten Zusammenhang zwischen der ökonomischen Macht und den Bedürfnissen des Monopolkapitals und den Prioritäten der staatlichen Haushaltspolitik" gibt /80 f./ Vielmehr gebe es einerseits beständige Auseinandersetzungen zwischen vielen rivalisierenden Interessengruppen und vielen einzelnen staatlichen Bürokratien, als deren absichtsloses Resultat erst ein Gesamtinteresse der „Klasse der Monopolkapitalisten" unter wesentlicher Mitwirkung der staatlichen Bürokratien aus den vielen Sonderinteressen herausgefunden werde. Andererseits seien zahlreiche staatliche Stellen beständig mit der Regulierung aktueller oder potentieller Klassenkonflikte befaßt, so daß ihre Tätigkeit mit darüber bestimmt, wieweit jeweils das Gesamtinteresse der Monopolkapitalisten sich gegenüber anderen Klasseninteressen durchsetzen läßt. Soweit sei der bürgerliche Staat nicht als ein „Instrument", sondern als eine „Struktur" des gesellschaftlichen Lebens zu betrachten. Allerdings sei diese Struktur funktional eindeutig bestimmt: Sie habe einerseits die Bedingungen erweiterter Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft — d. h. die Bedingungen profitabler privater Kapitalakkumulation — zu erhalten oder zu schaffen und andererseits Bedingungen für sozialen Frieden in dieser Gesellschaft zu erhalten oder zu schaffen — was O'Connor als Akkumulations- und Legitimationsfunktion des bürgerlichen Staates bezeichnet. /83, 84, 86 f./ Die Prioritäten der staatlichen Budgetpolitik beruhten zwar immer noch auf „einem Gemisch aus Bedürfnissen, die von Klassen- und Sonderinteressen geprägt sind." Aber je größer der Einfluß der Exekutiven auf die Budgetpolitik, desto mehr würden die staatlichen Budgets aufgrund der personellen Verflechtung zwischen monopolkapitalistischen Interessengruppen und staatlichen Bürokratien den Bedürfnissen der „Klasse des Monopolkapitals" angepaßt — und umso tiefer und auswegloser werde die Finanzkrise des Staates. /100, 102 f., 105 f./

Kann die in ihren Hauptthesen skizzierte Untersuchung O'Connors zum theoretischen Ausgangspunkt von Untersuchungen der Haushaltspolitik des bürgerlichen Staates etwa in der BRD genommen werden? Sind mit dieser Pionierarbeit die Probleme einer marxistischen Budgetanalyse so weit abgeklärt, alle früheren marxistischen Versuche so weit überwunden, daß sie nunmehr eine „vergleichbare Studie über die Bundesrepublik herausfordert"? (11) Schon das

11. R. Hickel: „Krisenprobleme des verschuldeten Steuerstaates", in: R. Hickel (Hrg.): Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt/M. 1976, S. 22. Vgl. auch als „Anwendungsbeispiel": C. Offe/V. Ronge: „Fiskalische Krise, Bauindustrie und die Grenzen staatlicher Aufgabenrationalisierung", in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 2(1973), S. 189 ff. – O' Connor verweist allein auf Rudolf Goldscheid als theoretischen Vorläufer. Dessen Arbeit „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft vom Standpunkte der Soziologie", zuerst veröffentlicht in: Handwörterbuch der Finanzwissenschaft, Band 1, Tübingen 1926, zitiert er nur nach einem in englischer Sprache erschienenen kurzen Auszug: „A sociological approach to Problems of Public Finance", in: Classics in the Theory of Public Finance, hrg. von Richard A. Musgrave/Allen T. Peacock, New York 1967. Die älteren marxistischen, überwiegend deutschsprachigen Arbeiten – von Bernstein, Kautsky, Renner, Varga, Kuczynski, Ströbel u.a. – scheint er nicht zu kennen.

analytische Kernstück der Arbeit, die von O'Connor vorgeschlagene systematische Klassifikation der Staatsausgaben, fordert gerade wegen ihrer marxistischen Terminologie Kritik heraus. O'Connor unterscheidet die Staatsausgaben sowohl nach den beiden hauptsächlichen Staatsfunktionen als auch nach ihrer ökonomischen Wirkung, ihrem Produktivitätseffekt für das Kapital, und kombiniert beide Unterscheidungen mit der Behauptung, daß sie sich entsprächen. Mithin wären also alle indirekt produktiven Ausgaben des Staates für Sozial-Kapital zugleich Ausgaben, die der „Akkumulationsfunktion" des Staates dienten, während nur die unproduktiven Ausgaben für soziale Unkosten zur Erfüllung seiner „Legitimitätsfunktion" beitrügen. /16 f./ Diese Zuordnung ist dazu angetan, die ökonomische Unterscheidung der Staatsausgaben zu verwirren. Denn es ist keineswegs unmittelbar einleuchtend, daß Staatsausgaben, die indirekt produktiv für bestimmte Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wirken, nicht zugleich auch legitimierend, d.h. die Loyalität der Masse der Bevölkerung gegenüber dem kapitalistischen System erhaltend oder gar auch verbreitend und vertiefend wirken können — wie das etwa bei einer erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik der Fall sein müßte. Ebensowenig ist einzusehen, warum ökonomisch unproduktive Staatsausgaben nicht funktional notwendig sein sollen für die fortgesetzte, profitable Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals — wie etwa Ausgaben des Staates zur Erhaltung der industriellen Reservearmee im arbeitsfähigen Zustand. Warum sollen ferner alle diejenigen Staatsausgaben, die indirekt produktiv wirken für bestimmte Kapitalien, unter allen Umständen auch der Akkumulationsfunktion des Staates dienen? Wenn jede staatliche Ausgabe, die für irgend einen Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals profitabel ist, zugleich auch funktional notwendig sein sollte für profitable Kapitalakkumulation auf gesellschaftlichem Maßstab, so müßte entgegen O'Connors Staatsauffassung der bürgerliche Staat einfach als Selbstbedienungsladen für beliebige Kapitalistengruppen betrachtet werden. Er würde seiner Funktion immer gerecht, gleichgültig welche Gruppe von Kapitalisten in welcher Weise von seinen Ausgaben profitierte, solange nur irgendeine profitierte. Konflikte zwischen Kapitalistengruppen um die Verteilung von Staatsausgaben, die in verschiedener Weise und verschiedenem Grad „profitabel" wirken, werden so analytisch ausgeblendet. Wird weiter die Parallele zwischen unproduktiven und rein legitimatorischen Staatsausgaben festgehalten, so drängt sich immer der falsche Schluß auf, bestimmte Ausgaben des Staates wirkten deshalb unproduktiv, weil sie einer politischen, legitimatorischen oder auch repressiven Staatsfunktion dienten. Dieser weit verbreitete Fehlschluß, dem die meisten marxistischen Urteile über die Ausgaben des Staates für seine „repressiven" Apparate (Polizei, Militär, Justiz) oder im Sinne von O'Connors Interpretation der Legitimationsfunktion: für die „ideologischen" Staatsapparate erliegen, demonstriert nur ein heimliches Vorurteil über minder- bzw. höherwertige Staatsfunktionen, statt zur Analyse der ökonomischen Wirkungen verschiedener Staatsausgaben im Akkumulationsprozeß des Kapitals beizutragen. /16, 17, 191 f./

Aber auch soweit er nur die ökonomische Verschiedenartigkeit von Staatsausgaben unabhängig von Funktionen, deklarierten Ausgabezwecken oder Motiven der Befürworter und Bewilliger festzustellen sucht, bleibt O'Connors Klassifikationsversuch fragwürdig. Er unterscheidet zwischen „indirekt produktiven" und „nicht einmal indirekt produktiven" Staatsausgaben. Warum sollen Staatsausgaben nie und nimmer auch direkt produktiv wirken können? Was macht den Unterschied zwischen staatlichen und privaten Ausgaben mit „indirektem" Produktivitätseffekt aus? Welcher Art sind die Umwege, auf denen die „Produkti-

vitätseffekte" staatlicher Ausgaben zum Tragen kommen? Vor allem: Worauf wirken Staatsausgaben „indirekt produktiv", an welcher Bezugsgröße läßt sich ihr „Produktivitätseffekt" ermitteln? O'Connor meint „Produktivität für das Kapital", aber er nennt einmal „den Mehrwert" (seine Rate oder Masse oder beides? absoluten oder relativen?), zum anderen die „Rate des Profits" (eines individuellen Kapitals, die Durchschnittsprofitrate eines Zweiges, die allgemeine Durchschnittsprofitrate eines Landes?) als Bezugsgröße; er deutet aber an, daß ebensogut auch die Veränderung des „völkswirtschaftlichen Surplus" oder die Veränderung der „Steuerbasis" — die nach seinen Andeutungen den Bruttoproduktionswert einer Jahresproduktion umfaßt — als Maßgrößen für die „Produktivität" von Staatsausgaben in Frage kommen. /16, 17, 191 f., u.ö./ Immerhin ein nicht unbeträchtlicher Unterschied, ob Staatsausgaben die Masse des produzierten Mehrwerts, die Größe des Nationaleinkommens, die Größe des Produktionswerts des gesellschaftlichen Gesamtprodukts oder die Größe des realisierten Nettoprofits für industrielle Kapitalien tangieren. Wirken sie auf alle diese Größen ein, so wären diese unterschiedlich weit reichenden Wirkungen zumindest analytisch zu unterscheiden: Es wäre zu zeigen, daß und warum sich der bürgerliche Staat in der Regel an einem ganz bestimmten Konzept von „Produktivität für das Kapital" als Effektivitätskriterium orientiert. Selbst wenn das Produktivitätskriterium bei O'Connor expliziert wäre, so hätte er damit noch nicht hinreichend begründet, warum es richtig ist, die Gruppe der „indirekt produktiven" Staatsausgaben zugleich als Ausgaben für „Sozialkapital" — etwa im begrifflich bestimmten Unterschied zu „privatem Kapital" oder „staatlichem Kapital" — zu bezeichnen, wenn dies mehr sein soll als eine bloße terminologische Reminiszenz an „grundlegende marxistische ökonomische Kategorien". Daß bestimmte Staatsausgaben dazu dienen, gegenständliche Produktionsbedingungen, je nach Anwendungsbreite mehr oder minder „allgemein", zu schaffen, die von privatkapitalistischen Produzenten genutzt werden — mehr oder minder gratis —, rechtfertigt noch keineswegs, von einem Kapitalverhältnis zwischen den kapitalistischen Nutznießern und bestimmten Gruppen der Staatsbeschäftigten oder Steuerzahler zu sprechen. Will man den Marxschen Begriff des Kapitals nicht einfach zum ökonomischen Namen für Produktionsmittel schlechthin degradieren, selbst wenn diese nur von Kapitalisten genutzt werden, so empfiehlt es sich, sehr genau anzugeben, unter welchen Bedingungen denn vom Staat geschaffene, unterhaltene oder restaurierte gegenständliche Produktionsbedingungen sich in Kapital verwandeln können bzw. müssen — auch wenn sie die besondere Form eines kollektiv genutzten „Gesellschaftskapitals" annehmen. Ein bedeutender Teil der vom Staat verausgabten Geldsummen bzw. der vom Staat erstellten Produktionsmittel wird nie und nimmer als Kapital fungieren und kann dennoch höchst nützlich sein für die profitable Akkumulation von privatem (oder auch staatlichem) Kapital. Mit der auf den ersten Blick terminologisch konsequenten Unterscheidung O'Connors zwischen „sozialem konstantem Kapital" und „sozialem variablen Kapital" wird der begriffliche Rahmen der Marxschen Theorie gelinde gesagt überstrapaziert. Begrifflich kann „soziales variables Kapital" nichts anderes bezeichnen als den Wert der Arbeitskraft von Staatsbeschäftigten, die von der Gesamtheit der privaten Kapitalisten kollektiv ausgebeutet werden, deren Arbeitsleistung also in den privaten Wertschöpfungs- und Verwertungsprozeß eingehen müßte. Was O'Connor aber im Blick hat, ist nicht der Unterschied zwischen staatlichen Produktionsmitteln und staatlichen Lohnarbeitern, die von Privaten angewandt werden, sondern der Unterschied zwischen der Ökonomisierung von Kosten des konstanten und Kosten des variablen Kapitals für private Kapitalisten infolge von Staatseingriffen, mithin eine, keineswegs die einzige Dimension von Produktivitätseffekten der Staatsausgaben. Selbst wenn sich darüber hinaus noch nachweisen ließe, daß Staatsausgaben mit diesen unterschiedlichen „Ökonomisierungseffekten" nur im Wege der Übernahme privater Produktionskosten durch den Staat zustande kämen, wäre nicht abzusehen, warum nun für den Staat der Unterschied zwischen Wertübertragung und Wertschöpfung in seiner Ausgabenpolitik bestimmend werden müßte; umgekehrt: wie die Zurechnung dieser Ökonomisierungseffekte zu bestimmten Ausgabeposten analytisch oder empirisch möglich sein soll. Schwerer wiegt jedoch, daß O'Connor implizit seine gesamte Klassifikation zurücknimmt, sie für empirisch ungültig und analytisch unbrauchbar erklärt, indem er behauptet, daß aufgrund des „dualen und widersprüchlichen Charakters des kapitalistischen Staates" wie des „gesellschaftlichen Charakters des Sozialkapitals und der sozialen Unkosten" eigentlich keine konkrete Staatsausgabe einer Funktion oder einer Ausgabenkategorie zugeschlagen werden könne. Er schlägt vor, die Zuordnung jeder einzelnen Staatsausgabe nach den jeweils dominierenden „Absichten" bzw. nach denjenigen „politisch-ökonomischen Kräften", denen die jeweilige Budgetentscheidung hauptsächlich nützt, vorzunehmen. (12)

Damit wird anstelle der objektiven ökonomischen Wirkung die subjektive Absicht, der mehr oder minder bewußte, mehr oder minder deutlich ausgesprochene „Ausgabezweck" zum einzigen Anhaltspunkt für eine empirische Einschätzung des Charakters von Staatsausgaben erklärt. Man hätte demnach nurmehr die konträren Absichten der am politischen Gleichsetzungsprozeß beteiligten Individuen, Gruppen, Verbände auszumachen und die jeweils dominierende herauszufinden, um die ökonomische Wirkung und Funktion einer Staatsausgabe zu bestimmen — aufgrund der wahrhaft heroischen Annahme, daß jede Staatsausgabe ebenso ökonomisch wirkt, wie von ihren Befürwortern beabsichtigt. Folglich wird auch die Untersuchung der Formulierung von „Absichten", des Aushandelns von Kompromissen usw., also des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zum Hauptstück der Budgetanalyse. Allerdings denkt O'Connor gar nicht daran, sich nach seinem eigenen Vorschlag zu richten. Es bliebe außer Aufzählung der rivalisierenden Absichten dann auch kaum mehr übrig, als immer wieder zu konstatieren, daß sich in der Regel die Absichten der ökonomisch mächtigsten Gruppen von Privatunternehmern im Budgetprozeß durchsetzen, ohne zeigen zu können, wem und auf welche besondere Weise die von den Interessen der herrschenden Klasse motivierten Staatsausgaben nützen.

Das zentrale Theorem O'Connors von der Unvermeidlichkeit chronischer Finanzkrisen des bürgerlichen Staates erweckt in der von ihm vorgetragenen Form erhebliche Zweifel. So behauptet er in seiner Manier der terminologischen Anleihe unter Verzicht auf bestimmte Begriffsinhalte, daß die „Akkumulation des sozialen Kapitals" ein Wachstum sowohl der privaten Kapitalakkumulation als auch des gesamten Budgetvolumens bewirke. Es fehlt dabei, wie er selbst zugesteht, jede detaillierte Untersuchung der Wirkungen wachsender Steuerausgaben für „Sozialkapital" auf die private Kapitalakkumulation bzw. die private Konsumtion sowie umgekehrt jede Untersuchung der Wirkungen wachsender privater Kapitalakkumulation bzw. wachsender privater Konsumtion auf die Staatsausgaben. Es fehlt jede explizite Auseinandersetzung mit den Vorstellungen über Multiplikator- bzw. Akzeleratoreffekte privater oder staatlicher Investitions- und

12 J. O'Connor: a.a.O., S. 17, 18. (Die deutsche Übersetzung ist hier falsch: Vgl. den englischen Text a.a.O., S. 7.)

Konsumausgaben in der herrschenden akademischen Nationalökonomie. (13) Da jede „Sozialisierung" privater Produktionskosten über den Staatshaushalt — im Kontext der Marxschen ökonomischen Theorie — ohne „Sozialisierung von privat produzierten und realisierten Werten undenkbar ist, wird jeder, der behauptet, daß Staatsausgaben nicht nur auf Kosten von privaten Ausgaben gesteigert werden können, sondern daß die einen wie die anderen zugleich wachsen können und müssen, unweigerlich vor die Frage gestellt, woher denn die Gegenwerte dieser Staatsausgaben jeweils stammen, kurz: wem der Staat nimmt, was er verausgabt und woher er es nimmt! Die allgemeinste Voraussetzung für erfolgreiche „Sozialisierung" von privatkapitalistischen Produktionskosten ist, daß der größte Teil der Staatsausgaben, die an die Stelle privater Investitionen treten, nicht aus Steuerabzügen vom Bruttoprofit stammen, die den privat verfügbaren Akkumulationsfonds verringern, sondern aus Steuerabzügen vom Arbeitslohn finanziert werden. Notwendige Bedingung für positive Wachstumseffekte von Staatsausgaben auf die private Kapitalakkumulation ist eben nicht nur die Vergrößerung der für private Unternehmen nutzbaren Produktionskapazitäten, sondern ebensosehr eine absolut und relativ zur Kapitalistenklasse wachsende Steuerbelastung sämtlicher nicht-kapitalistischer Schichten der Bevölkerung — die aber zugleich die Massenkaufkraft für den Konsumgütermarkt beschneidet. Soll also sowohl die private Kapitalakkumulation als auch die private Konsumtion bei steigenden Staatsausgaben für „Sozialkapital" steigen, so muß zuvor die Masse des produzierten, realisierten und besteuerbaren Mehrwerts oder die Summe der Arbeitseinkommen um so stärker wachsen. Wenn dies nicht der Fall ist, können steigende Staatsausgaben auch die Gesamtnachfrage nicht erhöhen, sondern nur der Struktur nach verändern — solange keine massive Kreditschöpfung durch den Staat stattfindet. (14) Es gibt jedenfalls keinen „Evidenzbeweis" dafür, daß wachsende Staatsausgaben zugunsten der privatkapitalistischen Produktion mehr bewirken, als die Profitrate für einige Kapitalgruppen mehr oder minder zu erhöhen, nämlich alle oder die meisten kapitalistischen Privatunternehmen zu Erweiterungsinvestitionen zu veranlassen. Die Vergrößerung des Angebots an bestimmten Staatsleistungen — hier: für kapitalistische Produktion nutzbaren Produktionsmitteln — vergrößert unmittelbar nur die staatliche Nachfrage für bestimmte kapitalistisch produzierte Waren und bestimmte Arbeitskräfte, wird also je nach der konjunkturellen Situation der kapitalistischen Gesamtwirtschaft und andererseits je nach der Größe des Kreises der potentiellen kapitalistischen Nutznießer zu mehr oder minder umfangreicher Kapitalakkumulation in einigen Industriezweigen führen und zugleich einen mehr oder minder bedeutenden Teil der industriellen Reservearmee in Staatsbeschäftigte verwandeln, also das Arbeitskräfteangebot für privates Kapital reduzieren. Unter sehr speziellen Umständen können wachsende „indirekt produktive" Staatsausgaben ohne Veränderung der Steuerlastverteilung zwischen den Klassen die Steuerträge für den Fiskus dermaßen erhöhen, daß sie sich quasi selbst finanzieren. Wegen seiner falschen Abstraktion von der Finanzierung der „sozialisierten" Produktionskosten versäumt O'Connor zu zeigen, daß dies nie oder nur ausnahms-

13 Ebenda, S. 319 Fn. 14, 347 Fn. 1. Vgl. O'Connors Aufsatz: „Scientific and Ideological Elements in the Economic Theory of Government Policy", in: E.K. Hunt/J.S. Schwartz (eds.): A Critique of Economic Theory, Harmondsworth 1972, S. 367 ff., vor allem 385-387.

14 Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 320, Fn. 16. Danach erwartet er neben der „Ökonomisierung" von konstantem Kapital auch eine für die Akkumulation des Kapitals effektivere Verwendung von „sozialisierten" Mehrwertteilen durch den Staat.

weise geschehen kann. (15)

Werden schon die Wirkungen wachsender Staatsausgaben auf die private Akkumulation von O'Connor eher in suggestiven Redewendungen umschrieben als analysiert, so bleibt auch der Vorgang der „Übertragung" von Akkumulationskosten auf den Staat höchst unklar. Will man nicht alles, was im Verhältnis zwischen bürgerlichen Staaten und Großunternehmen gegenwärtig übliche Praxis ist, zum objektiven ökonomischen Erfordernis stilisieren, bleibt der Erkenntniswert der Versicherung, daß gerade die fortschreitende Monopolisierung die „Sozialisierung" von Kosten und Unkosten kapitalistischer Expansion immer notwendiger mache, äußerst fragwürdig. Daß die kapitalistische Produktion immer stärker „interdependent" geworden sei — eine formelhafte Rede für die zunehmende gesellschaftliche Teilung der Arbeit — erklärt keineswegs schon, warum die Monopole oder besser die modernen Großkonzerne in wachsendem Maße staatlicher Intervention bedürfen, um mit den immanenten Problemen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses fertig zu werden. Es erklärt noch nicht, warum der Staat überwiegend zugunsten des „Monopolsektors" tätig wird und nicht etwa zugunsten des „Wettbewerbssektors", in dem kleine Unternehmer und Lohnarbeiter nach O'Connor die Hauptlast der Monopolisierung tragen, warum also die einmal fest etablierten Staatstätigkeiten in der Regel einem höchst einseitig interpretierten „gesellschaftlichen Bedürfnis" gehorchen. /39, 40 ff./ O'Connor sieht das Problem, das in der Feststellung und Erweiterung „legitimer Staatsaufgaben" und damit zugleich in der Vernachlässigung anderer ebenso „objektiver" gesellschaftlicher Bedürfnisse liegt, die nicht als Staatsaufgabe im politischen Prozeß gesellschaftliche Anerkennung finden, sehr wohl. Keineswegs behauptet er, daß die Staatsausgaben kumulativ wachsen in der Art eines „ökonomischen Naturgesetzes". Seine Lösungsversuche halten sich aber eher im Rahmen kurzer Ausflüge in die Geschichte des US-Staates, in denen er auf erklärende Hypothesen weitgehend verzichtet. /35 ff., 45 ff./ Die Erwartung, daß er eine hinreichende Erklärung des Wachstums der Staatsausgaben aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals in einer stark monopolisierten kapitalistischen Wirtschaft liefert, bleibt so unbefriedigt.

Die eigentliche Schranke für die Aneignung eines absolut und relativ wachsenden, zur Bezahlung der wachsenden Staatsausgaben hinreichend großen Teils des wachsenden gesellschaftlichen Wertprodukts durch den bürgerlichen Staat liegt nach O'Connor in der privaten Aneignung der Profite, insbesondere in Form von „Monopolprofiten" /20 f./. O'Connors Ansichten über die möglichen Quellen der staatlichen Steuereinnahmen sind höchst uneinheitlich: Mal ist es der Baransche „volkswirtschaftliche Surplus", mal ist es der Mehrwert, mal sind es auch Teile des variablen und konstanten Kapitals, mal Teile des Arbeitslohns, die der bürgerliche Staat sich via Steuern anzueignen vermag /320/. So fehlt jede Erörterung der langfristigen Entwicklungstendenzen dieser verschiedenen Steuerquellen in Abhängigkeit vom Wachstum der Staatsausgaben und der Akkumulation des Kapitals. Ebensowenig findet sich eine Untersuchung der Entwicklung des Steueraufkommens aus diesen verschiedenen Quellen in Abhängigkeit von der Entwicklung des Steuersystems in kapitalistischen Staaten. Daß gerade mit dem durch wachsende Steuerausgaben beschleunig-

15 Im Aufsatz von 1970 bemüht sich O'Connor noch, die Produktivitätseffekte von Staatsausgaben bezogen auf die von P.A. Baran eingeführten Größen des „aktuellen" und „potentiellen" ökonomischen surplus zu demonstrieren. Vgl. J. O'Connor: „The Fiscal Crisis of the State", Part II, in: Socialist Revolution No. 2, February 1970, S. 75, 77 ff.

ten Akkumulationsprozeß des Kapitals auch die „Steuerbasis", d.h. die Gesamtheit aller besteuerbaren Teile des Gesamtprodukts einer kapitalistischen Volkswirtschaft, wächst, scheint auch O'Connor zu vermuten. Das einzige Argument für seine Annahme, daß das absolute Wachstum des Steueraufkommens immer hinter dem Wachstum der Staatsausgaben zurückbleibt, steckt in dem von ihm als „Steuerausbeutung" bezeichneten Sachverhalt: Zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse, insbesondere der „Klasse der Monopolisten", finde eine höchst ungleiche Verteilung der Steuerlast statt. Es heißt wieder nur eine Ausdrucksweise strapazieren ohne Rücksicht auf die etwa von Marx recht eindeutig bestimmten Begriffsinhalte, wenn eine ungleiche Steuerlastverteilung zwischen verschiedenen ökonomischen Klassen als „Steuerausbeutung" firmiert, ohne daß die Art des ökonomischen Verhältnisses zwischen den verschiedenen Klassen von Steuerzahlern bzw. zwischen dem bürgerlichen Staat und bestimmten Klassen von Steuerzahlern näher untersucht wird. Wenn alle Mitglieder aller Klassen sich prinzipiell in der gleichen Weise — wenn auch mit sehr unterschiedlichem Erfolg — in den „Steuerkämpfen" zueinander verhalten, wenn alle die — in der Tat sehr ungleich große — Chance der Steuerüberwälzung, Steuervermeidung oder gar -hinterziehung haben, läßt sich zwar Chancenungleichheit vor allem zu ungunsten der proletarischen Steuerzahler, aber keineswegs ein „Ausbeutungsverhältnis" zwischen den Steuerzahlern konstatieren. Eine im Kontext der Marxschen Theorie sinnvolle Rede von „Steuerausbeutung" erfordert zum mindesten eine Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich die Werte schafft, die sich der Staat in der Form von „Steuern" aneignet, wessen Arbeit es ist, die den Staat reproduziert, wie und wo dieser Teil der notwendigen Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft geleistet wird (16).

O'Connors Argument, daß die Arbeiterklasse die Hauptlast aller Steuern trägt, weil sie erstens die Hauptmasse der Einkommenssteuerpflichtigen stellt, zweitens alle direkten Körperschafts- und Vermögenssteuern von den Kapitalisten über erhöhte Warenpreise, Mieten und Pachten auf Käufer und Mieter, deren Gros jeweils wieder die Arbeiterklasse bildet, überwälzt würden, drittens die Chancen zur Steuervermeidung und -hinterziehung für die Kapitalisten sehr groß, für die Arbeiter marginal seien /248 ff./, erscheint plausibel. Aber weder versucht er einen empirischen Nachweis der klassenmäßigen Steuerinzidenz, noch kann seine Analyse der Steuerüberwälzungskämpfe befriedigen, in denen die Kapitalisten keineswegs als Block, sondern vor allem als Konkurrenten agieren, die ebensosehr Steuern zu überwälzen wie von anderen überwälzte Steuern zu vermeiden suchen und in denen auch die Lohnarbeiter nicht gänzlich wehrlos sind. Da er hierbei wieder von den Rückwirkungen der verschiedenen Staatsausgaben auf Einkommen und Arbeitsproduktivität der verschiedenen Klassen von Steuerzahlern abstrahiert und damit die von ihm wiederholt zitierte methodische Anweisung Goldscheids in den Wind schlägt, muß er auch die Antwort auf die für eine marxistische Untersuchung der Steuerlastverteilung zentrale Frage schuldig bleiben: wie nämlich auf Dauer Steuerabzüge vom Arbeitslohn, die das Lohneinkommen unter das Niveau des Werts der Arbeitskraft drücken, verkraftet werden können, ohne daß kompensierende Staatsausgaben zugunsten der Arbeiterklasse absolut und relativ wachsen, ohne daß mit der Steuerbe-

16 Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 244 ff. In wiederholten Wendungen sucht O'Connor den Klassencharakter der Steuern zu beschwören, ohne jedoch den Zusammenhang von Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft, bürgerlichem Klassenstaat und Struktur und Wirkungsweise der modernen Steuersysteme auf präzise analytische Begriffe zu bringen.

lastung zunehmende Lohnsteigerungen der Erhöhung der Nettoprofitraten wieder entgegenwirken usw. Dies dahingestellt und von seiner fragwürdigen Erklärung der Grenzen der Staatsverschuldung mit dem „Unwillen" der Finanzkapitalisten abgesehen, spitzt sich die Frage nach den Gründen für die Unzulänglichkeit der staatlichen Steuereinnahmen zu auf die Frage, ob und wieweit die Steuerbelastung der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen langfristig gesteigert werden könnte. Wieder mit konsequent falscher Abstraktion von der Steuerverwendung rettet sich O'Connor in die Behauptung, die „Hauptschranken" der Besteuerung seien „politischer Natur". (17) Das will sagen: Die steuerliche „Leistungsfähigkeit" der Lohnarbeiter — wie auch der übrigen Klassen der Steuerzahler — wird von ihren „Erwartungen" dem Staat gegenüber, ihren „Ansprüchen" an den Staat bestimmt oder ist davon abhängig, ob sie in ihrer Mehrheit die Steuern im Verhältnis zu den Leistungen des Staates als „zu hoch" und „ungerecht" empfinden. Indikator dieses Gefühls soll der Steuerwiderstand sein, der von seiner „normalen" rein ökonomischen Form bei „guter Steuermoral" bis zu offener politischer „Steuerrevolte" gegen den Staat gehen kann.

Mit derselben Begründung nimmt O'Connor auch seine Rede von der „chronischen Finanzkrise" zurück, ohne zu erwägen, unter welchen Umständen ein chronisches und wachsendes Haushaltsdefizit tatsächlich zum „Staatsbankrott" oder zu einer anderen Form ökonomischer Krise führen könnte. Solange das „Niveau des politischen Bewußtseins" nicht hinreiche, um die Masse der Steuerzahler, die ja gleichzeitig auch die „Konsumenten von Staatsleistungen" sind, dazu zu veranlassen, ihre unerfüllten „Anforderungen" an den Staat in „politischen Kämpfen" durchzusetzen, bleibe die Finanzkrise mehr oder weniger „latent". Akut werde sie nur als politischer Kampf gegen die „Steuerausbeutung", als Steuerrevolte der Masse der Steuerzahler. /271, 273 ff./ Die „Finanzkrise" erweist sich damit nur als ein anderer Name für die Konflikte zwischen dem Staat und den Steuerzahlern, dem Staat und seinen Beschäftigten, den Staatsbeschäftigten und ihren „Klienten" — und in der Tat ist es die politische Intention des Buches, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Linken auf diese Konflikte, die überwiegend als „Randgruppenprobleme" wahrgenommen wurden, als mögliche Klassenkonflikte zu lenken.

Leider erliegt O'Connor der Suggestion seiner eigenen Formel von der Finanzkrise, wenn er behauptet, das krisenhafte Moment von Steuerrevolten, Studentenrevolten, Revolten der Wohlfahrtsempfänger, Streiks der Staatsbeschäftigten usw. liege darin, daß die Verschleierung der Steuerausbeutung, der Ausgabenverteilung zugunsten der Monopolkapitalisten usw. durchbrochen würde — in diesem Sinne wäre die Finanzkrise also eine Legitimationskrise, der Staat hätte in seiner Legitimationsfunktion versagt. Andererseits aber muß er

17 Ebenda, S. 282. Mehrfach betont auch O'Connor die methodische Forderung Rudolf Goldscheids, anstelle der üblichen Zerreißung des Gegenstandes in „Einnahmen"- und „Ausgabenlehre", die in der herrschenden akademischen Finanzwissenschaft üblich ist, die Steuerwirkungen nur im Zusammenhang von Steuerlastverteilung und Steuerverwendung zu betrachten – ohne sich allerdings an den entscheidenden Stellen danach zu richten. Vgl. J. O'Connor, a.a.O., S. 153, 284 u.ö. Ihn trifft damit Kautskys Vorwurf: „Eine jede Betrachtung einer Steuer ist einseitig, die von ihrer Verwendung absieht." Karl Kautsky: „Sozialdemokratische Steuerpolitik", in: Die Neue Zeit 1916, S. 739. Goldscheid spitzt seine Ansicht zu dem Merksatz zu: „Die Produktivität der Staatseinnahmen entscheidet sich an dem Maß der Produktivität der Staatsausgaben." Rudolf Goldscheid: „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft", wieder abgedruckt in: Rudolf Hickel (Hrg.), a.a.O., S. 306.

immer wieder konstatieren, daß diese Konflikte, so politisch sie auch artikuliert werden, doch in ganz ideologischen Formen befangen bleiben — etwa als Kämpfe um mehr „Steuergerechtigkeit" —, keineswegs als Klassenkämpfe geführt werden und eher eine immer weitere Zersplitterung gerade der Arbeiterklasse in rivalisierende Interessengruppen, die alle nur „ihre" Forderungen an den Staat durchzusetzen suchen, bewirken und so die Legitimation des bestehenden kapitalistischen Systems eher stärken als unterhöhlen. /275 ff./ Die suggestiven Redeformeln von einer „neuen Erscheinungsform" des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise oder der Klassenkämpfe können auch O'Connor selbst nicht darüber hinwegtäuschen, wie wenig krisenhaft die politischen Kämpfe um die Staatsfinanzen wirken — solange sie in langanhaltenden Prosperitätsperioden, scheinbar unberührt vom Gang des industriellen Zyklus vor sich gehen.

Michael Krätke

Was kostet ein Wallraff? Bei uns 17,5 Pfennige.*

*Günter Wallraffs Bericht über seine Erlebnisse in der »Bild«-Redaktion war einer von 240 Autoren-Beiträgen, die den KONKRET-Abonnenten 1977 für 42 Mark frei Haus geliefert wurden. Zum Beispiel:

ed Andersch über die Neutronenbombe / Klaus Traube er den Überfall auf den Jugendhof Odenthal / Walter hlich über Schleyers Kinder / Gerhard Zwerenz über n denkenden Fußballer Siggi Held / Horst Holzer über n Privatangriff aufs Fernsehen / Martin Walser über st Bloch / Wolfgang Harich über ein Entwicklungsmo- aus der Dritten Welt / Santiago Carrillo über Euro- mmunismus und Staat / Alexander Kluge über den strengenden Realismus / Rudi Dutschke über den len Sozialismus / Henning Venske über die dummen mmentare des Herrn Lueg / Robert Gernhardt über Bel- Italia / Reinhard Kühnl über die Ökonomie des schismus / Peter Paul Zahl über die Alltäglichkeit der ter / Ernest Mandel über den Fall Mandel / BerntEngel- nn über die neue Lethargie / Günter Herburger über die operative Schafskopf / Hermann Peter Piwitt über den rd an Ponto / Hans Christoph Buch über ein Gastmahl Kohls / Peggy Parnass über sympathisierende chter / Alexander v. Hoffmann über die Arbeitsscheu r besseren Herrn / Henryk M. Broder über den Deut- hen Film / Günter Amendt über den Mißbrauch von rogenabhängigen / Karl W. Pawek über Berlinguers eg zum Kommunismus / Gerd Fuchs über den men- schenverachtenden Kulturbetrieb / Peter Hamm über Elias Canetti / Klaus Staeck über John Heartfield / Hans Heinz Heldmann über ein Gericht im Geifer des Gefechts / Wolfgang Abendroth über den Verfassungsschutz / Wolfgang Fritz Haug über ein Leben in der Arbeiterbewegung / Robert Jungk über den Atomstaat und die sanfte Tyrannei / Kurt Blüchel über die Medizin-Mafia / Reinhard Lettau über Deutschland als Ausland / Michael Scharang über die ausgefallenen Wünsche der Bourgeoisie / Herbert Gruhl über den kommunistischen Ökologen Harich / Walter Jens über KONKRET und Reich-Ranicki / Horst Tomayer über seine Radtour von Westberlin nach Hamburg / Loni Mahlein über bürgerliche Heilslehren / Ernest Borneman über die Normalität der Neurosen / Urs Jaeggi über eine 4. Partei / Winfried Thomsen über den atomaren Stammbaum / Karl-Heinz Hansen über die Grenzen sozialdemokratischer Selbstachtung / Yaak Karsunke über Christian Geißler / KONKRET-Interviews mit Klaus Uwe Benneter / Gilles Martinet / Alice Schwarzer / Clodomiro Almeyda / Luis Corvalan / Wolf Biermann / Heinrich Albertz / Detlev Albers / Freimut Duve / Peter Schütt / Ilse Reichel.

etzt ist wieder Schlips- und Socken-Zeit. Lassen Sie andere für Hälse und Füße sorgen. enken Sie an die Köpfe. Verschenken Sie ein KONKRET-Abonnement.

ie sollen dabei nicht leer usgehen: Als Dankeschön r diesen neuen Abonnen- n schenkt Ihnen KONKRET ns der hier abgebildeten ücher oder die LP »Bella iao« von Trikont mit Liedern us dem antifaschistischen iderstand (italienische Ori- nalplatte) oder die beiden rsten Jahrgänge von onthly Review im Sammel- chuber.

Ausschneiden und absenden an:
KONKRET, Reinzelstr. 7, 2000 Hamburg 13

Ein Jahresabonnement KONKRET möchte ich

Herrn/Frau/Fri. _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

ab _____ (Monat/Jahr)

zu Weihnachten schenken.

Die Rechnung über DM 42,- erhalte ich in Kürze von Ihrem Vertrieb.
(Wichtig: kein Geld o. ä. an uns schicken, erst die Rechnung abwarten!)

Als Prämie wünsche ich mir

- ☐ Illustr. Kultur- u. Sittengeschichte des Proletariats
- ☐ Böll/Staeck: Gedichte/Collagen
- ☐ LP Bella Ciao
- ☐ Monthly Review Jg. 1 + 2 Kpl.
- ☐ CIA-Report
- ☐ den neuen Halbritter
- ☐ Klassischer Journalismus
- ☐ Lexikon der Sexualität

Von einigen Titeln nur limitierte Kontingente verfügbar! Bitte deshalb zwei Wünsche ankreuzen. Wir werden uns bemühen, Ihnen einen in jedem Fall zu erfüllen.)

Meine Anschrift:

Name: _____

Straße _____

PLZ/Wohnort: _____

(Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Reinzelstr. 7, 2000 Hamburg 13

_____
Datum Unterschrift

JÜRGENS BUCHLADEN

1 Berlin 33. Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf

Telefon (030) 8313825 NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE

PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE

POLITIK & GESELLSCHAFT

Neu zur Hochschulpolitik

Ulla Bracht / Bernd Hülsmann / Dieter Keiner (Hrsg.)

Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

Kleine Bibliothek Bd. 111, 360 Seiten, DM 12,80

Der Band enthält die wichtigsten Informationen sowie orientierende Beiträge und Dokumente zur Auseinandersetzung um das Hochschulrahmengesetz (HRG) und für die Anpassung der Länderhochschulgesetze an das HRG. Hauptadressaten sind Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und alle Studenten.

Ausgehend von einer allgemeinen Beurteilung der Entwicklung von Hochschule und Wissenschaft unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen, gehen einzelne Beiträge ein auf den Stand der internationalen Entwicklung (Dänemark, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien) und behandeln konkrete Maßnahmen und Auswirkungen staatlicher, technokratischer Hochschulreform in der BRD. Aus der Widersprüchlichkeit der Anforderungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an die Reform der Hochschulen werden Perspektiven für eine demokratische Wissenschafts- und Hochschulpolitik entwickelt.

Gerhard Bauß

Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin

Handbuch
Kleine Bibliothek Bd. 108, 353 Seiten, DM 14,80

Gegen Ende der sechziger Jahre erreichte die studentische Protestbewegung, die aufsehenerregendste und – in der Kontinuität – heftigste außerparlamentarische Bewegung einer spezifischen sozialen Gruppe der bisherigen BRD-Geschichte, den Höhepunkt ihrer damaligen Entwicklungsphase.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diese Bewegung zusammenhängend historisch darzustellen und anhand ihrer entscheidenden Themen und Handlungsanlässe ihre Ursachen und Entwicklungsfaktoren, ihre Bewegungselemente sowie ihre theoretisch-ideologischen und strategischen Probleme zu analysieren. Damit wird zugleich das Agieren einer politisch-sozialen Bewegung zwischen den Polen der Orientierung auf die Arbeiterbewegung und des spontaneistischen Antikommunismus beschrieben.

Pahl-Rugenstein

das erste 3.WELT MAGAZIN in der BRD

Ihr background zu Fragen der internationalen Entwicklung

WIR MACHEN NICHT NUR SCHLAGZEILEN – WIR RECHERCHIEREN UND WEISEN DOKUMENTARISCH NACH: DIE NUKLEARE UND MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER BRD UND SÜDAFRIKA WIRD FORTGESETZT (3WM 9/77), MILLIONENKREDITE DER BUNDESDEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBANK FÜR LATEINAMERIKANISCHE MILITÄRDIKTATUREN (3 WM 2/77).
DAS 3. WELT MAGAZIN LESEN HEISST INFORMIERT SEIN ÜBER HINTERGRÜNDE UND EREIGNISSE DER INTERNATIONALEN ENTWICKLUNG.

Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Dazu gehören Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Informations-Block entwickelt: Wichtige Themen werden auf 20-30 Seiten breiter behandelt und dokumentiert (auch einzeln erhältlich). Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefergreifende Auseinandersetzung.

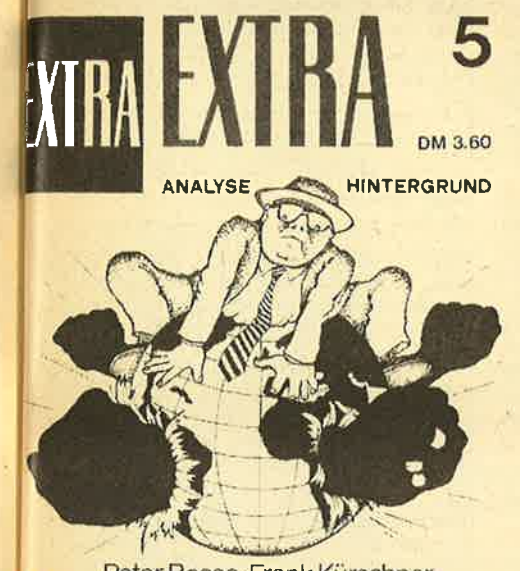
Sonderdrucke:

- **NUKLEARE UND MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA WIRD FORTGESETZT**
  Dokumentation des ANC South Africa
  32 Seiten; DM 4.–
- **F POLISARIO**
  Dokumente des 3. Nationalen Volkskongresses
  24 Seiten; DM 2.–
- **ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN**
  32 Seiten; DM 3,00
- **GHASSAN KANAFANI**
  Palästinensische Kultur und nationale Befreiung
  32 Seiten Kulturbeilage; DM 3,00
- **LIBANON-KRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE**
  32 Seiten; DM 3,00
- **INDONESIEN**
  Subimperialistisches Zentrum auf Zeit?
  24 Seiten; DM 2,00
- **ÄGYPTEN NACH NASSER**
  Sozioökonomische und politische Entwicklung
  32 Seiten; DM 3.–
- **OMAN: REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION**
  32 Seiten; DM 3,00

Jahresabonnement DM 48,–, Studenten/ZDL/WDL DM 32,–.

pdw progress dritte welt **verlag · verleih · agentur**

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG – BUSCHSTRASSE 20, 5300 BONN 1, POSTFACH 1528, TEL 21 34 64



ANALYSEN – FAKTEN – HINTERGRUND

Das liefert der EXTRA-Dienst zweimal in der Woche seinen 7 200 Abonnenten per Post ins Haus (monatlicher Abo-Preis: 9 Mark). Wöchentlich mindestens 56 Seiten – randvoll mit Nachrichten und Reports, die woanders verschwiegen werden. Dennoch: Zur zusammenhängenden und übersichtlichen Darstellung aktueller internationaler Probleme fehlt uns in der laufenden Berichterstattung meist der Platz. Deshalb machen wir EXTRA-Dienst-EXTRA. Sonderhefte zu Billigpreisen, die außerhalb des Abos laufen und die man extra bestellen kann. Die bisher erschienenen EXTRAs:

Heft 1: „Schlachtfeld Angola" – vergriffen

Heft 2: „Zwischen Marx und Mohammed". Eine Analyse der sozialistischen Strömungen im arabischen Raum, aktuell zum Libanon-Konflikt. 72 Seiten. 4 Mark.

Heft 3: „Historische Wende in Italien". Fakten und Daten zum Eurokommunismus. 88 Seiten. 4 Mark.

Heft 4: „200 Jahre USA – 200 Jahre Imperialismus" – vergriffen

Heft 5: „Kontinente im Klassenkampf". Industrie- und Entwicklungsländer ringen um eine neue Weltwirtschaftsordnung. 72 Seiten. 4 Mark.

Heft 6: „Atomtod ohne Bombe – Risiko Kernenergie", Bernd-Jürgen Stein, Walter Barthel, Wolfgang Harich, Gerhard Kade. 80 Seiten. 5 Mark.

Für Bestellungen benutzen Sie bitte den anhängenden Coupon.

Ausschneiden und einsenden an:
Berliner EXTRA-Dienst
Pfalzburger Str. 20,
1000 Berlin 31

berliner EXTRA dienst

Ich bestelle den EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. Abo-Preis: 9 DM monatlich. Nur ankreuzen, wenn Abo erwünscht. ○

Ich bestelle EXTRA-Dienst-EXTRA..... (bitte Nummer angeben) und füge den Betrag in Briefmarken bei.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Medientheorie / Kommunikationsforschung

Am 15. Oktober erscheint die erste Nummer der neuen Zeitschrift:

MEDIEN.
Forum für aktuelle Probleme der Kommunikationspolitik und Medienpädagogik.

MEDIEN will mehr sein, als nur eine weitere Zeitschrift auf dem Medienmarkt.
MEDIEN versteht sich als **aktuelles Forum für die Diskussion** kommunikationspolitischer und medienpädagogischer Probleme.
MEDIEN bringt viermal im Jahr ein Themenheft, in dem ein spezielles Problem eingehend dargestellt wird.
MEDIEN läßt Betroffene und Wissenschaftler zu Worte kommen, bringt Analysen, Berichte, Informationen.
MEDIEN Heft 1 erscheint am 15. Oktober 1977 mit dem Schwerpunktthema:

Ausgewogenheit. Beiträge zur Klärung eines kommunikationspolitischen Konzepts. Hrsg. v. Jörg Aufermann und Karsten Renckstorf. Mitarbeiter u. a.: Michael Abend, Hansjörg Bessler, Gert Börnsen, Freimut Duwe, Claus Eurich, Ernst Heinsen, Erik Jürgens, Dieter Roß, Horst Schättle, Dietrich Schwarzkopf, Martin Stock, Chris Voss.
Jedes Heft von MEDIEN, von einem Fachherausgeber verantwortet, bietet neben der umfassenden Diskussion des Schwerpunktthemas und einer Bibliographie weiterführender Literatur einen umfangreichen Besprechungsteil, Berichte und Nachrichten über wichtige Veranstaltungen, Kongresse usw. sowie einen Kalender laufender Ereignisse.
Für die nächsten Hefte von MEDIEN sind folgende Schwerpunktthemen geplant:

Medien in der Schule / Film + Filmpolitik / Alternativmedium Video / Grenzen der Kommunikationstechnologie?

MEDIEN kostet als Einzelheft DM 10,–. Jahresabonnement zu DM 32,– (+ Versandkosten) bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag Volker Spiess, 1 Berlin 62, Postfach 147.

Journalisten-Bericht. Berufssituation – Mobilität – Publizistische „Vielfalt". Von Andreas Johannes Wiesand, 314 S., Pb., DM 28.–

Massenmedien und Öffentlichkeit. Eine soziologische Analyse. Von Holger Rust, 176 S., Pb., DM 19.80

Massenmedien im System bürgerlicher Herrschaft. Von Ekkehard Nuissl, 184 S., Pb., DM 19.80

Bürgermedium Video. Ein Bericht über alternative Medienarbeit. Von Garleff Zacharias-Langhans, ca. 86 S., Pb., DM 7.–

Vier Wochen ohne Fernsehen. Eine Studie zum Fernsehkonsum. Von Wolf Bauer / Elke Baur / Bernd Kungel (Hrsg.), 134 S., Pb., DM 14.80

Vom Elend der Literaturkritik. Buchwerbung und Buchbesprechungen in der ‚Welt am Sonntag'. Von Bodo Rollka, 137 S., Pb., DM 16.80

Kulturpolitik in der DDR. Von Volker Gransow, 170 S., Pb., DM 16.80

Fernsehforschung: Feedback oder Anpassung? Von Georg Feil (Hrsg.), 170 S., Pb., DM 20,–

Politische Kommunikation – Eine Einführung. Hrsg.: Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München. 232 S., Pb., DM 14.80

Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit. Die Entwicklung von Organisations- und Machtstrukturen im Westdeutschen Rundfunk Köln und das Selbstverständnis der Programmacher. Von Rüdiger Hoffmann, 228 S., Pb., DM 22.–

Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland. Von Barbara Mettler, 208 S., Pb., DM 22.–

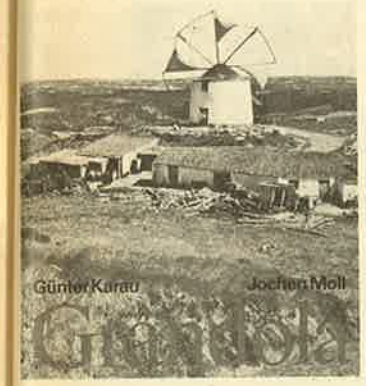
Verlag Volker Spiess
Postfach 147, 1000 Berlin 62

Menschen - Städte und Natur
Bildbände über Portugal - Italien - Ägypten

Eine geschichtsträchtige Region, die rote Toskana. Wo Michelangelo seine unvergleichlichen Skulpturen schuf und Galilei dem mittelalterlichen Glauben seine wissenschaftlichen Erkenntnisse entgegensetzte, wo im Jahre 1921 die Italienische Kommunistische Partei gegründet wurde und im Zweiten Weltkrieg eines der Zentren des antifaschistischen Widerstandskampfes lag, spürte der Fotograf den Menschen des Italien von heute nach.

Thomas Billhardt
Noch steht der schiefe Turm . . .

200 Seiten, Ganzleinen, DM 32,—



Ihre Eindrücke und Erkenntnisse im Portugal des April 1974 legen zwei bekannte Journalisten in Reportagen und Fotos in diesem Band vor. Sie versuchen, die wesentlichen Bedingungen für den Sturz des Caetano-Regimes darzulegen, sie schildern die Vorgänge am 24. und 25. April 1974 und sie zeigen einige der sich daraus ergebenden Probleme.

Günter Karau/Jochen Moll
Grandola

160 Seiten, Ganzleinen, DM 32,—

Ein kritischer Bildband über Ägypten

Episoden, Lustiges, Ärgerliches, Politisches über Studenten, Händler, Künstler, Lehrer, Architekten, Scheichs, Zuhälter und Mönche.

Dietmar Dierenberg/Jochen Moll
Gelächter an den Pyramiden

208 Seiten, Ganzleinen, DM 32,—

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim

Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144 · 8000 München 40

az die andere zeitung

MEINUNG KOMMT NICHT VON MANIPULATION - ODER? ODER - IST MEINUNG EIN PRIVATPROBLEM? Bei "NORMALEN" Zeitungen ist die Lesermeinung ein "PLATZPROBLEM".Die az - DIE ANDERE ZEITUNG HAT MONATLICH 44 SEITEN PLATZ FÜR LESER! Die az,wir,sind überzeugt - es geht anders.In der az vertreten diejenigen ihre Interessen,die fast nirgends publizistisch zu Wort kommen dürfen. Die az - der nahezu schon 2 jährige Versuch der Gegenöffentlichkeit von a - z!Sie bringt das,was andere nicht schreiben dürfen - oder wollen.Aus der Sicht von Unten.Mit der Zeitung wehren wir uns gegen Unterdrückung durch den Staatsappart und die Selbstunterdrückung.Zeigen reale Alternativen auf.Zusätzlich 4 Wochen regionale Veranstaltungen,Kleinanzeigen,Tips.

DAS ALLES FÜR DM ZWEI(2)PRO AUSGABE

MAGAZIN MIT LESERN FÜR LESER

****

DAS BUCH AUS DER ZEITUNG

FRAUEN UND MÄNNER DISKUTIEREN LEIDENSCHAFTLICH UND KONTROVERS! "Du Mann,bist gezwungen,dich auf dich selbst zu konzentrieren und merkst dabei,wie kaputt du bist.Du hast nie gelernt,Gefühle zur Natur, zu tiefen,eigenen Empfindungen auszuleben.Du hast dich nie ganz sensibel und lieb mit dir beschäftigt und andere Männer bedeuten stets Konkurrenz,Stärke,Bedrohung für dich.Das zu lernen,das alles aufzuholen ist fast unmöglich,und der einzige Weg,die sture,agressive Konzentration auf Frauen abzubauen und dich mit einem Mann zu befassen,der da vor dir steht.Nur so kannst du auch sexuell frei - ohne Macht - oder Unterlegenheitsgefühle lieben,die Frau als Mensch mit eigenen Bedürfnissen,Gefühlen,u. Ansprüchen - ebenso den Mann mit seinen Gefühlen u.Bedürfnissen nach Nähe und Liebe."

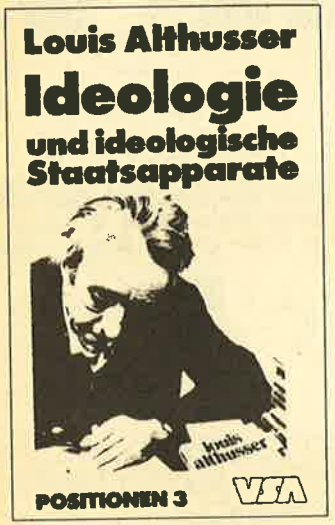
144 SEITEN DM 10.-

az - die andere Zeitung
Alexanderstraße 49
6 Frankfurt/90
0611/789 166 9

Marxistische Theorie

VSA – Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26 · Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

Louis Althusser
Elemente der Selbstkritik
Mit einem Vorwort von Peter Schöttler
112 Seiten; DM 8,–



174 Seiten; Paperback; DM 14,80

Horst Arenz/Joachim Bischoff/Urs Jaeggi (Hrsg.)
Was ist revolutionärer Marxismus?
Kontroverse über Grundfragen revolutionärer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis; 190 Seiten; DM 14,–

Projekt Klassenanalyse
LOUIS ALTHUSSER
Marxistische Kritik am Stalinismus?
176 Seiten; DM 12,–

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF; 176 Seiten; Paperback; DM 16,–

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica; 196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Shingo Shibata
Revolution in der Philosophie
Der praktische Materialismus und seine Aufhebung; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Projekt Klassenanalyse
LENINISMUS – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?
Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin; 780 Seiten; DM 29,–; Studien zur Klassenanalyse 2

Agnes Heller
Instinkt, Agression, Charakter
Einleitung zu einer marxistischen Sozialanthropologie; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Agnes Heller
Theorie und Bedürfnisse bei Marx
Mit einem Vorwort von Pier Aldo Rovatti
150 Seiten; Paperback; DM 12,80

Joachim Bischoff
Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff
Über wissenschaftliche Dialektik
346 Seiten; DM 18,–

Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems
Der 4. Band des „Kapital"?
Kommentar zu den „Theorien über den Mehrwert"; 680 Seiten; DM 23,–

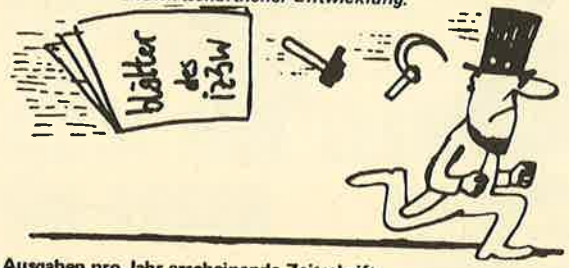
Jetzt kostenlos kennenlernen:

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle . Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.



Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– /öS 200,–/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–/öS 140,–/Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

Fordern Sie bitte sofort ein kostenloses Probeheft an.

Da muß doch was dran sein . . . ?

Wenn die SPD-Bürokratie die SK systematisch behindert. Obwohl Willy Brandt im **„Vorwärts"** schrieb: „Es gibt kaum ein Land in der Welt, in dem Journalisten ihren Beruf so ungehindert nachgehen und die Informationen sammeln können, die notwendig sind, um ihre Leser und Zuhörer umfassend zu informieren", erhält **SK – das Sozialistische Nachrichtenmagazin** – seit 1966 keine Zulassung zu SPD-Parteitagen.

Weshalb wohl?

Weil wir über die Aktivitäten fortschrittlicher Sozialdemokraten und Sozialisten des In- und Auslandes berichten. Was bei SPD-Linken, bei AfA, Frauen, JUSO, Falken, SHB usw. los ist (und was nicht) – SK berichtet darüber.

Weil wir schonungslos die Praktiken der Rechtssozialdemokratie kritisieren.

Weil wir Opportunisten als solche benennen.

Weil wir die Lehren aus der Geschichte gezogen haben und für den gemeinsamen Kampf eintreten.

Weil wir da weiterschreiben, wo andere aufhören (müssen), und natürlich auch über den SPD-Parteitag berichten.

Die SPD-Bürokratie verschickt interne Warnrundschreiben. Dort heißt es z. B.: „Die ‚SK' informiert in zunehmender Weise über interne Vorgänge in der SPD . . . Aggressive, vor allem gegen die Führung der Partei und der SPD-Bundestagsfraktion gerichtete Äußerungen von SPD-Politikern werden als Vorbild für eine SPD-Politik hingestellt . . ."

Deshalb ist SK eine wichtige Publikation und sollte auch Ihr Interesse finden.

SK erscheint zweimal im Monat zum Preis von DM 1,25

Probeexemplare vom:

W. Runge-Verlag - SK-Vertrieb,
Postfach 606167, 2000 Hamburg 60

DAS ARGUMENT
Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

105

Sozialismus-Diskussion (IV)

W.F. Haug: Als Gegenbeweis

Editorial: Gegen den Terrorismus

Westdeutsche Sozialismus-Diskussion

G. Stuby: Ohne Aktionseinheit kein Fortschritt

J. Strasser: Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvorstellung

H. Conert: Bündnisfähigkeit verlangt Veränderung

Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung: Demokratischer Kampf für den Sozialismus

Internationale Sozialismus-Diskussion

D. Albers: Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung

H. Bock: Literaturbericht zur Sozialistischen Partei Frankreichs

+++

M. Masuch: Wie wird im Sozialismus geplant?

106

Ideologie und Staat

u.a.:

W.F. Haug: Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus

E. Balibar: Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats"

Ideologie-Diskussion

S. Holland: Staatsmacht und Strategien für den Sozialismus (Poulantzas-Kritik)

H. Woetzel: Die „Kritik des Absurdiskusm" von W.F. Haug als Beitrag zu einer Theorie der Ideologie

Stalinismus-Forschung (I)

M. Masuch: Stalinismus als Blockierung des gesellschaftlichen Lernprozesses

Literaturbericht

Heer/Hemje-Oltmanns/Ullrich: Organisationsgeschichte oder Geschichte der „eigentlichen Arbeiterbewegung"?

Einzelheft 9,– DM, im Abo 7,50 DM, Studenten 7,– DM, im Abo 6,– DM

Argument-Verlag Postfach 21 7030 7500 Karlsruhe 21

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 19 Projekt Automation und Qualifikation: Entwicklung der Arbeit: Theorie ihrer empirischen Analyse

Fortsetzung der Studie über die Ausbreitung der Automation in der BRD (Argument-Sonderband 7).
In Auseinandersetzung mit bisherigen industriesoziologischen Untersuchungen und Theorien enthält dieser Band den Methodenteil der umfangreichen empirischen Untersuchung von Tätigkeiten und Qualifikationen an automatischen Anlagen in der BRD. Die Entwicklung und Begründung der eigenen Methode stellt zugleich einen Beitrag dar zum aktuellen Problem des Verhältnisses von allgemeiner Theorie und Empirie. Dieses Problem, das sich auch für marxistische Theorie akut stellt, wird hier im besonderen Bereich der Erfassung von Arbeitstätigkeiten exemplarisch zu lösen versucht.
Die Übersetzung allgemeinster gesellschaftswissenschaftlicher und ökonomiekritischer Kategorien in Fragen, die faktische Vorgänge zu erfassen erlaubt, schließt mit der Präsentation des Fragebogens, mit dem das Projekt in den Betrieben gearbeitet hat. So gibt der Band zugleich einen umfassenden kritischen Literaturüberblick und eine Didaktik empirischer Methodologie.

1978 folgt die Auswertung der Untersuchung in 80 Betrieben der BRD und Westberlins)
Adressaten: Soziologen, Psychologen, Ökonomen, Arbeitswissenschaftler, Pädagogen, Techniker

AS 15
Kritische Psychologie II

Über die Themenbereiche Verhaltenstherapie und Verhaltensmodifikation, Psycholinguistik, Arbeitspsychologie, Kritische Psychologie und Lernen schreiben u. a.: M. Buchholz, F. Haug, P. Keiler, V. Sigusch, M. Geier, U. Schmitz, J. Ziegler, G. Ulmann, T. Waldhubel, K. H. Braun, E. Wulff, P. Sagawe, D. Roer, E. Bornemann, H. Renford, B. Wilhelmer

Einzelpreis 15,50 DM, im Abo 12,– DM;
Schüler und Studenten 12,– DM, im Abo 9,– DM

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

Die aktuelle Analyse der Entstehung und Entwicklung der „Großen Krise" zwischen den Weltkriegen

E. VARGA

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Vierteljahresberichte 1922–1939

Herausgegeben von Jörg Goldberg

„Ich sehe die Aufgabe eines wirklichen Marxisten nicht darin, die Marx'schen Grundlehren immer von neuem fehlerlos herzusagen, sondern diese Lehren auf die . . . gegenwärtige Wirklichkeit . . . anzuwenden. Bei diesem Versuch macht man oft Fehler."

Dieser Satz Eugen Vargas, formuliert als Antwort auf eine Kritik Karl Korschs, kann als programmatisches Prinzip der von Varga vierteljährlich herausgegebenen Berichte zur Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gelten.

Zwischen 1922 und 1939 veröffentlichte Varga insgesamt 65 Konjunkturberichte, in denen er die Entwicklung der Weltwirtschaft in allen ihren Aspekten dokumentiert und analysiert. Obwohl seine Tätigkeit als marxistischer Ökonom weit umfangreicher war, schlagen sich seine Arbeitsergebnisse doch sämtlich in dieser oder jener Form in den Vierteljahresberichten nieder. Schon deshalb schließt die Neuherausgabe eine wichtige Lücke der wirtschaftshistorischen und theoriegeschichtlichen Forschung.

Die Berichte, die bis 1932 in der „Internationalen Pressekorrespondenz" erschienen, einer Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, und danach in der „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", hatten in der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung der ganzen Welt große Bedeutung. Diese Rolle war auf ihren großen praktischen Wert zurückzuführen, denn Varga behandelte ökonomische und politische Fragen immer als eine Einheit. Dadurch, daß er die Triebkräfte ökonomischer politischer Prozesse in ihrer jeweils konkreten Wechselwirkung aufdeckte, wurden seine Analysen zu wichtigen Grundlagen bei der Erarbeitung der politischen Orientierung der Kommunistischen Internationale und der einzelnen Parteien der kommunistischen Weltbewegung.

Vargas Vierteljahresberichte sind sowohl wegen der umfassenden Verarbeitung aller existierenden zeitgenössischen Wirtschaftsstatistiken als auch wegen der in ihnen entwickelten und angewandten Untersuchungsmethoden und wissenschaftlichen Kategorien für jeden Wirtschaftshistoriker ein unverzichtbares Forschungsmaterial. Er entwickelte seine Methode der aktuellen Konjunkturbeobachtung in einer Etappe des Kapitalismus, in der sich die Merkmale des Imperialismus voll entfalteten und die ökonomische und politische Realität der kapitalistischen Welt prägten. Diese neuen Momente in ihren Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Ablauf erkannt und die richtigen Schlußfolgerungen daraus gezogen zu haben, darin besteht die besondere Leistung Vargas. Darin liegt die Ursache seiner Überlegenheit über viele Wirtschaftswissenschaftler seiner Zeit.

Varga hat ein umfangreiches Lebenswerk vorgelegt, in dem sich auch die wichtigsten Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturanalyen niederschlagen. Aber nur in den Vierteljahresberichten kann die Entstehung von theoretischen Positionen in der aktuellen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit verfolgt werden. So sind Vargas Arbeiten auch für die Erforschung der Geschichte der marxistischen politischen Ökonomie von zentraler Bedeutung. Gehen doch die wesentlichen Begriffe der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart – insbesondere der Begriff der „allgemeinen Krise" – auf ihn zurück.

Fast noch bedeutsamer aber ist der Reprint der gesammelten Berichte für alle – Marxisten und Nichtmarxisten – die sich mit aktueller Konjunkturanalyse beschäftigen. So hat, trotz wichtiger Leistungen auf vielen Gebieten, die marxistische aktuelle Konjunkturanalyse seit Varga noch nichts wieder hervorgebracht, was sowohl an Materialreichtum als auch von der Methode her, mit den Vierteljahresberichten vergleichbar wäre. Weder der Vorwurf des „Revisionismus" noch der des „Dogmatismus" konnten ihn davon abhalten, sich mit der konkreten Realität unvoreingenommen auseinanderzusetzen und dabei natürlich Irrtümer zu riskieren. Varga gehörte nicht zu denen, die aus lauter Angst vor „unmarxistischen" Schlußfolgerungen schließlich der schlimmsten „Abweichung" vom Marxismus erliegen, der wissenschaftlichen Unfruchtbarkeit.

Band 1-5

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

RUNDSCHAU

ÜBER POLITIK, WIRTSCHAFT UND ARBEITERBEWEGUNG

Varga stand während einer langen und entscheidenden Periode inmitten in der politischen Auseinandersetzung auf verantwortlichen Positionen in der Arbeiterbewegung. Das gilt auch für die Zeit, in der er die Vierteljahresberichte herausgab. Trotzdem gelang es ihm, seine wissenschaftliche Arbeit und seine politischen Erkenntnisse von den Restriktionen „diplomatischer" Rücksichten freizuhalten. Niemand, der sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt, wird die Politik der Kommunistischen Internationale richtig beurteilen können, ohne die Analysen Vargas zu kennen. Niemand, der die Geschichte der Zwischenkriegsepoche umfassend aufarbeiten will, wird auf die Darstellungen Vargas verzichten können.

Zeitweise auch bei marxistischen Ökonomen der kapitalistischen Länder zu unrecht fast vergessen, stellen die Hefte heute einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Methode der politischen Ökonomie dar.

Mit der Wiederherausgabe der Berichte werden wissenschaftliche Arbeitsergebnisse wieder allgemein zugänglich gemacht, die für das Verständnis der Geschichte von ebenso großer Bedeutung sind, wie für die Auseinandersetzung mit der Realität des gegenwärtigen Kapitalismus.

Der Band 1 unserer Ausgabe: Schlüssel zu Vargas gesammelten Vierteljahresberichten

Von besonderem Interesse, auch für diejenigen, die über die Vierteljahresberichte bereits verfügen oder sich vor allem für die theoretischen und historischen Aspekte in Vargas Werk interessieren, ist der erste Band der Neuausgabe. Namhafte Wissenschaftler führen in die Problematik des umfangreichen Materials ein und ermöglichen so ein tiefes Verständnis von Vargas Arbeit und der Zeit, in der die Vierteljahresberichte geschrieben wurden. Neben dem Inhaltsverzeichnis sämtlicher Vierteljahresberichte, findet sich in diesem Band auch eine Zusammenstellung der thematischen Schwerpunkte der einzelnen Hefte. Der Reprint zweier Ausgaben der „Inprekorr", in denen Varga die Wirtschaftskonferenzen des Jahres 1922 analysiert, vervollständigen dieses Buch.

Hier die Inhaltsübersicht:

Georg Göncöl (Ungarische Akademie der Wissenschaften), Lebensweg und Lebenswerk von Eugen Varga – Josef Schleifstein (Institut für marxistische Studien und Forschungen, IMSF, Frankfurt/M.), Zum historischen Hintergrund der „Sozialfaschismus"-These – Jörg Goldberg (IMSF, Frankfurt/M.), Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten – Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik – Vierteljahresberichte 1922–1939 – Vollständiges Inhaltsverzeichnis – Verzeichnis der Schwerpunktthemen der Vierteljahresberichte nach Themenbereichen – Die Genua-Konferenz und die Weltwirtschaftslage im April 1922 – Die Konferenzen vom Haag und von London – Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Juli 1922

5 Bände zusammen, Format: 21 x 29 cm, 2136 Seiten, gebunden komplett DM 198,–
ISBN: 3-920 303-62-8

Band 1: Vorworte und Inhaltsverzeichnis
212 Seiten, DM 30,–
ISBN: 3-920 303-73-3

Band 2: Internationale Pressekorrespondenz 1922–1924
292 Seiten, DM 40,–
ISBN: 3-920 303-74-1

Band 3: Internationale Pressekorrespondenz 1925–1928
526 Seiten, DM 50,–
ISBN: 3-920 303-75-X

Band 4: Internationale Pressekorrespondenz 1929–1932
556 Seiten, DM 50,–
ISBN: 3-920 303-76-8

Band 5: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1933–1939
550 Seiten, DM 50,–
ISBN: 3-920 303-77-6

Ich bestelle:

... Varga, Wirtschaft Bde. I-V DM 198,–

... Varga, Wirtschaft Bd. I DM 30,–

... Varga, Wirtschaft Bd. II DM 40,–

... Varga, Wirtschaft Bd. III DM 50,–

... Varga, Wirtschaft Bd. IV DM 50,–

... Varga, Wirtschaft Bd. V DM 50,–

Name

Straße

Ort

Dat. Unterschrift

deb

verlag das europäische buch

westberlin

280203 / 6.00

Eugen Varga
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Vierteljahresberichte 1922–1939
Konjunktur und Krise in der Analyse der Kommunistischen Internationale
hrg. von Jörg Goldberg
5 Bände
1. Auflage, zus. ca. 2000 S.,
Pappe, zus. ca. DM 200,–

Braunsdorf/Löffler
Kapitalbegriff und Monopol
Zur Kritik an: Altvater, Ebbighausen, Jordan, Neusüss, Projekt Klassenanalyse, Rosdolsky Reichelt, Schubert, Wirth u.a.
1. Auflage
Personenregister,
244 Seiten,
Brosch., DM 12,80

Gündel/Heininger/Hess/Zieschang
Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Auflage, 78 Tabellen,
355 Seiten,
Brosch., DM 14,80

Hermann Lehmann
Grenznutzentheorie
Kritik der theoriegeschichtlichen Grundlagen der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie
mit einem Vorwort von Bernd Schüngel
2. Auflage, Personenregister
520 Seiten,
Brosch., DM 18,–

Klaus O.W. Müller
Neokeynesianismus
Kritische Untersuchungen einer modernen staatsmonopolistischen Wirtschaftslehre
3. bearbeitete Auflage,
Sachregister, Personenregister,
255 Seiten
Brosch., DM 14,80

Jürgen Kuczynski
Zur Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie
1. Auflage, Namens- und Sachregister, bearbeitet von H. Steinki,
589 Seiten,
Pappband, DM 20,–

M.M. Rosental
Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx
aus dem Russischen
2. Auflage,
576 Seiten,
Brosch., DM 16,80

Marx/Engels/Lenin
Politische Ökonomie – Kapitalismus. Ein Handbuch
Hrsg. R. Katzenstein und H. Peter
792 Seiten, Ln., DM 24,80

verlag das europäische buch deb
Knesebeckstr. 3, 1 Berlin 12

Letztens wollte einer zwölf Zeitschriften lesen

Ein Magazin für Tierfreunde

Ein politisches Magazin

Eine Rock-Enzyklopädie

Ein deutsches Kampfblatt

Ein Literatur-Magazin

Ein Poesie-Album

Ein Oppositions-Manifest

Ein Sammler-Journal

Ein Ärzte-Fachblatt

Eine kurzweilige Lektüre

Eine satirische Zeitschrift

Ein Mode-Magazin

Er kaufte sich pardon

A 4846 FX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier

könnte Ihr Name stehen und der Briefträger bringt Ihnen die SOPO ins Haus.

JAHRESABO (4 HEFTE) DM 36.-

Bestellungen bitte an den Verlag

HEINRICH HEINE
DEUTSCHLAND
EIN WINTERMÄRCHEN

Best.-Nr. 44 401-2

Gesprochen von

LUTZ GÖRNER

2·30cm-LP's, stereo
Mit vollständigem Text und
16 Zeichnungen von

CARLO SCHELLEMANN

Satire Verlag
Heinrich Heine
DIE WAHL-ESEL
Ein satirisches Lesebuch
zusammengestellt von Lutz Görner
Einführung: Otto Schönfeld

pläne
Verlag „pläne" GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 81 89 25

Gesamtverzeichnis anfordern!
Kostenlos! Kennwort SOPO angeben!